



Beteiligungsbericht 2013



Kreis Offenbach

Impressum

Herausgeber

Kreisausschuss des Kreises Offenbach
Fachdienst Finanzen
20.3 Bereich Beteiligungsmanagement
Werner-Hilpert-Strasse 1
63128 Dietzenbach

Ansprechpartner:

Herr Horst Kreher	Telefon	06074/8180-5240
Leitung	Fax	06074/8180-5940
	E-Mail	h.kreher@kreis-offenbach.de beteiligungsmanagement@kreis-offenbach.de

Herr Rainer Bauer	Telefon	06074/8180-5408
	Fax	06074/8180-5940
	E-Mail	r.bauer@kreis-offenbach.de beteiligungsmanagement@kreis-offenbach.de

Stand: 31.12.2013

Redaktionsschluss: 30.11.2014

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

der Kreis Offenbach hat sich zum Ziel gesetzt, Leistungen bürgernah und flexibel anzubieten. Darum wird ein Teil seiner Aufgaben außerhalb der „Kernverwaltung“ in wirtschaftlich geführten Unternehmen erledigt. Der Beteiligungsbericht veranschaulicht das wirtschaftliche Handeln des Kreises, er sorgt für Transparenz und bildet eine solide Basis für den Diskurs von Öffentlichkeit und Politik. Außerdem hat er sich als Entscheidungsgrundlage für die politischen Gremien etabliert.



Charakteristisch für den Beteiligungsbericht 2013 – das galt auch für die Vorgänger – ist die einheitliche und aktuelle Darstellung aller Beteiligungen. Grundsätzlich wurden sämtliche Veränderungen berücksichtigt, soweit die Daten bis Redaktionsschluss vorlagen. So erhalten alle Interessierten eine detaillierte Übersicht über die Vielfalt und die wirtschaftliche Entwicklung der Eigengesellschaften, über die Beteiligungen an Unternehmen, über die Mitgliedschaften in Zweckverbänden sowie über den Eigenbetrieb des Kreises Offenbach und seine Anstalt öffentlichen Rechts, Pro Arbeit.

Grundsätzliche Veränderungen haben sich im Berichtszeitraum kaum ergeben. Den aufmerksamen Leserinnen und Lesern wird jedoch nicht entgehen, dass einige Bereiche fehlen. Hier wird erstmals die anstehende Abwicklung der KVBG erkennbar, die mit Nachdruck betrieben wird und Anfang 2015 abgeschlossen sein soll.

Der Beteiligungsbericht 2013 steht Ihnen ebenso wieder in elektronischer Form im Internet unter www.Kreis-Offenbach.de/Beteiligungen zur Verfügung. Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich auf diesem Wege interessante und aufschlussreiche Einblicke in das „Unternehmen Kreis Offenbach“. Abschließend möchte ich allen Beschäftigten danken, die an der Erstellung des Beteiligungsberichtes mitgearbeitet haben.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Carsten Müller'.

Carsten Müller
Kreisbeigeordneter

Redaktionelle Hinweise zum Beteiligungsbericht

Gemäß § 123a Abs. 1 HGO „hat die Gemeinde zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, an denen sie mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.“

Im Rahmen dieses Beteiligungsberichtes sind über diese gesetzliche Mindestanforderung hinausgehend alle Unternehmen des privaten Rechts, an denen der Kreis Offenbach beteiligt ist, aufgeführt, auch solche unterhalb von 20 Prozent.

Wie bereits auch in den Berichten der zurückliegenden Jahre, sind wiederum die Mitgliedschaften in Zweckverbänden und der einzige Eigenbetrieb des Kreises sowie die Kommunale Anstalt öffentlichen Rechts „Pro Arbeit – Kreis Offenbach (AöR)“ bzw. deren wirtschaftliche Daten im Beteiligungsbericht wiedergegeben.

Der Begriff „Redaktionsschluss“ ist im Beteiligungsbericht so zu verstehen, dass alle in den Beteiligungsbericht eingehenden Angaben zu einer Beteiligung, einem Zweckverband bzw. Eigenbetrieb oder der AöR, die per Stand 31.12.2013 bis zum 30.09.2014 dem Bereich Beteiligungsmanagement vorlagen, in den Bericht eingearbeitet sind.

Im Beteiligungsbericht findet sich zu Beginn der Darstellung jeder „Beteiligung“ ein Hinweis auf das entsprechende Berichtsjahr.

Grundsätzlich ergibt sich so die Systematik, dass im diesjährigen Bericht - 2013 - im Wesentlichen die jeweiligen „Unternehmensdaten“ des Jahres 2012 wiedergegeben werden. Ursache hierfür ist die Tatsache, dass die entsprechenden Daten in aller Regel den testierten Berichten über den Jahresabschluss entnommen und diese zunächst von den Organen der Gesellschaft – Aufsichtsrat, Verwaltungsrat, Gesellschafterversammlung – zu beschließen sind, ehe sie rechtsverbindlich werden.

Bei den nachfolgend aufgeführten Beteiligungen, der Zweckverbände, des Eigenbetriebes sowie der AöR sind die von den jeweils zuständigen Gremien festgestellten Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2013 und somit Angaben zum Geschäftsjahr 2013 in den vorliegenden Beteiligungsbericht aufgenommen:

- Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark
- Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach
- FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main
- Hochtief PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
- Hochtief PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm
- ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main
- kvgOF - Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

Kreis Offenbach
Beteiligungsbericht 2013

- KVBG - Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH i.L., Dietzenbach
- Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Frankfurt am Main
- Pro Arbeit - Kreis Offenbach – AöR, Dietzenbach
- Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main
- Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main
- Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus
- RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main
- SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen
- Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd, Lampertheim-Hüttenfeld
- Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach am Main

Im Falle der kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach, hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 12.06.14 den Jahresabschluss 2013 festgestellt und der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung empfohlen. Der entsprechende Beschluss der Gesellschafterversammlung hierzu steht zum Redaktionsschluss noch aus.

Generell ist zum Aufbau des Beteiligungsberichtes zu sagen, dass die Unternehmensdaten der jeweils letzten drei Jahre dargestellt werden. Darüber hinaus sind die Abweichungen des laufenden Jahres zum Vorjahr in den Zahlen der Bilanz in der Spalte Veränderung aufgezeigt.

Inhaltsverzeichnis	Seite
Entwicklung der Beteiligungen im Jahre 2013	3
Zielsetzung und Aufbau des Beteiligungsberichtes	4
Allgemeine Informationen zum Beteiligungsbericht	6
➤ Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung	6
➤ Der Begriff der Beteiligung	7
➤ Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Kreises Offenbach	8
Übersicht der Beteiligungen des Kreises Offenbach	
➤ KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH i.L., Dietzenbach	21
➤ Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin	43
➤ Wirtschaft und Wirtschaftsförderung	
➤ Frankfurt RheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main	67
➤ Verkehr und Infrastruktur	
➤ kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft mbH, Dietzenbach (KVG)	89
➤ RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	115
➤ Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main	127
➤ Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus (RMV)	143
➤ ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main	173

Inhaltsverzeichnis

Seite

Übersicht der Beteiligungen des Kreises Offenbach (Fortsetzung)

➤	Ver- und Entsorgung	
➤	Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach am Main (ZWO)	201
➤	Rhein-Main-Abfall GmbH, Offenbach am Main (RMA)	215
➤	Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd, Lampertheim	235
➤	Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Gesundheit	
➤	Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach	247
➤	Pro Arbeit - Kreis Offenbach – (AöR), Dietzenbach	263
➤	Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark	303
➤	Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg v.d. Höhe	319
➤	Hochtief PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm	335
➤	Hochtief PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm	353
➤	SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen	367
➤	Mitgliedschaften	383

Entwicklung der Beteiligungen im Jahr 2013

Am Ende des Jahres 2013 war der Kreis Offenbach an insgesamt 18 Unternehmen im Sinne der Berichterstattung des Beteiligungsberichts beteiligt; hierbei handelt es sich um insgesamt 17 unmittelbare sowie eine mittelbare Beteiligung (zur Begrifflichkeit der Beteiligung im Sinne des Beteiligungsberichts siehe auch „Redaktionelle Hinweise zum Beteiligungsbericht“).

Im Einzelnen handelt es sich hierbei um 14 Beteiligungen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH bzw. GmbH & Co. KG), zwei Beteiligungen an Zweckverbänden sowie je einer Beteiligung an einem Eigenbetrieb und einer Anstalt öffentlichen Rechts (siehe auch Schaubild Gesamtübersicht Beteiligungen Seite 13).

Wesentliche Änderungen im Berichtsjahr 2013

Gegenüber dem Jahr 2012 kam es in der Beteiligungsstruktur des Kreises Offenbach zu maßgeblichen Veränderungen.

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 20. März 2013 im Rahmen der Beschlüsse zur strategischen und finanziellen Entwicklung der KVBG mbH einstimmig die Abtretung der Gesellschaftsanteile der KVBG mbH an folgenden Gesellschaften an den Kreis Offenbach beschlossen:

- kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach
- Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark
- Hochtief PPP – Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
- Hochtief PPP – Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm
- SKE Schul Facility Management GmbH, Langen

Somit wurden aus den seither mittelbar gehaltenen Beteiligungen des Kreises Offenbach unmittelbare Beteiligungen.

Als Ergebnis der Umstrukturierung der KVBG mbH wurde im November 2013 die Liquidation der Gesellschaft mit Ablauf des 31. Dezember 2013 beschlossen.

Das im Hinblick auf die Beendigung der KVBG mbH verfolgte Ziel, die Fondsstrukturen bei den Sonnengarten Gliencke GbR Fonds 1, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30 aufzulösen und die in den Fonds befindlichen Immobilien zunächst in das Eigentum der KVBG zu überführen, konnte bis Ende 2013 erreicht werden. Hinsichtlich des Fonds 26 wurde die Realteilung durchgeführt und das der KVBG zugeordnete Wohngebäude in das Alleineigentum der KVBG übernommen.

Wesentliche Änderungen im Berichtsjahr 2013 (Fortsetzung)

Zum 31.12.2013 verfügt die KVBG mbH i.L. anstelle der Beteiligungen an den Fonds und den Darlehensforderungen gegen die Fonds nunmehr über die Immobilien der Fonds, die bei der KVBG zur alsbaldigen Veräußerung bestimmt sind und demzufolge im Umlaufvermögen unter den Vorräten als zum Verkauf bestimmte Grundstücke und Gebäude ausgewiesen werden. Die entsprechende Bilanzposition beläuft sich auf € 10.554.667,91 (siehe Seite 39 dieses Beteiligungsberichts).

Mit dem Erwerb aller Anteile der seitherigen Mitgesellschafter der Sonnengarten Glienicke GbR's im Geschäftsjahr 2013 wurden die GbR's aufgelöst; sie werden dementsprechend nicht mehr im Beteiligungsbericht ausgewiesen.

Zielsetzung und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Zielsetzung

Zielsetzung des Beteiligungsberichtes ist es, den Gremien des Kreises sowie allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern einen Überblick über das Beteiligungsvermögen des Kreises Offenbach zu ermöglichen.

Der Beteiligungsbericht soll ein Nachschlagewerk sein, dem die wirtschaftliche Situation der Unternehmensbeteiligungen des Kreises Offenbach zu entnehmen ist.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht setzt sich im Wesentlichen aus zwei Teilen zusammen.

Neben einem Teil mit allgemeinen Informationen zum Bericht wie

- Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung
- Definition des Begriffes „Beteiligung“
- Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Kreises Offenbach

besteht der Beteiligungsbericht aus einer Gesamtübersicht aller Beteiligungen, die wiederum in insgesamt fünf Einzelübersichten gegliedert ist.

Im Anschluss an die graphische Übersicht der einzelnen Aufgabenbereiche sind die Beteiligungen in der Einzeldarstellung grundsätzlich wie folgt gegliedert:

- Rechtliche und wirtschaftliche Daten
- Gesellschaftszweck, Verbandszweck bzw. Gegenstand des Eigenbetriebes
- Organe der Gesellschaft, der AöR, des Verbandes bzw. Eigenbetriebes
- Angaben zu Gesellschaftern, Verbandsmitgliedern
- Beteiligungen
- Erfüllung des öffentlichen Zwecks
- Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises
- Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis
- Verbindlichkeiten der Gesellschaft, der AöR, des Verbandes bzw. Eigenbetriebes
- vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)
- Lagebericht bzw. Auszüge aus dem Lagebericht
- Bilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung bzw. Angaben zum Haushalt / Wirtschaftsplan
- bis zu 5-jähriger Vergleich wichtiger Geschäftszahlen in Diagrammform, z.B. Bilanzsumme, Jahresüberschuss bzw. –fehlbetrag, Eigenkapital etc.

Allgemeine Informationen zum Beteiligungsbericht

1. Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Das Grundgesetz garantiert Gemeinden und Gemeindeverbänden in Artikel 28 Abs. 2 das Recht, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung zu regeln. Diese verfassungsrechtliche Garantie der kommunalen Selbstverwaltung räumt den Kommunen neben der Personal-, Finanz- und Vermögenshoheit auch die Organisationshoheit ein. Kommunen haben das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise die Erfüllung ihrer Aufgaben erfolgen soll.

Mit In-Kraft-treten des Gesetzes zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze (GVBl I, Seite 54ff, vom 09. Februar 2005) wurde der Dritte Abschnitt des sechsten Teiles der HGO „Wirtschaftliche Betätigungen der Gemeinde“ maßgeblich geändert.

Gemäß § 52 Abs. 1 Hessische Landkreisordnung (HKO) in Verbindung mit § 121 Hessische Gemeindeordnung (HGO) darf ein Landkreis sich wirtschaftlich betätigen, wenn

- der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht
- der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Darüber hinaus bestimmt § 122 HGO, welche Voraussetzungen grundsätzlich erfüllt sein müssen, damit ein Landkreis eine Gesellschaft gründen oder sich an ihr beteiligen darf. Nach § 122 muss

- die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung des Landkreises auf einen seiner Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt sein,
- der Landkreis einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsgremium, erhalten,
- gewährleistet sein, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Diese Voraussetzungen für eine Beteiligung gelten auch dann, wenn eine Gesellschaft, an der die Gemeinde oder der Gemeindeverband mit insgesamt mehr als 50% beteiligt ist, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.

Nach § 121 Abs. 8 HGO sind wirtschaftliche Unternehmen so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist.

2. Der Begriff der Beteiligung

Beteiligungen sind nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften über die Handelsbücher definiert als „Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen. Dabei ist es unerheblich, ob der Anteil in Wertpapieren verbrieft ist oder nicht“. Als Beteiligung gelten nach § 271 Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) im Zweifel Anteile an einer Kapitalgesellschaft, deren Nennbeträge insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals dieser Gesellschaft überschreiten.

Im Gegensatz dazu liegt den Vorschriften des Gemeindewirtschaftsrechts ein umfassenderer Beteiligungsbegriff zugrunde. § 122 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) befasst sich mit „Beteiligungen an Gesellschaften“. Die Formulierungen des § 122 Abs. 6 lassen den Schluss zu, dass der Gesetzgeber auch die Mitgliedschaft an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft als Beteiligung ansieht. Zudem formuliert § 126 HGO „Beteiligungen an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung“. Dies kann beispielsweise ein eingetragener Verein sein.

Insofern setzt die Verwendung des Begriffes der Beteiligung nicht zwingend voraus, dass es sich bei der Beteiligung um ein Unternehmen im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB bzw. des § 121 HGO handelt.

Im vorliegenden Beteiligungsbericht ist der Begriff der Beteiligung deshalb auch weit gefasst. In den Beteiligungsbericht sind alle

- privatrechtliche Gesellschaften

sowie

- (Kommunale) Anstalten öffentlichen Rechts
- Eigenbetriebe
- öffentlich-rechtliche Körperschaften
- Vereine und Genossenschaften

aufgenommen, an denen der Landkreis Offenbach beteiligt ist.

3. Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Landkreises Offenbach

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung verfügt über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die jeweiligen Gesellschafter sind mit Einlagen auf das in Stammanteile aufgeteilte Stammkapital beteiligt. Eine persönliche Haftung der Gesellschafter für Verbindlichkeiten der Gesellschaft erfolgt nicht.

Gesetzlich zwingend vorgeschriebene Organe der Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die Bildung eines Aufsichtsrates für Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist fakultativ. Die Kommune muss jedoch mit der Bildung eines entsprechenden Überwachungsorgans einen angemessenen Einfluss sicherstellen (§ 122 Abs.1 Nr. 3 HGO).

Kommanditgesellschaft

Das Recht dieser Gesellschaftsform ist in den §§ 161 – 177 des Handelsgesetzbuches (HGB) geregelt.

Namens gebend für die Gesellschaft sind die "Kommanditisten": Sie sind von der laufenden Geschäftsführung ebenso freigestellt wie von der Haftung mit ihrem Privatvermögen. Als "Teilhafter" müssen sie nur mit ihrer Einlage für die Gesellschaft gerade stehen.

Wichtiger für die Gläubiger ist der "Komplementär": Dieser persönlich haftende Gesellschafter muss mit seinem kompletten Vermögen gegenüber den Gläubigern des Unternehmens einstehen.

Eine KG besteht aus jeweils mindestens einem Voll- und einem Teilhafter, es kann aber auch mehrere Kommanditisten und / oder Komplementäre geben.

Eine besondere Form der Personengesellschaft KG stellt die GmbH & Co. KG dar. Hier übernimmt die Rechtspersönlichkeit einer Kapitalgesellschaft den Part des Komplementärs, als dessen "Privatvermögen" das Gesellschaftsvermögen der GmbH betrachtet wird. Diese Konstruktion kombiniert also Merkmale der Personengesellschaft mit denen einer Kapitalgesellschaft.

3. Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Landkreises Offenbach (Fortsetzung)

Aktiengesellschaft (AG)

Die Aktiengesellschaft verfügt über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Das Grundkapital ist in Aktien aufgeteilt. Die Aktionäre sind mit einem Teil des Grundkapitales der AG beteiligt, ohne persönlich für Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften.

Im Gegensatz zu Gesellschaften mit beschränkter Haftung sieht das Aktienrecht für Aktiengesellschaften umfangreiche Formvorschriften und Direktionen vor.

Organe der Aktiengesellschaft sind der Vorstand, die Hauptversammlung und der Aufsichtsrat.

Eigenbetrieb

Eigenbetriebe sind Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die über organisatorische Selbstständigkeit, eigene Wirtschaftsführung und eigene Personalwirtschaft verfügen. Finanzwirtschaftlich gelten Eigenbetriebe als Sondervermögen. Im Falle der Landkreise entscheidet der Kreistag über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geführt werden soll.

Organe der Eigenbetriebe sind die Betriebsleitung und die Betriebskommission.

Zweckverband

Zweckverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften in eigener Verantwortung. Einzelheiten ergeben sich aus dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG).

Organe des Zweckverbandes sind der Vorstandsvorsitz und die Verbandsversammlung.

3. Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Landkreises Offenbach (Fortsetzung)

Anstalt öffentlichen Rechts

Anstalten des öffentlichen Rechts werden durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes errichtet, verändert und aufgelöst. Grundsätzlich wird unterschieden zwischen rechtsfähigen und nicht rechtsfähigen Anstalten öffentlichen Rechts. Eine Anstalt des öffentlichen Rechts hat keine Mitglieder, sondern Benutzer. Dies stellt einen wesentlichen Unterschied zur Körperschaft des öffentlichen Rechts dar.

Anstalten öffentlichen Rechts sind juristische Personen des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften in eigener Verantwortung.

Gemäß § 1 des Hessischen Offensiv-Gesetzes (HessOffensivG) vom 20. Dezember 2004 sind die kreisfreien Städte und Landkreise kommunale Träger nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch; sie führen die Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende als Selbstverwaltungsangelegenheit durch.

Gemäß § 2b HessOffensivG können die kommunalen Träger nach § 1 sowie nach § 2a HessOffensivG zur Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts errichten.

Organe der Anstalt öffentlichen Rechts sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Eingetragener Verein

Der eingetragene Verein ist ein auf Dauer angelegter freiwilliger Zusammenschluss von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes, dabei ist der Zweck unabhängig vom jeweiligen Mitgliederbestand. Die Rechtsfähigkeit erlangt ein Verein durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht.

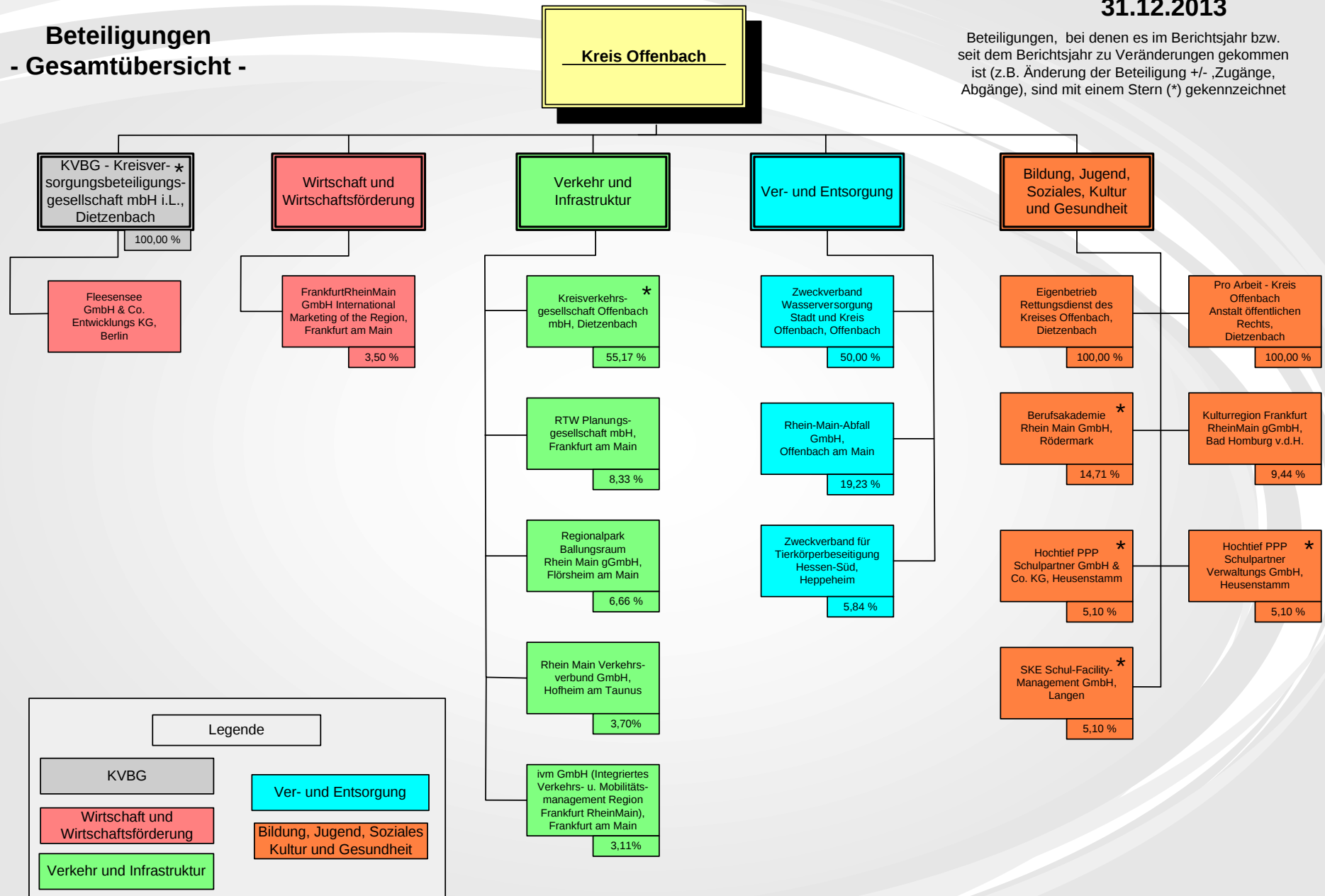
Organe des Vereines sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

Gesamtübersicht

Beteiligungen - Gesamtübersicht -

Stand:
31.12.2013

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



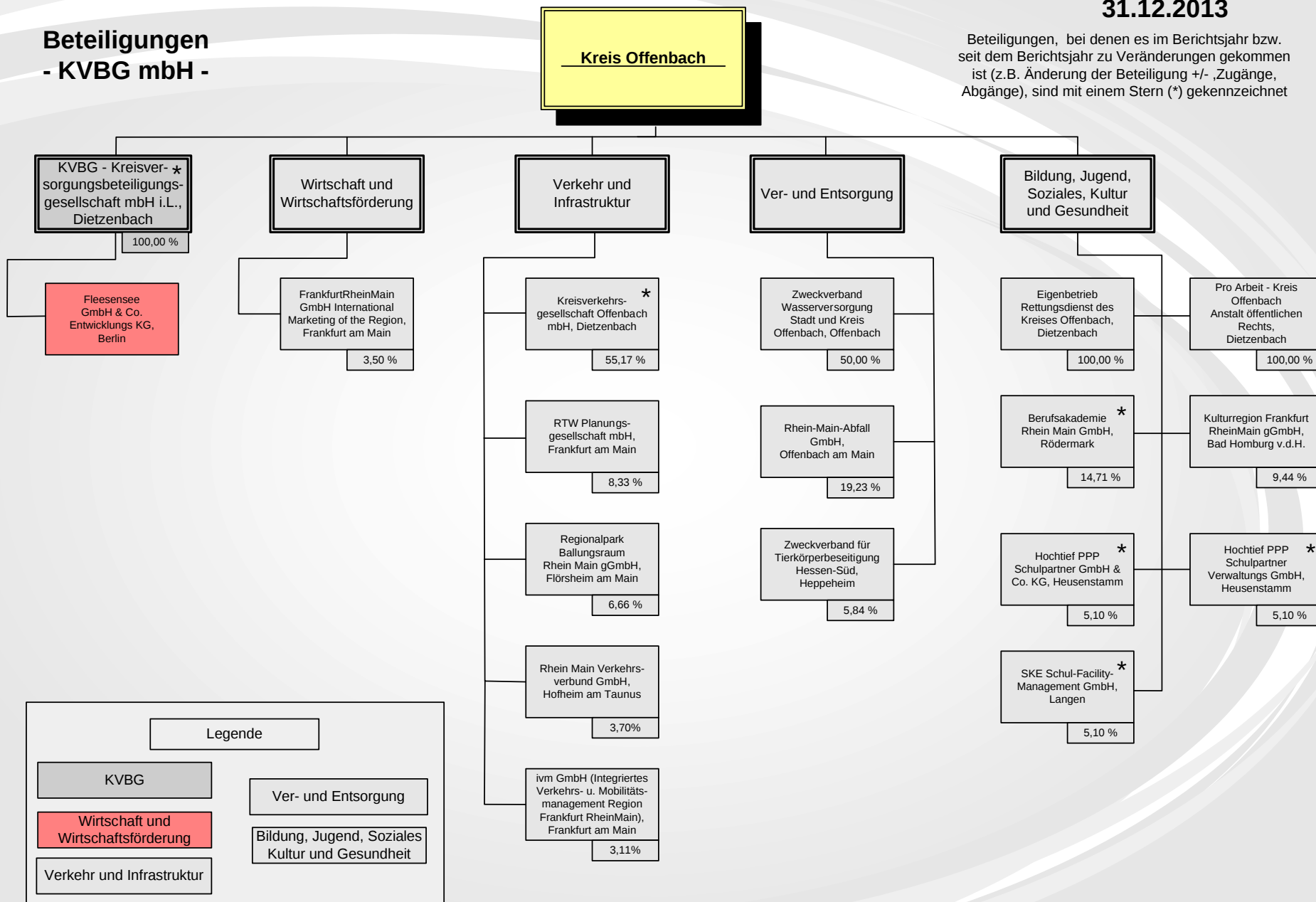
KVBG

Kreisversorgungs- beteiligungsgesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

Beteiligungen - KVBG mbH -

Stand:
31.12.2013

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



K V B G

Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH i.L., Dietzenbach,
Stammkapital : 2.500.000,-- €
Alleingesellschafter:
Kreisausschuss des Kreises
Offenbach 100,00 %

Fleesensee

Fleesensee GmbH & Co.
Entwicklungs KG, Berlin
Anteil am Kommanditisten-
kapital: € 1,00

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

Am 23. September 1980 wurde die Energieversorgung Offenbach Kreis-Beteiligungsgesellschaft mbH mit Firmensitz in Offenbach und einer Stammeinlage in Höhe von DM 12.000.000,-- vom Kreis Offenbach (Stammeinlage DM 11.900.000,--) und der Stadtwerke Offenbach GmbH (Stammeinlage DM 100.000,--) als Gesellschafter gegründet. Ursprünglicher Gegenstand des Unternehmens war der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung an der Energieversorgung Offenbach Aktiengesellschaft (EVO AG). Am 15. Dezember 1980 hat dann der Gesellschafter Stadtwerke Offenbach GmbH seine Geschäftsanteile an den Kreis Offenbach abgetreten, seither war der Kreis Offenbach alleiniger Gesellschafter.

Am 12. November 1990 wurde dann die Firma der Gesellschaft in KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH und der Unternehmensgegenstand dahingehend geändert bzw. erweitert, dass Gegenstand des Unternehmens „der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen, die Versorgungsaufgaben im Kreis Offenbach wahrnehmen“ ist.

Innerhalb des Beteiligungsportfolios des Kreises Offenbach nimmt die KVBG eine herausgehobene Position ein.

Nach dem im Jahre 2000 vollzogenen Verkauf des an der Energieversorgung Offenbach AG gehaltenen Aktienpaketes an die MVV Energie AG, Mannheim, standen insgesamt drei Anlagealternativen der Wiederanlage des Veräußerungserlöses zur Disposition

1. Gesamte Ausschüttung des Veräußerungserlöses an den Kreis mit entsprechenden steuerlichen Verpflichtungen
2. Verbleib des Erlöses bei der KVBG und Wiederanlage ausschließlich in Festgeld
3. Verbleib des Erlöses bei der KVBG und Investition in Beteiligungen in Form von Immobilien- und Geldfonds und in die Errichtung einer Stiftung.

Aufgrund von Gremienentscheidungen der Gesellschafterversammlung wurde der Anlagealternativen 3 der Vorzug eingeräumt und so auch die Errichtung der Stiftung „Miteinander Leben“ beschlossen und diese gegründet.

Bei der Wiederanlage des Veräußerungserlöses war unter anderem von Bedeutung, dass diese noch im Jahre 2000, dem Jahr des Ertrages, erfolgen musste, um entsprechende Steuervorteile hieraus ziehen zu können. Die Steuerersparnis betrug insgesamt ca. 7,5 Mio. €, die sich zusammensetzen aus steuerlichen Verlustzuweisungen für

- | | |
|--|------------|
| - Sonnengarten Glienicke Fonds in Höhe von | 4,9 Mio. € |
| - Fleesensee | 1,2 Mio. € |
| - durch Gründung der Stiftung | 1,4 Mio. € |

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

Gegen die Investition in die Immobilienfonds Glienicke und Fleesensee gab und gibt es Vorbehalte hinsichtlich des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde. An dieser Stelle sei auf die Ausführungen bei den angesprochenen Beteiligungen unter der Rubrik „F. Erfüllung des öffentlichen Zwecks“ hingewiesen.

Zum Zeitpunkt der Re-Investition gab es für Geldanlagen keinen ministeriellen Erlass, der Richtlinien für kommunale Anlagegeschäfte vorgab. Die Anlagen erfolgten nach den Grundsätzen des Gemeindewirtschaftsrechts und somit in analoger Anwendung der Grundsätze für die Versicherungswirtschaft.

Gegenüber dem Zeitpunkt der Anlage im Jahre 2000 und der heutigen Situation hat sich die Rechtslage geändert. Mit dem Erlass des Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport vom 18.02.2009 „Richtlinien zu kommunalen Anlagegeschäften und derivativen Finanzierungsinstrumenten“ sowie des im Zuge der Erlassbereinigung mit Ablauf des 31.12.2008 außer Kraft getretenen Erlasses des HMdIS vom 21.03.2003 sind u.a. der Erwerb von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen zur Geldanlage nicht zulässig. Gemäß den Bestimmungen des Erlasses liegt eine Geldanlage vor, wenn die Gemeinde (der Kreis) über die Rendite hinaus keine eigenen kommunalpolitischen Ziele verfolgt.

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligungen an den Sonnengarten Glienicke Fonds und der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei diesen Beteiligungen um reine Kapitalanlagen handelt und diese deshalb unzulässig sind. Seitens der Aufsichtsbehörde sind die Beteiligungen im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligungen wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligungen war lange nicht erfolgt, da aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Marktsituation eine vermögensschonende Veräußerung nicht möglich war.

Zwischenzeitlich wurde seitens der Geschäftsführung insbesondere hinsichtlich der Abwicklung der beiden Beteiligungen an den Sonnengarten Glienicke Fonds und der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG ein Umstrukturierungsprozess in Gang gesetzt, der über das Jahr 2012 hinaus zu grundlegenden Veränderungen führte.

Ein aktueller Sachstand zur Gesellschaft ergibt sich auf den nachfolgenden Seiten.

Am 25. November 2013 hat die Gesellschafterversammlung die Liquidation der Gesellschaft mit Ablauf des 31. Dezember 2013 beschlossen.

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach**

Anschrift	Werner Hilpert-Straße 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/8180-8890
Telefax	06074/8180-8899
E-Mail	h.tragesser@kreis-offenbach.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	23. September 1980
Stammkapital	2.500.000,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 19. Juni 2012.
Handelsregistereintrag	HRB 4930 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, das Verwalten und Veräußern von Beteiligungen an Unternehmen aller Art, insbesondere an Unternehmen, die Versorgungsaufgaben im Kreis Offenbach wahrnehmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder diesem unmittelbar oder mittelbar nützlich erscheinen, insbesondere auch zum Abschluss von Unternehmensverträgen, Interessengemeinschaften und ähnlichen Verträgen.

Die Gesellschaft kann Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften errichten und andere Unternehmen erwerben oder sich an solchen beteiligen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Stiftungen zu gründen und sich an solchen zu beteiligen.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Der Kreisausschuss ist die Gesellschafterversammlung.

Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung im Berichtsjahr 2013 (Stand: 31.12.2013)

Vorsitzender	Herr Oliver Quilling
Mitglied	Frau Claudia Jäger
-----„-----	Herr Carsten Müller
-----„-----	Frau Sonja Arnold
-----„-----	Herr Heinz Eyßen
-----„-----	Frau Heide Heß
-----„-----	Herr Gerd Hibbeler
-----„-----	Herr Frank Lortz
-----„-----	Frau Natascha Maldener-Kowolik
-----„-----	Frau Margot Süß
-----„-----	Herr Axel Vogt
-----„-----	Herr Walter Winter
-----„-----	Frau Heide Wolf

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2013 Stand (31.12.2013)	
Vorsitzender	Herr Oliver Quilling
Mitglied	Frau Claudia Jäger
-----,----	Herr Carsten Müller
-----,----	Herr Bernd Abeln
-----,----	Frau Maria Becht
-----,----	Frau Ingeborg Fischer
-----,----	Frau Lucie Gerhardt
-----,----	Herr Frank Lortz
-----,----	Herr Werner Müller
-----,----	Frau Maria Sator-Marx
-----,----	Herr Stefan Schmitt
-----,----	Herr Helmut Weigert
-----,----	Herr Rolf Wenzel

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Herbert Tragesser
-----------------	------------------------

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die im Geschäftsjahr 2013 gezahlten Geschäftsführerbezüge beliefen sich auf € 70.631.

Die Vergütungen für den Aufsichtsrat betragen für das Geschäftsjahr 2013 € 3.984,--.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	100,00	2.500.000,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen (Stand: 31.12.2013)	Anteil in €
Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin	1,00 *
Sonnengarten Glienicke Fonds, Glienicke	**

* = Im Jahresabschluss der KVBG mbH zum 31.12.2008 wurde auf die Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG eine Wertberichtigung von vormals 8.052.847,13 in Höhe von € 1.480.000,00 = € 6.572.847,13 aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Darüber hinaus wurde im Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 eine Abschreibung wegen dauerhafter Wertminderung in Höhe von € 6.572.846,13 auf € 1,00 vorgenommen.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

E. Beteiligungen (Fortsetzung)

** = Beim Kauf der Gesellschaftsanteile Sonnengarten Glienicke Fonds wurden Anschaffungskosten in Höhe von € 13.388.721,62 bezahlt und aktiviert. Daneben wurden zum Bilanzstichtag Zahlungen der Anteilseigner an die Fonds als weitere nachträgliche Anschaffungskosten in Höhe von insgesamt € 4.463.777,60 aktiviert. Im Geschäftsjahr 2008 wurde eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von € 1.500.000,00 vorgenommen.

Im Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 wurde eine Abschreibung wegen dauerhafter Wertminderung in Höhe von € 6.852.499,21 vorgenommen.

Darüber hinaus wurde im Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2012 eine Abschreibung aufgrund voraussichtlich dauernden Wertminderung in Höhe von € 8.831.000,00 auf € 669.000,-- vorgenommen.

Das im Hinblick auf die Beendigung der Gesellschaft verfolgte Ziel, die Fondsstrukturen bei den Sonnengarten Glienicke GbR Fonds 1, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30 aufzulösen und die in den Fonds befindlichen Immobilien zunächst in das Eigentum der KVBG zu überführen, konnte bis Ende 2013 erreicht werden. Hinsichtlich des Fonds 26 wurde die Realteilung durchgeführt und das der KVBG zugeordnete Reihenhaus in das Alleineigentum der KVBG übernommen. Bei den Fonds 1, 15, 23, 24, 27, 29 und 30 ist es gelungen, die Anteile sämtlicher anderer Gesellschafter zu übernehmen. Durch die Anteilsvereinigung in einer Hand ist das Reinvermögen dieser Fonds der KVBG angewachsen. Die Darlehensforderungen der KVBG gegen die Fonds, die im Zuge von Umfinanzierungen ausgereicht worden waren, und die korrespondierenden Darlehensverbindlichkeiten der Fonds gegenüber der KVBG sind im Zuge dessen durch Vereinigung in einer Hand (Konfusion) untergegangen. Letztlich verfügt die KVBG anstelle der Beteiligungen an den Fonds und den Darlehensforderungen gegen die Fonds nunmehr über die Immobilien der Fonds, die bei der KVBG zur alsbaldigen Veräußerung bestimmt sind und demzufolge im Umlaufvermögen unter den Vorräten als zum Verkauf bestimmte Grundstücke und Gebäude ausgewiesen werden. Die entsprechende Bilanzposition beläuft sich auf € 10.554.667,91 (siehe Seite 39 dieses Beteiligungsberichts). Anmerkung: Der Verkauf sämtlicher Immobilien ist mittlerweile abgewickelt.

Mit dem Erwerb aller Anteile der seitherigen Mitgesellschafter der Sonnengarten Glienicke GbR's im Geschäftsjahr 2013 wurden die GbR's aufgelöst; sie werden dementsprechend nicht mehr im Beteiligungsbericht ausgewiesen.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

E. Beteiligungen (Fortsetzung)

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 20. März 2013 im Rahmen der Beschlüsse zur strategischen und finanziellen Entwicklung der KVBG mbH einstimmig die Abtretung der Gesellschaftsanteile der KVBG mbH an folgenden Gesellschaften an den Kreis Offenbach beschlossen:

- kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach
- Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark
- Hochtief PPP – Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
- Hochtief PPP – Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm
- SKE Schul Facility Management GmbH, Langen

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligungen an den Sonnengarten Gliencke Fonds und der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei diesen Beteiligungen um reine Kapitalanlagen handelt und diese deshalb unzulässig sind.

Seitens der Aufsichtsbehörde sind die Beteiligungen im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligungen wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Am 25. November 2013 hat die Gesellschafterversammlung die Liquidation der Gesellschaft mit Ablauf des 31. Dezember 2013 beschlossen.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Produkt Beteiligungsmanagement

Buchungsstelle 20.30.01.71250030

in €	2014	2013	2012
Zuweisung an den Wirtschaftsplan	0	5.620.350	7.166.419

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2013 und 2014 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2012 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2013	2012	2011
Verbindlichkeiten	8.379.413	20.691.836	32.191.433

Berichtsjahr 2013	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	20.691.836
Zunahmen	0
Abnahmen	12.312.423
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	8.379.413

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

K. Lagebericht 2013

Vorbemerkung

Der Aufsichtsrat trat im vergangenen Jahr zu sechs Sitzungen zusammen. Die Gesellschafterversammlung führte fünf Sitzungen durch. Die Sitzungen wurden planmäßig und ordnungsgemäß unter dem Vorsitz von Herrn Landrat Quilling durchgeführt. In der Gesellschafterversammlung vom 25. November 2013 wurde die Auflösung der Gesellschaft mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2013 beschlossen.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Entwicklung der Finanzanlagen

Das im Hinblick auf die Beendigung der Gesellschaft verfolgte Ziel, die Fondsstrukturen bei den Sonnengarten Glienicke GbR Fonds 1, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30 aufzulösen und die in den Fonds befindlichen Immobilien zunächst in das Eigentum der KVBG zu überführen, konnte bis Ende 2013 erreicht werden. Hinsichtlich des Fonds 26 wurde die Realteilung durchgeführt und das der KVBG zugeordnete Reihenhaus in das Alleineigentum der KVBG übernommen. Bei den Fonds 1, 15, 23, 24, 27, 29 und 30 ist es gelungen, die Anteile sämtlicher anderer Gesellschafter zu übernehmen. Durch die Anteilsvereinigung in einer Hand ist das Reinvermögen dieser Fonds der KVBG angewachsen. Die Darlehensforderungen der KVBG gegen die Fonds, die im Zuge von Umfinanzierungen ausgereicht worden waren, und die korrespondierenden Darlehensverbindlichkeiten der Fonds gegenüber der KVBG sind im Zuge dessen durch Vereinigung in einer Hand (Konfusion) untergegangen. Letztlich verfügt die KVBG anstelle der Beteiligungen an den Fonds und den Darlehensforderungen gegen die Fonds nunmehr über die Immobilien der Fonds, die bei der KVBG zur alsbaldigen Veräußerung bestimmt sind und demzufolge im Umlaufvermögen unter den Vorräten als zum Verkauf bestimmte Grundstücke und Gebäude ausgewiesen werden.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Darstellung des Geschäftsverlaufs (Fortsetzung)

1. Entwicklung der Finanzanlagen (Fortsetzung)

Die Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG ist unverändert durch eine latente Insolvenzgefahr bedroht, wenn es nicht gelingt, einen Investor im Rahmen einer Ausschreibung zu gewinnen. Die Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. KG ist bei der KVBG auf den Erinnerungswert abgeschrieben. Die Rückstellung für die Rückforderung von in der Vergangenheit vereinnahmten Liquiditätsausschüttungen besteht unverändert in maximaler Höhe von T€ 965.

Das zu Jahresbeginn noch vorhandene Wertpapierdepot, in dem sich Anteile an drei geschlossenen und vom Handel an der Börse ausgesetzten Immobilienfonds befanden, wurde mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2013 zum Buchwert an den Kreis Offenbach veräußert, ebenso die Klinikgrundstücke in Langen und in Seligenstadt, die Anteile an der Berufsakademie Rhein-Main GmbH, der Hochtief PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, der SKE Schul-Facility-Management GmbH, der Hochtief PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH sowie der Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH (kvgOF). Die Verkaufspreise wurden mit Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter Kreis Offenbach verrechnet.

2. Verlustübernahme

Im sachlichen Zusammenhang mit dem Erwerb der Anteile an der kvgOF mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2013 hat sich der Kreis Offenbach verpflichtet, der kvgOF einen als Ertrag zu vereinnahmenden Zuschuss in Höhe des Betrages zu gewähren, der sich ansonsten vor Verlustübernahme durch die KVBG als Jahresfehlbetrag ergeben würde, da der Ergebnisabführungsvertrag zwischen KVBG und kvgOF offiziell erst zum Ablauf des 31. Dezember 2013 gekündigt werden konnte. Aufgrund dessen beläuft sich der Aufwand der KVBG aus Verlustübernahme für das Jahr 2013 auf € 0,00 (Vorjahr: T€ 4.221).

Ein Risikofrüherkennungssystem in instrumentalisierter Form liegt aufgrund der Unternehmensgröße nicht vor. Stattdessen werden die Risiken der Gesellschaft, insbesondere die Liquidität und die Entwicklung der Finanzanlagen kontinuierlich und in angemessener und ausreichender Art und Weise von der Geschäftsführung überwacht, unterstützt auch durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Vermögens- und Finanzlage

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
AKTIVA				
Sachanlagen	0	530	-530	-100,00%
Finanzanlagen	0	12.644	-12.644	-100,00%
Anlagevermögen	0	13.174	-13.174	-100,00%
Zum Verkauf bestimmte Immobilien Glienicke	10.555	0	10.555	o.A.
Forderungen gegen verbunden Unternehmen	0	535	-535	-100,00%
Forderungen gegen Gesellschafter	0	7.705	-7.705	-100,00%
Flüssige Mittel	693	954	-261	-27,36%
übrige Aktiva	264	1.909	-1.645	-86,17%
Umlaufvermögen	11.512	11.103	409	3,68%
Gesamtvermögen	11.512	24.277	-12.765	-52,58%
PASSIVA				
Eigenkapital	2.144	2.465	-321	-13,02%
Darlehensverbindlichkeiten				
-gegenüber Kreditinstituten	0	9.705	-9.705	-100,00%
-gegenüber dem Gesellschafter	0	7.900	-7.900	-100,00%
Langfristiges Kapital	2.144	20.070	-17.926	-89,32%
Rückstellungen	979	1.121	-142	-12,67%
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	2.008	331	1.677	506,65%
Verbindlichkeiten gg. dem Gesellschafter	6.138	2.729	3.409	124,92%
übrige Passiva	243	26	217	834,62%
Kurzfristiges Kapital	9.368	4.207	5.161	122,68%
Gesamtkapital	11.512	24.277	-12.765	-52,58%

Bei den Sachanlagen handelte es sich um die Klinik-Grundstücke in Langen und Seligenstadt. Diese wurden mit notariellen Verträgen vom 16. April 2013 zum Buchwert an den Kreis Offenbach veräußert und die Kaufpreise mit bestehenden Kassenkrediten aufgerechnet.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Vermögens- und Finanzlage (Fortsetzung)

Die Finanzanlagen umfassten im Wesentlichen Darlehensforderungen gegen die Glienicke Fonds sowie darüber hinaus ein Wertpapierdepot und einige Beteiligungen. Während das Wertpapierdepot und die Beteiligungen (bis auf eine, auf einen Erinnerungswert abgeschriebene Kommanditbeteiligung) mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2013 zum Buchwert an den Kreis Offenbach veräußert wurden, sind die nach den planmäßigen Tilgungen des Jahres 2013 verbliebenen Darlehensforderungen gegen die Glienicke Fonds im Zuge der Anwachsung des Reinvermögens dieser Fonds durch Vereinigung in einer Hand (Konfusion) untergegangen.

Stattdessen verfügt die KVBG nunmehr über das Immobilienvermögen dieser Fonds, das aus 126 (bis auf eine Einheit voll) vermieteten Wohneinheiten in Glienicke bei Berlin besteht. Diese Wohneinheiten sollen mit Hilfe eines vor Ort ansässigen Maklers alsbald veräußert werden, weshalb der Ausweis der Grundstücke und Gebäude als Vorräte im Umlaufvermögen erfolgt. Vorliegende Immobilienwertgutachten weisen aktuell einen Verkehrswert von insgesamt rd. T€ 11.460 für diese Einheiten aus.

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen betrafen die kvgOF und resultierten im Wesentlichen aus Rückforderungsansprüchen aufgrund von Abschlagszahlungen auf die zu hoch angenommene Verlustübernahme. Die Forderung ist im Geschäftsjahr 2013 beglichen bzw. im Verrechnungswege ausgeglichen worden.

Die Forderungen gegen den Gesellschafter betrafen im Wesentlichen den unwiderruflichen Anspruch auf Erfüllungsübernahme der Kreises Offenbach als Gegenposten für die unter den Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erfassten Alt-Verbindlichkeiten der ehemaligen KommServe gGmbH, die zum 1. Januar 2011 auf die KVBG verschmolzen wurde. Mit Wirkung zum 1. Juli 2013 ist der Kreis Offenbach schuldbefreiend in diese Verbindlichkeiten eingetreten und im Gegenzug von der unwiderruflichen Erfüllungsübernahme für diese Verbindlichkeiten freigeworden.

Wesentlicher Posten der übrigen Aktiva des Vorjahres war ein Körperschaftsteuerguthaben gem. § 37 KStG. Im Zuge der bereits durchgeführten Abwicklungsmaßnahmen wurde dieses Guthaben zum Barwert und mit Wirkung zum 31. Dezember 2013 an den Kreis Offenbach abgetreten und die Kaufpreisforderung mit bestehenden Kassenkrediten des Kreises Offenbach verrechnet.

Durch den Jahresfehlbetrag 2013 in Höhe von T€ 321 hat sich das Eigenkapital von T€ 2.465 auf T€ 2.144 entsprechend vermindert.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Vermögens- und Finanzlage (Fortsetzung)

Die langfristigen Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betrafen u.a. drei Darlehen bei der Sparkasse Langen-Seligenstadt, die aufgrund der Verschmelzung mit der KommServe gGmbH übernommen worden waren. Mit Wirkung zum 1. Juli 2013 ist der Kreis Offenbach, der sich bezüglich dieser Darlehen bereits in der Vergangenheit unwiderruflich zur Erfüllungsübernahme verpflichtet hatte und gegen den aus diesem Grund auf der Aktivseite Forderungen in gleicher Höhe ausgewiesen waren, schuldbefreiend in diese Verpflichtungen eingetreten.

Die langfristigen Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter Kreis Offenbach konnten durch die Kaufpreise aus dem Verkauf bzw. der Abtretung der Klinikgrundstücke, von Beteiligungen, des Wertpapierdepots sowie des Körperschaftsteuerguthabens und darüber hinaus aus freier Liquidität um insgesamt T€ 4.490 zurückgeführt werden. Die hiernach verbleibenden Darlehen sollen kurzfristig im Laufe des Jahres 2014 aus den Verkaufserlösen der Immobilien in Glienicke getilgt werden und sind daher nicht mehr als langfristig ausgewiesen.

Bei den Rückstellungen handelt es sich im Wesentlichen um die drohende Inanspruchnahme in Folge der Kommanditistenhaftung aus der Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, da die KVBG in den Jahren 2001 bis 2008 Ausschüttungen in Höhe von insgesamt T€ 965 erhalten hat, die als Kapitalrückzahlungen anzusehen sind.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betreffen ein zum 15. Januar 2014 zurückzuzahlendes Darlehen der HypoVereinsbank über € 2.000.000 sowie abgegrenzte Zinsen.

Da zur anstehenden Tilgung des Darlehens der HypoVereinsbank die flüssigen Mittel der Gesellschaft nicht ausreichen, hat der Kreis Offenbach der KVBG zum Fälligkeitstag einen weiteren Kassenkredit über € 1.600.000 zur Verfügung gestellt, der ebenso wie die anderen Kassenkredite aus den Verkaufserlösen der Glienicke-Immobilien zurückgeführt werden soll.

Die folgende verkürzte Kapitalflussrechnung zeigt die Entwicklung des Finanzmittelfonds, bestehend aus den Bankguthaben abzüglich der kurzfristigen Bankverbindlichkeiten, wobei der ausgewiesene negative Finanzmittelbestand insbes. liquidationsbedingten Besonderheiten geschuldet ist, denen Anfang 2014 durch die Aufnahme eines weiteren Gesellschafter-Kassenkredits zur Zwischenfinanzierung Rechnung getragen wurde:

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Vermögens- und Finanzlage (Fortsetzung)

	2013	2012
	T€	T€
Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-2.617	1.182
Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit	13.174	10.849
Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-12.495	-11.462
zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	-1.938	569
Finanzmittelbestand am 1. Januar	623	54
Finanzmittelbestand am 31. Dezember	-1.315	623

Ertragslage

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Finanzerträge	173	268	-95	-35,45%
Finanzaufwendungen	200	545	-345	-63,30%
Aufwendungen für Verlustübernahme kvGO	0	4.221	-4.221	-100,00%
Finanz- und Beteiligungsergebnis	-27	-4.498	4.471	-99,40%
Betriebserträge	24	132	-108	-81,82%
Betriebsaufwendungen	318	379	-61	-16,09%
Übriges Ergebnis	-294	-247	-47	19,03%
Betriebsergebnis	-321	-4.745	4.424	-93,23%
Neutrale Erträge				
- nicht rückzahlbarer Zuschuss des Kreises	0	6.471	-6.471	-100,00%
- Auflösung Sonderposten	0	239	-239	-100,00%
	0	6.710	-6.710	-100,00%
Neutrale Aufwendungen				
- Wertberichtigung Finanzanlagevermögen	0	9.815	-9.815	-100,00%
- Nachschüsse Sonnengarten Glienicke GbR Fonds	0	192	-192	-100,00%
- Verluste aus dem Abgang von Sach- und Finanzanlagen	0	55	-55	-100,00%
	0	10.062	-10.062	-100,00%
Neutrales Ergebnis	0	-3.352	3.352	-100,00%
Erstattung Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	231	-231	-100,00%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-321	-7.866	7.545	-95,92%

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Ertragslage

Von den Finanzerträgen entfallen (unter Berücksichtigung von Rundungsdifferenzen) T€ 94 auf die vereinnahmten Zinserträge für die an die Sonnengarten Glienicke GbR Fonds ausgereichten Darlehen und T€ 78 auf die Aufzinsung des Körperschaftsteuerguthabens.

Bei den Finanzaufwendungen handelt es sich mit T€ 79 um Zinsen für die Bankdarlehen und mit T€ 121 auf Zinsen für die Kassenkredite des Kreises Offenbach.

Da sich der Kreis Offenbach im sachlichen Zusammenhang mit dem Erwerb der Anteile an der kvgOF von der KVBG dazu verpflichtet hat, der kvgOF einen als Ertrag zu vereinnahmenden Zuschuss in Höhe des Verlustes zu gewähren, der ansonsten im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages zwischen kvgOF und KVBG von der KVBG zu übernehmen wäre, ergaben sich für das Jahr 2013 keine Aufwendungen aus Verlustübernahme.

Die Betriebserträge betreffen mit T€ 20 Dienstleistungen an die kvgOF.

Die Betriebsaufwendungen betreffen im Wesentlichen Rechts-, Beratungs-, Abschluss- und Prüfungskosten.

Da die Verlustausgleichsverpflichtung aus dem Ergebnisabführungsvertrag mit der kvgOF im Geschäftsjahr 2013 faktisch obsolet wurde, war die KVBG auf einen entsprechenden eigenen Zuschuss seitens des Kreises, der sie zur Erfüllung dieser Verlustausgleichsverpflichtung in die Lage versetzt hätte, nicht mehr angewiesen. Angesichts hinreichender eigener Liquidität und im Hinblick auf die anstehende Liquidation der KVBG hat sie außerdem auf Zuschüsse für die Zinsen in Bezug auf die sog. Altdarlehen und den von der Sparkasse Langen-Seligenstadt gewährten Kassenkredit sowie auf jegliche Zuschüsse zum Ausgleich für eigene operative Aufwandsüberschüsse verzichtet.

Bei den im Vorjahr ausgewiesenen Wertberichtigungen Finanzanlagevermögen handelte es sich im Wesentlichen um die Abschreibungen auf die Glienicke Fonds aufgrund der in Auftrag gegebenen Verkehrswertgutachten.

Angesichts der umfangreichen Umfinanzierungen bei den Sonnengarten Glienicke Fonds in den Jahren 2011 und 2012 hat sich planmäßig die Notwendigkeit von Nachschüssen bei diesen Fonds ab dem Jahr 2013 nicht mehr ergeben.

Die Verluste aus dem Abgang von Sach- und Finanzanlagen betrafen die Veräußerung der Spezial- und Investmentfondsanteile.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Chancen und Risiken bestehen im Wesentlichen in der erfolgreichen Veräußerung der Immobilienbestände in Glienicke.

Daneben ist die Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG zu nennen, die weiterhin mit hohen Risiken behaftet ist. Nach wie vor ist unsicher, ob bei der Beteiligung von einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit ausgegangen werden kann. Es handelt sich hierbei um eine Spezial-Hotelimmobilie (sog. "Freizeit- und Erlebnishotel"), die hauptsächlich vom Urlaubs- und Konsumverhalten von Privatpersonen abhängig ist. Weitere innewohnende Risiken bestehen in der Provinzlage sowie der Wetterabhängigkeit. Zwar wurden ausreichende Rückstellungen für die mögliche Rückforderung von Liquiditätsausschüttungen bzw. das Wiederaufleben der Kommanditistenhaftung gebildet, es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass bei einer möglichen Insolvenz weitere, bislang unbekannte Ansprüche gegenüber den Kommanditisten geltend gemacht werden.

Wesentliche Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres

Anfang des Geschäftsjahres 2014 hat der Gesellschafter Kreis Offenbach einen weiteren Kassenkredit in Höhe von € 1.600.000 zur Verfügung gestellt. So war die KVBG unter Berücksichtigung eigener Liquidität in der Lage, vertragskonform und fristgerecht zum 15. Januar 2014 das Darlehen bei der HypoVereinsbank über € 2.000.000 zu tilgen.

Ansonsten haben sich Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ereignet.

Ausblick

Da der Ergebnisabführungsvertrag mit der kvgOF zum 31. Dezember 2013 gekündigt ist (und eine neue Vereinbarung zum Verlustausgleich direkt zwischen der kvgOF und dem Landkreis Offenbach geschlossen wurde), ergibt sich bei der KVBG voraussichtlich kein diesbezüglicher Zuschussbedarf. Angesichts der bevorstehenden Liquidation der Gesellschaft, im Zuge derer der Gesellschaft aus der Veräußerung der Glienicke-Immobilien zeitnah ausreichend Finanzmittel zufließen sollten, um ihre Kosten zu decken, besteht auch kein anderweitiger Zuschussbedarf mehr.

Im Erfolgsplan des Wirtschaftsplanes 2014 sind Erträge von T€ 792 und Aufwendungen von T€ 205 und somit ein Jahresergebnis in Höhe von T€ 587 veranschlagt, das im Wesentlichen aus den erwarteten Veräußerungsgewinnen für die Glienicke-Immobilien resultiert.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Ausblick (Fortsetzung)

Im Vermögensplan sind Einnahmen von T€ 12.787 angesetzt, die im Wesentlichen für Darlehenstilgungen sowie letztlich zur Auskehrung des Liquidationsrestvermögens vorgesehen sind.

Im Geschäftsjahr 2014 werden wir bestrebt sein, die Veräußerung der Glienicke-Immobilien erfolgreich, d.h. zügig bei gleichzeitig möglichst hohen Verkaufspreisen durchzuführen, um die Liquidation der Gesellschaft bis zum 31. Dezember 2014 beenden zu können und sodann die Löschung der Gesellschaft im Handelsregister herbeizuführen.

Wenn bis zum Ende des Sperrjahres kein Investor für das Freizeitressort Fleesensee gefunden ist, wird es außerdem erforderlich sein, die mit € 1 zu Buche stehende Kommanditistenbeteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG an den Kreis Offenbach zu verkaufen und abzutreten. Sofern sich in der Zwischenzeit keine endgültige Lösung bzgl. der Kommanditistenhaftung bei der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG ergeben hat, indem die KVBG entweder aus der Kommanditistenhaftung in Anspruch genommen oder aber wirksam aus der Kommanditistenhaftung entlassen wurde, wird bei dieser Übertragung der Beteiligung ein negativer Kaufpreis an den Kreis Offenbach zu zahlen sein, der es dem Kreis Offenbach erlaubt, der drohenden Inanspruchnahme ohne eigene Vermögenseinbußen nachzukommen.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

L. Bilanz

	2013	2012	Verände- rung-	2011
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
- Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten	0	529.583	-529.583	529.583
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	329	439	-110	77
Sachanlagen	329	530.022	-529.693	529.660
- Anteile an verbundenen Unternehmen	0	697.640	-697.640	9.528.640
- Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	10.392.930	-10.392.930	6.843.085
- Beteiligungen	1	16.626	-16.625	206.488
- Wertpapiere des Anlagevermögens	0	1.536.979	-1.536.979	16.785.190
Finanzanlagen	1	12.644.175	-12.644.174	33.363.403
Anlagevermögen	330	13.174.196	-13.173.866	33.893.062
- Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und Gebäude	10.554.668	0	10.554.668	0
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	534.984	-534.984	46.498
- Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	83.955	-83.955	0
- Forderungen gegen den Gesellschafter	0	7.704.899	-7.704.899	7.951.006
- Sonstige Vermögensgegenstände	264.059	1.825.216	-1.561.157	2.031.364
- Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	264.059	10.149.053	-9.884.994	10.028.867
- Guthaben bei Kreditinstituten	693.360	954.232	-260.873	153.136
Umlaufvermögen	11.512.086	11.103.285	408.801	10.182.003
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	11.512.416	24.277.482	-12.765.065	44.075.066

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach**

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2013	2012	Verände- rung-	2011
	in €	in €	in €	in €
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	2.500.000	2.500.000	0	6.135.600
- Gewinnvortrag	0	0	0	0
- Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	0	0	0	0
- Bilanzergebnis	-356.184	-35.376	-320.808	4.195.458
Eigenkapital	2.143.816	2.464.624	-320.808	10.331.058
Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0	238.571
Rückstellungen	978.573	1.121.021	-142.448	1.082.504
- Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	2.008.120	10.035.952	-8.027.832	11.958.027
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	53.492	21.314	32.177	46.787
- Verbindlichkeiten gg. Gesellschaftern	6.138.003	10.629.498	-4.491.495	0
- Sonstige Verbindlichkeiten	179.798	5.072	174.726	20.186.619
Verbindlichkeiten	8.379.413	20.691.836	-12.312.423	32.191.433
Rechnungsabgrenzungsposten	10.614	0	10.614	0
Passive latente Steuern	0	0	0	231.500
	11.512.416	24.277.482	-12.765.065	44.075.066

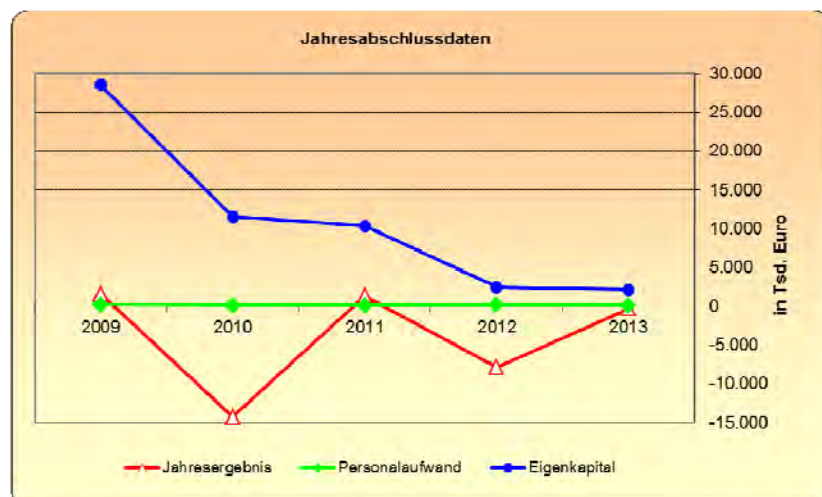
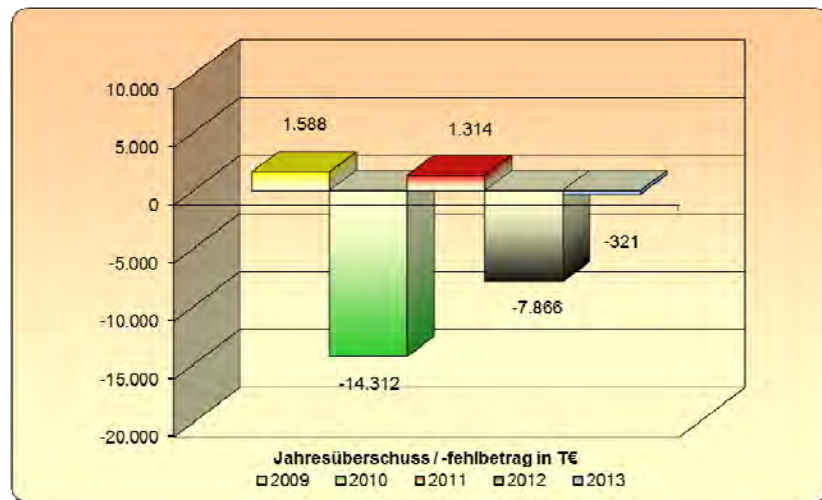
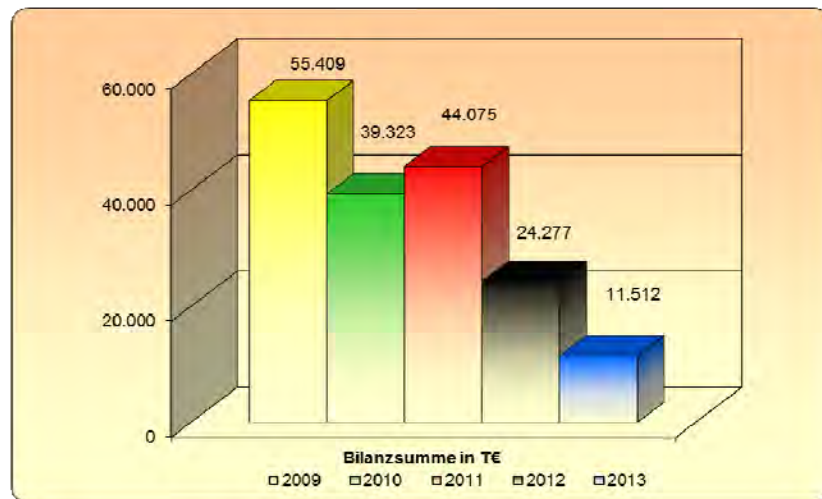
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2013	2012	2011
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	24.277	6.841.806	6.850.530
Personalaufwand	86.492	108.010	84.241
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	110	186	77
Sonstige betriebliche Aufwendungen	232.112	518.681	574.464
Erträge aus Beteiligungen	0	84.210	255
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	94.190	81.397	107.549
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	79.416	102.281	91.381
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	9.814.624	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	200.302	544.863	1.040.971
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	4.221.182	4.414.735
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-321.133	-8.097.854	935.227
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-231.500	-375.608
Sonstige Steuern	-325	80	-3.155
Jahresfehlbetrag/-überschuss (-)	-320.808	-7.866.434	1.313.990
Gewinnvortrag (Verlustvortrag aus dem Vorjahr)	-35.376	4.195.458	2.881.468
Erträge aus der Kapitalherabsetzung	0	3.635.600	0
Bilanzergebnis	-356.184	-35.376	4.195.458

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Dietzenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin
--

Aus dem Erlös des Verkaufes der EVO-Anteile hat sich die KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH im Zuge der Gesamtkonzeption der Wiederanlage als Kommanditist an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin, beteiligt.

Bei der vorliegenden steuerbegünstigten Kapitalanlage handelt es sich um eine Beteiligung in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft. Im Vordergrund dieser Beteiligung standen Ausschüttungen/Entnahmen aus prospektierten Liquiditätsüberschüssen bezogen auf die Nominalbeteiligung.

Die Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG betreibt in Göhren-Lebbin an der Müritzseenplatte in Mecklenburg-Vorpommern das Freizeit- und Urlaubsresort „Land Fleesensee“.

„Land Fleesensee“, als eine der größten Resortanlagen in Nordeuropa, besteht aus insgesamt drei Hotelbetrieben, dem RadissonSAS Resort Schloßhotel, dem Robinson Club und dem Dorfhof. Zu dem Gesamtkomplex gehören darüber hinaus noch eine moderne Wasserwelt mit angegliedertem Sauna- und Wellnessbereich sowie großzügige Sportanlagen. Hierbei seien insbesondere die insgesamt sechs Golfplätze genannt.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

Anschrift	Thyssenstraße 7 -17, 13407 Berlin
Telefon	030/85613494-0
Telefax	030/85613494-9
Internet	www.fleesensee.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2012

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	Kommanditgesellschaft in Form einer GmbH & Co. KG
Gründungstag/-jahr	24. September 1994
Persönlich haftende Gesellschafterin	Fleesensee Verwaltungs GmbH, Berlin
Geschäftsführer der Komplementärin	Detlev U. Fricke, Berlin
Stammkapital	30.677,51 €
Kommanditkapital (ursprünglich)	96.634.165,56 €

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist neben der Entwicklung, der Errichtung und dem Betrieb (auch durch Managementgesellschaften) von Hotels, sowie gastronomischen und anderen touristischen Einrichtungen im Bereich des „Freizeit- und Urlaubsresort Land Fleesensee“ in Göhren-Lebbin in Mecklenburg-Vorpommern, die Koordination, die finanzielle Führung sowie die Übernahme aller sonstigen übergeordneten Aufgaben im Zusammenhang mit dem vorgenannten Projekt.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Geschäftsführer der Komplementärin

Detlev U. Fricke, Berlin

D. Kommanditisten

Kommanditisten	Anteil in %	Anteil in €
Gesamtkapital der Kommanditisten	100,00	96.634.165,56

Kommanditisten	Anzahl
Anzahl der Kommanditisten zum 31.12.2012	1.719

Die Beteiligung der KVBG mbH als Kommanditist beträgt € 8.052.847,13

Im Jahresabschluss der KVBG mbH zum 31.12.2008 wurde auf die Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG eine Wertberichtigung von vormals € 8.052.847,13 in Höhe von € 1.480.000,00 = € 6.572.847,13 aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Darüber hinaus wurde im Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 der KVBG mbH eine Abschreibung wegen dauerhafter Wertminderung in Höhe von € 6.572.846,13 = € 1,00 vorgenommen.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

E. Anteilsbesitz

Konsolidierte verbundene Unternehmen	Anteil in %	Erstkonsolidierungszeitpunkt
Fleesensee GmbH & Co. Golf- und Sporthotel KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Clubanlage KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Feriendorf KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Sportanlagen KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Kur- und Thermen KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Land Fleesensee Service Gesellschaft, Göhren-Lebbin (vormals: Land Fleesensee Tourismus Marketing GmbH, Göhren-Lebbin)	100,00	31.12.2008

Nicht konsolidierte verbundene Unternehmen	Anteil in %	Erstkonsolidierungszeitpunkt
Fleesensee Management GmbH, Berlin	100,00	---
Schloss Blücher Dorf- und Tagungszentrum Betriebs GmbH i. L., Berlin	100,00	---
Schloss Blücher Reitanlagen Management GmbH i. L., Berlin	100,00	---

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei dieser Beteiligung um eine reine Kapitalanlage handelt und diese deshalb unzulässig ist.

Seitens der Aufsichtsbehörde ist die Beteiligung im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligung wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligung ist bislang nicht erfolgt

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2012	2011	2010
Verbindlichkeiten	56.680.954	57.288.638	56.248.500

Berichtsjahr 2012	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	57.288.638
Zunahmen	0
Abnahmen	607.684
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	56.680.954

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2012

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns

Entwicklung des Markts und des Konzerns

Mecklenburg-Vorpommern erfreut sich weiterhin großer und wachsender Beliebtheit bei deutschen und zunehmend auch ausländischen Besuchern. Mit rund 27,9 Mio. Übernachtungen im Jahr 2012 übertraf die Tourismusbranche des Bundeslandes das Vorjahresergebnis um 1,3 %. Die Anzahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland stieg im Vergleich zum Vorjahr um 15,5 % auf 0,9 Mio. Die Mecklenburgische Seenplatte im Speziellen blieb bei einem leichten Rückgang von 0,1 % (3,4 Mio.) nahezu konstant (Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern).

Der Trend hin zum kurzfristig gebuchten Urlaub hält weiterhin an. Auch ist ein Absinken der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von inländischen Besuchern zu beobachten. Auf diese neuen Herausforderungen gilt es, die geeigneten Antworten zu finden.

Während das Frühjahr und somit der Start in das Jahr 2012 überaus positiv ausfielen, konnte die eigentliche Hochsaison die optimistischen Erwartungen nicht erfüllen. Grund hierfür war das wenig sommerliche Wetter mit langen Regenperioden. Die Monate August bis Dezember verliefen immerhin in allen Betrieben erfreulich, so dass die Umsatz- und Ergebniseinbußen des Frühsommers teilweise wieder aufgeholt werden konnten. Die gespielten Golfrunden lagen mit etwas über 60.000 rund 3 % unter dem Niveau von 2011.

Mit zusammen rd. 272.200 (Vorjahr: 272.900) Übernachtungen erreichten die drei Hotelbetriebe RadissonBLU, Robinson Club und Dorfhotel im vergangenen Jahr bei einer durchschnittlichen Zimmerauslastung von rd. 57,5 % (Vorjahr: 59,5 %) in etwa das Vorjahresniveau. Sie erzielten damit in 2012 einen Umsatz in Höhe von EUR 22,3 Mio. und liegen damit marginal (0,2 %) über Vorjahresniveau. Das operative Betriebsergebnis (GOP) der Hotels insgesamt lag in 2012 mit rd. EUR 3,87 Mio. um 13,4 % unter dem Vorjahresergebnis. Unter Einbeziehung der beiden Tochterunternehmen Sportanlagen und SPA wurden im Gesamtresort Umsatzerlöse von rd. EUR 27,8 Mio. erwirtschaftet und damit 0,3 % weniger als im Vorjahr. Mit einem Bruttobetriebsergebnis (GOP) des Resorts von rd. EUR 4,46 Mio. wurde das Vorjahresergebnis um 13,8 % verfehlt.

Das RadissonBLU Resort Schloss Fleesensee konnte den Gesamtumsatz gegenüber dem Vorjahr u. a. aufgrund eines signifikant höheren durchschnittlichen Zimmerpreises um rund 1 % leicht verbessern. Das operative Betriebsergebnis (GOP) blieb um rd. 6 % hinter dem Vorjahr zurück. Die durchschnittliche Zimmerbelegung lag mit 56,4 % um 3,8 Prozentpunkte unter dem Vorjahr.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2012 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Entwicklung des Markts und des Konzerns (Fortsetzung)

Das Geschäftsjahr 2012 verlief für den Robinson Club Fleesensee erneut in etwa so wie erwartet. Sowohl der Umsatz und als auch das operative Betriebsergebnis (GOP) konnten um jeweils rd. 1 % gesteigert werden. Die durchschnittliche Zimmerauslastung stieg wie im Vorjahr erneut um 3 % auf über 70 % an. Insbesondere die Belegung in der Nebensaison konnte überdurchschnittlich verbessert werden. Das Gruppengeschäft konnte nicht ganz an die sehr guten Vorjahresergebnisse anknüpfen, hier machen sich strukturelle Spar-tendenzen bei der Ausstattung von Veranstaltungen bemerkbar.

Die Entwicklung des Dorfhotels Fleesensee konnte aufgrund signifikant zurückgegangener Ergebnisse in den Frühsommermonaten Mai bis Juli wegen der anhaltenden Schlechtwetterphasen nicht zufriedenstellen. So wurde der Vorjahresumsatz um 2,6 % verfehlt, die Belegung sank um 5 %. Erfreulich erwiesen sich im Gastronomiebereich die zusätzlichen Restaurant-Kapazitäten, die deutlich mehr Frühstücks- und Halbpensionsumsätze ermöglichten. Der Gesamtumsatz pro Gast in der Gastronomie konnte um 7 % gesteigert werden.

Das Land Fleesensee SPA verfehlte in 2012 den Umsatz von 2011 um 4,5 %. Dennoch gelang es, durch Kosteneinsparungen das operative Betriebsergebnis (GOP) auf niedrigem Niveau nahezu zu verdoppeln.

Der Golf & Country Club Fleesensee lag trotz eines sehr guten Starts in das Jahr 2012 umsatzseitig insgesamt um 1,3 % unter dem Vorjahr. Grund hierfür war der unerfreuliche Frühsommer. Die geringeren Umsätze spiegelten sich auch im GOP wider, das um 22,1 % hinter dem Vorjahr zurückblieb.

Ertragslage

Der Konzern erwirtschaftete im Geschäftsjahr einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 5.243.

Damit verschlechterte sich das Konzernergebnis um TEUR 2.234 gegenüber dem Jahr 2011, was zum überwiegenden Teil auf außerplanmäßige Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen in Höhe von TEUR 3.178 zurückzuführen ist. Das operative Ergebnis der Fleesensee-Gesellschaften blieb leicht hinter dem Vorjahr zurück. Zumindest die Fleesensee GmbH & Co. Golf- und Sporthotel KG sowie die Fleesensee GmbH & Co. Clubanlage KG konnten in 2012 die Gewinnzone erreichen (TEUR 379 bzw. TEUR 28). Die Fleesensee GmbH & Co. Kur- und Thermen KG konnte auf Einzelabschlussebene zwar einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 80 verbuchen.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2012 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Ertragslage (Fortsetzung)

Dies war allerdings ausschließlich auf Zuschüsse der Konzern-Muttergesellschaft zurückzuführen, die als außerordentliche Erträge erfasst wurden. Die übrigen operativen Gesellschaften erwirtschafteten Jahresfehlbeträge: Fleesensee GmbH & Co. Feriendorf KG (./ TEUR 279), Fleesensee GmbH & Co. Sportanlagen KG (./ TEUR 142), Land Fleesensee Service Gesellschaft GmbH (vormals Land Fleesensee Tourismus Marketing GmbH; ./ TEUR 93).

Der Konzernumsatz lag mit EUR 28,038 Mio. um TEUR 287 unter dem Vorjahr 2011 (EUR 28,325 Mio.).

Aufgrund der Verlustvorträge der Tochtergesellschaften aus den Vorjahren konnten noch keine Beteiligungserträge bei der Muttergesellschaft vereinnahmt werden.

Finanzlage

Im Geschäftsjahr setzt sich der Cash Flow wie folgt zusammen:

Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	T €	1.821
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	T €	-564
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	<u>T €</u>	<u>-967</u>
Cash Flow gesamt	<u>T €</u>	<u>290</u>

Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit (TEUR 1.821,1) wurde im Geschäftsjahr überwiegend für die Tilgung von Finanzkrediten (TEUR 966,9) und für betriebsoptimierende Investitionen verwendet (TEUR 563,5).

Vermögenslage

Der Konzern weist zum Abschlussstichtag positive Kapitalkonten in Höhe von TEUR 3.075 (Vorjahr: TEUR 4.101) aus. Diese positiven Kapitalkonten entsprechen einer Eigenkapitalquote von 5,09 % (Vorjahr: 6,6 %).

Des Weiteren weist der Konzern zum Abschlussstichtag den Posten "Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Entnahmen und Verlustanteile der Kommanditisten" in Höhe von TEUR 12.524 aus.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2012 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Vermögenslage (Fortsetzung)

Der gleichzeitige Ausweis eines positiven Eigenkapitals und des Postens "Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Entnahmen und Verlustanteile der Kommanditisten" erklärt sich mit dem getrennten Ausweis von positiven und negativen Kapitalkonten aufgrund des handelsrechtlichen Saldierungsverbots.

Rechtsverfahren

Vor dem Landgericht Berlin und in der Berufungsinstanz vor dem Kammergericht waren und sind gegen die Konzern-Muttergesellschaft einige Zivilrechtsverfahren anhängig, in denen Widerrufe nach HausTWG erklärt wurden. In der Mehrzahl der Fälle haben die Gerichte eine "Haustürsituation" bei der Einwerbung des Beteiligungskapitals verneint, so dass die Klagen abgewiesen wurden. In einem Fall, der das Jahr 2005 betraf, in fünf Fällen, die das Jahr 2006 betrafen, und in einem Fall, der das Jahr 2007 betraf, haben die Gerichte jedoch eine "Haustürsituation" bejaht und den Widerruf durchgreifen lassen. Die Folgen für die Konzern-Muttergesellschaft sind jedoch überschaubar, da der jeweilige Gesellschafter nicht seine Einlage zurückfordern, sondern lediglich die Erstellung einer Auseinandersetzungsbilanz und die Ermittlung eines Abfindungsguthabens für den Zeitpunkt des Widerrufs verlangen kann. Mit neuen Klagen ist nicht mehr zu rechnen.

Bezüglich der Klagen aus behaupteter Prospekthaftung ist es dabei geblieben, dass keine dieser Klagen jemals erfolgreich war. Derzeit laufen nur noch vier Verfahren aus dieser Kategorie, von denen bereits zwei erstinstanzlich zugunsten der Konzern-Muttergesellschaft ausgegangen sind. Ein Kläger hat Revision eingelegt. Die Rechtsberater der Konzern-Muttergesellschaft rechnen auch bei diesen vier Restverfahren nicht mit einer Verurteilung. Mit weiteren Verfahren ist nicht mehr zu rechnen, da am 31.Dezember 2012 unter jedem denkbaren rechtlichen Gesichtspunkt Verjährung eingetreten ist.

Eines der Beratungsunternehmen, das in der Emissionsphase an der Einwerbung des Gesellschaftskapitals beteiligt war, ist von einzelnen Kunden mit dem Vorwurf der Schlechtberatung überzogen und gerichtlich verklagt worden. In diesen Prozessen hat das Beratungsunternehmen gegenüber der Fondsgesellschaft den Streit verkündet. Die Rechtsberater der Konzern-Muttergesellschaft rechnen nicht damit, dass dem Fonds aus diesen Verfahren Nachteile entstehen, zumal bereits einige Verfahren zugunsten der Konzern-Muttergesellschaft entschieden wurden. Unmittelbar verurteilt werden kann die Fondsgesellschaft ohnehin nicht, da sie nur Streitverkündungsempfängerin ist.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2012 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Rechtsverfahren

Aber auch mit einem Regress des Beratungsunternehmens ist nicht zu rechnen, zumal das mit diesen Verfahren befasste Landgericht Hannover bereits mehrmals zum Ausdruck gebracht hat, dass es den Emissionsprospekt für korrekt hält. Mit weiteren Verfahren ist auch in dieser Kategorie nicht zu rechnen, da am 31. Dezember 2012 unter jedem denkbaren rechtlichen Gesichtspunkt Verjährung eingetreten ist.

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns

Chancen- und Risikobericht

Land Fleesensee hat wie nahezu alle deutschen Urlaubsgebiete ein außerordentlich schwieriges Frühjahr 2013 mit geschlossener Schneedecke bis Mitte April hinter sich. Dies führte zu deutlichen Einbrüchen bei Umsatz und Ergebnis aller Betriebe bis Ende April. Im Mai und Juni normalisierte sich langsam die Geschäftsentwicklung, ohne dass die aufgelaufenen Rückstände aufgeholt werden konnten.

Die Monate des zweiten Halbjahres fielen recht erfreulich aus und lagen nur leicht unter dem Niveau der Vorjahre, so dass die Zimmerauslastung in 2013 bei 55,9 % lag, was allerdings gegenüber dem Jahr 2012 immer noch einen Rückgang von 1,6 % bedeutet. Der operative Umsatz aller Betriebe des Resorts erreichte in 2013 EUR 26,7 Mio. (Vorjahr: EUR 27,8 Mio.). Das ist ein Rückgang um rd. TEUR 1.042 oder 3,8 %. Das operative Betriebsergebnis (GOP) sank um TEUR 199 gegenüber dem Vorjahr. Durch eine deutliche Reduzierung der Kosten fiel der Rückgang des GOP somit weit weniger stark aus als der Umsatzrückgang.

Die drei Hotelbetriebe entwickelten sich unterschiedlich. Das Radisson Blu konnte ab Juni hervorragende Belegungszahlen u.a. aufgrund eines sehr guten Geschäfts im Veranstaltungsbereich vorweisen. Es gelang sogar, die erheblichen Rückgänge des Frühjahrs komplett zu kompensieren, so dass das Radisson Blu im Gesamtjahr 2013 bei Belegung und Umsatz leicht über dem Jahr 2012 lag. Das operative Betriebsergebnis konnte sogar um 8 % gesteigert werden.

Der Robinson Club Fleesensee konnte sich ebenfalls noch recht gut in diesem Umfeld behaupten. Allerdings gelang es dennoch nicht, an die Belegung des Vorjahres 2012 anzuknüpfen. Insgesamt verzeichnete der Robinson Club Fleesensee in 2013 eine um 3 % geringere Belegungsquote. Der Umsatz sank um 2 %, das operative Betriebsergebnis gab um 4 % nach.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2012 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns (Fortsetzung)

Chancen- und Risikobericht (Fortsetzung)

Auch das Dorfhotel Fleesensee konnte die witterungsbedingt schlechten Zahlen der ersten Monate nicht voll ausgleichen. Daher sank die Belegung um 2 % gegenüber dem Vorjahr. Nötige Zugeständnisse bei den Durchschnittsraten ließen den Umsatz im Vergleich zu 2012 um rd. 8 % zurückgehen. Durch ein gutes Kostenmanagement konnte davon allerdings wenigstens ein Teil aufgefangen werden, sodass die Auswirkungen auf das GOP geringer ausfielen.

Die Sportanlagen KG konnte rund 50.000 gespielte Runden ausweisen und somit ca. 10.000 weniger als im Vorjahr. Diese Rückgänge sind überwiegend in den Monaten März und April zu verzeichnen, in denen größtenteils noch winterliche Verhältnisse herrschten, was die Gäste – insbesondere die Golfer – von einem Besuch des Resorts abhielt. Im Anschluss an den kalten Winter gelang es dann wieder, Umsatz und Ergebnis deutlich zu steigern und an die Zahlen des Vorjahres anzuknüpfen. Dennoch lag der Umsatz um 11 % unter dem des Jahres 2012. Das wirkte sich unmittelbar und in ähnlicher Höhe auf das operative Betriebsergebnis aus.

Dem Land Fleesensee SPA kamen die vielen Firmenveranstaltungen in den Hotels tendenziell nicht entgegen. Die sanierungsbedingte Schließung der öffentlichen Müritz-Therme im nahe gelegenen Röbel wirkte sich dagegen im 4. Quartal 2013 bereits extrem positiv aus. Es ist damit zu rechnen, dass diese Verlagerungen der Nachfrage ins Land Fleesensee noch bis ins Jahr 2015 hinein auftreten werden. Der Umsatz des Land Fleesensee SPA lag dennoch rund 2 % unter dem Niveau von 2012. Durch Kosteneinsparungen konnten die Auswirkungen auf das operative Betriebsergebnis allerdings geringer gehalten werden.

Zur Lösung der Liquiditätsproblematik wurde mit dem Bankenkonsortium eine Vereinbarung zur Finanzierung des Resorts bis Ende 2014 geschlossen (vgl. hierzu den folgenden Nachtragsbericht). Zum Stichtag 31. Dezember 2012 waren insgesamt 88 Kündigungen mit einem Beteiligungskapital von insgesamt rd. TEUR 2.975 eingegangen. Mit Wirkung zum 31. Dezember 2013 hatten 17 Gesellschafter mit einem Beteiligungskapital von insgesamt TEUR 481 gekündigt. Zum Stichtag 31. Dezember 2014 haben zwei Gesellschafter mit einem Beteiligungskapital von TEUR 31 gekündigt.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2012 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns (Fortsetzung)

Chancen- und Risikobericht (Fortsetzung)

Für das CHF-Fremdwährungsdarlehen erfolgten nach erstmaligem Auslaufen der Zinsbindung zum 30. Dezember 2008 jeweils halbjährliche bzw. quartalsweise Prolongationen mit angepassten Zinskonditionen. Derzeit ist eine Zinsfestschreibung bis 31. März 2014 vereinbart. Nach wie vor können aufgrund des Wechselkursrisikos auch zukünftig Kursverluste für die Fonds-Gesellschaften entstehen. In 2013 war allerdings ein Kursgewinn in Höhe von TEUR 866 zu verzeichnen.

Zu Risiken aus der Liquiditätsplanung wird auf den folgenden Nachtragsbericht verwiesen.

Nachtragsbericht

Die Geschäftsführung stellt den Konzernabschluss ungeachtet des Postens "Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Entnahmen und Verlustanteile der Kommanditisten" in Höhe von TEUR 12.524 weiterhin unter der Annahme der Unternehmensfortführung auf und vertritt die Meinung, dass der Konzern für mindestens weitere zwölf Monate geschäftsfähig bleibt.

Die Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG befindet sich derzeit in einem strukturierten Prozess zum Verkauf ihrer Anteile an den Fleesensee-Gesellschaften. Um den geordneten Verkaufsprozess sowie die Unternehmensfortführung zu sichern, wurde mit den kapitalgebenden Banken mit Datum vom 31. Januar/4. Februar 2014 unter Gremienvorbehalt eine Vereinbarung zur Finanzierung des Ferienresorts Land Fleesensee unterzeichnet. Diese wurde erforderlich, weil die vorangegangene Finanzierungsvereinbarung vom 2./4. Oktober 2012 am 31. Dezember 2013 ausgelaufen ist. Die Eckpunkte der neuen Vereinbarung lauten wie folgt:

- Die Liquiditätslage der Gesellschaften des Ferienresorts ist angespannt.
- Die von der Geschäftsführung für die Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG vorgelegte Liquiditätsplanung (Stand 21. November 2013) weist für den regulären Geschäftsverlauf einen Liquiditätsbestand zum 31. Dezember 2013 in Höhe von TEUR 271 und zum 31. Dezember 2014 in Höhe von TEUR 57 aus, wobei hier bereits Tilgungsaussetzungen in Höhe von TEUR 800 vorweggenommen sind.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2012 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns (Fortsetzung)

Nachtragsbericht (Fortsetzung)

- Die Geschäftsführung erwartet über die in der Liquiditätsplanung verarbeiteten regulären Sachverhalte hinaus weitere Auszahlungen, die in Höhe bzw. zeitlichem Anfall unsicher sind. Ein nicht abschließender Katalog möglicher Sachverhalte, die zu einer Tilgungsaussetzung führen können, umfasst laut Vereinbarung ein Volumen von TEUR 1.000.
- Das Bankenkonsortium erklärt sich grundsätzlich bereit, die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaften des Ferienresorts Land Fleesensee bis zum 31. Dezember 2014 zu gewährleisten. Die Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit erfolgt, soweit notwendig, durch Tilgungsaussetzungen, die insgesamt auf einen Betrag von TEUR 2.000 begrenzt sind.
- Als gemeinsames Ziel wurde vereinbart, dass die weit fortgeschrittenen Verhandlungen zum Verkauf der Anteile an den Tochtergesellschaften der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG weiter vorangetrieben werden und der Verkauf alsbald abgeschlossen wird.
- Sollte sich der Verkaufsprozess über den April 2014 hinausziehen, muss der Liquiditätsbedarf neu ermittelt und ggf. eine Nachtragsvereinbarung zu dieser Vereinbarung abgeschlossen werden.
- Das Bankenkonsortium behält sich eine jederzeitige Kündigung der Finanzierungsvereinbarung für den Fall vor, dass die Geschäftsführung die erforderlichen Maßnahmen nicht in dem vom Bankenkonsortium unter zeitlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Aspekten für notwendig erachteten Maße durchführt.
- Im Falle einer Kündigungsabsicht der Finanzierungsvereinbarung durch das Bankenkonsortium, muss das Bankenkonsortium der Geschäftsführung eine Nachfrist von mindestens 14 Tagen setzen, in denen die Geschäftsführung die aus Sicht des Bankenkonsortiums erforderlichen Maßnahmen nachholen kann.
- Ebenso weist das Bankenkonsortium ausdrücklich darauf hin, dass mit dieser Finanzierungsvereinbarung keine Verzicht auf vertragliche Ansprüche aus dem Darlehensvertrag sowie den AGB oder sonstige gesetzliche Ansprüche verbunden sind.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2012 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns (Fortsetzung)

Nachtragsbericht (Fortsetzung)

Die Geschäftsführung weist ausdrücklich darauf hin, dass im Falle einer Kündigung der Finanzierungsvereinbarung die positive Annahme der Unternehmensfortführung voraussichtlich nicht mehr gegeben ist.

Sollte eine Situation entstehen, in der die Liquidität nicht ausreichen sollte, um alle fälligen Verbindlichkeiten zu befriedigen, hätte die Muttergesellschaft gleichwohl Möglichkeiten, um diese Lücke zu schließen.

In diesem Fall könnte von den Gesellschaftern ein Teil der in der Vergangenheit erfolgten Liquiditätsausschüttungen zurückgefordert werden. Der Gesellschaftsvertrag schließt diese Rückforderung nicht aus. Eine solche Rückforderung steht auch nicht im Widerspruch zu der im Gesellschaftsvertrag ausgeschlossenen Nachschusspflicht.

Da diese Ausschüttungen mindestens teilweise dazu geführt haben, dass die persönliche Haftung der Gesellschafter wieder auflebt, liegt eine eventuelle Rückzahlung im wohlverstandenen Interesse der Gesellschafter, um eine Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft zu vermeiden. In diesem Fall wären die Gesellschafter einer vollständigen Rückforderung dieser Ausschüttungen ausgesetzt.

Damit diese Situation nicht eintritt, besteht für die Gesellschaft zudem die Möglichkeit, die wegen der Ausschüttung bestehenden Ansprüche der Gesellschaftsgläubiger aus § 172 HGB nach entsprechender Ermächtigung durch die Gläubiger einzuziehen. Dies betrifft insbesondere die Ansprüche der Banken wegen der regelmäßigen Tilgungsleistungen, die auf diese Weise befriedigt werden könnten. Ein solches Vorgehen läge im Interesse der Gesellschaft und wäre geeignet, eine Liquiditätsstockung zu überwinden.

Ausblick

Die weitere Entwicklung des Konzerns hängt maßgeblich vom Ausgang des Verkaufsprozesses ab. Gelingt es, die Beteiligungen in Form der operativen Fleesensee-Betriebe zu einem adäquaten Preis zu veräußern, kann die Muttergesellschaft entschuldet und ordnungsgemäß liquidiert werden.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

L. Bilanz

	2012	2011	Verände-	2010
Aktiva	in €	in €	rung in €	in €
Lizenzen und ähnliche Rechte	1.547.160	2.025.155	-477.994	2.381.764
Geschäftswert aus der Kapitalkonsolidierung	0	218.040	-218.040	290.720
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.547.160	2.243.195	-696.034	2.672.484
Grundstücke	13.367.941	15.651.811	-2.283.870	15.651.811
Gebäude	25.131.298	28.915.912	-3.784.613	30.397.760
Außenanlagen	171.559	204.721	-33.162	204.420
Golf- und Tennisanlagen	1.293.794	1.469.267	-175.474	1.644.741
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.013.091	2.058.890	-45.800	1.380.703
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	31.866	51.124	-19.258	354.564
Sachanlagen	42.009.549	48.351.726	-6.342.177	49.634.000
Finanzanlagen				
Anteile an verbundenen Unternehmen	27.000	2.002	24.998	20.000
Anlagevermögen	43.583.709	50.596.922	-7.013.213	52.326.484
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0	8.000	-8.000	0
Lebensmittel, Getränke und sonstige Vorräte	578.633	505.891	72.742	582.877
Geleistete Anzahlungen	0	2.623	-2.623	17.847
Vorräte	578.633	516.514	62.119	600.724
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.166.945	2.138.084	28.861	1.847.887
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	601	1.756	-1.154	327
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	0	2.548
Forderungen gegen Gesellschafter	0	0	0	375
Sonstige Vermögensgegenstände	481.168	444.867	36.301	457.992

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2012	2011	Verände-	2010
Aktiva (Fortsetzung)	in €	in €	rung in €	in €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.648.714	2.584.707	64.008	2.309.129
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.396.431	1.105.727	290.704	1.547.710
Umlaufvermögen	4.623.779	4.206.947	416.831	4.457.563
Rechnungsabgrenzungsp.	233.748	253.006	-19.258	308.852
Nicht durch Vermögens-einlagen gedeckte Entnahmen und Verlustanteile der Kommanditisten	12.524.455	7.330.728	5.193.727	4.249.982
	60.965.692	62.387.604	-1.421.912	61.342.880
Passiva				
Pflichteinlage	87.466.705	91.822.911	-4.356.207	92.717.672
Sonstige Einlagen	4.576.064	4.576.064	0	4.576.064
Entnahmen	-10.345.564	-10.855.650	510.085	-10.944.649
Verlustvortrag	-85.903.718	-85.764.649	-139.069	-72.584.886
Jahresfehlbetrag	-5.242.894	-3.008.569	-2.234.325	-13.913.348
Nicht durch Vermögens-einlagen gedeckte Entnahmen und Verlustanteile der Kommanditisten	12.524.455	7.330.728	5.193.727	4.249.982
Eigenkapital	3.075.048	4.100.836	-1.025.788	4.100.836
Ausgleichsposten Kommanditisten	0	0	0	0
Steuerrückstellungen	89.878	94.700	-4.822	0
Sonstige Rückstellungen	1.095.136	878.541	216.595	969.436
Rückstellungen	1.185.014	973.241	211.773	969.436
Erhaltene Anzahlungen	745.666	574.145	171.520	717.934

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2012	2011	Verände-	2010
Passiva (Fortsetzung)	in €	in €	rung in €	in €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	52.431.586	52.825.604	-394.018	52.481.929
Verbindlichkeiten aus Lieferungen + Leistungen	2.614.422	3.246.593	-632.171	2.552.832
Verbindlichkeiten aus verbundenen Unternehmen	25.951	0	25.951	0
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	81.660	29.569	52.091	30.413
Verbindlichkeiten gg. Gesellschaftern	1.715	1.715	0	1.715
Sonstige Verbindlichkeiten	779.954	611.012	168.942	463.677
Verbindlichkeiten	56.680.954	57.288.638	-607.684	56.248.500
Rechnungsabgrenzungsp.	24.675	24.889	-214	24.108
	60.965.692	62.387.604	-1.421.912	61.342.880

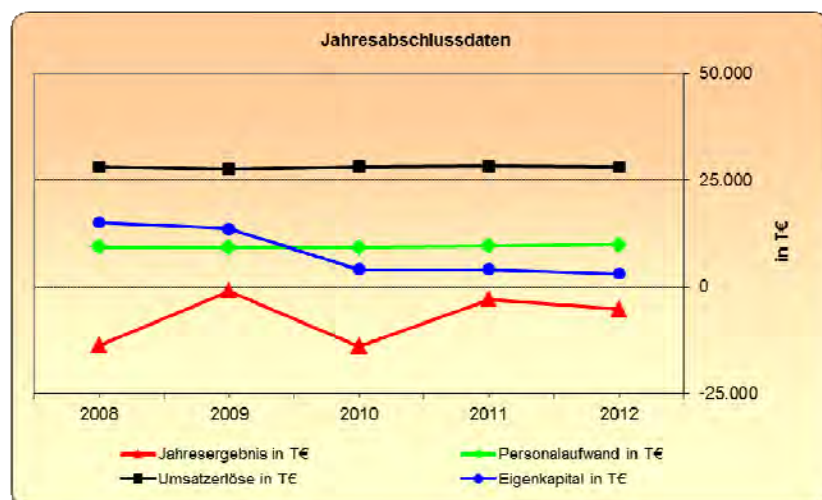
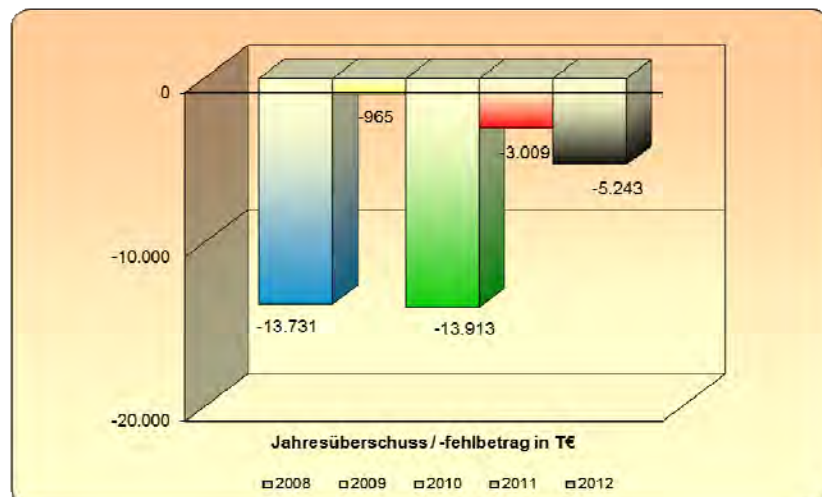
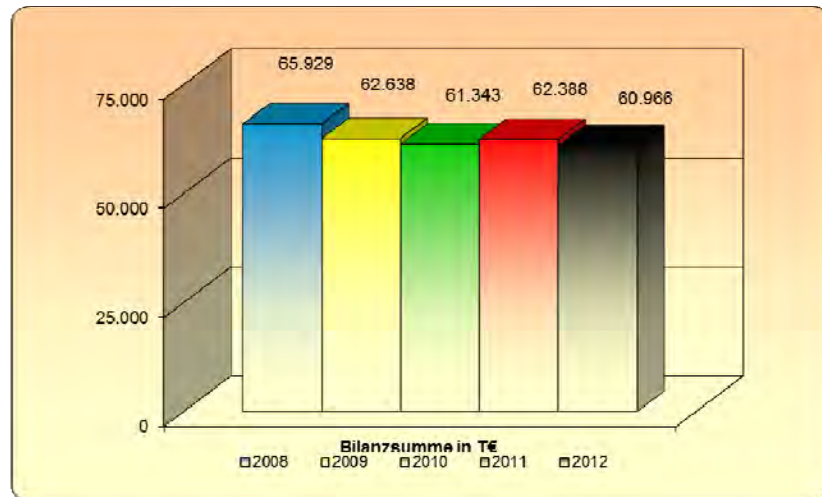
Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2012	2011	2010
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	28.038.174	28.325.344	28.223.904
Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-8.000	8.000	0
Sonstige betriebliche Erträge	3.823.620	3.109.289	2.715.831
	31.853.794	31.442.632	30.939.735
Aufwendungen für Lebensmittel, Getränke und Sonstiges	8.293.157	8.291.457	8.496.820
Aufwendungen für bezogene Leistungen	957.873	1.041.619	1.025.621
Materialaufwand	9.251.030	9.333.076	9.522.441
Löhne und Gehälter	8.151.682	7.847.808	7.624.509
Soziale Abgaben	1.687.814	1.680.153	1.619.299
Personalaufwand	9.839.495	9.527.962	9.243.808
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	6.612.787	3.391.058	7.255.927
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.519.668	10.401.877	17.248.027
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.298	10.024	6.639
Abschreibung auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	17.998	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.747.388	1.578.691	1.473.924
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5.109.277	-2.798.007	-13.797.754
Steuer vom Einkommen und vom Ertrag	-18.532	-94.700	0
Sonstige Steuern	-115.085	-115.862	-115.594
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	-5.242.894	-3.008.569	-13.913.348

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen

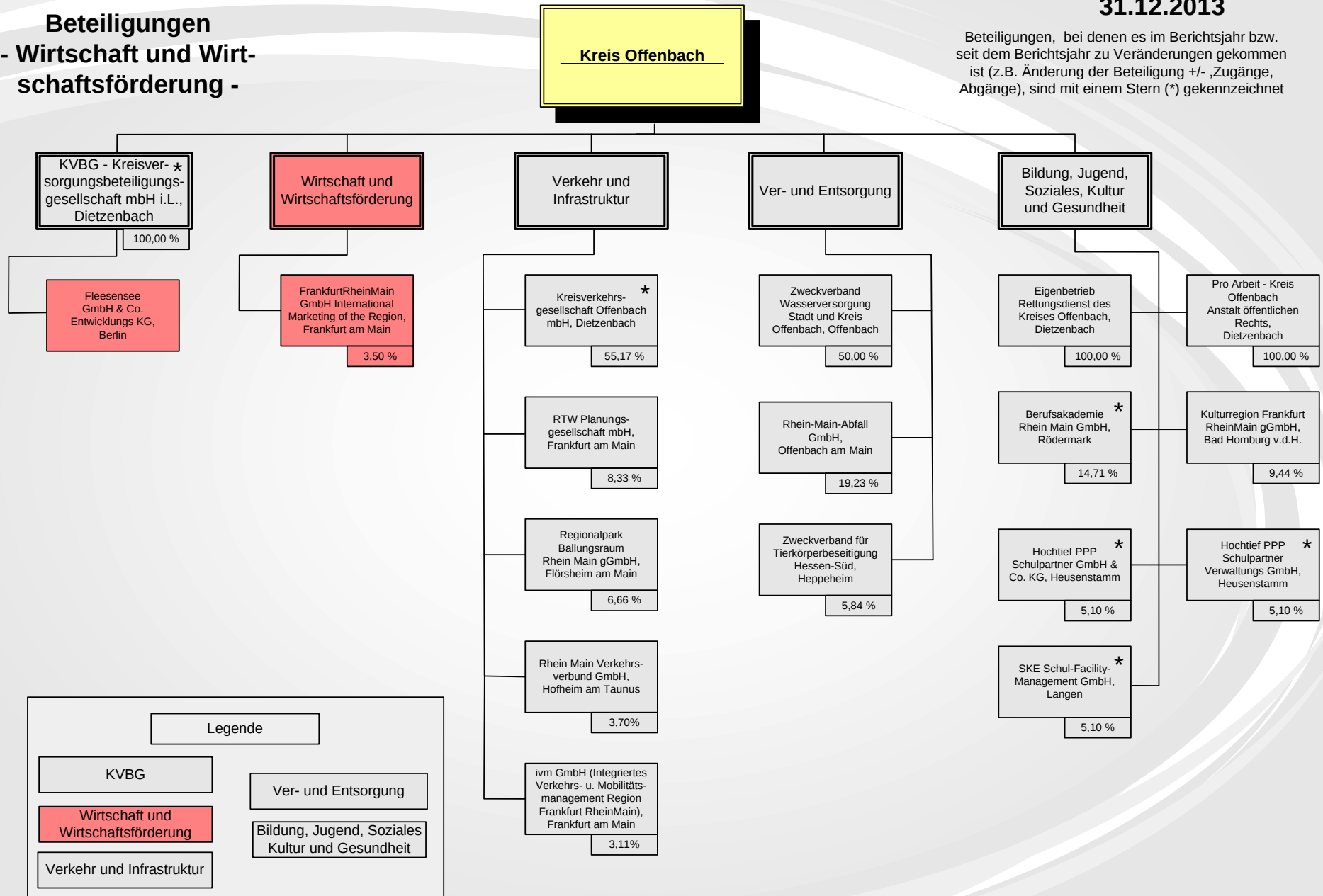


Wirtschaft und Wirtschaftsförderung

Beteiligungen - Wirtschaft und Wirtschaftsförderung -

Stand:
31.12.2013

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

Anschrift	Unterschweinstiege 8, 60549 Frankfurt
Telefon	069/686038-0
Telefax	069/686038-11
E-Mail	info@frm-united.com
Internet	www.frm-united.com

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	24. März 2005
Stammkapital	250.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 14.08.2012.
Handelsregistereintrag	HRB 75141 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum Frankfurt/Rhein-Main. Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an einem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild des Wirtschaftsraumes und den Wirtschaftsraum als Marke zu entwickeln und zu pflegen.

Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter. Aufgaben der Wirtschaftsförderung nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Die Gesellschaft ist ermächtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Zweck des Unternehmens zusammenhängen oder ihm dienlich oder förderlich sind. Sie kann dazu im Ausland Zweigniederlassungen errichten und sich an anderen Unternehmen und Organisationen des privaten und des öffentlichen Rechts beteiligen sowie Kooperationen eingehen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand: 31.12.2013)	
Vorsitzender	Herr Peter Feldmann
Stellv. Vorsitzender	Herr Michael Cyriax
Mitglied	Herr Oliver Quilling
-----„-----	Herr Dr. Hans-Peter Bach
-----„-----	Herr Prof. Dr. Wilhelm Bender ab 29.11.2013
-----„-----	Herr Patrick Burghardt
-----„-----	Herr Markus Frank
-----„-----	Herr Martin Herkströter
-----„-----	Herr Claus Kaminsky ab 30.03.2013
-----„-----	Herr Ulrich Krebs
-----„-----	Herr Karl-Heinz Krug
-----„-----	Herr Prof. Dr. Mathias Müller bis 29.11.2013

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand: 31.12.2013)	
-----,,-----	Herr Jochen Partsch
-----,,-----	Herr Uwe Paulsen
-----,,-----	Herr Dr. Ralf-Rainer Piesold bis 30.06.2013
-----,,-----	Herr Erich Pipa
-----,,-----	Herr Dr. Christof Riess
-----,,-----	Herr Dr. Ulrich Reuter
-----,,-----	Herr Steffen Saebisch bis 31.12.2013
-----,,-----	Herr Klaus Peter Schellhaas
-----,,-----	Herr Horst Schneider
-----,,-----	Herr Ludger Stüve
-----,,-----	Herr Wilhelm Speckhardt ab 01.01.2013
-----,,-----	Herr Matthias Wilkes
-----,,-----	Herr Thomas Will

Der Aufsichtsrat erhält keine Vergütung oder andere Bezüge.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dr. Hartmut Schwesinger bis 01.03.2013
-----,,-----	Herr Eric Menges ab 01.03.2013

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 Handelsgesetzbuch (HGB) verzichtet.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

D. Gesellschafter

Gesellschafter (Stand: 31.12.2013)	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Frankfurt am Main	37,50	93.750,00
HA Hessen Agentur GmbH (Austritt zum 31.12.2013)	10,00	25.000,00
IHK Forum Rhein Main	7,50	18.750,00
Stadt Offenbach am Main	4,00	10.000,00
Kreis Offenbach	3,50	8.750,00
Hochtaunuskreis	3,50	8.750,00
Main-Taunus-Kreis	3,50	8.750,00
Main-Kinzig-Kreis	3,50	8.750,00
Kreis Groß-Gerau	2,50	6.250,00
Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e.V.	2,50	6.250,00
Stadt Darmstadt	2,00	5.000,00
Stadt Eschborn	2,00	5.000,00
Regionalverband FrankfurtRheinMain	1,50	3.750,00
Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e.V.	1,00	2.500,00
ZENTEC Zentrum für Technologie, Existenzgründung und Cooperation GmbH	1,00	2.500,00
Stadt Bad Homburg vor der Höhe	1,00	2.500,00
Stadt Rüsselsheim	1,00	2.500,00
Stadt Hanau	1,00	2.500,00
Kreis Darmstadt-Dieburg	1,00	2.500,00
Kreis Bergstraße	1,00	2.500,00
Handwerkskammer Rhein-Main	0,50	1.250,00
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	3,50	8.750,00

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Gesellschaft handelt es sich gemäß der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens ausgerichtet ist.

Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Produkt Wirtschaftsförderung 10.50.01.68610080

Buchungsstelle 10.50.01.68610080

in €	2014	2013	2012
Standortmarketing	140.000	140.000	140.000

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2013 und 2014 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2012 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2013	2012	2011
Verbindlichkeiten	158.606	318.688	202.407

Berichtsjahr 2013	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	318.688
Zunahmen	0
Abnahmen	160.082
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	158.606

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter HRB 75141 eingetragen.

Die Gründung der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region fand am 24. März 2005 statt. Die Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfolgte am 01. August 2005 mit einem Budget von T€ 2.250 für das Geschäftsjahr 2005. Für das Geschäftsjahr 2006 betrug das Budget T€ 3.000. Von 2007 bis 2010 betrug das Budget jeweils T€ 4.000. Für das Geschäftsjahr 2011 betrug das Budget T€ 3.900, für das Geschäftsjahr 2012 T€ 3.860. Für das Geschäftsjahr 2013 betrug das Budget T€ 3.640. Zusätzlich standen der Gesellschaft Mittel aus den Umsatzerlösen zur Verfügung. Sitz der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist Frankfurt am Main.

Satzungsmäßiger Gegenstand der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum FrankfurtRheinMain. Zu dem Portfolio der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an dem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild des Wirtschaftsraumes und den Wirtschaftsraum als Marke zu entwickeln und zu pflegen.

Der hessische Gesetzgeber hat mit seinem Gesetz über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main vom 18. Februar 2011 seine Aufforderung zur freiwilligen Bildung eines Zusammenschlusses mit der Aufgabe des gemeinsamen Standortmarketings der Region bekräftigt.

Nachdem zum Ende des Jahres 2012 mehrere Gesellschafter den Austritt erklärten, beauftragte der Aufsichtsrat die neue Geschäftsführung mit der Überarbeitung der strategischen Ausrichtung und der Neuausrichtung der Gesellschaft. Zusätzlich wurden zahlreiche Kosteneinsparungen realisiert, um die durch die angekündigten Austritte zu erwartenden deutlichen Budgetkürzungen im Jahr 2014 abfedern zu können. Die besondere Herausforderung bestand darin, sich einerseits neu zu orientieren und Kosten zu reduzieren und andererseits dafür zu sorgen, dass weiterhin Projekte vorangetrieben wurden und Kunden angemessen bedient werden konnten. Dies ist im Rahmen des Möglichen gut gelungen.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die neue Strategie wurde dem Aufsichtsrat in seiner Septembersitzung zur Beschlussfassung vorgestellt. Der Aufsichtsrat begrüßte das Konzept der Geschäftsführung und beschloss die neue Ausrichtung der Strategie. Die Geschäftsführung wurde mit der Implementierung beauftragt. Die Eckpunkte der neuen Strategie lauten wie folgt:

- Konzentration der Aktivitäten auf ausgewählte Zielmärkte und Zielbranchen
- Verstärkte Fokussierung auf das Anwerben von internationalen Ansiedlungsprojekten
- Erhöhung der Qualität der Ansiedlungsprojekte
- Beschränkung der reinen Imagemarketing Aktivitäten auf 7 Kernmärkte: USA, China, Indien, Japan, Korea, Großbritannien, Frankreich
- Darüber hinaus gezielte und direkte Ansprache von vorab qualifizierten, potentiellen Investoren in den Kernmärkten und in den als B und C Märkten eingestuften Ländern.

Die Aufgaben der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region spiegeln sich u.a. in folgenden Detailaufgaben wider:

- Standortwerbung im Ausland
- Identifikation von Ansiedlungskandidaten über Netzwerke, Analysen und Agenturen
- Gewinnung ausländischer Investoren für die Region FrankfurtRheinMain
- Unterstützung ausländischer Firmen bei der Ansiedlung
- Dauerhafte Begleitung von Expatriates, Business Communities und ausländischen Unternehmen in enger Koordination mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen
- Unterstützung von Firmen aus FrankfurtRheinMain bei ihrem Marktzugang in den entsprechenden Zielländern in Zusammenarbeit mit der HA Hessen Agentur GmbH und den IHK'en

Die grundsätzlichen Unternehmensziele sind wie folgt definiert:

- Förderung von ausländischen Ansiedlungen in der Region FrankfurtRheinMain
- Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von FrankfurtRheinMain
- Entwicklung von Marketinginstrumenten und –strategien für die Region
- Pflege und Weiterentwicklung der Marke „FrankfurtRheinMain“
- Einnahmengenerierung

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Geschäfts- und Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Insgesamt werden die Länder durch drei Projektleiter und jeweils einen entsandten Mitarbeiter in China und USA der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region sowie eine Repräsentanz in Indien bearbeitet. Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter, vielmehr kooperiert sie intensiv z.B. im Rahmen der Anbahnung von Ansiedlungen. Aufgaben der Wirtschaftsförderungen nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.

National sind vor allem München sowie Hamburg, Berlin und Düsseldorf als Konkurrenten zu sehen, international die Regionen London, Paris und Amsterdam.

Im Jahr 2013 schaffte die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region über 63.471.258 zielgruppenrelevante Medienkontakte. 8.745 Unternehmensvertreter wurden weltweit mit gezielten Marketingaktivitäten direkt erreicht. Daraus ergaben sich 293 weiterführende Gespräche zu Ansiedlungsmöglichkeiten in der Region und 91 konkrete Ansiedlungsprojekte. Im Jahr 2013 konnten dann 21 Firmen bei der Ansiedlung in die Region FrankfurtRheinMain begleitet werden. Insgesamt wurden 56 neue ausländische Ansiedlungen bei der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region registriert (21 begleitet durch die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region und 35 weitere registrierte Ansiedlungen).

Gemeinsam mit der Stadt Frankfurt wurde der Auftritt auf der Immobilien Messe Mipim in Cannes, Frankreich, erfolgreich durchgeführt.

Gut ein Drittel der Ansiedlungen kam aus dem Länderbereich EU + MOE (16 Ansiedlungen), ein weiteres Drittel aus Amerika (15). Durch Delegationsreisen, Standortseminare, Roadshows, Messen und Konferenzen im Ausland kontaktierte die Gesellschaft 8.745 interessierte Unternehmensvertreter, während über 1.445 ausländische Besucher an von der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region organisierten Veranstaltungen teilnahmen.

Als drei Top-Branchen der von der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region begleiteten Ansiedlungen lassen sich „Internationaler Vertrieb“, „IT/Telekommunikation“ und „Finanzwirtschaft“ identifizieren.

Im Bereich Online Marketing hat die Gesellschaft neben der bestehenden Firmenwebsite frm-united.com und der Webplattform frankfurt-rhein-main.net die Aktivitäten in den social medias, insbesondere facebook, weibo (China) und twitter verstärkt.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Finanzlage

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist ein Unternehmen, das sog. Leistungserstellungszwecken dient. Die Gesellschaft verfügt über ein Stammkapital von T€ 250. Finanzielle Grundlage der Gesellschaft sind Zuzahlungen, die die Gesellschafter nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages jährlich an die Gesellschaft leisten und Erlöse, welche die Gesellschaft im Rahmen ihrer Projektarbeit erzielt. In dem Geschäftsjahr 2013 betrug die Gesamtsumme, der von den Gesellschaftern zu leistenden Zuzahlungen T€ 3.640. Zusätzlich wurden Umsatzerlöse von rd. T€ 118 generiert. Die Verfügbarkeit der Finanzmittel der Gesellschafter ist im Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft festgeschrieben. Die Zuzahlungen der Gesellschafter für das Geschäftsjahr 2013 sind zum 01. November 2013 in voller Höhe geleistet worden.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2013 bzw. bis zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung zu jedem Zeitpunkt gesichert.

Ertragslage

Ihrem Gesellschaftszweck entsprechend erwirtschaftet die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region Erlöse im Wesentlichen durch Beteiligungen Dritter an den Veranstaltungen, Werbeanzeigen in Publikationen der Gesellschaft und der Vermietung der Marketing-Lounge. Im Jahr 2013 wurden Umsatzerlöse in Höhe von T€ 118 (Vorjahr: T€ 112) erzielt. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region beträgt T€ -3.138 nach T€ -4.364 im Vorjahr. Dieser Rückgang des Jahresfehlbetrags um TEUR 1.227 geht im Wesentlichen auf ein deutliches Kostenreduzierungsprogramm in Antizipation der angekündigten Austritte sowie auf das Zurückfahren der Sonderprojekte zum 1. Januar 2014 zurück.

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region geht davon aus, dass der Anteil der Erlöse aus Beteiligungen Dritter und der Vermietung der Marketing-Lounge in den nächsten Jahren trotz der verringerten Zuzahlungssumme in etwa konstant bleiben wird. Angestrebt wird, dass die Gesellschaft langfristig im Durchschnitt einen höheren Anteil der Kosten und Erlöse decken können.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region beträgt im Geschäftsjahr 2013 T€ 1.129.

Das Anlagevermögen beträgt T€ 76 und betrifft nahezu ausschließlich Sachanlagen. Es ergibt sich eine Sachanlagenintensität von 6,7% (Vorjahr: 10,4%). Das Umlaufvermögen und der Rechnungsabgrenzungsposten betragen insgesamt T€ 1.053 (Vorjahr: T€ 797). Das Umlaufvermögen (vor allem Bankbestand) ist gestiegen. Das ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die eingezahlten Mittel der Gesellschafter nicht komplett ausgegeben wurden - z.B. durch nicht durchgeführte Projekte.

Das Eigenkapital hat sich im Vorjahresvergleich um T€ 464 auf T€ 905 erhöht. Es wurde durch die Gesellschafter in diesem Jahr mehr in die Kapitalrücklage eingezahlt als in diesem Jahr ausgegeben wurde, dadurch hat sich das Eigenkapital erhöht. Die Eigenkapital Quote ist deshalb in 2013 auf 80,1% gestiegen, von 49,6% im Vorjahr.

Nachtragsbericht

Der angekündigte Austritt der Stadt Offenbach konnte abgewendet werden, allerdings wird der Anteil zum 1. Januar 2015 von 4% auf 2% reduziert werden. Mit dem ausgetretenen Gesellschafter Hessen Trade and Invest und der hessischen Landesregierung gibt es intensive Gespräche über die Bereitstellung von Projektmitteln. Auch eine Rückkehr als Gesellschafter gilt als nicht unmöglich und wird durch die Landesregierung geprüft. Mit zahlreichen Kommunen in der Region FrankfurtRheinMain werden Sondierungsgespräche über einen möglichen Beitritt geführt. Die Stadt Neu-Isenburg hat im März 2014 den Beitritt zur Gesellschaft beschlossen. Mit der Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e.V. verhandelt die Gesellschaft über eine gesonderte Dienstleistungsvereinbarung. Möglicherweise entstehen hierdurch bei der Gesellschaft zukünftig zusätzliche Einnahmepotentiale.

Risikobericht

Die Gesellschaft erbringt im Auftrag ihrer Gesellschafter unentgeltlich Dienstleistungen im Bereich des Standortmarketings für die Region FrankfurtRheinMain insgesamt. Anstelle von Dienstleistungsentgelten treten Zuzahlungen auf gesellschaftsrechtlicher Grundlage. Zur Erhaltung des Eigenkapitals und zur Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit ist die Gesellschaft auf diese Zuzahlungen angewiesen.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Risikobericht (Fortsetzung)

Vor diesem Hintergrund werden als einzige, für den Bestand der Gesellschaft kritische, Risiken mögliche weitere Gesellschafteraustritte, insbesondere des Hauptgesellschafters Stadt Frankfurt, identifiziert. Das Risiko wird in Bezug auf die Stadt Frankfurt als niedrig und in Bezug auf die restlichen Gesellschafter als mittel bis niedrig eingeschätzt. Weitere Risiken, die den Bestand der Gesellschaft gefährden, oder die Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, werden aus heutiger Sicht nicht gesehen.

Es drohen auch keine Rechtsstreite, die eine Gefährdung des Fortbestehens der Gesellschaft nach sich ziehen. Die Finanzierung der Gesellschaft durch alle 21 verbleibenden Gesellschafter ist bis Ende 2014 durch die Vereinbarung im Gesellschaftsvertrag gesichert. Der Wirtschaftsplan wird durch die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat genehmigt.

Risikomanagementziele und -methoden

Der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat sind jederzeit der finanzielle Überblick gewährleistet. So wird den Aufsichtsratsmitgliedern quartalsweise ein Update über den Plan/Ist-Vergleich kommuniziert. Eventuelle Abweichungen werden den Gesellschaftern frühzeitig kommuniziert, so dass rechtzeitig Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können. Der Eingang der Zuzahlungen erfolgt quartalsweise und wird im Rahmen eines Mahnwesens überwacht. Kündigungen von Anteilen sind ausschließlich mit einem Jahr Vorlaufzeit möglich und betreffen somit nicht die laufende Finanzierung.

Finanzinstrumente

Die Finanzinstrumente der Gesellschaft umfassen zum 31. Dezember 2013 die Forderungen, sonstigen Vermögensgegenstände, liquide Mittel sowie die Verbindlichkeiten. Hierbei ist die Gesellschaft den folgenden Risiken ausgesetzt:

- Ausfallrisiken/Preisänderungsrisiken
- Die Werthaltigkeit der Forderungen (vor allem gegen die Gesellschafter) ist grundsätzlich gegeben. Preisänderungsrisiken liegen zurzeit nach Einschätzung der Geschäftsführung nicht vor.
- Liquiditätsrisiken und Zahlungsstromrisiken liegen zurzeit nach Einschätzung der Geschäftsführung nicht vor, es sei denn die beteiligten Gesellschafter – insbesondere Kommunen oder Landkreise – könnten ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Hiervon ist jedoch nicht auszugehen.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Prognosebericht

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist eine Gesellschaft, die übergeordnete Aufgaben wahrnimmt und somit nicht in Konkurrenz zu anderen Institutionen steht. Des Weiteren gibt es keine andere Gesellschaft in der Region, die eine übergeordnete Rolle wie die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region übernimmt.

Auch für 2014 und 2015 wird ein negatives Geschäftsergebnis in der Größenordnung von € 3,6 Mio. erwartet, welches jedoch in der Kosten- und Erlösstruktur der Firma begründet ist.

Der Gesellschaft steht nach aktueller Planung in den Jahren 2014 und 2015 bedingt durch die Reduzierung des Anteils der Stadt Offenbach ein Budget von T€ 3.600 bzw. T€ 3.560 zur Verfügung. Allerdings ist wie bereits beschrieben mit einer zusätzlichen Erweiterung des Gesellschafterkreises zu rechnen. Die Wirtschafts- und Projektplanung wird entsprechend angepasst. Anzumerken ist, dass die Gesellschaft auch künftig – nach derzeitiger Planung – nur einen kleinen Teil der Kosten durch Erlöse decken kann.

Neben den vertraglich zugesicherten Zuzahlungen der Gesellschafter ist der Finanzmittelstand auch noch vorhanden. Daraus finanziert die Gesellschaft umfassende vom Aufsichtsrat zu genehmigende Sonderprojekte und federt im operativen Bereich den Austritt des Gesellschafters Hessenagentur ab.

Die Chancen für die Entwicklung von Ansiedlungsprojekten bzw. für die Weiterleitung von potentiellen Ansiedlungskandidaten an die kommunalen Wirtschaftsförderungen sind als sehr positiv zu bewerten. Die Region FrankfurtRheinMain, d.h. "das Produkt" der Gesellschaft ist sehr vielseitig und bietet somit den sehr heterogenen Zielgruppen der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ein breites Spektrum an Möglichkeiten.

Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit ist durch alle einfließenden Faktoren gewährleistet.

Die Zeit der Austritte ist aus heutiger Sicht vorüber. Die Gesellschaft blickt gestärkt in die Zukunft. Aufgrund der Öffnung des Gesellschafterkreises für kreisabhängige Kommunen und der Neuausrichtung im Jahr 2013 geht die Gesellschaft davon aus, dass es in den kommenden Jahren gelingen wird, weitere neue Gesellschafter und ausgetretene Gesellschafter zurückzugewinnen sowie weitere Finanzmittel anzuwerben.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

L. Bilanz

Aktiva	2013	2012	Veränderung	2011
	in €	in €	in €	in €
- Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	7	132	-125	1.431
Immaterielle Vermögensgegenstände	7	132	-125	1.431
- Bauten auf fremden Grundstücken	3.421	3.567	-146	1
- andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	73.019	89.448	-16.429	107.733
Sachanlagen	76.440	93.015	-16.575	107.734
- Anteile an verbundenen Unternehmen	1	1	0	11.766
Finanzanlagen	1	1	0	11.766
Anlagevermögen	76.448	93.148	-16.700	120.931
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	14.821	67.207	-52.386	47.282
- Sonstige Vermögensgegenstände	94.211	113.870	-19.659	112.615
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	109.031	181.077	-72.045	159.897
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	820.005	596.171	223.835	965.560
Flüssige Mittel	820.005	596.171	223.835	965.560
Umlaufvermögen	929.037	777.247	151.790	1.125.457
Rechnungsabgrenzungsposten	123.341	20.071	103.269	48.242
	1.128.825	890.466	238.359	1.294.630

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

L. Bilanz (Fortsetzung)

Passiva	2013	2012	Veränderung	2011
	in €	in €	in €	in €
- Gezeichnetes Kapital	250.000	250.000	0	250.000
- Nennbetrag eigener Anteile	-12.500	-8.750	-3.750	-8.750
- ausgegebenes Kapital	237.500	241.250	-3.750	241.250
- Kapitalrücklagen	23.619.540	24.378.734	-759.194	25.037.682
- Verlustvortrag	0	0	0	0
- Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0	0
- Bilanzverlust/-gewinn	-22.951.581	-24.178.620	1.227.039	-24.293.854
Eigenkapital	905.459	441.364	464.095	985.078
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0	0	0	0
- Sonstige Rückstellungen	64.760	130.415	-65.655	107.145
Rückstellungen	64.760	130.415	-65.655	107.145
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	81.093	271.815	-190.722	146.936
- Sonstige Verbindlichkeiten	77.514	46.873	30.640	55.471
Verbindlichkeiten	158.606	318.688	-160.082	202.407
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	1.128.825	890.466	238.359	1.294.630

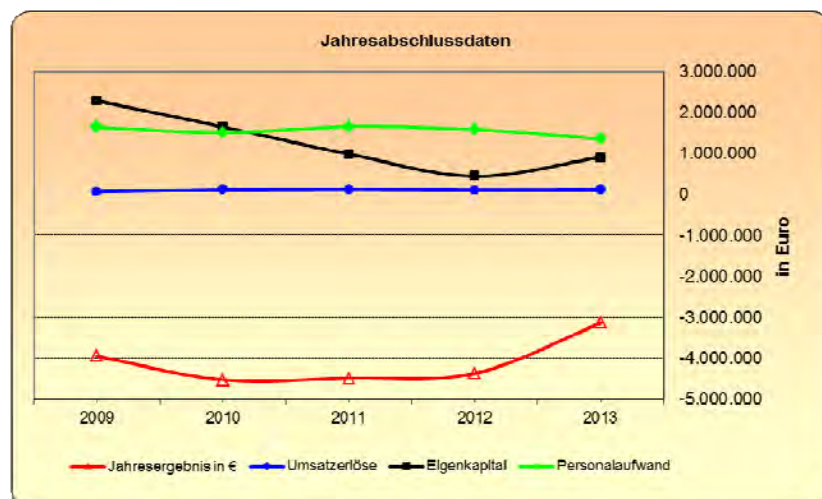
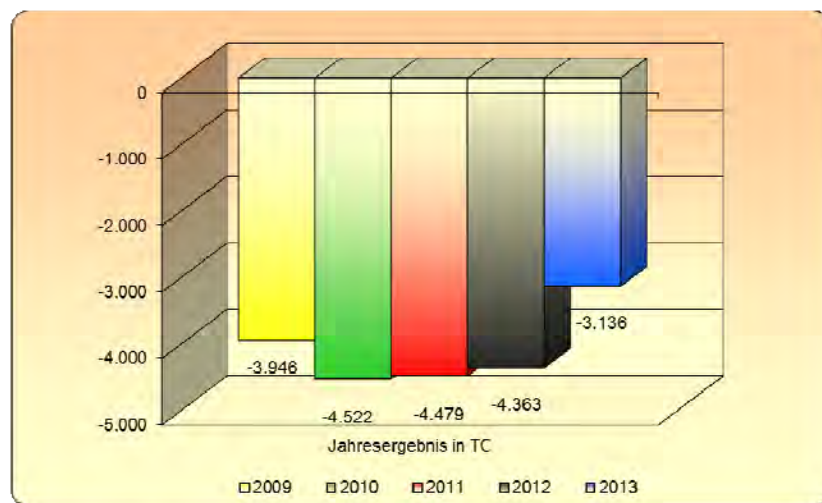
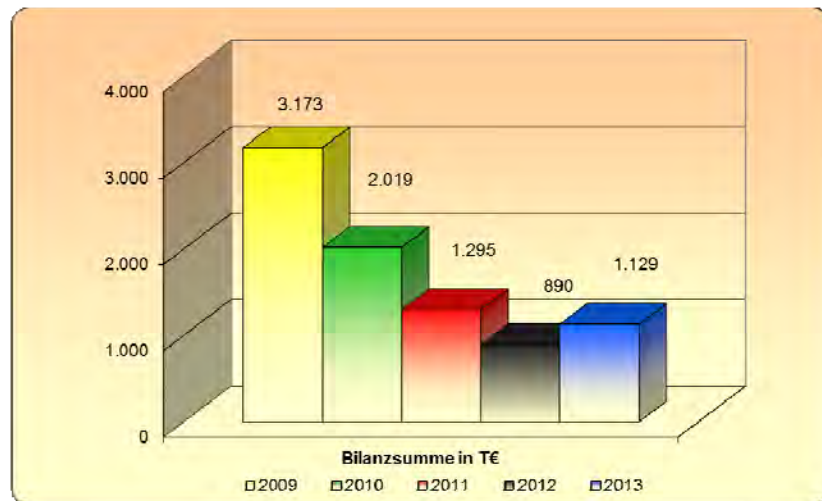
Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2013	2012	2011
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse Erlöse Projekte und Aktivitäten	117.507	112.292	128.480
Sonstige betriebliche Erträge	5.430	11.684	85.369
	122.937	123.976	213.849
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.205.175	2.134.505	2.249.636
a) Löhne und Gehälter	1.070.957	1.241.212	1.232.045
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	285.690	342.753	421.846
	1.356.647	1.583.966	1.653.891
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	19.368	22.025	23.833
Sonstige betriebliche Aufwendungen	681.948	740.998	775.709
	701.316	763.023	799.542
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.102	5.011	8.502
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	11.765	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.138.098	-4.364.270	-4.480.718
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.243	-929	-2.476
sonstige Steuern	572	125	457
Steuern	-1.671	-804	-2.019
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	-3.136.427	-4.363.466	-4.478.700
Verlustvortrag	24.178.620	24.293.854	19.815.154
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	4.363.466	4.478.700	0
Bilanzverlust	22.951.581	24.178.620	24.293.854

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen

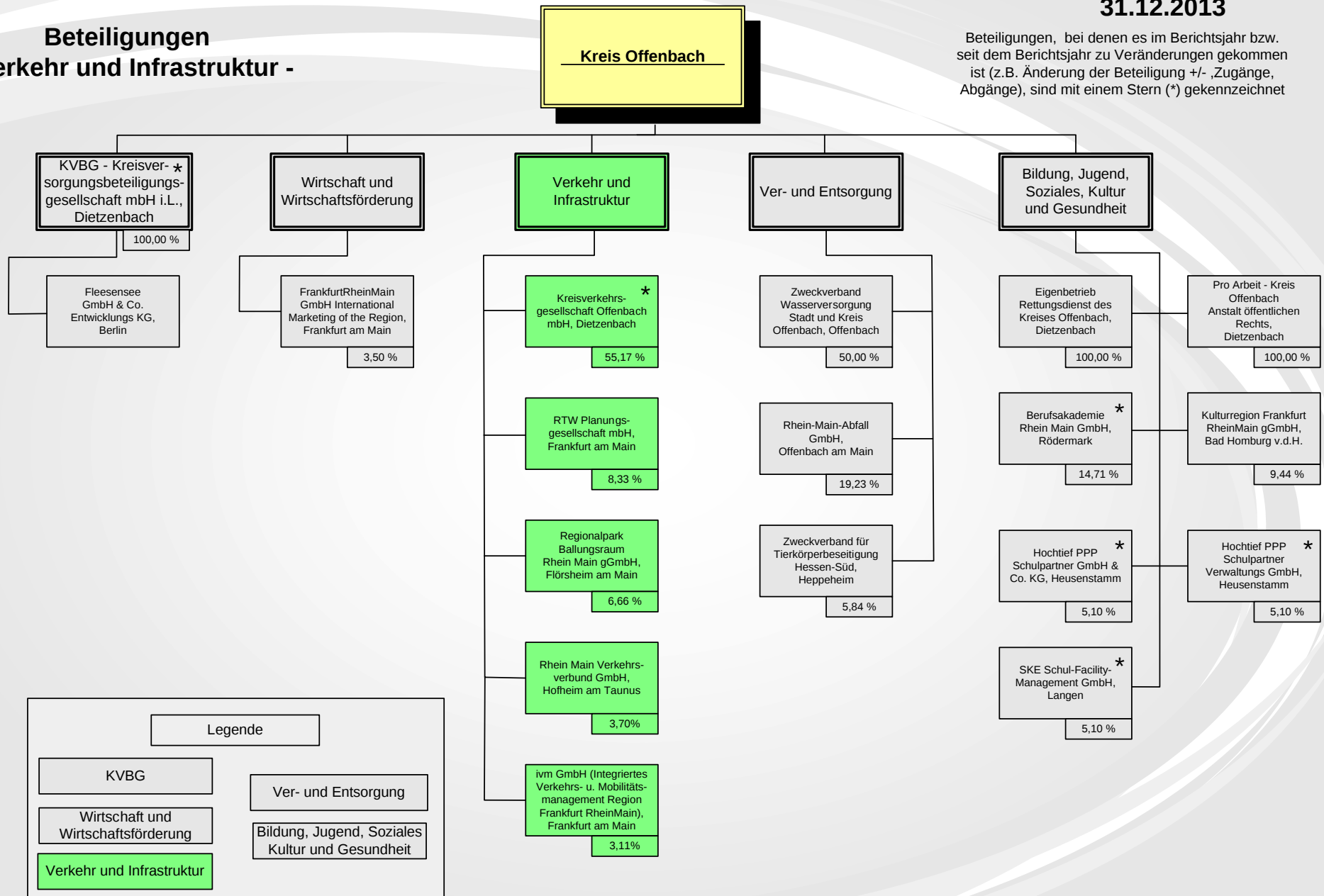


Verkehr und Infrastruktur

Stand:
31.12.2013

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

Beteiligungen - Verkehr und Infrastruktur -



kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

Am 30. September im Jahre 1992 wurde die Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH als lokale Nahverkehrsgesellschaft vom Kreis Offenbach und den 13 kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie dem Umlandverband Frankfurt zu einem Zeitpunkt gegründet, als der Rhein-Main-Verkehrsverbund (seit 1995 bestehend) noch nicht existierte.

Schon zu Beginn der 90er Jahre wurde seitens der Gesellschafter es als wichtig und notwendig angesehen, öffentlichen Personennahverkehr und Verkehrsplanung generell einheitlich zu fördern, örtliche Planung von Verkehrslinien etc. über die eigene Gebietskörperschaft hinausgehend, abzustimmen und auch zu betreiben.

Es setzte sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass eigene Verkehrsmaßnahmen nur dann erfolgreich umgesetzt werden können, wenn entsprechende Abstimmungen mit benachbarten Kommunen getroffen werden konnten. Letztlich konnten so durch Maßnahmenbündelungen Ergebnisse auch wirtschaftlich effizienter umgesetzt werden.

Die Zusammenarbeit des Kreises Offenbach mit den Kreiskommunen und dem Umlandverband Frankfurt (Rechtsnachfolger Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main bzw. jetzt Regionalverband FrankfurtRheinMain) trug so dann schon früh Früchte. Zu nennen sind das Projekt Anruf-Sammel-Taxi sowie die Inbetriebnahme der Buslinie 969 Kreisquerverbindung Langen – Seligenstadt.

Traditionell war im Kreis Offenbach der Schienenverkehr gegenüber dem Regionalbusverkehr bzw. der Bedeutung für den gesamten Sektor des Öffentlichen Personennahverkehrs stark unterrepräsentiert, dies insbesondere im Vergleich zum gesamten Geschäftsgebiet des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV). Diese Situation hat sich jedoch mit Inbetriebnahme der beiden S-Bahn-Strecken Dietzenbach und Rodgau am Jahresende 2003 grundlegend geändert; es kam so zu weitreichenden strukturellen Veränderungen im ÖPNV innerhalb des Kreisgebietes und der Schienenverkehr hat an Bedeutung gewonnen.

**kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach
mbH, Dietzenbach**

Anschrift	Masayaplatz 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/69669-00
Telefax	06074/69669-09
E-Mail	info@kvgof.de
Internet	www.kvgof.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform:	GmbH
Gründungsdatum:	30. September 1992
Stammkapital:	51.910,-- €
Gesellschaftsvertrag:	Der zurzeit gültige Gesellschaftsvertrag datiert vom 30.09.1992, zuletzt geändert am 14. Juni 2013
Handelsregistereintrag:	HRB 8669 Amtsgericht Offenbach am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind:

- die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie ergänzender Mobilitätsformen im Kreis Offenbach sowie in angrenzenden Verkehrsräumen und die Sicherstellung des öffentlichen Personennahverkehrs und ergänzender Mobilitätsformen im Kreis Offenbach nach einheitlichen Gesichtspunkten und Planungen;
- die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beteiligten Gesellschafter bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs;
- die sofortige oder spätere Übertragung einzelner oder aller Verkehrsleistungen von den Gesellschaftern unter Weitergabe der damit im Zusammenhang stehenden öffentlichen Zuwendungen auf die Gesellschaft;
- die gegenseitige Unterrichtung der Gesellschafter über alle wesentlichen Verkehrsmaßnahmen und –vorhaben innerhalb ihrer Gebietskörperschaft und die zugrunde liegenden Überlegungen und Planungen;

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

- die Einrichtung und den Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren;
- die Einrichtung von Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen;
- die Beteiligung an Unternehmen, die die oben genannten Zwecke fördern

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2013 (Stand: 31.12.2013)	
Vorsitzende	Frau Claudia Jäger
Stellvertretender Vorsitzender, für die Gemeinde Hainburg	Herr Bernhard Bessel
Stellvertretende Vorsitzende, für die Gemeinde Mainhausen	Frau Ruth Disser
Mitglied für die KVBG	Herr Bernd Abeln
-----„-----	Frau Claudia Bicherl
-----„-----	Herr Hans-Peter Bicherl
-----„-----	Herr Arne Göhler
-----„-----	Herr Clemens Jäger
-----„-----	Frau Margrit Jansen
-----„-----	Herr Jürgen Kaiser
-----„-----	Herr René Rock
-----„-----	Frau Gisela Schmalenbach
-----„-----	Herr Stefan Schmitt

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2013 (Stand 31.12.2013) (Fortsetzung)	
Mitglied für die KVBG	Herr Norbert Schultheis
-----„-----	Herr Karl-Heinz Stier
-----„-----	Herr Alexander Sturm
-----„-----	Herr Boris Wilfert
Mitglied für die Stadt Dietzenbach	Herr Jürgen Rogg
-----„----- für die Stadt Dreieich	Herr Martin Burlon
-----„----- für die Gemeinde Egelsbach	Herr Jürgen Sieling
-----„----- für die Stadt Heusenstamm	Herr Uwe Michael Hajdu
-----„----- für die Stadt Langen	Herr Frieder Gebhardt
-----„----- für die Stadt Mühlheim	Herr Daniel Tybussek
-----„----- für die Stadt Neu-Isenburg	Herr Herbert Hunkel
-----„----- für die Stadt Obertshausen	Herr Hubert Gerhards
-----„----- für die Stadt Rodgau	Herr Jürgen Hoffmann
-----„----- für die Stadt Rödermark	Herr Roland Kern
-----„----- für die Stadt Seligenstadt	Herr Dieter Burkard, verstorben Nov. 2013
-----„-----	Frau Dagmar B. Nonn-Adams

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Andreas Maatz
------------------------	--------------------

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen.

**kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach
mbH, Dietzenbach**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates bekamen im Jahr 2013 Aufwandsentschädigungen in Höhe von € 4.020,85.

Die GesamtbruttoBezüge des Geschäftsführers betrugen im Geschäftsjahr 2013 € 90.000,--.

D. Gesellschafter

Gesellschafter (Stand: 31.12.2013)	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	55,176	28.640,00
Stadt Dreieich	3,448	1,790,00
Stadt Dietzenbach	3,448	1,790,00
Gemeinde Egelsbach	3,448	1,790,00
Gemeinde Hainburg	3,448	1,790,00
Stadt Heusenstamm	3,448	1,790,00
Stadt Langen	3,448	1,790,00
Gemeinde Mainhausen	3,448	1,790,00
Stadt Mühlheim	3,448	1,790,00
Stadt Neu-Isenburg	3,448	1,790,00
Stadt Obertshausen	3,448	1,790,00
Stadt Rodgau	3,448	1,790,00
Stadt Rödermark	3,448	1,790,00
Stadt Seligenstadt	3,448	1,790,00
	100,00	51.910,00

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 20. März 2013 im Rahmen der Beschlüsse zur strategischen und finanziellen Entwicklung der KVBG mbH einstimmig die Abtretung der Gesellschaftsanteile der KVBG mbH an der kvgOF mbH an den Kreis Offenbach beschlossen.

E. Beteiligungen an anderen Unternehmen

	Anteil in %	Anteil in €
Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	2,5 %	6.250,00

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Gemäß § 5 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG) sind die Landkreise auf ihrem Gebiet zuständige Aufgabenträger für die Planung, die Organisation und die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs. Sie sind Aufgabenträger im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes und zuständige Stelle im Sinne des § 4 des Regionalisierungsgesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 2395), Die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs obliegt den Verkehrsunternehmen nach dem Personenbeförderungsgesetz und dem Allgemeinen Eisenbahngesetz.

Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten als wirtschaftliche Betätigung nicht Tätigkeiten, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist. Aufgrund dieses Sachverhaltes ist die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Produkt Beteiligungsmanagement

Buchungsstelle 20.30.01.71250031

in €	2014	2013	2012
Zuweisung an den Wirtschaftsplan	3.597.000	0	0

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2013 und 2014 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2012 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2013	2012	2011
Verbindlichkeiten	1.518.578	1.345.061	313.965

Berichtsjahr 2013	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	1.345.061
Zunahmen	173.517
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	1.518.578

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013

Rahmenbedingungen

Im Geschäftsjahr 2013 haben sich Änderungen bei den personellen Rahmenbedingungen gegenüber dem Jahr 2012 ergeben.

Herr Andreas Maatz hatte weiterhin die alleinige Geschäftsführung der Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH (kurz: kvgOF) inne, Herr Klaus Barthelmes hat als stellvertretender Geschäftsführer – ausgestattet mit einer Gesamtprokura – die kvgOF zum Februar 2013 auf eigenen Wunsch verlassen.

Deshalb hat die Geschäftsführung Frau Annette Heinemann als neue Prokuristin vorgeschlagen, die seit dem 1. Februar 2010 bei der kvgOF beschäftigt ist. Mit ihrer Funktion als „Leiterin Finanzen und Organisation“ hat Frau Annette Heinemann in den Innenbeziehungen der Gesellschaft bereits eine entsprechende Verantwortung und ist seit Beginn ihrer Tätigkeit in die maßgeblichen Entscheidungen der kvgOF einbezogen. Mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 13. Juni 2013 und dem Eintrag im Handelsregister B am 9. Oktober 2013 ist Frau Annette Heinemann nunmehr mit einer Einzelprokura ausgestattet.

Sowohl die im Gesellschaftsvertrag vorgesehenen vier Sitzungen des Aufsichtsrats als auch die jährliche Gesellschafterversammlung wurden planmäßig und ordnungsgemäß unter dem Vorsitz der Aufsichtsratsvorsitzenden, Frau Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger, durchgeführt.

Der zeitlich vorgeschaltete Beirat mit Vertretern von sechs Stadtwerken/Verkehrsbetrieben im Kreis Offenbach traf sich ebenfalls turnusgemäß, um Themen des Aufsichtsrats vorzubereiten und Belange der Kooperationsunternehmen zu behandeln.

Zusätzlich zu den o.g. turnusmäßigen Sitzungen des Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlung fanden im Jahr 2013 noch folgende Sitzungen statt:

- 11. April 2013: Sondersitzung von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung
- 13. Juni 2013: außerordentliche Gesellschafterversammlung

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Anlass für diese außerordentlichen Sitzungen waren die Abtretung der Geschäftsanteile der Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft (KVBG) an den Kreis Offenbach sowie die damit verbundene Aufhebung des Ergebnisabführungsvertrages mit der KVBG und die entsprechenden Änderungen im Gesellschaftervertrag.

Für die Aufhebung des Ergebnisabführungsvertrages vom 11.02.1993/16.12.1994 war die Zustimmung der Mitgesellschafter der KVBG GmbH erforderlich. Die Mitgesellschafter der KVBG GmbH erteilen die Zustimmung zu der Aufhebung des Ergebnisabführungsvertrages unter dem Vorbehalt, dass zuvor mit dem Kreis Offenbach eine Vereinbarung zur Ergebnisübernahme abgeschlossen werden wird.

Im Zuge der erforderlichen Änderungen beim Übergang der Geschäftsanteile von der KVBG an den Kreis Offenbach wurden zudem die bis dato aufgelaufenen Änderungsvorschläge aus dem Aufsichtsrat sowie weitere Empfehlungen des Notars eingearbeitet. Damit konnten bislang offene Punkte eindeutig formuliert und zudem der aktuelle Stand der einschlägigen Rechtsvorschriften übernommen werden.

Der Verlustausgleich zugunsten der kvgOF ist bislang von der KVBG GmbH vorgenommen worden. Die dafür erforderlichen Mittel wurden der KVBG GmbH von dem Kreis Offenbach zur Verfügung gestellt.

Mit notariellem Kaufvertrag vom 16. April 2013 hat der Kreis Offenbach am Main mit wirtschaftlicher Rückwirkung zum 1. Januar 2013 von der KVBG einen Anteil von nominell EUR 28.640,00 am Stammkapital der kvgOF in Höhe von insgesamt EUR 51.910,00 erworben. Vollzogen wurde die Anteilsübertragung durch die Aufnahme der entsprechend geänderten Gesellschafterliste in das Handelsregister am 9. Oktober 2013. Demgegenüber konnte der zwischen der KVBG und der kvgOF bestehende handelsrechtliche Ergebnisabführungsvertrag nicht rückwirkend ebenfalls zum 1. Januar 2013, sondern rechtlich zwingend erst mit Wirkung zum Ablauf des 31.12.2013 aufgehoben werden.

Die Beteiligten sind sich nach reiflicher Überlegung darüber einig, dass die Stellung als Mehrheitsgesellschafter bei der kvgOF und die Verpflichtung, die Verluste der kvgOF auszugleichen, untrennbar miteinander verbunden sind. Die Beteiligten sind sich daher weiter darüber einig, dass der Ausgleich des Jahresfehlbetrags 2013 der kvgOF in Form eines entsprechenden Zuschusses durch den Kreis Offenbach geleistet wird, so dass die Verlustausgleichsverpflichtung der KVBG faktisch obsolet wird.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Allgemein

Die Zusammenarbeit mit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH gestaltet sich weiterhin grundsätzlich positiv, obwohl größere Projekte, Ausschreibungen und andere Vorhaben viel Zeit auf beiden Seiten binden und zudem Reibungs- und Zeitverluste auf Seiten der kvgOF durch den hohen Abstimmungsaufwand entstehen.

Einnahmenaufteilung und Umlagen im RMV

Auch für das Jahr 2012 wurde das Verfahren zur Einnahmenaufteilung (EAV) nach dem seit 1998 angewendeten kassentechnischen Verfahren abgewickelt. Die Ergebnisse der RMV-weiten Fahrgastzählung und -befragung (Verbunderhebung 2010) stellen die Grundlage der Abrechnung dar.

Die fortwährenden Diskussionen zwischen dem RMV und den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO, z.B. die kvgOF) haben letztlich dazu geführt, dass für den Aufsichtsrat des RMV am 21. November 2013 einige wichtige Vorschläge zur Abstimmung standen und entsprechend beschlossen wurden.

Hierbei ist insbesondere die vorgesehene Halbierung der ‚Partnerschaftsfinanzierung Schiene‘ ab dem Jahr 2014 herauszuheben, die eine seit langem geforderte Entlastung der kvgOF bedeutet. Insgesamt wurden folgende relevante Entscheidungen im AR-RMV getroffen:

- Die Hochschulstandorte sollen einen fixierten, prozentualen Anteil aus den Semesterticketeinnahmen ihres Standortes erhalten. Der prozentuale Anteil wird einmalig auf der Grundlage von 90% der Ergiebigkeit des jeweiligen Azubitarifes ermittelt und gilt für die Laufzeit der jeweiligen Semesterticketverträge. Die sonstigen Zuschlagsregularien der EAV im RMV bezüglich der Semesterticketeinnahmen bleiben hiervon unberührt.
- Mit Wirkung ab der Einnahmenaufteilung/Abrechnung (EAV/ABR) 2012 wird der Vertriebsanreiz als Prozentsatz auf die Übersteiger/Fremdnutzer (ohne Semestertickets) auf 5,0 % festgesetzt. Mit Wirkung ab der EAV/ABR 2017 soll dieser Prozentsatz auf 7,5 % und ab der EAV/ABR 2019 auf 10,0 % erhöht werden. Davon unbenommen bleibt eine vorzeitige Anhebung durch Beschluss des Aufsichtsrates, sofern entsprechender finanzieller Spielraum entsteht.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Einnahmenaufteilung und Umlagen im RMV (Fortsetzung)

- Die Höhe des Vertriebsanreizes soll sich an den Ergebnissen der wettbewerblichen Vergabe des regionalen Vertriebes orientieren.
- Mit Wirkung ab der EAV/ABR 2012 wird die RBNV-Umlage auf € 2,5 Mio. jährlich begrenzt. Ab der EAV/ABR 2014 wird auf eine RBNV Umlage verzichtet.
- Die kommunalen Anteile im Rahmen des Partnerschaftsmodells im SPNV werden mit den kommunalen Gebietskörperschaften/lokalen Nahverkehrsorganisationen mit Wirkung ab der Abrechnung für das Jahr 2014 auf 50 % des Wertes der Abrechnung 2013, d.h. auf € 11,5 Mio. verringert. Perspektivisch ist eine vollständige Finanzierung der regionalen Verkehre aus dem regionalen Budget und damit eine Reduzierung der Partnerschaftsfinanzierung auf Null in Abhängigkeit von der Finanzierbarkeit geplant.

Der erstmalig im Vorjahr vom RMV gewährte Vertriebsanreiz und seine Erhöhung von 2,5% auf 5% bedeutet konkret für den Kreis Offenbach, dass er im Ergebnis eine Einnahmensteigerung von rund € 100.000 gegenüber den ursprünglichen Planungen erzielt hat.

Die RBNV-Umlage von ursprünglich € 5,0 Mio. wird ebenfalls halbiert, was eine Entlastung der kvgOF und der betroffenen Kommunen von rund € 300.000,- bedeutet.

Das Ergebnis der Einnahmenezuscheidung 2012 ohne Kooperationsfördermittel für die Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr wie dargestellt um -4,7%. Die Strukturhilfe sowie die Zusage aus Durchtarifierungsverlusten beträgt T€ 285,7 und liegt damit 1,9% unter der des Jahres 2011 (T€ 291,3).

Die Verringerung der Erlösminderung durch EAV ist durch mehrere Faktoren zu begründen:

- Bei gestiegenen kassentechnischen Einnahmen ist der Anteil am Fremdnutzer-ausgleich gesunken, insgesamt hat sich der zu zahlende Fremdnutzer-ausgleich gegenüber dem Vorjahr leicht vermindert; prognostiziert worden war eine Erhöhung.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Einnahmenaufteilung und Umlagen im RMV (Fortsetzung)

- Der Vertriebsanreiz ist von 2,5% im Vorjahr auf 5% vom Fremdnutzerausgleich gestiegen, dies bedeutet eine Verminderung der Zahllast an den RMV.
- Die für das Jahr 2013 zu leistenden Vorauszahlungen sind wesentlich geringer als die gegenzurechnenden Vorauszahlungen aus dem Vorjahr.

Positiv entwickelte sich das Regionalbusdefizit, und zwar von T€ 692,2 in 2011 auf T€ 301,7 (-T€ 390,5) in 2012 bei einem Umlagensatz von 11,95 % (Basis 5 Mio.) gegenüber 12,07 % in 2012 (Basis 2,5 Mio.).

Die SPNV-Umlage (Schiene) verbleibt weiterhin auf dem Wert € 0.

Die Aufwendungen für die Partnerschaftsfinanzierung ‚Schiene‘ betragen im Jahr 2013 T€ 3.097 gegenüber einem Ergebnis von T€ 3.096 in 2012. Der Betrag enthält für den Betrieb der Odenwaldbahn T€ 274.

Verlustübernahme

Die Höhe der Verlustübernahme verringert sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 187 von T€ 4.221 auf T€ 4.034 und fällt um T€ 54 geringer aus als in der vierten Wirtschaftsplan-Fortschreibung des Geschäftsjahres 2013 erwartet.

Hinsichtlich der Zulässigkeit von Beihilfen (Art. 107 Abs. 1 AEUV) – hier: Finanzierung der Gesellschaft einerseits durch den unmittelbaren Gesellschafter (Kreis Offenbach) und ggf. andererseits durch die unmittelbaren Gesellschafter (Kommunen des Kreises Offenbach) – besteht eine Unsicherheit. Die Geschäftsführung hat im Aufsichtsrat der kvgOF am 13. Juni 2013 eine Prüfung dieser Frage zur Diskussion gestellt. Im Ergebnis hält der Aufsichtsrat eine Überprüfung ohne konkrete Problemlage nicht für erforderlich.

Der Verlustausgleich durch den Kreis Offenbach gleicht im Wesentlichen die Aufwendungen/Verpflichtungen aus, die gegenüber dem RMV aufgrund der vertraglichen Verpflichtung zwischen dem Kreis Offenbach und dem RMV auch dann zu leisten wären, wenn diese Aufgaben nicht an die kvgOF übertragen worden wären.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Interne Entwicklungen

Personal

Im Sommer 2013 hat unsere Teamleiterin für die Schülerbeförderung und die Mobilitätszentrale schriftlich um eine Vertragsauflösung und das Ausscheiden aus der kvgOF zum vertraglich vereinbarten Datum (Ende 2013) gebeten. Einem vorzeitigen Ausscheiden hat die Geschäftsführung aufgrund der speziellen Kenntnisse der Mitarbeiterin und der erforderlichen Übergabe- und Einarbeitungszeit eines neuen Mitarbeiters nicht zugestimmt.

Die Geschäftsführung hat rechtzeitig eine neue und kompetente Mitarbeiterin für die Nachfolge der ausscheidenden Mitarbeiterin finden können, die über drei Monate eingearbeitet werden konnte.

Zum 1. Juni 2013 wurde die Vakanz, die durch den Weggang des früheren Prokuristen und stellvertretenden Geschäftsführers auf fachlicher Ebene entstanden war, durch einen neuen Mitarbeiter geschlossen. Seine wesentlichen Verantwortungsbereiche liegen in den Themenbereichen, Betrieb, Infrastruktur & Technik.

Vermögenslage

Bei einer um T€ 475 erhöhten Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote rechnerisch von 2,2% zum Vorjahresstichtag auf 1,8% zum 31.12.2013 verringert.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 13,2%, gegenüber 20,4% zum Vorjahresstichtag. Die kurzfristigen Fremdmittel betragen zum 31.12.2013 T€ 2.983 gegenüber T€ 2.508 im Vorjahr, wobei die Zunahme im Wesentlichen auf die Überzahlung des Verlustausgleichs sowie dem erstmaligen Ansatz der Rückstellungen aus der Zusatzversorgung zurückzuführen ist. Die Forderungen belaufen sich auf insgesamt T€ 872 gegenüber T€ 460 zum Vorjahresstichtag. Die Stichtagsliquidität von T€ 1.765 liegt um T€ 184 über dem Wert des Vorjahres.

**kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach
mbH, Dietzenbach**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Finanzlage

Die Entwicklung des Bestands an liquiden Mitteln zeigen die Kapitalflussrechnungen für 2013 und 2012:

	2013	2012	Ver- änderung
	T€	T€	T€
Periodenergebnis vor Verlustübernahme	-4.034	-4.221	187
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	141	92	49
./. / + Abnahme/Zunahme der Rückstellungen	304	-147	451
./. Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	0
./. / +Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-412	-83	-329
./. / + Abnahme/Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	171	1.083	-912
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-3.830	-3.276	-554
+ Einzahlungen aus Zuschüssen zum Sachanlagevermögen	122	285	-163
+ Einzahlungen aus Zuschüssen zum immateriellen Anlagevermögen	0	0	0
./. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-96	-470	374
./. Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-46	-29	-17
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-20	-214	194
+ Zahlungen zum Verlustausgleich	4.034	4.221	-187
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	4.034	4.221	-187
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	184	731	-547
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.581	850	731
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.765	1.581	184

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Vertrieb

Die Verkaufszahlen im gesamten Vertrieb liegen im Jahr 2013 – trotz Wegfall der Card-o-maten ab der zweiten Jahreshälfte – über dem Vergleichswert vom Vorjahr, wobei jedoch die jährlichen Preissteigerungen zu berücksichtigen sind.

Die kvgOF hat im Zuge des eingeführten Vertriebsanreizes für Fahrkarten im Regionalverkehr ihre Anstrengungen zum personenbedienten Fahrkartenverkauf noch intensiviert. So wurde in 2013 die Einrichtung einer weiteren Verkaufsstelle von RMV-Fahrkarten in Heusenstamm realisiert. In Rödermark konnte mit der AGIP-Tankstelle bereits eine neue Verkaufsstelle etabliert werden und eine weitere angestammte Vorverkaufsstelle vom früheren Pächter (Geschäftsaufgabe) auf die heutige Pächterin übergehen.

Darstellung wichtigster Projekte

Regionaler Nahverkehrsplan des RMV

Im Aufsichtsrat des RMV am 21. November 2013 stand die Zustimmung zum Regionalen Nahverkehrsplan an, verbunden mit einer Empfehlung an die Gesellschafterversammlung.

Die Stellungnahmen des RMV zu den Einwänden der kvgOF und der Kommunen sind nicht vollständig befriedigend beantwortet, was jedoch auch in einem solchen Verfahren nicht zu erwarten war. Die Beteiligung der LNO am Verfahren der Aufstellung des Planes war in jedem Fall umfangreich und zufriedenstellend. Viele Diskussionen sind durch den Beschluss über den regionalen Nahverkehrsplan naturgemäß nicht beendet. Die entsprechenden Themen sind in den RMV-Arbeitskreisen seitens der kvgOF mit Nachdruck weiterzuverfolgen und können letztlich im RNVP auch nicht ‚gelöst‘ werden.

Diese Aspekte sind zusammenfassend aus unserer Sicht jedoch kein ausreichender Grund, den RNVP nach Abschluss des Verfahrens nun als Gesamtwerk abzulehnen.

Leitbild Mobilität für den Kreis Offenbach

Die gesellschaftlichen Entwicklungen der vergangenen Jahre und die immer knapper werdenden öffentlichen Kassen verlangen zunehmend kreative Antworten der öffentlichen Hand in vielen Bereichen. Eine zentrale Bedeutung kommt dem Thema Mobilität mit allen seinen Facetten zu. Gerade hier gilt es, vorhandene Strukturen zu überdenken und dort, wo erforderlich, neue Wege zu gehen, um bedarfsgerechte Angebote zu entwickeln und langfristig sicherzustellen.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Leitbild Mobilität für den Kreis Offenbach (Fortsetzung)

Der Kreis Offenbach hat deshalb gemeinsam mit der Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH (kvgOF), der Gesellschaft für Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain mbH (ivm) und der Hochschule Darmstadt (h_da) einen Handlungsprozess angestoßen. Ziel ist es, für den Kreis Offenbach ein ‚Leitbild Mobilität‘ zu entwickeln und damit ‚fit‘ für die Herausforderungen der Zukunft zu werden.

Dieses ‚Leitbild Mobilität‘ ist als zweijähriger Prozess angelegt, der im Sommer 2015 seinen vorläufigen Abschluss findet, gleichwohl in die weitere Zukunft wirken soll. Die Ergebnisse aus den Arbeitspaketen und Werkstätten sollen im Rahmen dieses Prozesses unmittelbar in die Erarbeitung des Nahverkehrsplans 2016 ff (NVP) einfließen. Weitere Informationen zum ‚Leitbild Mobilität‘ finden sich auf der Internetpräsenz www.leitbildmobilitaet.de.

Nahverkehrsplan 2016 ff. für den Kreis Offenbach

Das aktuelle ÖPNV-Gesetz in Hessen (ab 01.01.2013 in Kraft getreten) sieht gemäß § 14 weiterhin die Aufstellung von lokalen Nahverkehrsplänen (NVP) vor. Spätestens alle fünf Jahre ist darüber zu entscheiden, ob ein Nahverkehrsplan neu aufzustellen ist. Die Mindestanforderungen an die Inhalte eines Nahverkehrsplans sind in § 4 des hessischen ÖPNV-Gesetzes aufgeführt:

Grundsätzlich gibt es folgende Möglichkeiten zur Umsetzung der gesetzlichen Pflichtaufgabe:

- Verlängerung der Gültigkeit des aktuellen NVP 2011 – 2015 oder
- Fortschreibung des aktuellen NVP

Der aktuell gültige Nahverkehrsplan für den Kreis Offenbach erfüllt die o.g. Kriterien des Landes Hessen an einen Nahverkehrsplan. Gleichwohl hat sich zwischenzeitlich herausgestellt, dass die Umsetzung der verabschiedeten Vorgaben und Maßnahmen aus finanziellen und anderen Erwägungen heraus nicht oder nur marginal erfolgt ist.

Gleichzeitig kann der aktuelle NVP keine ausreichenden Antworten auf die wesentlichen Herausforderungen im ÖPNV des Kreisgebiets geben.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Nahverkehrsplan 2016 ff. für den Kreis Offenbach (Fortsetzung)

Eine Verlängerung der Gültigkeit des aktuellen NVP 2011 – 2015 ist aus Sicht der Geschäftsführung nicht zweckmäßig. Zudem werden die Verhandlungen der kvgOF mit dem RMV zur Lokalisierung von Regionallinien aufgenommen, deren Folgen im Detail noch nicht absehbar sind. Weiterhin sind aus dem Prozess zum ‚Leitbild Mobilität‘ wichtige Ergebnisse zum zukünftigen Mobilitätsangebot im Kreisgebiet zu erwarten.

Aus diesem Grund empfiehlt die Geschäftsführung dem Aufsichtsrat die Erstellung eines neuen NVP 2016 ff (Fortschreibung). Grundlage für die Erstellung des NVP 2016 soll ein ganzheitlicher ‚Masterplan Mobilität‘ für die künftige Ausrichtung des ÖPNV im Kreis Offenbach sein.

Regionalbahnen

Dreieichbahn (RB 61) und Odenwaldbahn (RB 64)

Die alten Betreiber sind auch die neuen Betreiber: Die Odenwaldbahn wird auch weiterhin von der VIAS gefahren, und die DB Regio gewinnt die Vergabe der Dreieichbahn.

Die RMV-Linie 64 Frankfurt – Hanau – Seligenstadt – Erbach im Odenwald wird auch in den kommenden Jahren von der VIAS gefahren. Die RMV-Linie 61 Frankfurt – Dreieich – Rödermark - Dieburg fährt auch künftig die DB Regio. In einer europaweiten Vergabe, die der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) durchgeführt hat, konnten sich die beiden Altbetreiber jeweils gegen andere Bieter durchsetzen und erhielten am 17. Dezember den Zuschlag für den Betrieb der jeweiligen Linien.

Der neue Vertrag der Odenwald- und Pfungstadt-Bahn startet zum Fahrplanwechsel am 13. Dezember 2015 und gilt für zwölf Jahre. Der Vertrag für die Dreieichbahn startet am 30. Juni 2016 und gilt dann entsprechend für 11,5 Jahre. Die Vergabe erfolgte nach den zwingenden Vorgaben des EU-Rechts, den Zuschlag erhielt das Verkehrsunternehmen, das auf Basis der vorgegebenen hohen Qualitätsstandards das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hatte.

Auf der Odenwaldbahn bleibt das Fahrplanangebot weitestgehend so bestehen, wie es bereits heute ist, es werden lediglich bei einigen Fahrten Anpassungen in den Kapazitäten vorgenommen.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Regionalbahnen (Fortsetzung)

Dreieichbahn (RB 61) und Odenwaldbahn (RB 64) (Fortsetzung)

Für die Dreieichbahn tritt mit der Aufnahme des neuen Vertrages ein optimiertes Betriebskonzept mit verbesserten Verbindungen montags bis freitags nach Frankfurt in Kraft. An Samstagen und Sonntagen bleibt das stündliche Angebot zwischen Dieburg und Dreieich-Buchschlag bestehen. Zudem erhält die Dreieichbahn neue Fahrzeuge. Vorgesehen ist der Einsatz von Triebwagen vom Typ „Link“ des polnischen Herstellers Pesa. Diese Fahrzeuge entsprechen ebenfalls den vorgegebenen Qualitätskriterien des RMV. Sie sind barrierefrei zugänglich und ausgestattet unter anderem mit Klimaanlage, Videoaufzeichnung und einer behindertengerechten Toilette.

Busverkehre

Lokalisierung der Regionalbusse

Die Lokalisierung von RMV-Regionalbuslinien – also die Übernahme von Buslinien in die vollumfängliche Verantwortung der kvgOF - war aus finanziellen Gründen für den Kreis Offenbach lange Zeit nicht interessant, ist aus Gründen der Synergie und Effizienz (Gesamtliniennetz) jedoch zwingend geboten.

Der RMV hat im Jahr 2013 ein neues Angebot vorgelegt und wirkt zunehmend auf eine Lokalisierung der Linien hin, mithin unter absehbarer erheblicher Reduzierung von heutigen Leistungsangeboten (kein ‚Parallelverkehr‘ mehr zur Bahn etc.) auf den Linien, sofern sie in der Verantwortung des RMV verbleiben.

Die bisherige Zusage des RMV, die Finanzierung von lokalisierten Regionalbuslinien nur bis 2019 zu garantieren, wird seitens der kvgOF als nicht ausreichend erachtet. Mit diesem Enddatum wird häufig nicht einmal die vollständige Ausschreibungsperiode abgedeckt werden. Im Ergebnis muss bei jeder Beschlussfassung einer LNO über die Lokalisierung einer Regionalbuslinie die LNO ab 2019 für den „worst case“ die Mittel zur Finanzierung der Linie selbst bereitstellen. Dies wird von unserer Seite als große Hürde für mögliche Lokalisierungen angesehen.

Bei aktuell anstehenden Ausschreibungen von Regionalbuslinien ab Ende 2013 muss die Möglichkeit der Verlängerung von bestehenden Verkehrsverträgen um ein bis zwei Jahre in Betracht gezogen werden, wenn ein konkretes Lokalisierungsinteresse der beteiligten LNO besteht. Die Schaffung von Synergie und Effizienz erfordert die Erarbeitung eines

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Busverkehre (Fortsetzung)

Lokalisierung der Regionalbusse (Fortsetzung)

neuen Gesamtbilds zum zukünftigen Busangebot. Eine Vergabe von potentiellen ‚Lokalisierungslinien‘ zum jetzigen Zeitpunkt für weitere acht Jahre würde die notwendige Gestaltungsfreiheit einschränken. Die definitive Finanzierungszusage des RMV für die gesamte Laufzeit der Verkehrsverträge müsste natürlich auch für die noch abzuschließenden Verträge gelten.

Die explizite Zuordnung der heutigen Regionalbuslinien im RNVP als Verbundbus, Regionalbus und Lokalbus hält die kvgOF weder für sinnvoll noch für notwendig.

Bis Ende des Jahres 2013 hat sich hierzu keine konkrete Fortentwicklung ergeben. Die kvgOF beabsichtigt, im Rahmen des neu zu erstellenden Nahverkehrsplans 2016 ff in einer ersten Planungsphase (Modul „Konzeptionelle Planung“) bis Ende Sommer 2014 sprachfähig zu sein, zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem RMV über eine Lokalisierung von heutigen Regionalbuslinien. Dazu sind zukünftige Linienführungen (Grobnetz) im gesamten Kreisgebiet und die Relationen sowie eine erste Abschätzung möglicher betrieblicher Potenziale erforderlich.

Betrieb und Technik

Dynamische Fahrgastinformationssysteme (DFI)

DFI Westkreis

In der KW 51 des Jahres 2013 ist der letzte Anzeiger in diesem Projektvorhaben an der S-Bahnstation Egelsbach in Betrieb genommen worden. Das durch ‚hessen mobil‘ mit GVFG- und FAG-Mitteln geförderte Projekt der dynamischen Fahrgastanzeiger an den S-Bahn Stationen im Westkreis ist somit abgeschlossen.

Der finanzielle Abschluss der Maßnahme findet im ersten Quartal 2014 durch die kvgOF statt.

DFI Odenwaldbahn

Alle drei Anlagen (zwei in Hainburg und eine in Seligenstadt), die von der heag mobilo eingerichtet wurden, sind am 09. Dezember 2013 von der kvgOF technisch und funktionell abgenommen worden.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Betrieb und Technik (Fortsetzung)

RBL-light

Die Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach betreibt seit 2007 für die Generierung von Echtzeitdaten ein System der Firma tim-IT, dessen Leistungsfähigkeit und Zukunftssicherheit durch einen Experten der Firma BLIC analysiert und bewertet wurde.

Im Jahr 2012 wurden im Rahmen der Errichtung und Abnahme von Dynamischen Fahrgastinformationen (DFI) im Westteil des Kreises Offenbach erhebliche Defizite bei der Bereitstellung und ‚Richtigkeit‘ der Echtzeitdaten aus dem o.g. System offensichtlich. Die angezeigten Echtzeitdaten stimmten nur bedingt mit der Wirklichkeit vor Ort überein, und teilweise waren auch keine Echtzeitdaten verfügbar.

Der Abschlussbericht des Gutachters liegt vor. Im Ergebnis ist die Datenqualität der dem System zugrundeliegenden Netzdaten nicht ausreichend. Hier ist auch die kvgOF angesprochen, da dies in ihrer Verantwortung liegt. Grundlegende Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft wären:

- Auslaufen vorhandenes kvgOF-System
- Verbesserung vorhandenes kvgOF-System
- Nutzung eines alternativen RBL-Systems
- Neues RBL für die kvgOF

Folgende Empfehlungen wurden der Geschäftsführung der kvgOF vom Gutachter gegeben:

- Analyse und vollständige Dokumentation der rechtlichen Bindungen der kvgOF
- Klärung des Eigentumsrechts an der im kvgOF-System genutzten Funkschnittstelle sowie der Fahrzeugbox
- Anforderung der Software, Prüfung auf Vollständigkeit
- Erledigung der Hausaufgaben der kvgOF bzgl. Datenqualität der Netzdaten

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Betrieb und Technik (Fortsetzung)

RBL-light (Fortsetzung)

- Vorbereitungen zur Entscheidung über weiteres Vorgehen
 - o Workshop mit tim-IT über Weiterentwicklung/Systemverbesserung
 - o Diskussion mit anderen RBL-Betreibern zwecks Integration der kvgOF-Verkehrsunternehmen als Mandanten
- Diskussion mit den kvgOF-Verkehrsunternehmen über deren Vorstellungen mit dem Ziel, einen RBL-Anforderungskatalog zu erstellen
- Diskussion mit der Firma Systemtechnik über ein RBL-light auf Basis der Zelisko-Fahrscheindrucker

Einen Großteil der o.g. Empfehlungen hat die kvgOF aufgenommen und umgesetzt. Für das Jahr 2014 ist ein stufenweiser Ausstieg aus den Verträgen mit externen Kunden (außerhalb des Kreises Offenbach) geplant und Alternativanbieter werden gezielt geprüft.

Elektronisches Fahrgeldmanagement (eTicketing)

Die optimistische Einschätzung zur stufenweisen und reibungslosen Einführung des eTickets im RMV aus dem vergangenen Jahr hat sich nur teilweise bestätigt.

Zum Ende des Jahres 2013 kann der Verkaufsstart von Wochen- und Monatskarten als eTicket im RMV weiterhin von der Verbundgesellschaft nicht genau benannt werden, da die Umsetzung der technischen Rahmenbedingungen beim RMV noch nicht vollständig erfolgt ist und es regelmäßig technischen Anpassungsbedarf gibt.

Der RMV ist mittlerweile einer Bitte der kvgOF gefolgt, dem Projekt eTicket eine transparente Struktur zu geben. Die kvgOF hat zudem deutlich gemacht, dass sie der Migration von Wochen- und Monatskarte als eTickets bei sich selbst und in den benachbarten LNOen erst dann zustimmt, wenn der RMV die Ausstattung seiner Regionalbuslinien mit entsprechender Kontrollinfrastruktur vorgenommen hat. Hiervon sind insbesondere die Regionalbuslinien im Ostkreis betroffen, die vom RMV auch bis Ende 2013 nicht mit Kontrollgeräten ausgestattet sind – trotz schriftlicher Einforderung durch die kvgOF. Technisch und organisatorisch ist die kvgOF bereits seit 2013 in der Lage, den entsprechenden Vertrieb der eTicket-Produkte durchzuführen.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Betrieb und Technik (Fortsetzung)

Fahrgeldsicherung durch Vordereinstieg und Fahrscheinkontrollen

Die kvgOF hat zwei Aufkleber entwickelt, die auf den Türen der Busse im Kreis Offenbach angebracht wurden. Mit diesem sympathischen Hinweis werden die Kunden in Bussen im Kreis Offenbach seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2013 freundlich dazu aufgefordert, vorne beim Busfahrer einzusteigen.

Ziel ist es, die notwendigen Fahrgeldeinnahmen in den Bussen zu sichern, aber auch das ‚Fahren ohne Zahlen‘ zu minimieren. Die aktuellen Schätzungen des RMV gehen von einer Quote von bis zu 4% der Fahrgäste aus, die bewusst ohne einen gültigen Fahrschein unterwegs sind. Erfahrungen bei anderen Nahverkehrsunternehmen zeigen, dass es nicht zu Verzögerungen bei den Busabfahrtszeiten kommen muss. Zusätzlich zur Fahrscheinüberprüfung beim Vordereinstieg im Bus werden jedoch auch weiterhin Fahrscheinkontrolleure durch die Fahrzeuge gehen. Die kvgOF wird auf den beiden lokalen Linien OF 99 und OF 30 im Jahr 2014 noch mehr Präsenz von Kontrollpersonal auf den Bussen zeigen.

Mit dieser Maßnahme unternimmt die kvgOF einen weiteren Schritt hin zu einer konsequenten Einnahmensicherung im Kreis. Der RMV hat dieser Aktion bereits zugestimmt und sie explizit begrüßt.

Darüber hinaus hat die kvgOF mit Zustimmung des RMV seine Fahrscheinkontrollen auch auf die Regionalbuslinien im Kreis Offenbach ausgeweitet. Ziel ist es, die beim RMV zunehmend vernachlässigte Sicherung von Fahrgeldeinnahmen spürbar voranzutreiben und damit sukzessive auch ein anderes Kundenverhalten bei Nutzung und Bezahlung des Busfahrens zu erzielen.

Gleichwohl haben Kontrollen einen präventiven und auch abschreckenden Charakter. Insofern rechnet sich ein entsprechender Aufwand indirekt: Mehr Leute kaufen sich eine Fahrkarte bzw. Null-Zahler bleiben den Bussen fern. Außerdem entsprechen diese Kontrollen den Gerechtigkeitsempfindungen der zahlenden Kunden, denen wir auch Rechnung tragen wollen.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Finanzierung im RMV / Verwendung der Reduzierung, ‚Partnerschaftsfinanzierung Schiene‘

Die Halbierung der ‚Partnerschaftsfinanzierung Schiene‘, die in der Aufsichtsratssitzung des RMV am 21. November 2013 beschlossen worden ist, hat auch erhebliche Auswirkungen auf die kvgOF: Sie bedeutet im Ergebnis eine Entlastung des Gesamtdefizits um rund € 1,5 Mio. p.a. ab dem Wirtschaftsjahr 2014.

Der RMV hat mit einem Schreiben vom 06. Dezember 2013 die betroffenen LNO'en aufgefordert, die Verwendung dieser entfallenen Zahlungen für die S- und Regionalbahnen zu benennen, die nach Aussage des Landes Hessen zweckgebunden im ÖPNV verbleiben sollen.

Diese Mittel sind sozusagen die „Restmittel“ aus der bisherigen Finanzierungsvereinbarung zum ÖPNV zwischen dem Land Hessen und den Verbänden, die im Zuge der aktuellen Neuverhandlung einer Finanzierungsvereinbarung offensichtlich wurden. Eine grundsätzliche Übertragung wäre möglich, gleichwohl haben sich der RMV und das Land Hessen zu einer Verteilung dieser Mittel auf die lokale Ebene entschlossen.

Diese € 1,5 Mio. Entlastung sind in dem Wirtschaftsplan 2014 praktisch nicht für eine zweckgebundene Verwendung vorgesehen, sondern führen zunächst zu einer entsprechenden Reduzierung des gesamten Defizits.

Die kvgOF kann gemäß der Aufforderung des RMV eine detaillierte Maßnahmenliste aufstellen, wie dieser Betrag zweckgebunden für Maßnahmen verwendet werden kann, die anderenfalls aus Kostengründen nicht realisiert werden könnten. Zudem müssen wir erfahrungsgemäß damit rechnen, dass die zukünftigen Kosten für den Busverkehr in einem erheblichen Umfang über die kommenden Jahre ansteigen werden und außerdem ein neues Finanzierungsmodell für den Kreis und die Kommunen erforderlich ist.

Hier wird die Entscheidung des Aufsichtsrats zur weiteren Verwendung der o.g. ‚Entlastungsmittel‘ von wesentlicher Tragweite für die Möglichkeiten und Grenzen der kvgOF im Sinne der Kunden von Bussen & Bahnen sein.

Darüber hinaus haben die Ausführungen zu Chancen und Risiken im Lagebericht 2012 weiterhin Bestand.

Nach dem Bilanzstichtag haben sich – über die genannten hinaus – keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

**kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach
mbH, Dietzenbach**

L. Bilanz

	2013	2012	Verände-	2011
	in €	in €	rung in €	in €
Aktiva				
Immat. Vermögensgegenstände	122.089	86.404	35.685	85.074
Betriebs- und Geschäftsausstattung	274.124	396.863	-122.739	143.287
Geleistete Anzahlung und Anlagen im Bau	0	34.007	-34.007	166.231
Sachanlagen	274.124	430.869	-156.745	309.518
Finanzanlagen	6.250	6.250	0	6.250
Anlagevermögen	402.463	523.523	-121.060	400.841
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	536.134	336.092	200.042	283.615
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	150.471	0	150.471	0
Forderungen gegen Gesellschafter	150.283	50.086	100.197	56.697
Sonstige Vermögensgegenstände	21.402	62.866	-41.464	17.953
	858.290	449.045	409.246	358.265
Guthaben bei Kreditinstituten	1.765.364	1.580.539	184.825	850.040
Umlaufvermögen	2.623.655	2.029.584	594.071	1.208.305
Rechnungsabgrenzungsposten	13.564	10.623	2.941	18.420
	3.039.682	2.563.731	475.951	1.627.566
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	51.910	51.910	0	51.910
Gewinnrücklagen	3.629	3.629	0	3.629
Eigenkapital	55.539	55.539	0	55.539
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	244.700	0	244.700	0
Sonstige Rückstellungen	1.146.549	1.087.013	59.536	1.233.688
Rückstellungen	1.391.249	1.087.013	304.236	1.233.688
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	58.223	-58.223	0
Verbindlichkeiten aus L. + L.	310.878	734.327	-423.449	243.333
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.034.129	361.438	672.691	46.498
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0	45.400	-45.400	8.882
Verb. gegenüber Unternehmen, mit denen ein Bet.-verhältnis besteht	0	51	-51	176
Sonstige Verbindlichkeiten	173.571	145.622	27.949	15.075
Verbindlichkeiten	1.518.578	1.345.060	173.517	313.965
Rechnungsabgrenzungsposten	74.316	76.118	-1.802	24.375
	3.039.682	2.563.731	475.951	1.627.566

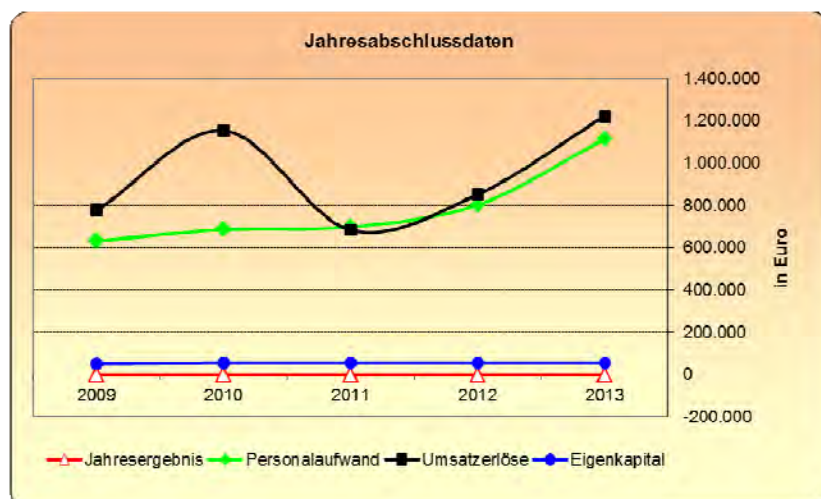
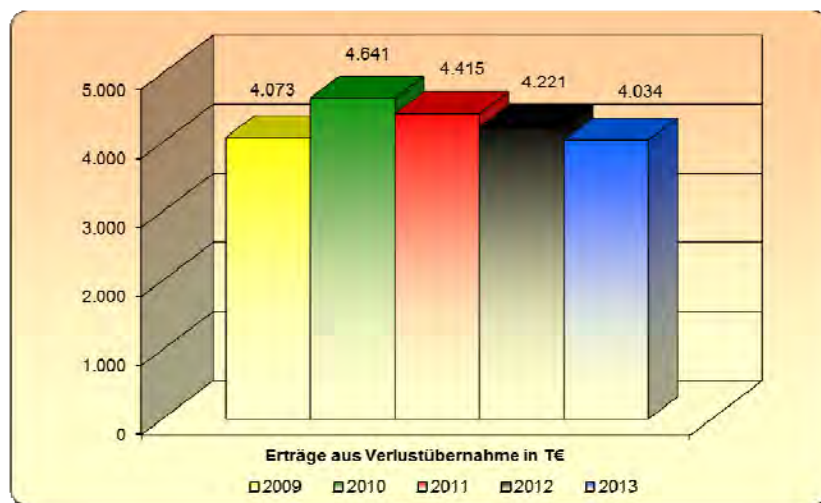
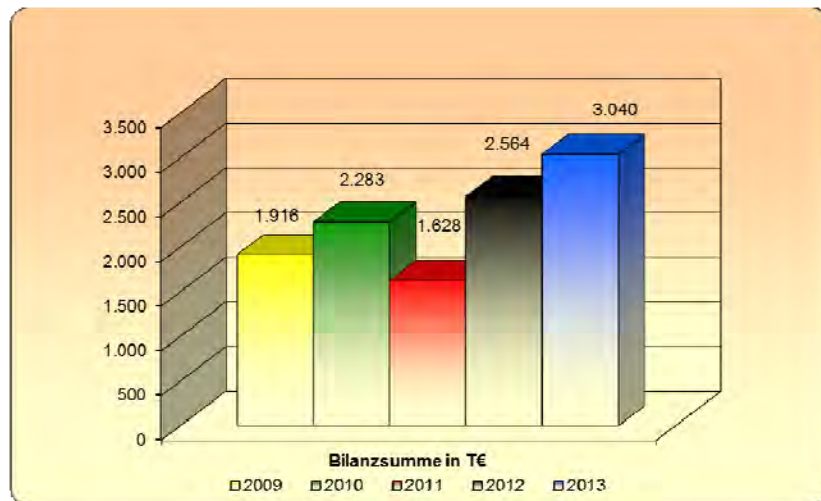
**kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach
mbH, Dietzenbach**

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 in €	2012 in €	2011 in €
Umsatzerlöse	1.222.147	852.108	683.530
Sonstige betriebliche Erträge	3.883.961	3.997.268	3.319.979
	5.106.108	4.849.375	4.003.510
Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	22.560	6.297	2.992
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.586.156	2.493.252	2.077.780
Materialaufwand	2.608.716	2.499.549	2.080.772
Gehälter	690.134	637.042	543.085
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	423.535	165.215	156.002
Personalaufwand	1.113.669	802.257	699.088
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	141.146	92.255	60.468
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.278.516	5.683.381	5.603.592
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.313	7.110	27.750
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	245	225	2.076
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4.033.871	-4.221.182	-4.414.735
Erträge aus Verlustübernahme	4.033.871	4.221.182	4.414.735
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	0	0	0

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

Anschrift	Stiftstraße 9 -17, 60313 Frankfurt am Main
Telefon	069/212-27250
Telefax	069/212-27252
E-Mail	kontakt@RTW-Planung.info
Internet	www.RTW-Planung.info

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	27.11.2008
Stammkapital	30.000,00 €
Gesellschaftervertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 13. Dezember 2012
Handelsregistereintrag	HRB 84848 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“, darunter werden folgende Aufgaben verstanden

- Vorbereitung und Ausschreibung von Planungsleistungen,
- Steuerung der Planungsleistungen,
- Koordinierung der Prozesse für die beteiligten Aufgabenträger,

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

- Erarbeitung der Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zu Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen sowie Interessengemeinschaften eingehen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2013 (Stand : 31.12.2013)	
Vorsitzender	Herr Stefan Majer
Stellv. Vorsitzender	Herr Prof. Dipl.-Ing. Knut Ringat
Mitglied	Herr Helmut Heuser
-----„-----	Frau Claudia Jäger
-----„-----	Herr Wolfgang Kollmeier
-----„-----	Herr Michael Korwisi
-----„-----	Herr Ulrich Krebs

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dipl.-Wirtschaftsing. Peter Forst
-----,-----	Herr Dipl.-Betriebswirt (FH) Rolf Valussi

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Zu den Bezügen der Geschäftsführung wurden keine Angaben gemacht.

Die Aufsichtsräte üben ihre Aufgabe ehrenamtlich aus und erhalten keine Vergütung.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	8,33 %	2.500,00 €
Stadt Frankfurt am Main	33,33 %	10.000,00 €
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus	33,33 %	10.000,00 €
Hochtaunuskreis	8,33 %	2.500,00 €
Main-Taunus-Kreis	8,33 %	2.500,00 €
Stadt Bad Homburg v.d. Höhe	8,33 %	2.500,00 €

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Teilfinanzhaushalt

**Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlage- und immaterielle
Anlagevermögen**

Produkt Regionalentwicklung

in €	2014	2013	2012
Auszahlung für Investitionszuweisung Regionaltangente West - Buchungsstelle 10.50.02.84081120	789.000	1.545.000	0

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2013 und 2014 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2012 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2013	2012	2011
Verbindlichkeiten	7.960.009	235.939	388.314

Berichtsjahr 2013	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres	235.939
Zunahmen	7.724.070
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	7.960.009

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Gesellschafter der RTW Planungsgesellschaft mbH sind die Stadt Frankfurt, der Rhein-Main-Verkehrsverbund, die Landkreise Main-Taunus, Hochtaunus, Offenbach und die Stadt Bad Homburg vor der Höhe.

Geschäftsführer der RTW GmbH sind Herr Dipl.-Betriebswirt (FH) Rolf Valussi und Herr Dipl.-Wirtschaftsing. Peter Forst. Aufsichtsratsvorsitzender ist seit dem 08.08.2011 Herr Stadtrat Stefan Majer.

Die Lebensdauer der Gesellschaft wurde in der notariellen Gesellschafterversammlung am 13.12.2012 in Bad Homburg vor der Höhe vom 31.12.2012 auf den 31.12.2015 verlängert.

Sitz der Gesellschaft ist Frankfurt am Main.

Gegenstand der Gesellschaft ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“. Darunter werden folgende Aufgaben verstanden:

- Vorbereitung und Ausschreibung von Planungsleistungen
- Steuerung von Planungsleistungen
- Koordinierung der Prozesse für die beteiligten Aufgabenträger
- Erarbeitung der Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger

Die RTW hat 3 Personale (einschl. Geschäftsführung), die auf 2 Stellen verrechnet werden und 3 Mitarbeiter mit einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis.

In Erfüllung der Aufgabenvereinbarung werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der RTW Projekte entwickelt, die teils in Eigenleistung und teilweise durch Auftragsvergabe an Unternehmen abgearbeitet werden. über den Stand der Arbeiten und die Ergebnisse werden der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung laufend informiert. Über die Umsetzung der Ergebnisse entscheidet der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Projekte 2013

Im Jahr 2013 wurden folgende Projekte aufgelegt:

- P 1 – 013 HOAI Leistungsphasen 3 und 4 sowie gewerbliche Leistungen
- P 2 – 013 Fachprüfung und formale Freigabe der Vorplanung (Teil DB-Anlagen) durch die DB AG
- P 3 – 013 Alternativplanung Umfahrung Niederursel
- P 4 – 013 Planungsleistungen/Planungsbegleitleistungen von Infrastruktureigentümern
- P 5 – 013 Entwicklung Fahrzeugkonzept
- P 6 – 013 Sensitivitätsanalyse Elektrifizierung Taunusbahn bis Usingen

P1-013 HOAI Leistungsphasen 3 und 4 sowie gewerbliche Leistungen

Hierbei handelt es sich um das Kernprojekt der RTW GmbH. Ziel ist es insbesondere, für die Vorzugstrasse aus der Vorplanung die Entwurfsplanung weiter zu entwickeln. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Arbeiten nach der HOAI Leistungsphase 3 und 4; die Arbeiten werden unter Anleitung der Geschäftsführung im Wesentlichen durch die PG RTW durchgeführt. Die PG RTW ist ein Konsortium der Firmen Schüssler-Plan, Grontmij BGS und DB International, das die Ausschreibung für die Erarbeitung der Vorplanung und optional der Entwurfs- und Genehmigungsplanung gewonnen hat. Hinzu kommen Gutachterleistungen, die Grundlagendaten für die Entwurfsplanung liefern bzw. für die Antragstellung der Planfeststellung (Genehmigungsplanung) erforderlich sind. Insbesondere sind für die Baugrundgutachten Baugrunduntersuchungen durchzuführen, sowie eine Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) und ein Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP). Die Baugrunduntersuchungen werden von der ArGe Erkundung, einer Arbeitsgemeinschaft der Firmen Stölben, BOG, Terrasond und Bohrgesellschaft Roßla, durchgeführt. Der Auftrag zur Erarbeitung der UVS und des LBP wurde Baader-Konzept erteilt. Die Arbeiten werden im Jahr 2014 fortgesetzt.

**P 2 – 013 Fachprüfung und formale Freigabe der Vorplanung (Teil DB-Anlagen)
durch die DBAG**

Die Fachprüfung und formale Freigabe der Vorplanung wurde 2013 wegen zwischenzeitlich aufgekommener Überlegungen zu prüfenswerten Varianten noch nicht veranlasst. Es wurden jedoch Informationsgespräche geführt, der Vorplanungsstand zur Information übergeben und für etwaige Aufwandserstattungen vorsorglich Kostenübernahmeerklärungen abgegeben. Die bereit gestellten Mittel wurden jedoch nicht in Anspruch genommen.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Projekte 2013 (Fortsetzung)

P 3 – 013 Alternativplanung Umfahrung Niederursel

Die Alternativplanung wird erforderlich, weil in diesem Abschnitt die ursprüngliche Vorzugstrasse wegen eines erheblichen Konfliktes mit einem Schulgebäude nur sehr aufwändig zu realisieren wäre, so dass die Gesellschaft nach Alternativen suchen muss, die volkswirtschaftlich hinreichend akzeptabel und betriebswirtschaftlich günstiger sind. Dies bedingt eine mehrstufige Planung, von der zunächst die Prüfung der betrieblichen Machbarkeit mittels einer Betriebssimulation durchgeführt wurde. Die Diskussion der Ergebnisse hat dazu geführt, dass die eigentliche Vorentwurfsplanung noch nicht begonnen werden konnte. Die Arbeiten werden im Jahr 2014 fortgesetzt.

**P 4 – 013 Planungsleistungen/Planungsbegleitleistungen von
Infrastruktureigentümern**

Planungsleistungen oder Planungsbegleitleistungen, die über die Vorstellung des Projektes bei Leistungsbetreibern und die Beschaffung von Daten hinausgehen, wurden 2013 noch nicht benötigt.. Daher wurden die bereitgestellten Mittel nicht in Anspruch genommen.

P 5 – 013 Entwicklung Fahrzeugkonzept

Für die RTW muss ein auf die spezifischen Anforderungen der Trasse und der Stationen "maßgeschneidertes" Fahrzeug entwickelt werden. Das Anforderungsprofil für ein Idealkonzept wurde erarbeitet, das als Marktinformation für die Fahrzeugindustrie aktuelle Entwicklungen im Fahrzeugmarkt unterstützen soll. Weitere Schritte in Richtung der Zielsetzung eines ausschreibungsreifen Lastenheftes für das RTW-Fahrzeug werden im Jahr 2014 erfolgen.

P 6 – 013 Sensitivitätsanalyse Elektrifizierung Taunusbahn bis Usingen

Der RMV hat in seinem im November 2013 beschlossenen Regionalen Nahverkehrsplan die Teilelektrifizierung der Taunusbahn als aussichtsreiches SPNV-Infrastrukturprojekt ermittelt. Perspektivisch ist bei der Realisierung dieser Maßnahme Potenzial für die RTW zu vermuten. Die Sensitivitätsanalyse hat diese Potenzialuntersuchung zum Gegenstand. Sie kann aber erst begonnen werden, wenn aus der Elektrifizierungsuntersuchung Ergebnisse vorliegen. Die Sensitivitätsanalyse und damit die bereitgestellten Mittel wurden aufgrund der zeitlichen Abläufe nicht in Anspruch genommen.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Projekte 2014 (Vorschau)

- P 1 – 014 Nutzen-Kosten-Untersuchung der Vorzugstrasse (NKU)
- P 2 – 014 Aufbau einer statischen Internet-Präsenz
- P 3 – 014 Aufbau eines internet-basierten Dialogforums zur Bürgerbeteiligung
- P 4 – 014 Ausarbeitung von Organisations- und Finanzierungskonzepten für einen späteren Betrieb der RTW
- P 5 – 014 Wissenschaftliche Begleitung Schnittstelle Fahrzeug - Infrastruktur

Ausblick auf die künftige Entwicklung

Die Lebensdauer der Gesellschaft wurde gem. Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung und notarieller Beurkundung am 13.12.2012 bis zum 31.12.2015 verlängert. Die Gesellschafter beabsichtigen die Lebensdauer der Gesellschaft bei Beibehaltung des Budgets zu entfristen. Die Geschäftsführung wurde beauftragt, den Gesellschaftsvertrag entsprechend anzupassen und zur Beschlussfassung dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung vorzulegen. In einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 13.03.2014 wurde von dem Notar die Änderung des Gesellschaftsvertrags beurkundet, der zunächst die Aufnahme von Schwalbach und Eschborn als Gesellschafter vorsieht; bei den Gebietskörperschaften sind noch die entsprechenden Beschlüsse der kommunalen Gremien herbeizuführen. In einem zweiten Schritt soll Neu-Isenburg und das Land Hessen als Gesellschafter aufgenommen werden. Die Aufnahme aller neuen Gesellschafter vor der Sommerpause 2014 wird angestrebt.

Die nächsten 2 Jahre sollen dazu genutzt werden, die Leistungsphasen 3 und 4 der HOAI sowie die notwendigen ergänzenden Arbeiten, wie Vermessungen, Baugrunduntersuchungen, umweltfachliche Prüfungen und Schallgutachten usw. durchzuführen, einen Bau- und Finanzierungsvertrag zu erarbeiten und damit den Gesellschaftszweck zu erfüllen.

Die RTW GmbH trägt grundsätzlich kein finanzielles Risiko, da sie die Förderung der Zusammenarbeit einzelner Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain auf dem Gebiet des Verkehrswesens zum Ziel hat und keine unternehmerische Tätigkeit im engeren Sinne wahrnimmt. Durch Fehlen der unternehmerischen Eigenschaft und der damit nicht vorhandenen Risiken ergeben sich auch keine nennenswerten wirtschaftlichen Entwicklungschancen für die Gesellschaft, die über den gegebenen Budgetrahmen hinausgehen.

Bei Abschluss von wesentlichen Verträgen im bestehenden Budgetrahmen wird ebenfalls kein Risiko für die zukünftige Entwicklung gesehen.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

L. Bilanz

	2013	2012	Verände- rung in €	2011
Aktiva	in €	in €	in €	in €
Forderungen gegen Gesellschafter	1.652.300	0	1.652.300	0
Sonstige Vermögensgegenstände	2.347	275	2.072	27.557
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.654.647	275	1.654.372	27.557
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	6.457.754	277.104	6.180.650	398.456
Umlaufvermögen	8.112.401	277.379	7.835.022	426.013
Rechnungsabgrenzungsposten	2.340	3.000	-661	2.500
	8.114.740	280.379	7.834.362	428.513
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	30.000	30.000	0	30.000
Verlustvortrag	-7.556	-7.556	0	-7.556
Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag (-)	0	0	0	0
Eigenkapital	22.444	22.444	0	22.444
Sonstige Rückstellungen	132.287	21.996	110.291	17.755
Rückstellungen	132.287	21.996	110.291	17.755
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	348.702	116.456	232.246	28.721
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	7.600.711	105.500	7.495.212	356.188
Sonstige Verbindlichkeiten	10.596	13.983	-3.387	3.406
Verbindlichkeiten	7.960.009	235.939	7.724.071	388.314
	8.114.740	280.379	7.834.362	428.513

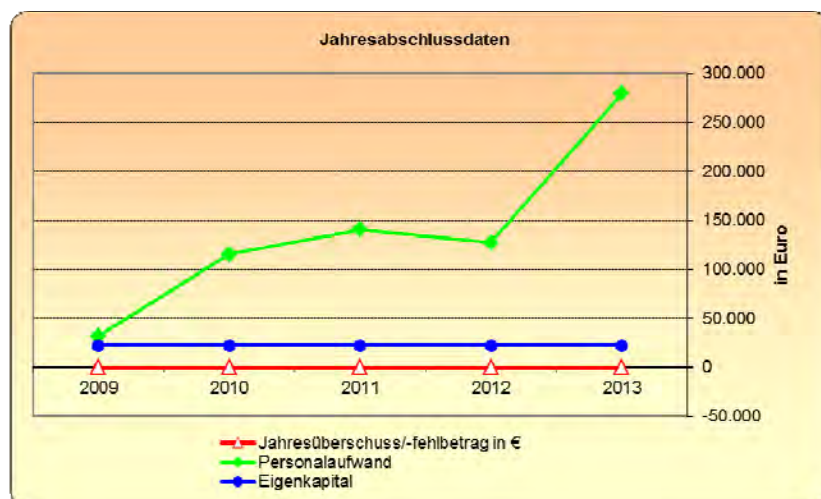
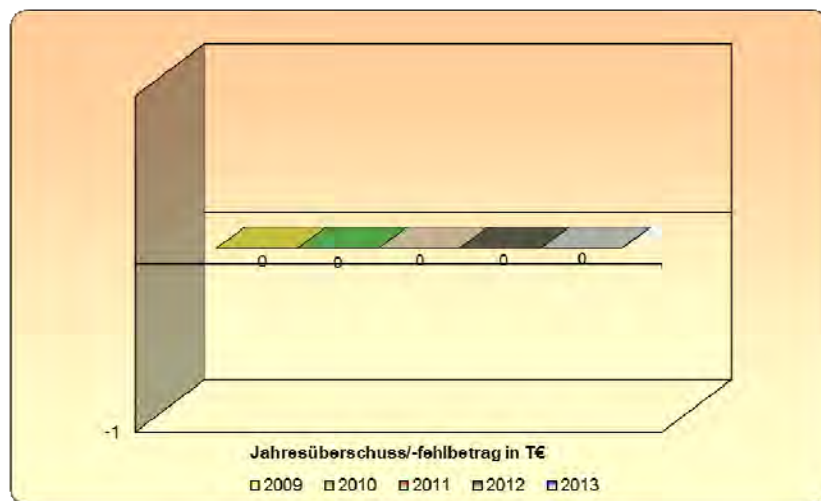
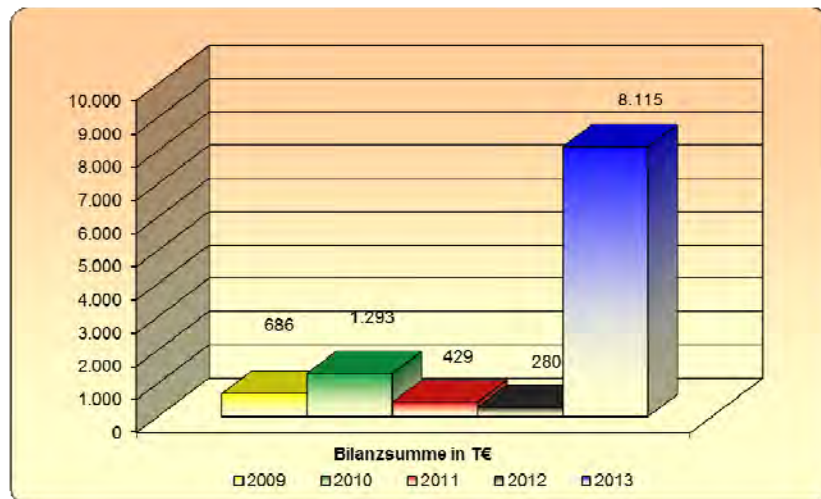
**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2013	2012	2011
	in €	in €	in €
Erträge aus Beiträgen der Gesellschafter	3.547.342	274.614	698.384
Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	58.548	296.346	753.652
Sonstige betriebliche Erträge	18.473	13.784	11.685
Materialaufwand, Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.165.089	337.609	1.191.986
Löhne und Gehälter	255.542	112.937	125.654
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	23.533	14.187	14.837
Personalaufwand	279.074	127.124	140.491
Sonstige betriebliche Aufwendungen	187.603	120.330	133.024
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.856	1.042	1.780
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	452	724	0
Sonstige Steuern	452	724	0
Jahresfehlbetrag-/überschuss	0	0	0

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

Die Gesellschaft mit Sitz in Flörsheim am Main wurde am 15. Juli 2003 mit einem Stammkapital in Höhe von 37.500,-- € gegründet. Gesellschafter waren bei Gründung der gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung neben dem Kreis Offenbach der Hochtaunus- und der Main-Taunus-Kreis. Die Gesellschafter waren mit je einem Drittel (= 12.500,-- €) an der Gesellschaft beteiligt.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG) hatte der Hessische Landtag regionale Aufgaben neu strukturiert. Im Zuge der Neustrukturierung wurden früher vom Umlandverband Frankfurt wahrgenommene regionale Aufgaben, unter anderem die Planung, Errichtung und Erhaltung des Regionalparks Rhein-Main, übergangsweise (bis 31.12.2002) auf den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (jetzt Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main) und den Rat der Region übertragen, bis diese von Städten, Gemeinden und Landkreisen in frei gewählter Organisationsform übernommen werden.

Innerhalb dieses neu abgesteckten rechtlichen Rahmens haben die Landkreise/die Städte zur Sicherung und Fortführung des Regionalpark-Gedankens und bereits begonnener Regionalpark-Projekte eine gemeinsame gemeinnützige Gesellschaft in Form einer GmbH gegründet. Grundgedanke der Gesellschaft war zum Zeitpunkt der Gründung, weitere geeignete Körperschaften mit gleichen Rechten und Pflichten aufzunehmen, damit die Trägerschaft für den Regionalpark Rhein-Main auf eine breite Basis gestellt wird.

Am 29. November 2006 beschloss die Gesellschafterversammlung die Änderung des Gesellschaftsvertrages und Erweiterung der bestehenden Dachgesellschaft. Wesentliche Änderungen der Neufassung des Gesellschaftsvertrages waren

- die Erhöhung des Stammkapitales der Gesellschaft von € 162.500,-- um € 12.500,-- auf € 175.000,--.
- die Aufnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesellschafter mit einer Teilstammeinlage von € 12.500,--.

Nach der Erweiterung der Gesellschaft im Jahre 2006 durch den Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden trat zuletzt am 21.05.2008 der Rheingau-Taunus-Kreis der Gesellschaft bei.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

Anschrift	Besucherzentrum Frankfurter Straße 76, 65439 Flörsheim-Weilbach
Telefon	06145/93636-20
Telefax	06145/93636-44
E-Mail	information@regionalpark-rheinmain.de
Internet	www.regionalpark-rheinmain.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	15. Juli 2003
Stammkapital	187.500,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag vom 15. Juli 2003, geändert am 20. Juli 2005, am 29. November 2006 sowie am 21. Mai 2008
Handelsregistereintrag	HRB 20927 beim Amtsgericht Wiesbaden

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO (§ 2 Abs. 1 der Satzung).

Zweck der Gesellschaft ist in Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen, dem Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (jetzt Regionalverband Frankfurt/Rhein/Main) sowie dem Land Hessen, die Förderung des Projekts „Regionalpark Rhein-Main“. Das Projekt dient den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere wie folgt verwirklicht:

- a) Die Gesellschaft fördert das Projekt „Regionalpark Rhein-Main“ durch die Beschaffung und Organisation von Finanzmitteln sowie deren Verteilung auf gemeinnützige Regionalparkgesellschaften, andere gemeinnützige Träger von Regionalprojekten und Körperschaften des öffentlichen Rechts ausschließlich zur Verwendung zu steuerbegünstigten Zwecken. Die Förderung des Regionalparks umfasst darüber hinaus
 - die Entwicklung eines Corporate Design,
 - die Erarbeitung, laufende Kontrolle und Fortschreibung und Pflegestandards,
 - die Gewährleistung einer einheitlichen Beschilderung,
 - die übergreifende Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung der lokalen regionalparkbezogenen Öffentlichkeitsarbeit
 - die Vorbereitung und Betreuung regionalparkbezogener Veranstaltungen im Zusammenwirken mit den örtlichen Trägern von Regionalparkprojekten.
- b) Die Gesellschaft koordiniert und steuert die Projekte zum Ausbau des Regionalparks Rhein-Main im Sinne einer übergeordneten regionalen Planung und definiert die Standards für die Gestaltung des Regionalparks. Die Koordination und Steuerung erfolgt durch die Beschaffung von Finanzmitteln und deren Verteilung auf gemeinnützige Regionalparkgesellschaften, andere gemeinnützige Träger und Körperschaften des öffentlichen Rechts ausschließlich zur Verwendung zu steuerbegünstigten Zwecken, um so die in Absatz 2 genannten gemeinnützigen Ziele zu erreichen. Die Planung erfolgt in Abstimmung mit der Landschaftsplanung bzw. der Flächennutzungsplanung / Regionalen Flächennutzungsplanung des Planungsverbands Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (jetzt Regionalverband FrankfurtRheinMain) bzw. den Kommunen. Insbesondere ist die Planung des Regionalparks mit der Ausgleichsflächenkonzeption dieser Pläne abzustimmen.
- c) Die Gesellschaft kann sich, um die oben genannten Aufgaben zu erfüllen, an gemeinnützigen Regionalparkgesellschaften beteiligen.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Es darf niemand durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2013 (Stand: 31.12.2013)		
Vorsitzende	Frau Claudia Jäger	
Stellv. Vorsitzender	Herr Thomas Will	
Mitglied	Herr Joachim Arnold	
-----„-----	Frau Rosemarie Heilig	
-----„-----	Herr Hans-Jürgen Hielscher	
-----„-----	Herr Michael Korwisi	
-----„-----	Herr Ulrich Krebs	
-----„-----	Frau Sigrid Möricke	
-----„-----	Herr Werner Müller	
-----„-----	Herr Karl Ottes	
-----„-----	Herr Erich Pipa	
-----„-----	Herr Folkmar Schirmer	
-----„-----	Herr Horst Schneider	
-----„-----	Herr Ludger Stüve	
-----„-----	Herr Axel Weiss-Thiel	bis 08.07.2013
-----„-----	Herr Andreas Kowol	ab 09.07.2013

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Leo Fercher	
-----„-----	Herr Klaus Wichert	

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Geschäftsführung erhielt Vergütungen in Höhe von insgesamt T€ 135. Der Aufsichtsrat bezieht keine Vergütung.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	6,66 %	12.500,00 €
Hochtaunuskreis	6,66 %	12.500,00 €
Main-Taunus-Kreis	6,66 %	12.500,00 €
Kreis Groß-Gerau	6,66 %	12.500,00 €
Main-Kinzig-Kreis	6,66 %	12.500,00 €
Wetteraukreis	6,66 %	12.500,00 €
Rheingau-Taunus-Kreis	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Bad Homburg v.d.H.	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Frankfurt am Main	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Hanau	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Offenbach am Main	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Rüsselsheim	6,66 %	12.500,00 €
Landeshauptstadt Wiesbaden	6,66 %	12.500,00 €
Regionalverband FrankfurtRheinMain	6,66 %	12.500,00 €
Land Hessen	6,66 %	12.500,00 €

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Die gesetzliche Verpflichtung der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Bildung von Zusammenschlüssen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ergibt sich aus dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG). Gesetzliche Aufgabe ist unter anderem die Planung, Errichtung und Unterhaltung des Regionalparks Rhein-Main, § 1 Abs. 1 Nr. 7 BallrG.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entbehrlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Produkt Regionalentwicklung

Buchungsstelle 10.50.02.71260010

in €	2014	2013	2012
Förderung von Regionalprojekten	75.000	75.000	75.000

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2013 und 2014 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2012 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2013	2012	2011
Verbindlichkeiten	88.000	110.135	113.083

Berichtsjahr 2013	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	110.135
Zunahmen	0
Abnahmen	22.135
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	88.000

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

K. Lagebericht 2013

A. Wirtschaftsbericht

I. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses 2013

Der gesellschaftsvertraglich festgelegte Zweck unserer Gesellschaft ist die Förderung des Projekts »Regionalpark Rhein-Main« und zwar in Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden, den Landkreisen, dem Regionalverband FrankfurtRhein-Main sowie dem Land Hessen. Das Projekt dient den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Die Tätigkeiten der Gesellschaft sind gemeinnützig, eigenwirtschaftliche Zwecke werden nicht verfolgt. Umsätze werden gewöhnlich nicht erzielt. Die Einnahmen erfolgen überwiegend aus Zuschüssen öffentlich-rechtlicher Körperschaften und zu einem weiteren Teil aus Spenden privater Unternehmen.

Auf Grund dieser Tatsache beeinflussen welt- und binnenwirtschaftliche Vorgaben unsere Unternehmenstätigkeit und damit unseren Unternehmenserfolg nur in eingeschränktem Umfange.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist gegenüber dem Vorjahr um 34,2% von ./ T€ 527 auf jetzt ./ T€ 347 gestiegen.

Das ist zum einen auf gestiegene Erträge von T€ 52 zurückzuführen. Der Anstieg beruhte vor allem auf Mehrzuschüssen von T€ 130 durch unseren Gesellschafter das Land Hessen.

Die Verbesserung des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist aber auch mit der etwas geringeren Förderung von Projekten im Geschäftsjahr zu begründen. So wurden im Berichtsjahr über 15 (im Vj. über 20) Einzelprojekte im Wert von insgesamt € 1,5 Mio. gefördert (Vorjahr € 1,6 Mio.). Besonders zu nennen sind folgende im Geschäftsjahr geförderten Einzelprojekte:

- OPG Offenbacher Projektentwicklungs-GmbH: »Regionalportal Wetterpark« i. H. v. T€ 320,
- Wiesbaden: »Infokiosk an der alten Brückenrampe« i. H. v. T€ 150,
- Maintal: »Station Kirche am Fluss« i. H. v T€ 64,
- Regionalpark Südwest »Neugestaltung des Eingangsbereiches Waldspielpark Goetheturm in Ffm.« i. H. v. T€ 48.

Hervorzuheben ist hier auch das Regionalpark-Sommerfest, für das insgesamt T€ 165 ausgegeben wurden und der HR4-Walking Tag, der mit T€ 45 zu Buche schlug.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

A. Wirtschaftsbericht

**I. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses 2013
(Fortsetzung)**

In der Aufsichtsratssitzung am 22.03.2012 wurde die erste Projektliste 2012 beschlossen. In dieser Liste 1c „Projekte mit besonderen Förderkonditionen“ ist unter Ziffer 2 »Temporäre Felder« darunter für Angebote, Aktivitäten in Kooperationen mit Landwirten T€ 50 als Anschubfinanzierung eingeplant. Dieses Projekt hat sich in 2012 sehr gut entwickelt. Insgesamt wurden Kosten in Höhe von rund T€ 45 verwendet, die - da es keine eigenen Anlagen unserer Gesellschaft waren - unter »Projektübergreifende Förderung - Öffentlichkeitsarbeit« gebucht wurden und somit zur Erhöhung der Projektkosten beigetragen haben. Hierbei ist zu beachten, dass die Mittel aus der Projektliste nicht angefallen sind.

II. Lage des Unternehmens

1. Vermögenslage

Die Vermögenslage unserer Gesellschaft stellt sich weiterhin positiv dar. Zwar sind unsere liquiden Mittel wegen der anhaltend hohen Ausgaben für die Projektförderung um T€ 360 auf jetzt T€ 875 gesunken. Das lang- und mittelfristig angelegte Vermögen (Anlagevermögen) konnte mit T€E 1.004 nahezu gehalten werden (./. T€ 38 gegenüber dem Vorjahr). Es liegt jetzt bei 52,8% unseres gesamten Vermögens.

Die vorhandenen finanziellen Cashmittel decken die bereits zugesagten Fördermittel für Projekte in 2014 in Höhe von rund € 715.000. Außerdem können weitere Projekte gefördert werden, weshalb die liquiden Mittel ausreichen, um unseren Gesellschaftszweck nachhaltig verwirklichen zu können.

Das Eigenkapital und damit auch das langfristige Kapital beträgt T€ 1.079 und macht 56,7% des Gesamtkapitals unserer Gesellschaft aus (Vorjahr: T€ 1.426 bzw. 62,4 %). Das kurzfristige Fremdkapital liegt bei T€ 823 (43,3% des Gesamtkapitals).

Die Finanzlage unseres Unternehmens hat sich wegen des erneuten Jahresfehlbetrags gegenüber dem Vorjahr nochmals um jetzt T€ 360 reduziert. Sie ist aber mit liquiden Mitteln von über T€ 875 dennoch als gut zu bezeichnen.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

A. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

II. Lage des Unternehmens (Fortsetzung)

2. Finanzlage

Der »Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit« hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 39 leicht verbessert und beträgt ./.. T€ 267. Der Geldmittelabfluss hängt vor allem mit dem Jahresverlust von ./.. T€ 347 zusammen. Dem stehen Mittelzuflüsse aus Abschreibungen von T€ 130 gegenüber.

Der »Cashflow aus Investitionstätigkeit« ist gegenüber dem Vorjahr ebenfalls um T€ 186 gestiegen und liegt jetzt bei ./.. T€ 93. Der Geldmittelabfluss im laufenden Jahr resultiert aus den entsprechenden Investitionen im Geschäftsjahr, denen keine nennenswerten Einzahlungen aus Anlagenverkäufen gegenüberstanden.

So beträgt der Finanzmittelbestand (= liquide Mittel) zum Geschäftsjahresende T€ 875. Er ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 360 zurückgegangen.

Die liquiden Mittel dienen weiterhin der Förderung der verschiedenen Regionalparkprojekte. Unser Ziel ist und bleibt es, auch in Zukunft keine Fremdmittel zu Projektförderungen in Anspruch nehmen zu müssen.

3. Ertragslage

Durch die Zuschüsse unserer Gesellschafter und von dritter privater Seite konnten wir betriebliche Erträge in Höhe von T€ 2.029 (Betriebsleistung) erwirtschaften. Von diesen Mitteln und aus unseren vorhandenen liquiden Mitteln haben wir einen Betrag von T€ 1.487 bzw. 73,3% der Betriebsleistung im Geschäftsjahr für die Projektförderung verwendet.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei T€ 894 (44,1% der Betriebsleistung), wovon T€ 498 auf Personalkosten und T€ 265 auf sonstige betriebliche Aufwendungen entfallen. Damit erzielten wir ein Betriebsergebnis von T€ ./.. 342, welches um T€ 193 über dem des Vorjahres liegt.

Die Verzinsung unserer – gesunkenen - flüssigen Mittel führte zu einem Finanzergebnis von T€ 5, das unter dem Vorjahresergebnis von T€ 18 liegt. Der überschlägige mittlere Zinssatz für unsere liquiden Mittel liegt damit bei 0,5% (Vorjahr 1,2%), was geringfügig unter dem allgemeinen Zinsniveau in 2013 liegt.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

A. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

II. Lage des Unternehmens (Fortsetzung)

3. Ertragslage (Fortsetzung)

Wegen des besseren Betriebsergebnisses, das durch das im Verhältnis nur geringfügig verbesserte Finanzergebnis nicht wesentlich beeinflusst wurde, verminderte sich der Jahresfehlbetrag um T€ 180 und liegt bei T€ 347 bzw. ./ 17,1% der Betriebsleistung (Vorjahr T€ ./ 527 bzw. ./ 26,8% der Betriebsleistung).

III. Nachtragsbericht

Es liegen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres vor.

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

I. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Der bereits in den Vorjahren vorgenommene Wandel der Geschäftspolitik von der finanziellen Unterstützung von Projekten Dritter hin zur verstärkten Durchführung von Veranstaltungen und Produktion sowie Verbreitung von Informationsmaterial wird fortgesetzt werden. Das Besucherzentrum und die Ausstellung „Landschaft auf den zweiten Blick“ finden ein unverändert großes Besucherinteresse. Die Beliebtheit des Regionalparks findet auch durch die wachsende Zahl von Akteuren, die sich am Regionalpark Sommer beteiligen und das Programm auf vielfältige Art bereichern, Ausdruck. In diesem Jahr fand am 18. Mai 2014 der Walkingtag in Dreieich in Kooperation mit dem hr4 statt, der wiederum zur Zufriedenheit der Mitveranstalter und der Kommune Dreieich sowie des Kreises Offenbach seitens der Besucher und Vereine wahrgenommen wurde. Diese Kooperation soll in den nächsten Jahren fortgesetzt und wenn möglich intensiviert werden. Die Nachfrage nach Informationsmaterial und hier insbesondere den sehr positiv bewerteten Freizeitkarten steigt durch die Vielzahl von Außenauftritten im Rahmen des „Regionalpark Sommers“. Dies muss bei der Bereitstellung von Mitteln für die Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigt werden.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens (Fortsetzung)

II. Risikobericht

1. Allgemeiner Risikobericht

Da wir nicht am Markt tätig werden, sind wir keinen Konjunktur- oder Währungsrisiken ausgesetzt. Unsere Gesellschafter sind durch die Satzung verpflichtet, uns jährlich gesellschaftsrechtliche Zuschüsse von rd. T€ 1.125 zu leisten, so dass unsere Liquiditätslage auch weiterhin abgesichert ist. Zumal wir keine finanziellen Verpflichtungen eingehen, die diesen jährlichen Rahmen sowie evtl. weitergehende gewährte Einzelzuschüsse überschreiten.

2. Spezieller Risikobericht

Wie unter A. II. 2. zur Finanzlage unserer Gesellschaft ausgeführt, ist unsere Liquiditätslage nach wie vor als gut zu bezeichnen. Zu unseren Finanzinstrumenten zählen in erster Linie unsere Guthaben bei Kreditinstituten.

Ein Liquiditätsrisiko wird dadurch minimiert, dass wir Fördermittel bzw. neue Zuschüsse nur dann zusagen, wenn diese von uns auch gezahlt werden können. Zur Sicherstellung dieser Geschäftsprämisse dienen der Wirtschaftsplan und laufende Liquiditätsüberwachung durch unsere Geschäftsführung.

Die Förderung von Einzelprojekten wird in der Zukunft aufwendiger, da die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen unserer Fördermittelgeber immer stärker begrenzend wirken. Die Projektförderung soll beibehalten werden, doch aufgrund der immer schwieriger werdenden Drittellösung der Kommunen, weiter zurückgenommen werden.

III. Prognosebericht

Aufgrund der im Risikobericht dargelegten Finanzsituation erwarten wir auch für 2014 und 2015 eine beständige Entwicklung unseres gemeinnützigen Unternehmens. Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen und entsprechend unserem Satzungsauftrag, den Regionalpark RheinMain fördern.

Die Geschäftsführung dankt den Gesellschaftern und den Mitgliedern des Aufsichtsrates für die konstruktive Zusammenarbeit.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

L. Bilanz

	2013	2012	Verände- rung	2011
Aktiva	in €	in €	in €	in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	854	1.851	-997	2.848
- Außenanlagen	686.121	677.041	9.080	541.588
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	256.196	277.483	-21.287	217.430
- Geleistete Anzahlungen, Anlagen in Bau	60.967	85.299	-24.332	113.407
Sachanlagevermögen	1.003.284	1.039.823	-36.539	872.425
Anlagevermögen	1.004.138	1.041.674	-37.536	875.273
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	76	0	76	3.196
Sonstige Vermögensgegenstände	1.367	977	390	10.176
Guthaben bei Kreditinstituten	875.153	1.234.886	-359.734	1.819.229
Umlaufvermögen	876.595	1.235.863	-359.267	1.832.600
Rechnungsabgrenzungsposten	21.543	6.259	15.283	3.309
	1.902.276	2.283.796	-381.520	2.711.183
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	187.500	187.500	0	187.500
- Gewinnvortrag	1.237.699	1.764.630	-526.930	2.951.802
- Jahresüberschuss	-347.280	-526.930	179.650	-1.187.172
Eigenkapital	1.077.919	1.425.199	-347.280	1.952.130
- Sonstige Rückstellungen	736.357	748.461	-12.104	645.970
Rückstellungen	736.357	748.461	-12.104	645.970
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	86.944	97.509	-10.564	73.733
- Sonstige Verbindlichkeiten	1.056	12.627	-11.571	39.349
Verbindlichkeiten	88.000	110.135	-22.135	113.083
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	1.902.276	2.283.796	-381.520	2.711.183

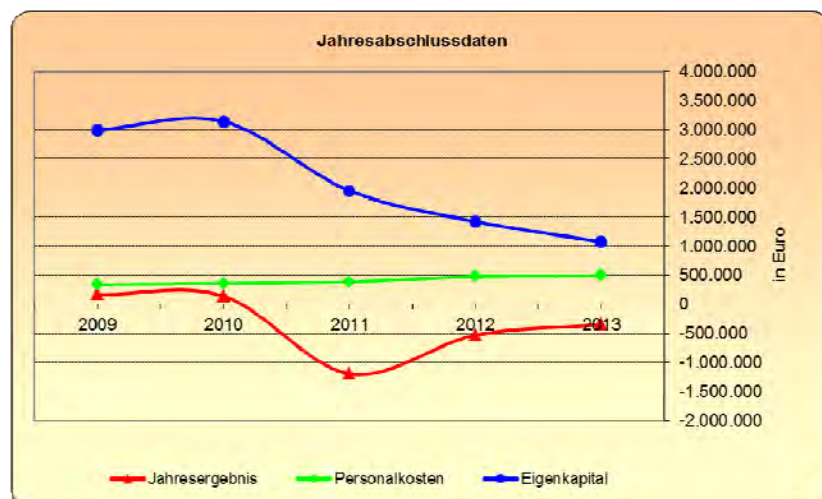
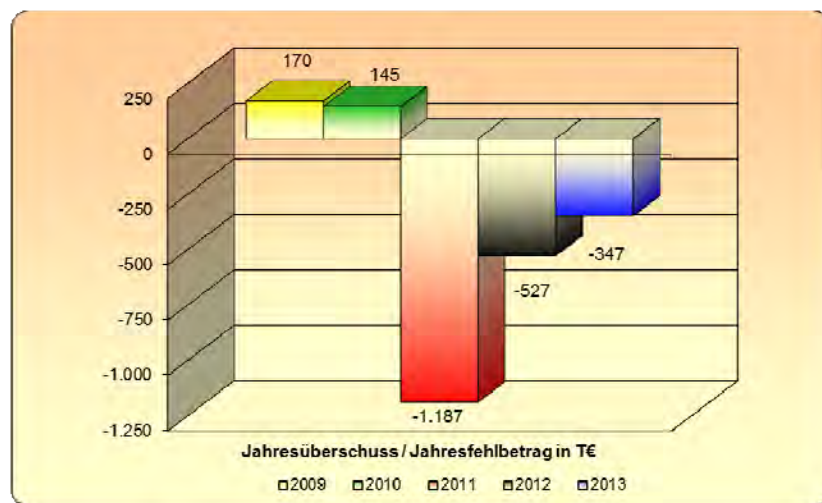
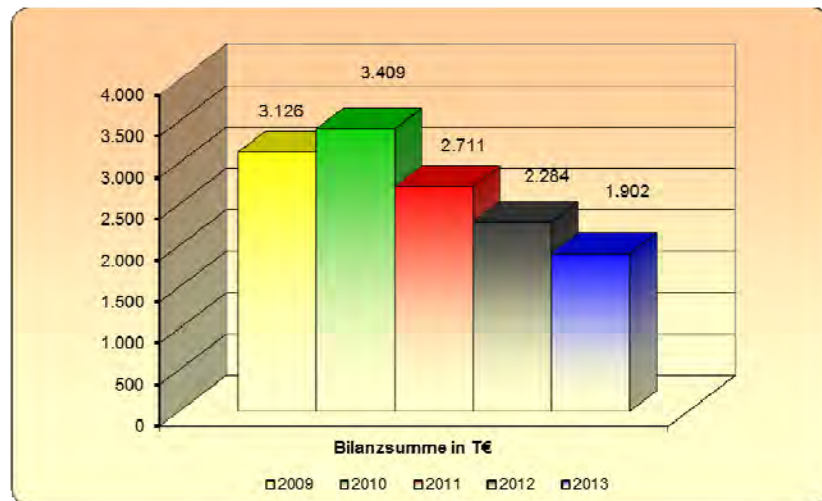
**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2013	2012	2011
	in €	in €	in €
Sonstige betriebliche Erträge	2.029.020	1.977.431	1.859.256
Betriebliche Erträge insgesamt	2.029.020	1.977.431	1.859.256
Projektförderung	1.487.457	1.637.303	2.439.944
Personalaufwand			
- Gehälter	387.300	379.782	316.227
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	110.795	103.263	74.331
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf Sachanlagen	130.545	112.040	72.762
Sonstige betriebliche Aufwendungen	265.006	289.636	176.946
Betriebsergebnis	-352.084	-544.593	-1.220.954
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.119	17.975	34.057
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	13
Finanzergebnis	5.119	17.975	34.044
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-346.965	-526.618	-1.186.910
Sonstige Steuern	315	312	262
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-347.280	-526.930	-1.187.172

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

Die RMV GmbH wurde im Juni 1994 nach erfolgreicher zweijähriger Arbeit der Gesellschaft zur Vorbereitung und Gründung des Rhein-Main-Verkehrsverbundes mbH gegründet.

Das Verbundgebiet erstreckt sich flächenmäßig über etwa 14.000 km² mit rund 4,9 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern in elf Mitgliedsstädten und 15 Landkreisen, es wird im Norden vom Landkreis Marburg-Biedenkopf, im Süden vom Odenwaldkreis, im Westen vom Rheingau-Taunus Kreis und im Osten vom Landkreis Fulda begrenzt.

Die Organisationsstruktur des RMV wurde so gewählt, dass einerseits ein Interessenausgleich aller beteiligten Partner ermöglicht wird und zum anderen die zur Verbundgründung beschlossenen fünf Grundsätze berücksichtigt und umgesetzt werden.

- **Kommunalverbund**

Der RMV konstituierte sich als Kommunalverbund auf freiwilliger Basis. Die Verbundpartner üben über die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat als Gesellschafter die gesellschaftsrechtliche Kontrolle über den RMV aus.

- **Dezentrales Prinzip – dezentrale Organisation**

Der lokale Verkehr wird auf lokaler Ebene durch die lokalen Nahverkehrsgesellschaften bzw. die Verbundverkehrsunternehmen, der regionale Verkehr auf der Ebene des RMV durch die RMV GmbH organisiert. Die Verantwortung für den Lokalverkehr verbleibt somit bei den lokalen Gebietskörperschaften bzw. Aufgabenträgern.

- **Trennungsrechnung**

Grundsatz der Trennungsrechnung ist die Transparenz der Kosten mit einer Trennung in Betriebs- und Infrastrukturkosten und einer gleichzeitigen Festschreibung der Verantwortung für die Kostenbestandteile.

- **Leistungsprinzip**

Die Einführung des Leistungsprinzips bedeutete die Abkehr vom in der Vergangenheit praktizierten Aufwandsprinzip.

- **Bestellerprinzip**

Der RMV führt im Auftrag seiner Gesellschafter auf der Regie-Ebene die Bestellerfunktion für den Regionalverkehr aus. Während früher die Vergabe von Leistungen frei verhandelt wurde, werden diese künftig nach erfolgter Ausschreibung vergeben.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

Anschrift	Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim am Taunus
Telefon	06192/294-0
Telefax	06192/294-900
E-Mail	info@rmv.de
Internet	www.rmv.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	30. Juni 1994
Stammkapital	690.244,04 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 04. Juli 1991. Der Gesellschaftsvertrag wurde durch Beschluss der Gesellschafterversammlung am 30. Juni 1994 grundlegend geändert.
Handelsregistereintrag	HRB 34128 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet die nachfolgend dargestellten Aufgaben wahr:

- Regionaler Schienenpersonen- und Buspersonennahverkehr (SPNV u. BPNV)
- Verkehrsplanung
- Verkehrskonzeption und technische Standards
- Rahmenplanung für Produkte, Verbundtarif und Beförderungsbedingungen
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit
- Fahrgastinformation, Vertriebssystem
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
- integriertes Plandatensystem

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung der Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen errichten oder erwerben.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2013 (Stand: 31.12.2013)		
Vorsitzender	Herr Peter Feldmann	ab 25.06.2013
Vorsitzende	Frau Petra Roth	bis 27.06.2012
Stellvertretender Vorsitzender	Herr André Kavai	bis 25.06.2013
-----„-----	Herr Ulrich Krebs	ab 25.06.2013
Mitglieder		
für das Land Hessen	Herr Steffen Saebisch	
-----„-----	Frau Prof. Dr. Luise Hölscher	bis 30.09.2013
für die Kreisfreien Städte	Frau Brigitte Lindscheid	
-----„-----	Frau Sigrid Möricke	
-----„-----	Herr Peter Schneider	
für Städte mit Sonderstatus	Herr Patrick Burghardt	bis 08.07.2013
-----„-----	Herr Wolfram Dette	
-----„-----	Herr Michael Korwisi	
-----„-----	Herr Andreas Kowol	ab 02.09.2013
-----„-----	Herr Nils Kraft	bis 08.07.2013

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2013 (Stand: 31.12.2013)	
für Städte mit Sonderstatus	Herr Gerhard Möller
-----,,-----	Herr Egon Vaupel
-----,,-----	Herr Axel Weiss-Thiel bis 02.09.2013
-----,,-----	Frau Gerda Weigel-Greilich
für die Landkreise	Herr Burkhard Albers
-----,,-----	Herr Joachim Arnold
-----,,-----	Herr Michael Cyriax
-----,,-----	Herr Christel Fleischmann
-----,,-----	Herr Manfred Görig
-----,,-----	Frau Claudia Jäger
-----,,-----	Herr Ulrich Krebs
-----,,-----	Herr Dietrich Kübler
-----,,-----	Herr Gerald Kummer
-----,,-----	Herr Dr. Karsten McGovern
-----,,-----	Herr Manfred Michel
-----,,-----	Frau Anita Schneider
-----,,-----	Herr Wolfgang Schuster
-----,,-----	Herr Bernd Woide

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Prof. Knut Ringat (Sprecher der GF)
-----„-----	Herr Klaus-Peter Güttler

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Bezüge der Geschäftsführer im Berichtsjahr beliefen sich auf T€ 499 (i. Vj. T€ 486). Auf die Angabe der Gesamtbezüge ehemaliger Geschäftsführer wird nach § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit 15. Juni 1999 eine Aufwandsentschädigung von € 51,13 pro Person und Sitzung. Im Geschäftsjahr 2013 fielen dafür Aufwendungen in Höhe von insgesamt T€ 5,2 an.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Land Hessen	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Darmstadt-Dieburg	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Fulda	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Gießen	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Groß-Gerau	3,704 %	25.564,59 €
Hochtaunuskreis	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Limburg-Weilburg	3,704 %	25.564,59 €
Lahn-Dill-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Main-Kinzig-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Main-Taunus-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Marburg-Biedenkopf	3,704 %	25.564,59 €
Odenwaldkreis	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Offenbach	3,704 %	25.564,59 €
Rheingau-Taunus-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Vogelsbergkreis	3,704 %	25.564,59 €
Wetteraukreis	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Bad Homburg vor der Höhe	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Darmstadt	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Frankfurt	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Fulda	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Gießen	3,704 %	25.564,59 €

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Gesellschafter (Fortsetzung)	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Hanau	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Marburg	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Offenbach am Main	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Rüsselsheim	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Wetzlar	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Wiesbaden	3,704 %	25.564,59 €
	100,00 %	690.244,04 €

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen	Anteil in %	Anteil in € gerundet
Rhein-Main-Verkehrsverbund Service GmbH, Hofheim am Taunus (RMS)	100,00	125.000
Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH, Hofheim am Taunus (fahma)	100,00	100.000
Regionaltangente West Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (RTW GmbH), Frankfurt	33,33	10.000
Ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitäts- management Region Frankfurt RheinMain, Frankfurt	12,45	30.000
VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG, Köln (VDV)	11,27	100.000

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung. Die Gesellschaft fördert das von den beteiligten Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Bei der Gesellschaft handelt es sich gemäß der Hessischen Gemeindeordnung um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens ausgerichtet ist. Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2013	2012	2011
Verbindlichkeiten	7.384.094	6.823.386	9.637.989

Berichtsjahr 2013	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	6.823.386
Zunahmen	560.708
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	7.384.094

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013

1. Geschäftstätigkeit

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund hat den öffentlichen Auftrag, die gemeinsamen Aufgaben zur Organisation und Koordination des öffentlichen Personennahverkehrs wahrzunehmen. Durch die Zusammenarbeit mit den kommunalen ÖPNV-Aufgabenträgern sowie der Unterstützung mit dem Land Hessen wird der öffentliche Auftrag der Daseinsvorsorge gewährleistet. Grundlage der Geschäftstätigkeit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV GmbH) ist der Gesellschaftsvertrag.

Mittel- bis langfristiges Ziel ist die Entwicklung eines qualitativ besseren ÖPNV. Der Focus liegt primär auf den Wünschen des Kunden. Der RMV hat sich besondere Aufgaben gestellt, um diese Ziele zu erreichen und damit die Kundenzufriedenheit maßgeblich zu verbessern. Um die Attraktivität des ÖPNV zu steigern, muss der ÖPNV im Gesamtsystem, wie Infrastruktur, Angebot, Service und Tarif betrachtet werden. Hier sind Maßnahmen des RNVP 2019 wie beispielsweise die Weiterentwicklung des Leistungsangebotes zur Kapazitätsausweitung, schnellere Züge und Einsatz von Schnellbussen als Ergänzung des Schienenverkehrs zu nennen.

Des Weiteren beteiligt sich der RMV im Rahmen der hessischen Mobilitätsoffensive mit anderen Partnern für die Entwicklung integrierter Mobilitätsdienstleistungen am Projekt HOLM (House of Logistic and Mobility). Zur Erreichung einer höheren Marktreichweite sind Mobilitätspakete mit Verkehrsunternehmen, Taxi, CarSharing, insbesondere auch im ländlichen Raum, als potentielle Entwicklung anzusehen.

Darüber hinaus ist die RMV GmbH bestrebt, für ihre Kunden mittelfristig ein System für elektronisches Fahrgeldmanagement der höchsten Komfortstufe „Einsteigen und Losfahren“ (Be-In/Be-Out-Systems) aufzubauen und einzuführen. Zur Umsetzung wird im Rahmen eines Kooperationsprojektes eng mit der DB AG zusammengearbeitet. Neben der Erweiterung des RMV-HandyTickets um BahnCard-ermäßigte Einzelfahrkarten werden die Integration von RMV-Übergangstarifen und die Fahrplanauskunft weiter vorangetrieben. Ebenso sollen weitere Fahrkarten als eTicket angeboten werden.

Die Finanzierung der RMV GmbH für Regiekosten sowie für bezogene Leistungen insbesondere Untersuchungen (gemäß Wirtschaftsplan) erfolgt nach Abzug von eigenen Erträgen durch Zuwendungen des Landes Hessen und aus der Umlage der Komplementärfinanzierung der kommunalen Gesellschafter. Die mit dem Land Hessen geschlossene Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014 ist die Grundlage zur Finanzierung der RMV GmbH. Während die Finanzierung der Regiekosten und Untersuchungen direkt der RMV GmbH zuzurechnen sind, werden die verbleibenden Finanzierungsmittel von der RMV GmbH treuhänderisch abgewickelt und als Treuhandvermögen gesondert erfasst.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

2. Beteiligungen

2.1 Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Die RMV GmbH ist zu 100% Gesellschafter an der 1997 gegründeten Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH. Mit der rms GmbH besteht eine umsatzsteuerliche und gewerbesteuerliche Organschaft und seit dem Geschäftsjahr 1998 eine körperschaftsteuerliche Organschaft.

Der rms ist es gelungen, die wirtschaftliche Entwicklung durch die Besetzung neuer Themen schrittweise von der schwierigen Situation ihrer Kunden in den letzten Jahren abzukoppeln. Im Themenfeld Datenmanagement F+E konnten erstmals größere Umsatzerlöse erzielt werden. Allerdings blieben durch die verzögerte Beauftragung der seit langem in Akquisition befindlichen Forschungsprojekte die Umsatzerlöse hinter dem Plan für 2013.

Die Umsatzerlöse der rms GmbH sind im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 14.359 auf TEUR 8.946 gesunken. Gleichzeitig erhöhte sich die Gesamtleistung der rms von TEUR 8.885 auf TEUR 9.565.

Gegenläufig hat sich allerdings die Betriebsleistung durch die Bestandsveränderung der unfertigen Leistungen von TEUR 8.817 auf TEUR 11.238 erhöht. Die Umsatzerlöse konnten vor allem aus den Themenfeldern Kundenkommunikation, Verkehrs- und Marktforschung sowie Datenmanagement und Informations- und Vertriebssysteme generiert werden.

Das Erlösvolumen mit Dritten konnte um rund 52 % gesteigert werden, der Anteil der Drittumsätze am Gesamtumsatz liegt damit bei TEUR 2.858 (i. Vj. TEUR 1.877).

Für das Geschäftsjahr 2014 wird ein weiterer Anstieg der Umsätze mit Drittkunden auf TEUR 3.022 erwartet.

Die Bilanzsumme sank von TEUR 5.574 im Vorjahr auf TEUR 3.798. Begründet im Aktiva ist dies auf den Rückgang der geleisteten Anzahlungen und im Passiva durch den starken Rückgang der Verbindlichkeiten zurück zu führen.

Trotz steigendem Umsatz mit Dritten muss der für das Jahr 2014 geplante Umsatz mit dem RMV weiter gesichert werden, um die Stabilität der rms GmbH zu gewährleisten.

Der Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die RMV GmbH beträgt TEUR 309 gegenüber dem Vorjahr von TEUR 263.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

2. Beteiligungen

2.2 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Die RMV GmbH hält alle Anteile an der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma).

Im Rahmen des Leasing hält die fahma Fahrzeuge zur Bereitstellung an Eisenbahnverkehrsunternehmen vor. Die Gesellschaft übernimmt die Eigentümerfunktion der Fahrzeuge und stellt den Qualitäts- und Werterhalt der Fahrzeuge geeignet sicher. Die fahma ist für die Beschaffung und Finanzierung von Fahrzeugen des Schienenpersonennahverkehrs zuständig. Alle Fahrzeuge sind langfristig an die VIAS GmbH und die Hessische Landesbahn GmbH vermietet.

Von grundlegender Bedeutung für die fahma sind der Gesellschaftsvertrag sowie der Ergebnisabführungsvertrag zwischen der RMV GmbH und der fahma.

Die Geschäftsführung wird seit dem 23.01.2012 durch Herrn Professor Knut Ringat wahrgenommen. Prokura ist weiterhin Herrn Kai Daubertshäuser erteilt, der diese Aufgabe ebenso wie der kaufmännische Leiter - neben seinen Aufgaben im RMV wahrnimmt. Die Gesellschaft beschäftigt einen Angestellten.

Im Geschäftsjahr 2013 erzielte die fahma Umsatzerlöse aus Leasingleistungen analog zum Vorjahr in Höhe von TEUR 6.862. Für das Geschäftsjahr standen Abschreibungen von TEUR 3.220 sowie Zinsaufwendungen aus der Finanzierung der Fahrzeuge in Höhe von TEUR 2.327 gegenüber. Das Jahresergebnis der fahma beträgt TEUR 1.102 (i. Vj. TEUR 957). Es wird gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die RMV GmbH abgeführt.

Der fahma wurde durch die RMV GmbH ein Teil des abzuführenden Ergebnisses 2012 (TEUR 300) eigenkapitalstärkend in Form einer Kapitalrücklage wieder zugeführt. Eine Beschlussfassung durch die Gesellschafter erfolgte am 17. Dezember 2013.

2.3 RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW) .

Die RMV GmbH hält zum Stichtag 33,33 % der Anteile an der RTW. Gegenstand der Gesellschaft ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens Regionaltangente West.

In einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 13.03.2014 wurde von dem Notar die Änderung des Gesellschaftervertrags beurkundet, der zunächst die Aufnahme von Schwalbach und Eschborn als Gesellschafter vorsieht; bei den Gebietskörperschaften sind noch die entsprechenden Beschlüsse der kommunalen Gremien herbeizuführen. In einem zweiten Schritt soll Neu-Isenburg und das Land Hessen als Gesellschafter aufgenommen werden. Die Aufnahme aller neuen Gesellschafter vor der Sommerpause 2014 wird angestrebt.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

2. Beteiligungen (Fortsetzung)

2.3 RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW) .

Die RTW schließt das Geschäftsjahr 2013 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis in Höhe von EUR 0,00 ab. Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 280 auf TEUR 8.115.

Im Wesentlichen betrifft dies auf der Aktivseite die Forderungen gegen Gesellschafter und die liquiden Mittel, auf der Passivseite die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern.

Die RTW GmbH trägt grundsätzlich kein finanzielles Risiko, da sie die Förderung der Zusammenarbeit zwischen dem Land Hessen und einzelnen Landkreisen und Städten in der Region Frankfurt RheinMain auf dem Gebiet des Verkehrswesens zum Ziel hat und keine unternehmerische Tätigkeit im engeren Sinne wahrnimmt.

2.4 IVM GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain ivm)

Die RMV GmbH ist Gesellschafter mit 12,45 % des Stammkapitals an der ivm GmbH.

Die RMV GmbH überträgt im Mobilitätsmanagement Aufgaben auf die ivm und stellt die notwendigen Mittel bereit. Im Rahmen ihrer finanziellen Verpflichtungen wurde die RMV GmbH mit dem Land Rheinland-Pfalz sowie der Stadt Mainz gleich gestellt. Daher beteiligt sich die RMV GmbH nur an der Projektfinanzierung. Die Höhe der Mittel bestimmt die RMV GmbH selbst.

Im Geschäftsjahr sind die Betriebsaufwendungen der ivm marginal um TEUR 42 auf TEUR 1.953 (i. Vj. TEUR 1.995) gesunken.

Die Aufwendungen der Gesellschaft wurden durch Zuschüsse der kommunalen Aufgabenträger und des Landes Hessen ausgeglichen, so dass die Gesellschaft ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielte.

2.5 VDV-Kernapplikations GmbH & Co. Kommanditgesellschaft (VDV KG)

Zum 30. Dezember 2013 wurde die Gesellschaft VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG umfirmiert. Neuer Name der Gesellschaft lautet: VDV eTicket Service GmbH & Co. KG. Im Geschäftsjahr hielt die RMV GmbH einen Kommanditanteil von TEUR 100. Dies entspricht 11,27 % an den Kapitaleinlagen.

Die Umsatzerlöse nahmen im Geschäftsjahr um TEUR 381 auf TEUR 2.072 zu. Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 142 aus. Gegenüber dem Vorjahr konnte der Jahresüberschuss um TEUR 145 verbessert werden.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

3. Geschäftsverlauf der RMV GmbH in 2013

Die mittelfristige Finanzierung im RMV ist durch die geschlossene Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen bis 2014 gesichert. Hieraus ergeben sich besondere Projekte, die auch im Geschäftsjahr 2013 im Focus standen.

Schwerpunkte im Geschäftsjahr waren u.a. die Fertigstellung des Schlusssentwurfs des Regionalen Nahverkehrsplanes. Dieser wurde von den RMV-Gremien beschlossen.

Im Dezember 2013 wurde dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung der Schlusssentwurf zur Zustimmung vorgelegt. Die Zustimmung zum landesweiten Regionalen Nahverkehrsplan durch das Hessische Ministerium erfolgte am 29. April 2014.

Im Rahmen der wettbewerblichen Vergaben im SPNV wurden Teilnetze ausgeschrieben. Weitere Angaben können dem RMV-Vergabekalender unter www.rmv.de entnommen werden.

Weitere Aufgaben des Geschäftsjahres 2013 lagen wiederum in den originären Aufgaben wie

- Qualitätserfassung und -bewertung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und im Buspersonennahverkehr (BPNV)
- RMV-Hotline und Kundenkommunikation
- Erstellung des neuen Fahrplanes 2014

und im strategischen Bereich wie

- Elektronisches Fahrgeldmanagement (EFM)
- Tarifstrukturreform
- Investitionsmaßnahmen

3.1 Ertragslage

Die Betriebsaufwendungen der RMV GmbH sind im Geschäftsjahr 2013 im Vergleich zu 2012 um TEUR 3.176 auf TEUR 36.255 gesunken (i. Vj. TEUR 39.431). Im Wesentlichen betraf dies den Rückgang von Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 4.454, während die Zuführungen zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen um TEUR 598 und die Absetzungen für Abnutzung um TEUR 381 gestiegen sind.

Die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung sowie die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger betrugen TEUR 31.367 (i. Vj. TEUR 34.117). Hinzu kamen sonstige Erträge insbesondere aus Projektzuwendungen von TEUR 4.138 (i. Vj. TEUR 4.933). Somit belief sich das Betriebsergebnis der RMV GmbH auf TEUR -750 (i. Vj. TEUR -381).

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

3. Geschäftsverlauf der RMV GmbH in 2012 (Fortsetzung)

3.1 Ertragslage (Fortsetzung)

Das Beteiligungsergebnis von insgesamt TEUR 1.411 (i. Vj. 1.202) betrifft die Erträge aus den Gewinnabführungen der fahma sowie der rms.

Das Zinsergebnis ist negativ in Höhe von TEUR -277 (i. Vj. TEUR -444) und ist im Wesentlichen bestimmt durch Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen. Wie in den Vorjahren wird ein außerordentlicher Aufwand in Höhe von TEUR 377 aus der ratierlichen Zuführung zur Pensionsrückstellung aus der Umstellung der Bewertungsmethoden bei der Erstanwendung des BilMoG ausgewiesen.

Das Jahresergebnis ist wie in den Vorjahren systembedingt ausgeglichen.

3.2 Vermögenslage

Die Zugänge zum Anlagevermögen betrugen im Geschäftsjahr TEUR 2.988 (i. Vj. TEUR 2.397). Sie entfallen im Wesentlichen auf erworbene Softwareprogramme. Ebenfalls wurden TEUR 300 der Eigenkapitalrücklage der fahma GmbH zugeführt.

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Stichtag um TEUR 837 auf TEUR 32.498. Dies ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Rückstellungen um TEUR 749 zurückzuführen, die Sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich korrespondierend.

Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr geringfügig verändert. Das Anlagevermögen beträgt 25,8% (i. Vj. 27,9%) der Bilanzsumme. Entsprechend entfallen 74,2% (i. Vj. 72,1%) auf das Umlaufvermögen und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Finanzierung des Anlagevermögens durch langfristiges Kapital ist jederzeit sichergestellt, da in Höhe des Anlagevermögens ein entsprechender Sonderposten für Zuschüsse gebildet wurde.

3.3 Finanzlage

Im Geschäftsjahr haben sich die flüssigen Mittel gegenüber dem Vorjahr um TEUR 199 auf TEUR 365 reduziert. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 1.824 (i. Vj. TEUR 2.243). Er wurde verwendet für Mittelabflüsse für den Erwerb immaterieller Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von TEUR 2.023 (i. Vj. TEUR 1.929).

Die nicht verbrauchten Mittel des Landes Hessen aus der Finanzierungsvereinbarung sind an den Treuhandbereich transferiert und zum Stichtag als Forderungen gegen den Treuhandbereich in den Sonstigen Vermögensgegenständen bilanziert. In Folge musste im Treuhandbereich der genehmigte Kreditrahmen nicht ausgeschöpft werden, da die Mittel des Regiebereiches zur Verfügung standen.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

3. Geschäftsverlauf der RMV GmbH in 2012 (Fortsetzung)

3.3 Finanzlage (Fortsetzung)

Die Zahlungsfähigkeit der RMV GmbH war im Geschäftsjahr 2013 jederzeit gewährleistet.

3.4 Personal- und Sozialbereich

Im Personalbereich des. Geschäftsjahres waren 7 Zugänge und 5 Abgänge zu verzeichnen. Die Zugänge erfolgten zur Wiederbesetzung freigewordener Stellen durch Kündigung von Arbeitnehmern bzw. als Vertretung der in Elternzeit befindlichen Mitarbeiter sowie ausgelaufene Zeitverträge. Im Geschäftsjahr konnten wieder 2 Auszubildende eingestellt werden. Die Mitarbeiteranzahl beläuft sich auf durchschnittlich 125 Personen (i. Vj. 124).

4. Ausblick

4.1 Hessisches ÖPNV-Gesetz und Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der RMV GmbH

Das novellierte ÖPNV-Gesetz trat zum 01.01.2013 in Kraft. In enger Zusammenarbeit haben sich die RMV GmbH und die Lokalen Nahverkehrsorganisationen in die Arbeiten zur Novellierung eingebracht.

Die im neuen Gesetz verankerten Vorschriften fanden bereits bei der Erstellung des Regionalen Nahverkehrsplanes Anwendung. Der neue Terminus lautet nun verbundweiter Nahverkehrsplan. Neu unterschieden werden die Busleistungen in Verbundbusverkehr, regionaler Busverkehr und lokaler Verkehr.

Im ÖPNV-Gesetz wurde eine weitere Neuerung zur Stärkung der verbundweiten Standards in den Focus gestellt. Beabsichtigt ist, bestehende Standards zu überprüfen und neue Standards zu entwickeln. Ziel ist dabei, dass Fahrgäste sich künftig im gesamten ÖPNV-System zurechtfinden können und das Interesse am ÖPNV geweckt wird.

Im neuen ÖPNV-Gesetz wird an der bewährten Möglichkeit, die Zuwendungen des Landes in mehrjährigen Budgets mit den Verkehrsverbünden zu vereinbaren, festgehalten.

Maßgeblich für die positive verkehrliche Entwicklung seit Verbundstart ist u.a. das finanzielle Engagement des Landes Hessen. Durch das finanzielle Engagement wurden die Ausweitung und Verbesserung des ÖPNV-Angebotes, insbesondere in den ländlichen Regionen, sowie die Neustrukturierung des SPNV möglich. Die sich ständig verschlechternde Finanzsituation in den öffentlichen Haushalten sowie die Kostensteigerung bei der Erstellung der Leistung führen zu negativen finanziellen Auswirkungen. Weiter ist zu berücksichtigen, dass es bedeutsame Kostenkomponenten gibt, deren Entwicklung nicht den Einflussmöglichkeiten des RMV unterliegen.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

4. Ausblick (Fortsetzung)

4.1 Hessisches ÖPNV-Gesetz und Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der RMV GmbH (Fortsetzung)

Hier sind die Energiepreise, die derzeit auf Bundesebene in Diskussion befindliche EEG-Umlage und die Infrastrukturkosten im SPNV zu nennen. Trotz der ungünstigen Rahmenbedingungen sind auch für die Zukunft Wege zu finden, um die verkehrliche Entwicklung halten bzw. weiter positiv fortzusetzen zu können.

Die Finanzierung des RMV wurde bereits mit dem Jahr 2000 zur Erreichung einer größeren Flexibilität und zum effizienteren Mitteleinsatz im Rahmen einer einheitlichen pauschalen Mittelzuweisung des Landes neu strukturiert. Somit wurde auch für die Rhein-Main Verkehrsverbund GmbH die Förderung auf eine vereinfachte und vereinheitlichte Basis gestellt.

Hierzu wurden ab dem Jahre 2000 sowie aktuell für die Jahre 2010 bis 2014 eine Finanzierungsvereinbarung mit einer fünfjährigen Laufzeit mit dem Land Hessen geschlossen.

Das zuständige Ministerium bereitet eine solche Finanzierungsvereinbarung für die Budgetperiode ab 2015 vor. Unter anderem ist im Gesetz neu verankert, dass die Zuwendungen des Landes die vollständigen Fördermittel nach dem Regionalisierungsgesetz des Bundes umfassen. Da diese Regionalisierungsmittel ab 2015 jedoch einer Revision unterliegen, steht derzeit nicht fest, wie sich die Mittel entwickeln werden. Es ist eher von einer geringen Dynamisierung oder auch von einer Stagnation auszugehen. Die Mittel der zweiten großen Finanzierungssäule sind Gelder aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Auch hier ist derzeit der finanzielle Rahmen noch offen.

Angesichts dieser Entwicklung einerseits und der Kostenentwicklung andererseits wird in allen Aufgabenbereichen des Verbundes nach Synergien gesucht, um die Wirtschaftlichkeit des ÖPNV zu verbessern. Dies ist eine allgegenwärtige Aufgabe, der sich bei jedwedem Handeln gestellt werden muss. Sie wird prägend sein für die gegenwärtigen und zukünftigen Arbeiten im Verbund.

Über die Finanzierungsvereinbarung ab dem Jahre 2015 ff wurden bereits Verhandlungen mit dem Land aufgenommen und Vorschläge zum Ordnungsrahmen der Finanzierungsvereinbarungen erarbeitet. Fragen zum Finanzierungsbedarf sind angesichts der bestehenden Unsicherheiten über die Höhe der Regionalisierungsmittel (RegM) vorerst ausgeklammert worden, da die Entscheidungen über deren Fortentwicklung im Rahmen der Revision des Regionalisierungsgesetzes (RegG) noch ausstehen. Eventuell können aus diesem Grund die Verhandlungen über die neu zu schließende Finanzierungsvereinbarung 2015 ff zwischen dem RMV und dem Land Hessen nicht in dem vorgesehenen Zeitplan abgeschlossen werden. Es ist möglich, dass die bestehende Finanzierungsvereinbarung verlängert werden muss.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

4. Ausblick (Fortsetzung)

4.1 Hessisches ÖPNV-Gesetz und Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der RMV GmbH (Fortsetzung)

Des Weiteren hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 16.11.2011 die Geschäftsführung beauftragt, zeitnah ein Finanzierungskonzept vorzulegen, das spätestens 2015 getrennte Budgets für den Regional- und Lokalverkehr ausweist. Die Diskussionen zwischen der Geschäftsführung und den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) zur Neuordnung der Finanzierungsinstrumente wurden intensiv geführt. U.a. wurde über folgende Eckpunkte einer Neuordnung der Finanzierungsinstrumente Einvernehmen erzielt:

- Die Anzahl der lokalen Finanzierungsinstrumente wird auf ein Finanzierungsbudget für den lokalen Verkehr reduziert.
- Durch einen Beschluss des Aufsichtsrates wird den LNO Planungssicherheit für ein mehrjähriges Budget eingeräumt. Die Laufzeit richtet sich nach der Laufzeit der Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land und dem RMV.
- Die Zweckbindung des Budgets für den lokalen Verkehr ergibt sich aus den Aufgaben nach dem HessÖPNVG für den lokalen Verkehr. Der Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung wird durch eine Erklärung der Verantwortlichen für den lokalen Verkehr erbracht.
- Die Festlegung des Budgets für den lokalen Verkehr erfolgt durch den Aufsichtsrat des RMV. Auch der Verteilungsschlüssel für das lokale Budget liegt in der Entscheidung des Aufsichtsrates des RMV.
- Über die Lokalisierung des Regionalen Busverkehrs wird nach einer Änderung des HessÖPNVG im Regionalen Nahverkehrsplan entschieden.

Gespräche hierzu sind bereits mit den LNO geführt worden.

Allerdings ist im Falle der Verlängerung der derzeit laufenden Finanzierungsvereinbarung zwischen der RMV GmbH und Land Hessen aufgrund der inhaltlichen Abhängigkeit auch die hier diskutierte Finanzierung mit den LNO entsprechend um ein Jahr zu verschieben.

4.2 Regionaler Nahverkehrsplan 2010 bis 2019

Mit Beschluss vom 7. Juli 2009 hat der Aufsichtsrat der RMV GmbH die Geschäftsführung beauftragt, den Regionalen Nahverkehrsplan (RNVP) für den Zeitraum 2010 bis 2019 fortzuschreiben.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

4. Ausblick (Fortsetzung)

4.2 Regionaler Nahverkehrsplan 2010 bis 2019 (Fortsetzung)

Basierend auf dieser Entscheidung wurde der RNVP von den Geschäftsbereichen der RMV GmbH unter Federführung des Geschäftsbereiches Verkehrs- und Mobilitätsplanung in Zusammenarbeit mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) und Vertretern des Landes Hessen erarbeitet.

Im Jahr 2013 wurde das formale Anhörungsverfahren zum Regionalen Nahverkehrsplan gemäß § 14 Abs. 7 Hessisches ÖPNV-Gesetz durchgeführt. Außerdem wurden die Beschlüsse zum RNVP durch die RMV-Gremien gefasst.

Begonnen wurde das formale Anhörungsverfahren mit einer Auftaktveranstaltung am 24. Januar 2013 in Hofheim. Bei dieser wurden die lokalen Aufgabenträger und Gesellschafter des RMV über die Eckpunkte des Regionalen Nahverkehrsplans und den Ablauf des Anhörungsverfahrens informiert.

Im Anschluss daran wurden die mehr als 500 anhörungsberechtigten Institutionen schriftlich über das Verfahren informiert und gebeten, ihre Stellungnahme bis 26. April 2013 abzugeben. Die Dateien zum Regionalen Nahverkehrsplan wurden am 1. Februar 2013 freigeschaltet.

Insgesamt wurden mehr als 150 Stellungnahmen mit einem Umfang von etwa 500 Seiten und weit über 1.000 Aspekten abgegeben. Diese enthielten neben Änderungswünschen zum vorgelegten Text auch Lob sowie Anregungen zu lokalen und operativen Fragestellungen.

Die wesentlichen Rückmeldungen und Änderungsvorschläge wurden am 28. Juni 2013 im Rahmen einer Sitzung des Arbeitskreises Verkehrs- und Mobilitätsplanung den lokalen Nahverkehrsorganisationen vorgestellt und abgestimmt.

Die Abwägungen zu den verschiedenen Aspekten wurden im Sommer fertiggestellt. Der Zugang zur Datenbank wurde am 15. August 2013 freigeschaltet, so dass die jeweils relevanten Aspekte und die dazugehörigen Abwägungen nachgelesen und ausgedruckt werden können.

Am gleichen Tag wurde auch der überarbeitete Entwurf des Regionalen Nahverkehrsplans freigeschaltet, in dem die aus dem Anhörungsverfahren hervorgegangenen Änderungen eingearbeitet worden sind.

Der Schlussentwurf wurde dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung des RMV in der jeweiligen Sitzung am 21. November 2013 vorgelegt. Der Regionale Nahverkehrsplan wurde in beiden Gremien beschlossen.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

4. Ausblick (Fortsetzung)

4.2 Regionaler Nahverkehrsplan 2010 bis 2019 (Fortsetzung)

Die letzten beiden Schritte zur Fertigstellung des Regionalen Nahverkehrsplans sind die Zustimmung durch das zuständige Landesministerium (gemäß § 14 Abs.1 Hessisches ÖPNV-Gesetz) und die Veröffentlichung (gemäß § 14 Abs.8 Hessisches ÖPNV-Gesetz).

Der durch die RMV-Gremien beschlossene Regionale Nahverkehrsplan wurde am 2. Dezember 2013 dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.

Die vorbereitenden Arbeiten für die Veröffentlichung wurden im Dezember 2013 begonnen, damit diese erfolgen kann, sobald die Zustimmung durch das Ministerium vorliegt.

5. Europaweite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und BPNV

5.1 Wettbewerbliche Vergaben im SPNV

Der Verkehrsmarkt im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) befindet sich im Berichtsjahr weiterhin in der wettbewerblichen Übergangsphase, d.h. es sind noch nicht sämtliche Verkehrsdienstleistungen (SPNV-Teilnetze) aus den Altverträgen mit der Deutschen Bahn AG (aus 2003) bzw. der Hessischen Landesbahn GmbH (aus 2003) wettbewerblich vergeben worden. Die wettbewerbliche Vergabe sämtlicher Teilnetze wird voraussichtlich bis Ende 2019 abgeschlossen sein.

Der Umfang der im Wettbewerb bereits vergebenen bzw. wiederholt vergebenen SPNV-Teilnetze ist dem, auf der Homepage des RMV veröffentlichten, jährlichen Gesamtbericht der RMV GmbH (aktuell Gesamtbericht 2012) zu entnehmen, zu dem der RMV nach Artikel 7 Absatz 2 EU-VO 1370/2007 verpflichtet ist. Darin sind nachrichtlich die außerhalb des Berichtszeitraumes des Gesamtberichtes 2012 zusätzlich durchgeführten wettbewerblichen Vergabeverfahren unter Ziffer F.1 enthalten.

Gemäß dem RMV-SPNV-Vergabekalender war in 2013 die Vergabe der Teilnetze "Odenwald", "Dreieich", "Kahlgrund", "Nordost-Hessen-Netz" und "Main-Neckar/Ried" zu beginnen, durchzuführen bzw. abzuschließen.

5.2 Wettbewerbliche Vergaben im BPNV

Der Verkehrsmarkt im Buspersonennahverkehr (BPNV) befindet sich in der Wettbewerbsphase, d.h. sämtliche Verkehrsdienstleistungen im regionalen Buspersonennahverkehr wurden seit Ende 2009 bereits mindestens einmal nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

5. Europaweite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und BPNV (Fortsetzung)

5.2 Wettbewerbliche Vergaben im BPNV (Fortsetzung)

Der Umfang der im Wettbewerb bereits vergebenen bzw. wiederholt vergebenen BPNV-Linienbündel ist dem, auf der Homepage des RMV veröffentlichten, jährlichen Gesamtbericht der RMV GmbH zu entnehmen (aktuell Gesamtbericht 2012), zu dem der RMV nach Artikel 7 Absatz 2 EU-VO 1370/2007 verpflichtet ist. Darin sind nachrichtlich die außerhalb des Berichtszeitraumes zusätzlich durchgeführten eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren wie auch den diesen folgenden wettbewerblichen Vergabeverfahren unter Ziffer F.2 und F.3 enthalten.

5.2.1 Durchführung eigenwirtschaftlicher Genehmigungsverfahren im BPNV

Gemäß dem RMV-BPNV-Vergabekalender und in Umsetzung der Fristen des neuen PBefG waren im Berichtszeitraum in Abstimmung mit den zuständigen Genehmigungsbehörden die eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren für die Fahrplanjahre 2015 und 2016 für die Linienbündel

- 1. "F-Ost"
- 2. "LDD-Darmstadt-Weiterstadt"
- 3.. "LDD-Darmstadt-Dieburg"
- 4. "LOF-Ost"
- 5. "Stadtverkehr Dreieich"
- 6. "LOF-Langen 2"
- 7. "MTK-Vordertaunus Los 1"
- 8. "MTK-Vordertaunus Los 2"
- 9. "NachtExpress Rhein-Main"

durchzuführen. Aufgrund von Lokalisierungswünschen betroffener Lokaler Nahverkehrsorganisationen wurden die eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren, wie auch die folgenden Vergabeverfahren mit Ausnahme der vorbenannten Linienbündel Nr. 1 und 9, zurückgestellt. Das eigenwirtschaftliche Genehmigungsverfahren für das Linienbündel Nr. 3 erfolgt bis Mitte 2014. Eigenwirtschaftliche Genehmigungsanträge für die Linienbündel Nr. 1 und 9 wurden nicht gestellt.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

5. Europaweite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und BPNV (Fortsetzung)

5.2.2 Durchführung wettbewerblicher Vergabeverfahren im BPNV

Die den eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren (durchgeführt in 2012) folgenden wettbewerblichen Vergabeverfahren wurden im Berichtsjahr durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen. Die Ausschreibungsgewinner für diese Linienbündel sind:

- "LDD-Darmstadt-Odenwald" Omnibusbetrieb Winzenhöler GmbH & CO.KG
- "VBK-Alsfeld/Nordost" ALV Oberhessen GmbH & CO.KG
- "LOF-West" BRH viabus GmbH
- "LOF-Mitte" BRH viabus GmbH
- "LMR-Nordost" ALV Oberhessen GmbH & Co.KG
- "LMR-West" Becker&Sohn GmbH & CO.KG
gemeinschaftlich mit Bender Reisen
GmbH & CO.KG

Außerhalb des Berichtszeitraumes wurden folgende Vergabeverfahren im BPNV nach Abschluss der eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahren (in 2013) durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen.

- "F-Ost" Entscheidung im Vergabeverfahren
steht aus
- "NachtExpress Rhein-Main" BRH viabus GmbH

Näheres kann dem RMV-BPNV-Vergabekalender wie auch dem jährlichen Gesamtbericht nach Artikel 7 Absatz 2 EU-VO 1370/2007 jeweils unter www.rmv.de entnommen werden.

5.3 Neuordnung der Zuständigkeit für regionale Buslinien / Direktvergaben

Die betroffene Genehmigungsbehörde wie auch die Betreiber der unter Ziffer 5.2.1 benannten und hinsichtlich des eigenwirtschaftlichen Genehmigungsverfahrens zurückgestellten Linienbündel wurden über die beabsichtigte, sukzessive Neuordnung der Zuständigkeiten für regionale Linien (Lokalisierung) nach den Bestimmungen der §§ 2 Abs. 3, 4 i.V.m. 7 Abs. 3 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG), dessen konkrete Umsetzung im Regionalen Nahverkehrsplan, Anlage 4 B "Angebotskonzept regionaler Busverkehr" verankert ist, in Kenntnis gesetzt.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

5. Europaweite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und BPNV (Fortsetzung)

5.3 Neuordnung der Zuständigkeit für regionale Buslinien / Direktvergaben (Fortsetzung)

Die Lokalisierung erfolgt im Benehmen mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen. Dabei wird das lokale wie regionale Verkehrsangebot einer detaillierten Untersuchung und Bewertung unterzogen, um einen integrativen Ansatz unter verkehrlicher, betrieblicher und betriebswirtschaftlicher Gesamtbetrachtung zu ermöglichen und letztlich die einvernehmliche Basis für die Lokalisierung zu schaffen. Da dieses Vorgehen jedoch einige Zeit in Anspruch nimmt, wurden den Betreibern die Fortführung ihrer bestehenden Verkehrs-Service-Verträge zu gleichen Konditionen über eine Laufzeit von bis zu drei Jahren (bis zum Fahrplanwechsel 2018 im Dezember 2017) angeboten.

6. Marketing

6.1 Werbung und Auftritt

Neben der Aktualisierung und Weiterentwicklung der RMV-Kundeninformationen zu den Tarifangeboten, lag ein Schwerpunkt im Geschäftsjahr auf dem Ausbau der Vermarktungsaktivitäten im Bereich des Freizeitverkehrs. Der Marktanteil des ÖPNV bei Wegeanlässen im Freizeitbereich ist ausbaufähig und soll u.a. mit aufmerksamkeitsstarken Angeboten zu Fest- und Feiertagen gesteigert werden. So wurde erstmals zu den Weihnachtsfeiertagen 2013 ein "Festtagsangebot" aufgelegt und verbundweit über ein breites Portfolio an Medien beworben. Grundlage des Angebots war eine Verlängerung der Gültigkeit von Tageskarten und Gruppentageskarten an Heiligabend und den Weihnachtsfeiertagen. Um eine valide Einschätzung zum Erfolg dieser Vermarktungsaktivitäten geben zu können, sind vergleichbare Aktionen für 2014 geplant.

Die Fahrten mit Bussen und Bahnen können auf Basis der zum Fahrplanwechsel im Dezember 2013 vereinfachten Mitnahmeregelung für Zeitkarteninhaber auch für Familienausflüge an Wochenenden attraktiver werden. Die Marketingkommunikation hierzu wurde mit einem aufmerksamkeitsstarken Motiv verbundweit aufgesetzt und ebenfalls über ein breites Portfolio an Kanälen umgesetzt.

Das erstmalig aufgelegte Hessenweite Fahrplanbuch mit allen regionalen Schienenverkehren wurde mit einer Freizeitkarte ergänzt. Diese zeigt attraktive Ausflugsziele entlang des Streckennetzes und unterstützt das Bestreben der Verbünde, Busse und Bahnen auch für die Freizeitaktivitäten als wahrnehmbare Alternative zu platzieren.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

6. Marketing (Fortsetzung)

6.1 Werbung und Auftritt (Fortsetzung)

Ein weiterer Schwerpunkt im Bereich der Marketingkommunikation lag im Geschäftsjahr auf der weiteren Verbreitung und Stärkung der innovativen Informations- und Vertriebskanäle des RMV. Neben Maßnahmen zur weiteren Steigerung des Bekanntheitsgrades des RMVHandyTickets und dessen Funktionalitäten wurden, u.a. durch eine 2-für-1-Aktion zu Beginn der Sommerferien, zusätzliche Anreize für die Nutzung des HandyTickets gesetzt.

6.2 Vertriebsentwicklung im RMV

Auch im Geschäftsjahr 2013 hat die RMV GmbH in Zusammenarbeit mit den Lokalen Nahverkehrsgesellschaften (LNO) sowie den Verkehrsunternehmen (VU) ihre Aktivitäten zur Effizienzsteigerung im Vertrieb fortgesetzt. Wesentliche Aspekte waren die Weiterentwicklung des Elektronischen Fahrgeldmanagements (EFM) mit den Bausteinen chipkartenbasierter Vertrieb von Zeitkarten, handybasierte Fahrterfassung mit nachträglicher Abrechnung auf der Grundlage des Systems der DB AG (Touch&Travel) sowie der Vertrieb von Fahrkarten für Gelegenheitskunden über mobile Endgeräte. Das RMV-HandyTicket hat sich dabei als zukunftsweisender Baustein des Vertriebs etabliert. Die Möglichkeit zur Abrechnung über den Mobilfunkprovider bzw. die Telefonrechnung/Prepaidkarte und zum Kauf über die Fahrplanauskunft haben dem HandyTicket neue Kundengruppen erschlossen. Die Zahl angemeldeter Kunden stieg von knapp 65.000 Ende 2012 auf knapp 100.000 Ende Dezember 2013 an. Der monatliche über den Kanal HandyTicket generierte Umsatz wuchs von rund TEUR 370 im Dezember 2012 auf über TEUR 550 im Dezember 2013 an. Die nach wie vor sehr hohen Zuwachsraten sowie die hohe Nutzerakzeptanz bestätigen die Strategie der RMV GmbH zur Stärkung dieses Vertriebskanals.

Im Rahmen des Projektes „Einführung EFM auf Grundlage der VDV-Kernapplikation“ waren im Wirtschaftsplan 2013 rd. TEUR 4.200 eingestellt worden. Diese Mittel sind für die Beschaffung der zugehörigen Infrastruktur (Chipkarten und Software u. a.) und den Betrieb des verbundweiten Hintergrundsystems (vHGS) verwandt worden. In 2013 wurden folgende Funktionen realisiert:

- Umsetzung der SEPA-Anforderungen
- Realisierung der CleverCard und von Wochen- und Monatskarten als eTicket RheinMain
- Ausgabe von Papierfahrkarten über das vHGS zur Senkung der Vertriebskosten, da auf parallele Systeme verzichtet werden kann

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

6. Marketing (Fortsetzung)

6.2 Vertriebsentwicklung im RMV (Fortsetzung)

Die Nutzung der VDV-Kernapplikation ermöglicht eine gemeinsame Vertriebsplattform (vHGS) auf der Basis standardisierter Abläufe und technischer Schnittstellen. Diese Vertriebsplattform integriert die ÖPNV-Partner im Verbund und sichert die getätigten Investitionen in Verkaufsinfrastruktur und Hintergrundsysteme.

Darüber hinaus ermöglicht die Nutzung von elektronischen Kundenmedien und die Verwendung des VDV-Sicherheitsverfahrens die Reduzierung von Betrug, Fälschungen und Manipulationen und trägt somit nachhaltig zur Einnahmensicherung bei. Nicht zuletzt ist auf den Aspekt einer deutschlandweiten Interoperabilität als wesentliches Nutzenkriterium für den Kunden hinzuweisen. Ein wichtiger Meilenstein konnte in diesem Zusammenhang 2013 durch die Zertifizierung des vHGS durch die VDV Kernapplikations GmbH erreicht werden. Mit der Zertifizierung wurde bestätigt, dass das vHGS standardkonform realisiert wurde und somit der interoperable Betrieb im Rahmen des ((eTicket Deutschland sicher gestellt ist. Das vHGS des RMV ist damit das erste ((eTicket Deutschland-Vertriebssystem, das den Zertifizierungsprozess bestanden hat.

Die Mittel für die Kontrollgeräte aus dem Budget C4-Projekt EFM des Jahres 2010 (ca. TEUR 5.500) sind durch Verträge über die Bezuschussung bzw. Beistellung mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) in 2010, 2011, 2012 und 2013 gebunden worden. Jedoch erfolgte durch diverse Verzögerungen, beispielsweise bei der Erstellung der Mengengerüste und bei den Abstimmungsprozessen mit den lokalen Partnern in 15 Landkreisen und elf Städten kein Mittelabfluss in 2010 und nur zum Teil in 2011. Ein Großteil des tatsächlichen Einbaus der Kontrollinfrastruktur fand 2012 und 2013 statt. Vor allem durch Lieferengpässe bei den Geräteherstellern und nicht den Anforderungen des RMV entsprechenden Softwarelieferungen konnte der Prozess jedoch auch 2013 nicht komplett abgeschlossen werden.

Im Geschäftsjahr wurde ferner der Ausbau des eTickets RheinMain zur RMV-Mobilitätskarte weiter forciert. Nun stehen den Inhabern des eTickets komplementäre Mobilitätsangebote bei fünf Partnern im Bereich Carsharing und Leihfahrrad zur Verfügung. Neben den Fahrzeugen von stadtmobil und den eCars und eBikes von eMobil-RheinMain steht jetzt auch die Fahrzeugflotte von book-n-drive und DB Flinkster rund um die Uhr zur Verfügung. Die RMV-Kunden erhalten bei der Anmeldung und Verwendung des eTickets RheinMain als Zugangsmedium ein einmaliges Fahrguthaben bei den Partnern. Weiter wurde zum Ende des Jahres mit dem Carsharing-Anbieter einfach mobil aus Mittel- und Nordhessen eine Kooperation abgeschlossen.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

6. Marketing (Fortsetzung)

6.2 Vertriebsentwicklung im RMV (Fortsetzung)

Am Busbahnhof in Eltville am Rhein wurde im Sommer 2013 nach Offenbach die zweite eMobil-Station mit 4 eBikes und einem neuen Verleihkonzept, ausgerichtet auf den Freizeit- und Tourismusverkehr, eröffnet. Dank der Kooperation mit dem lokalen Nahverkehrspartner RTV GmbH und der Stadt Eltville erfreuen sich die eBikes großer Beliebtheit.

6.3 Innovationen im ÖPNV - Forschungsprojekte

Im laufenden Geschäftsjahr wurden zwei für die Innovationskraft des RMV sehr bedeutende Förderprojekte unter der Konsortialführerschaft von RMV GmbH bzw. deren Tochter rms GmbH gestartet. Im Projekt ((eSIM 2020 werden die technologischen Grundlagen für ein elektronisches Ticketing der Zukunft mit automatischer Fahrpreisbildung erforscht, während im Projekt DYNAMO ein dynamischer Reisebegleitdienst der Zukunft entwickelt wird. Beide Projekte werden im Rahmen der Förderinitiative "Von Tür zu Tor" durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gefördert und finden in der ÖPNV-Branche bundesweit hohe Beachtung.

7. Sonstige Angaben

Die Aufsichtsgremien der RMV GmbH - Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung - tagten turnusmäßig. Die entsprechenden Beschlussfassungen zum Leistungsangebot, zum Jahresabschluss und zur zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel mit der Einnahmenaufteilung/Abrechnung (EAV/ABR) sowie zum Tarif erfolgten mit den erforderlichen Mehrheiten.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

L. Bilanz

	2013	2012	Verän-	2011
Aktiva	in €	in €	derung in €	in €
Anlagevermögen				
- EDV-Software	5.004.313	6.298.605	-1.294.292	2.315.966
- Geleistete Anzahlungen	1.533.762	974.248	559.514	5.391.080
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.538.075	7.272.853	-734.778	7.707.046
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	398.799	560.736	-161.937	799.734
- Geleistete Anzahlungen + Anlagen im Bau	122.850	0	122.850	12.323
Sachanlagen	521.649	560.736	-39.087	812.057
- Anteile an verbundenen Unternehmen	1.199.313	899.313	300.000	899.313
- Beteiligungen	110.001	110.001	0	115.000
Finanzanlagen	1.309.314	1.009.314	300.000	1.014.313
	8.369.038	8.842.903	-473.865	9.533.416
Vorräte - Waren	88.819	88.819	0	88.819
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	785.539	665.041	120.497	0
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.047.624	1.248.766	798.858	1.216.095
- Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	27.399	60.559	-33.161	82.764
- Sonstige Vermögensgegenstände	19.978.738	19.349.184	629.555	20.659.470
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22.839.299	21.323.550	1.515.750	21.958.330
Wertpapiere	709.000	709.000	0	709.000
Guthaben bei Kreditinstituten	365.295	564.274	-198.979	250.757
Umlaufvermögen	24.002.413	22.685.643	1.316.770	23.006.905
Rechnungsabgrenzungsposten	126.942	132.334	-5.392	160.061
	32.498.393	31.660.881	837.513	32.700.382
Treuhandforderungen	100.106.661	76.313.071	23.793.589	75.781.396

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2013	2012	Verän-	2011
Passiva	in €	in €	derung in €	in €
- Gezeichnetes Kapital	690.244	690.244	0	690.244
- Gewinnrücklagen	1.481.386	1.481.386	0	1.481.386
- Jahresüberschuss	0	0	0	0
Eigenkapital	2.171.630	2.171.630	0	2.171.630
Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	8.369.038	8.842.903	-473.865	9.533.416
- Rückstellungen für Pensionen	8.272.550	7.008.950	1.263.599	6.386.039
- Sonstige Rückstellungen	6.294.751	6.809.438	-514.687	4.971.308
Rückstellungen	14.567.300	13.818.388	748.912	11.357.347
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.190.462	3.364.347	826.115	4.703.083
- Verbindlichkeiten gegenüber kommunalen Aufgabenträgern	2.417.579	2.086.669	330.910	2.433.941
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	331.033	1.056.278	-725.244	2.128.884
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	132.083	0	132.083	0
- Sonstige Verbindlichkeiten	312.937	316.092	-3.155	372.082
Verbindlichkeiten	7.384.094	6.823.386	560.709	9.637.989
Rechnungsabgrenzungsposten	6.331	4.574	1.757	0
	32.498.393	31.660.881	837.513	32.700.382
Treuhandverbindlichkeiten	100.106.661	76.313.071	23.793.589	75.781.396

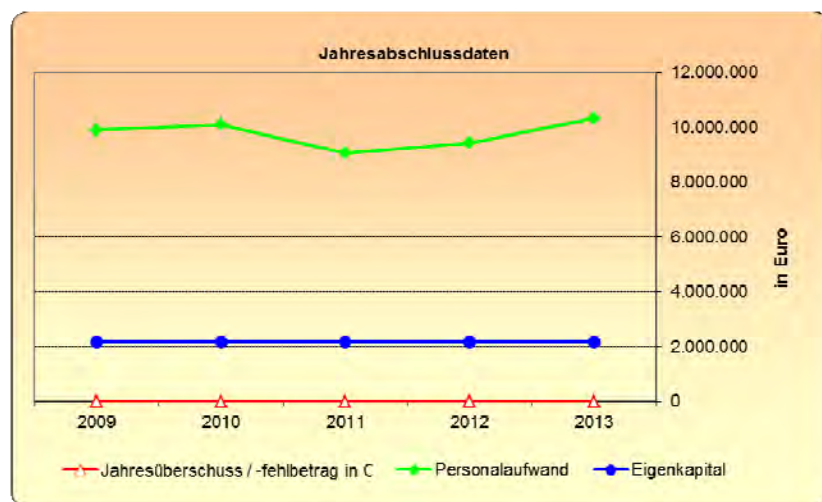
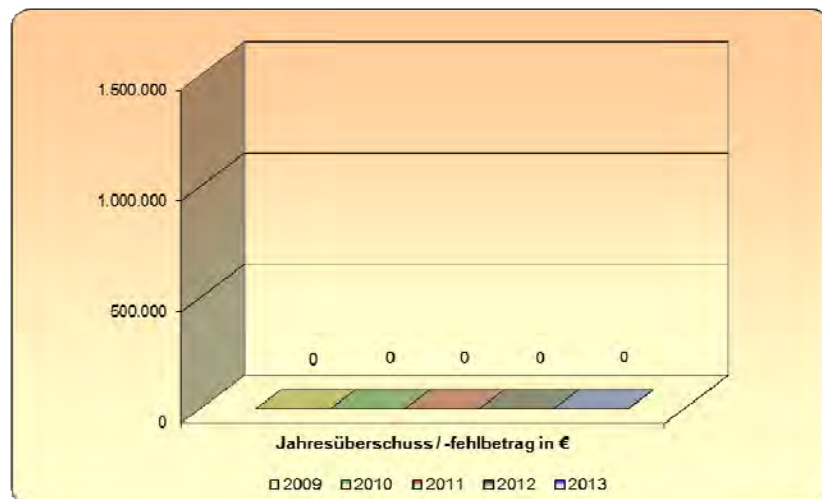
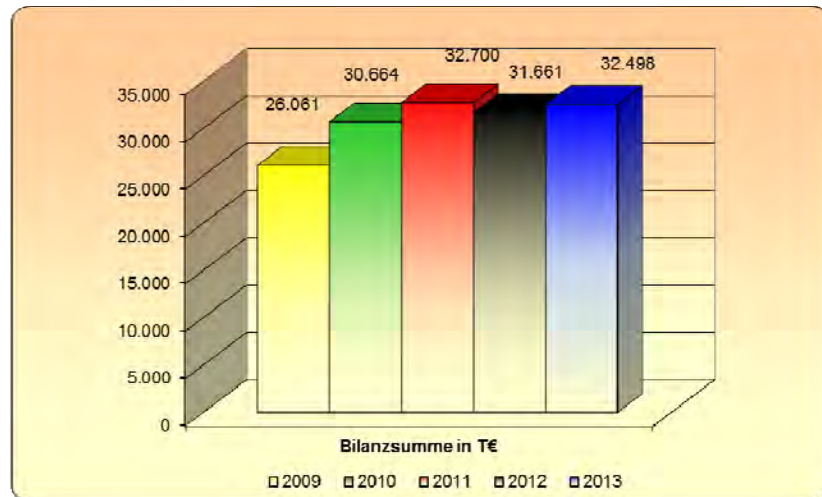
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 in €	2012 in €	2011 in €
Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	2.745.736	2.704.418	3.013.637
Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	28.621.228	31.412.162	36.577.215
Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	31.366.964	34.116.580	39.590.852
Erträge aus Projektzuwendungen	2.589.436	3.564.197	3.579.386
Sonstige betriebliche Erträge	1.548.909	1.368.719	1.274.025
	35.505.308	39.049.496	44.444.263
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	3.461.860	3.080.402	1.585.006
Aufwendungen für bezogene Leistungen	17.515.485	21.969.225	25.767.317
a) Löhne und Gehälter	7.796.103	7.680.569	7.576.763
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	2.529.695	1.739.808	1.482.600
Personalaufwand	10.325.799	9.420.377	9.059.363
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	3.461.860	3.080.402	1.585.006
Zuführung zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	-2.987.994	-2.389.890	-3.591.683
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.423.645	5.648.969	6.179.328
Erträge aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages	1.411.415	1.201.784	1.095.047
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	157.189	128.242	89.458
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	7.741	0	0
Aufwendungen aus Verlustübernahme	18	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	434.096	571.657	651.578
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	379.135	379.404	379.498
Außerordentliche Aufwendungen	376.727	376.727	376.727
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Sonstige Steuern	2.407	2.677	2.771
	379.135	379.404	379.498
Jahresüberschuss	0	0	0

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

Anschrift	Lyoner Straße 22, 60528 Frankfurt am Main
Telefon	069/660759-0
Telefax	069/660759-90
E-Mail	info@ivm-rheinmain.de
Internet	www.ivm-rheinmain.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	13. Mai 2002
Stammkapital	241.000,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 13. Dezember 2012
Handelsregistereintrag	HRB 75042 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Zusammenarbeit im Verkehrsmanagement der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz und der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt Rhein-Main.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle erforderlichen Tätigkeiten durchzuführen, die der Unterstützung des Integrierten Verkehrsmanagements der Region Frankfurt RheinMain dienen. Hierzu zählen:

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

- Die Erarbeitung notwendiger Grundlagen zur Umsetzung eines Verkehrsmanagements in der Region.
- Die Erarbeitung von regionalen Verkehrsmanagement- und Verkehrsinfrastrukturausbauplänen für die Region.
- Die Koordinierung des Verkehrsablaufs bei ausgewählten regionalen Ereignissen.
- Dienstleistungen als Bürgerservice.
- Unterstützende Maßnahmen für die Gesellschafter, die dem Gesellschaftszweck entsprechen.
- Die Übernahme neuer, gesetzlich vorgeschriebener Aufgaben im Auftrag der Gesellschafter.

Für eine detaillierte Erläuterung der Aufgaben wird eine Aufgabenvereinbarung von den Gesellschaftern beschlossen, die nur gemeinschaftlich von allen Gesellschaftern aufgelegt und geändert werden kann. Ein Eingriff in die hoheitlichen Aufgaben erfordert die Zustimmung der betroffenen Gesellschafter.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2013 (Stand: 31.12.2013)

Vorsitzender	Herr Ulrich Krebs
Stellv. Vorsitzender	Herr Horst Schneider
Mitglied	Herr Burkhard Albers
-----„-----	Herr Patrick Burghardt
-----„-----	Frau Katrin Eder
-----„-----	Herr Christel Fleischmann

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2013 (Fortsetzung) (Stand: 31.12.2013)	
Mitglied	Frau Prof. Dr. Luise Hölscher bis 30.09.2013, keine Nachfolge benannt
-----,,-----	Frau Claudia Jäger
-----,,-----	Herr Dr. Lothar Kaufmann
-----,,-----	Herr Dr. André Kawai
-----,,-----	Herr Michael Korwisi
-----,,-----	Herr Wolfgang Kollmeier
-----,,-----	Herr Andreas Kowol bis 10.07.2013
-----,,-----	Frau Brigitte Lindscheid
-----,,-----	Herr Stefan Majer
-----,,-----	Frau Sigrid Möricke
-----,,-----	Herr Prof. Knut Ringat
-----,,-----	Herr Steffen Saebisch
-----,,-----	Herr Axel Weiss-Thiel bis 09.07.2013
-----,,-----	Herr Thomas Will

Geschäftsführung

Geschäftsführerin	Frau Dipl.-Ing. Heike Mühlhans
--------------------------	--------------------------------

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit dem 25. Juni 2002 eine Aufwandsentschädigung von € 50,00 pro Person und Sitzung. Die Gesamtvergütung in 2013 belief sich auf € 2.200,--

Auf die Angaben der Geschäftsführerbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB (Handelsgesetzbuch) verzichtet.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Frankfurt am Main	25,104 %	60.500,00 €
Land Hessen	12,656 %	30.500,00 €
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	12,448 %	30.000,00 €
Hochtaunuskreis	3,112 %	7.500,00 €
Land Rheinland-Pfalz	3,112 %	7.500,00 €
Landkreis Darmstadt-Dieburg	3,112 %	7.500,00 €
Landkreis Groß-Gerau	3,112 %	7.500,00 €
Main-Kinzig-Kreis	3,112 %	7.500,00 €
Main-Taunus-Kreis	3,112 %	7.500,00 €
Rheingau-Taunus-Kreis	3,112 %	7.500,00 €

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Bad Homburg v.d.H.	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Darmstadt	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Hanau	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Mainz	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Offenbach am Main	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Rüsselsheim	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Wiesbaden	3,112 %	7.500,00 €

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes)

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Die Gründung der Gesellschaft basiert auf dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG) vom 19.12.2000. Im Rahmen der gesetzlichen Vorgabe gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 8 BallrG ist es Aufgabe der Gesellschaft, regionale Verkehrsplanung und regionales Verkehrsmanagement zu übernehmen.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

**Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen
Produkt Regionalentwicklung 10.50.02.71250080**

in €	2014	2013	2012
Umlage an die IVM	43.643	43.643	43.643

Die Umlage wird Einwohner bezogen erhoben und beträgt je EW 0,13 €.

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2013 und 2014 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2012 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2013	2012	2011
Verbindlichkeiten	439.611	589.911	683.011

Berichtsjahr 2013	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	589.911
Zunahmen	0
Abnahmen	150.300
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	439.611

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013

Geschäftsmodell

Der Gesellschaftsvertrag der ivm GmbH enthält in einer Anlage die Modalitäten der Finanzierung. Diese sieht eine umlagenbezogene Finanzierung seitens der Gebietskörperschaften vor, wobei die Stadt Frankfurt am Main einen erhöhten Umlageanteil leistet. Das Land Hessen beteiligte sich 2013 mit 440.000 € pro Jahr an der Finanzierung der ivm GmbH.

Zum 19. Januar 2012 wurde der im Jahr 2011 gefasste Beschluss zum Beitritt der RMV GmbH als neuer Gesellschafter der ivm GmbH rechtskräftig. Die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH beteiligt sich an der Finanzierung der Projektaufwendungen, im Jahr 2013 betrug der Finanzierungsanteil 314.300 Euro. Das Land Rheinland-Pfalz ist in Form einer Projektfinanzierung eingebunden.

Die ivm GmbH hat 11 Personalstellen, von denen am 31.12.2012 9,65 Stellen besetzt waren.

In Erfüllung der Aufgabenvereinbarung werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ivm GmbH Projekte entwickelt, die teils in Eigenleistung und teilweise durch Auftragsvergabe an Unternehmen bearbeitet werden. Über den Stand der Arbeiten und die Ergebnisse werden der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung laufend informiert. Über die Umsetzung der Ergebnisse entscheidet der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung.

Forschung und Entwicklung

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten der ivm GmbH liegt in der Entwicklung und Erarbeitung von Konzeptionen und Strategien zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität in der Region, die dann gemeinsam mit den Gesellschaftern und durch die zuständigen Aufgabenträger in der Region Frankfurt RheinMain umgesetzt werden. Hierzu zählt auch die Entwicklung und Weiterentwicklung von Softwarelösungen, wie sie den Bürgerserviceangeboten der ivm zu Grunde liegen. Um den Anforderungen eines zeitgemäßen Angebotes nachkommen zu können, beteiligt sich die ivm darüber hinaus als regionaler Partner an Forschungs- und Entwicklungsprojekten und macht die hierin erarbeiteten Ergebnisse nutzbar für Ihre Gesellschafter.

Diese Aufgaben übernehmen derzeit 8 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Projektbereich. Hierbei werden diese unterstützt durch die studentischen Aushilfen. Die Projektkosten für diesen Bereich betrugen in 2013 1.017 T€ (einschließlich der Personalaufwände sowie die in das Anlagevermögen überführten Investitionen).

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Projekte und Aktivitäten in 2013 (auszugsweise)

Im Jahr 2013 hat die ivm GmbH verschiedene Projekte und Aufgaben bearbeitet, die der Förderung eines integrierten Verkehrs- und Mobilitätsmanagements für die Region Frankfurt RheinMain dienen. Diese Projekte der ivm GmbH lassen sich den Bürgerservices, kommunalen Services und der Wissensbasis zuordnen.

Bürgerserviceangebote

Im Rahmen ihres Bürgerserviceangebotes übernimmt die ivm GmbH im Auftrag ihrer Gesellschafter neben der Entwicklung auch den Betrieb verschiedener Mobilitätsinformationsangebote und -dienste für die Region Frankfurt RheinMain. Ziel ist es, durch umfangreiche Informations- und Beratungsangebote für die Bürgerinnen und Bürger aber auch Wirtschaftsunternehmen ein nachhaltiges Mobilitätsverhalten zu fördern.

Hierzu gehören:

- der Radroutenplaner Hessen (www.radroutenplaner.hessen.de) und
- dem hierin integrierten Schüllerradroutenplaner (www.radroutenplaner.hessen.de/schule)
- die Meldeplattform Radverkehr (www.meldeplattform-radverkehr.de)
- der Multimodale Mobilitätslotse Vielmobil (www.vielmobil.info) (neu seit 2012)
- das LKW-Empfehlungsnetz LKW-Lotse RheinMain (www.lkw-lotse.de)
- Pendlerservices und Fahrgemeinschaftsvermittlungssysteme (www.hessen.pendlerportal.de; www.pendlerservice.de)
- die Plattform zu barrierefreien Einrichtungen Mobile Menschen (www.mobilemenschen.de) (neu seit 2012)
- die Informationsplattformen zu den Park-und-Ride und Parken-und-Mitnehmen-Angeboten (www.pundr.hessen.de; www.pundm.hessen.de)

Die ivm GmbH stellt den dauerhaften Betrieb dieser Angebote sicher, kümmert sich um die Datenpflege und -aktualisierung, die inhaltliche und technologische Weiterentwicklung und berät die Gesellschafter über die Nutzungsmöglichkeiten im Rahmen ihres Mobilitäts- und Verkehrsmanagements.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

Geschäftsverlauf (Fortsetzung)

Projekte und Aktivitäten in 2013 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Bürgerserviceangebote (Fortsetzung)

Darüber hinaus werden diese Angebote auf verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen mit einem Infostand der ivm GmbH aktiv präsentiert und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das Info-Terminal der ivm mit den Bürgerserviceangeboten wurde in 2013 darüber hinaus gemeinsam mit den Gesellschaftern in verschiedenen öffentlichen Einrichtungen wie Bürgerbüros und Landratsämtern vor Ort interessierten Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht. Dieses Angebot wurde auch in 2013 genutzt.

Angebote im Kommunalen Service

Im Bereich des Kommunalen Service erarbeitet die ivm GmbH für und mit ihren Gesellschaftern Lösungen für eine zukunftsfähige, effiziente und nachhaltige Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain. Die ivm GmbH erstellt hierzu abgestimmte Konzepte, begleitet und moderiert die Prozesse, die zur einvernehmlichen Umsetzung der Maßnahmen und Lösungen erforderlich sind. Erkenntnisse und Erfahrungen werden im Sinne von Good-Practice-Beispielen auf interessierte Kommunen in der Region übertragen, so dass alle Gesellschafter von den erarbeiteten Lösungsansätzen profitieren. Der kommunale Service reicht dabei von der unmittelbaren Beratung bis zur Bereitstellung von Informationsplattformen und Arbeitshilfen.

In 2013 standen folgende Themenschwerpunkte im Vordergrund:

- Konzeption und Erarbeitung eines regionalen Park-und-Ride und Bike-und-Ride-Konzeptes als Baustein der intermodalen Verknüpfung
- Regionales Leihfahrradkonzept
- Ganzheitliche Radverkehrsförderung
- Carsharing für die Region Frankfurt RheinMain
- Mobilitätskonzepte für den ländlichen Raum
- Kommunales und Betriebliches Mobilitätsmanagement
- Schulisches Mobilitätsmanagement
- Elektromobilität
- Klimaschutz und Luftreinhalteplanung
- Rahmenplan Multimodalität

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

Geschäftsverlauf (Fortsetzung)

Projekte und Aktivitäten in 2013 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Angebote im Kommunalen Service (Fortsetzung)

- Kosteneffiziente Maßnahmen im Verkehrsbereich
- Finanzierung von Mobilität und Verkehr'
- Demographie, Siedlungsentwicklung und Verkehr
- Regionales und kommunales Verkehrsmanagement
- Vernetzung im Radverkehr in Hessen

Darüber hinaus begleitet die ivm GmbH ihre Gesellschafter aktiv bei der Erarbeitung von Mobilitäts- und Verkehrskonzepten und ist als Partner in die Erarbeitung von Nahverkehrsplänen, Klimaschutzkonzepten etc. eingebunden. In 2013 hat die ivm GmbH konkret den Umsetzungsprozess des integrierten Verkehrskonzeptes im Rheingau-Taunus-Kreis begleitet, ist als regionaler Partner im Arbeitskreis Verkehrsmanagement Südhessen und im Steuerkreis für den Nahverkehrsplan der Stadt Frankfurt vertreten und berät den Kreis Groß-Gerau bei der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes. Die ivm hat darüber hinaus ergänzend zu den zuvor genannten Aktivitäten den Kreis Offenbach im Aufstellungsprozess für das zukunftsfähige Mobilitätskonzept aktiv begleitet und unterstützt. Hier hat die ivm u.a. die Koordination des Arbeitskreises Verkehrsmanagement übernommen und begleitet die Themenfelder Mobilitätsmanagement und Radverkehr. Mit Start des Erarbeitungsprozesses der Mobilitätsstrategie für die Stadt Frankfurt wird auch hier die ivm GmbH eine begleitende Rolle übernehmen. Durch die Begleitung dieser Prozesse stellt die ivm sicher, dass in der Region erarbeitete Lösungen, Ansätze und Angebote unmittelbar Eingang in die Konzepte finden und so regionsweite Standards zügig etabliert und umgesetzt werden.

Seit 2013 ist die ivm Partner im Rahmen des europäischen Förderprojektes Endurance, mit dem der Ansatz der Sustainable Urban Mobility Plans in der kommunalen Verkehrsplanung weitere Verbreitung finden soll. Der Ansatz stellt die Bedürfnisse der Personen in den Vordergrund der Planung und ist gekennzeichnet durch einen partizipativen Planungsansatz. Die ivm wird diesen Ansatz in die aktuellen Projekte und Prozesse zur Erarbeitung von Mobilitäts- und Verkehrskonzepten einspeisen und steht als beratender Partner interessierten Gebietskörperschaften zur Verfügung.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

Geschäftsverlauf (Fortsetzung)

Projekte und Aktivitäten in 2013 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Angebote im Kommunalen Service (Fortsetzung)

Regionale und nationale Trainingsworkshops bieten den zuständigen Fachplanern vor Ort darüber hinaus einen guten Einstieg in den Planungsansatz.

Wissensbasis

Die ivm GmbH beantwortet grundlegende Fragestellungen zur Entwicklung von Mobilität und Verkehr in der Region und stellt für ihre Gesellschafter Datengrundlagen sowie Argumentationsgrundlagen für eine nachhaltige Verkehrs- und Mobilitätsentwicklung in der Region bereit. Die Ergebnisse grundlegender Untersuchungen und Studien stellt die ivm GmbH mit ihrer Wissensbasis den Gesellschaftern und Entscheidungsträgern zur Verfügung. Neben der Zusammenstellung von Daten und Fakten beinhaltet dies vor allem auch die Erarbeitung methodischer Grundlagen und Instrumentarien, die im Rahmen der Projektarbeit zum Einsatz kommen.

Diese Wissensbasis bietet auch den Gesellschaftern wichtige Hintergrundinformationen für deren Arbeit. Eine Übersicht über die bisher erarbeiteten Grundlagen ist auf der aktuellen Homepage der ivm unter www.ivm-rheinmain.de zu finden.

In 2012 und 2013 wurden insbesondere zu folgenden Themen und Handlungsfeldern Daten, Fakten und methodische Grundlagen aufbereitet, die es nun auch für konkrete Projekte in der Region nutzbar zu machen gilt. Hierzu gehören die Themenbereiche:

- Verkehrsfolgen und Siedlungsentwicklung
- Regionale Mobilitätsdaten
- Wirtschaftsverkehr in der Region Frankfurt RheinMain

Zur Verbesserung der Kenntnis über die verkehrlichen Konsequenzen von Siedlungsentwicklungen und um eine Grundlage für eine frühzeitige Berücksichtigung von verkehrlichen Aspekten in der Siedlungsplanung auf unterschiedlichen Planungskontexten schaffen zu können, wurden im Rahmen einer Methoden- und Machbarkeitsuntersuchung potenzielle Anwendungsfälle für die Verkehrsfolgenabschätzung in der Region Frankfurt RheinMain definiert sowie mögliche Instrumentarien zur Verkehrsfolgenabschätzung hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit für diese Fragestellungen analysiert.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

Geschäftsverlauf (Fortsetzung)

Projekte und Aktivitäten in 2013 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Wissensbasis (Fortsetzung)

Hierzu gehören z.B. die Berücksichtigung der Folgekosten durch zusätzliche Schülerverkehre im Rahmen der Schulstandortplanung oder die Analyse der Umweltauswirkungen verschiedener Siedlungskonzeptionen über die entstehenden Verkehre im Rahmen von Klimaschutzkonzepten aber auch die Analyse der lokalen und regionalen Verkehrsfolgen konkreter Einzelprojekte wie z.B. Einkaufszentren.

Insbesondere mit Blick auf den Themenkomplex der Drittnutzerfinanzierung von Verkehrsangeboten sollte hierbei die Frage geklärt werden, inwieweit die vorhandenen Grundlagen für eine Quantifizierung der Wechselwirkungen zwischen Verkehrsangebot und Immobilienpreisen ausreichen.

Zudem wurden vorhandene datentechnische und methodische Grundlagen in der Region auf ihre Anwendbarkeit analysiert. Insgesamt liegen genügend Rahmendaten und instrumentelle Grundlagen (VDRM, Erreichbarkeitsmodell der ivm GmbH) vor, auf deren Basis die identifizierten Anwendungsfälle umgesetzt werden können. Auf dieser Basis wurden konkrete methodische und instrumentelle Ansätze für die Umsetzung in der Region Frankfurt RheinMain erarbeitet und in Form eines Methodenberichtes dokumentiert.

Die Untersuchungsergebnisse wurden im November 2012 vorgelegt und das Projekt damit zunächst abgeschlossen. Der Themenkomplex des Wirtschaftsverkehrs kann bei Bedarf durch die ivm GmbH wieder aufgegriffen werden.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Prognosebericht

An den grundlegenden thematischen und inhaltlichen Schwerpunkten werden sich gegenüber den Vorjahren keine nennenswerten Änderungen ergeben. Der Betrieb der Angebote des Bürgerservices wird auch in den Folgejahren aufrechterhalten. In diesem Rahmen fallen die regelmäßigen Aufgaben zur Datenaktualisierung an. Vor dem Hintergrund eines effizienten Betriebs und den Anforderungen einer stärkeren Verzahnung der vorliegenden Angebote hin zu einer intermodalen Mobilitätsinformation werden die in 2012 begonnenen Arbeiten an einer Gesamtkonzeption für ein regionales Referenz- und Datenmanagementkonzept fortgeführt und die durch die ivm GmbH betriebenen Dienste sukzessive auf diese einheitliche Datenplattform umgestellt. Die Anwendung von „Vielmobil“ und dem zugehörigen Referenzsystem als regionale Daten- und Informationsdrehscheibe erfordert in diesem Zuge immer wieder die Anpassung oder Erweiterung einzelner Komponenten oder die Anbindung zusätzlicher lokaler Systeme über passende Schnittstellen. Daraus ergibt sich eine Vielzahl kleinerer Aktivitäten zur kontinuierlichen Weiterentwicklung der Systeme. Hierzu gehört vor allem die Optimierung und Automatisierung der Prozesse zur Aktualisierung der Netzdaten und Point-of-Interest sowohl zwischen beteiligten Kommunen und dem Hintergrundsystem (Referenzsystem) als auch zwischen dem Hintergrundsystem und den unterschiedlichen Informationsplattformen der ivm.

Die Bereitstellung mobiler Anwendungen für die Informationsdienste ist dabei ein weiterer Handlungsschwerpunkt, der zwingend erforderlich ist, um ein zeitgemäßes und nutzerfreundliches Angebot sicherzustellen. Wie bereits beim Vielmobil-Hintergrundsystem ist es auch bei der Entwicklung der mobilen Anwendungen das Ziel der ivm, Synergien durch Mehrfachnutzung der entwickelten Komponenten zu erzeugen und zu nutzen. Zudem sollen die Zugriffs- und Nutzerstatistiken vor allem für den Radroutenplaner und die Meldeplattform erweitert werden, so dass hier, besser als bisher, eine Evaluation und nutzeroptimierte Anpassung ermöglicht wird.

Inhaltliche Erweiterungen und Anpassungen wird es auch für die Meldeplattform und das Angebot MobileMenschen.de geben. Das Angebot der Meldeplattform wird sukzessive hinsichtlich weiterer Inhalte, die über den Radverkehr hinausgehen, hin zu einer allgemeinen Meldeplattform ausgebaut. Neben einer möglichst nutzerfreundlichen Meldungseingabe liegt der Schwerpunkt der Entwicklung dabei auf der Umsetzung der kommunalen Bearbeitungsprozesse im Fachanwendersystem der Meldeplattform. Die Informationsangebote zur barrierefreien Mobilität werden auch für Seh- und Hörbehinderte ausgeweitet und sukzessive um qualitätsgesicherte Informationen ergänzt.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Prognosebericht (Fortsetzung)

Aktualisiert wird in 2014 die P+R-Informationsplattform www.pundr.hessen.de, die im Jahr 2013 rd. 400.000 Nutzerzugriffe aufweisen konnte. Die Gestaltung der Plattform wird überarbeitet und neue Funktionalitäten und Informationen zum P+R-Angebot wie z. B. die Angabe einer Adresse, die ins Navigationssystem eingegeben werden kann, werden ergänzt. Auch diese Plattform wird dann von der einheitlichen Strukturierung der notwendigen Hintergrundinformationen profitieren.

Zudem werden neue Mobilitätsangebote und sinnvolle Informationen, die vor allem zur Förderung der Elektromobilität dienen, in die vorhandenen Auskunftssysteme integriert. Ziel ist es, Dienste wie z.B. Vielmobil um diese Mobilitätsangebote zu erweitern und so die multi- und intermodale Mobilität zu fördern.

Neben der technischen und inhaltlichen Weiterentwicklung soll zudem die Vermarktung und Öffentlichkeitsarbeit für diese Angebote intensiviert werden. Eine stärkere Verzahnung mit den Beratungsangeboten im Mobilitätsmanagement soll dabei aktiv vorangetrieben werden.

Aufbau, Erweiterung und Betrieb des regionalen Referenzsystems für Mobilitätsinformationen und Daten erfordert das Mitwirken vieler unterschiedlicher Akteure und die Abstimmung, teilweise auch Entwicklung von Standards zur Bereitstellung der erforderlichen Daten. Im Rahmen eines regionalen Rahmenplans Verkehrsmanagement sollen diese Strategien und Standards mittelfristig abgestimmt und definiert werden sowie ein Rollenmodell für die Bereitstellung und Nutzung der erforderlichen Daten entwickelt werden.

Aufgrund der räumlichen Begrenzung des Wirkungsbereiches der ivm und ihrer Informationsdienste wird die Bereitstellung der zugrundeliegenden Daten und Information an Dritte vorangetrieben. Hierzu zählen zu allererst Gesellschafter wie der RMV mit seiner ÖV-Auskunft aber auch überregionale Informationsdienste, in denen die vorhandenen lokalen und regionalen Informationen berücksichtigt werden. Die in 2013 bereits begonnene Bereitstellung von Daten für den Mobilitätsdatenmarktplatz - MDM wird weiter ausgebaut und die Position der ivm als regionale Clearing-Stelle für Mobilitätsdaten z.B. durch Kooperationen mit Anbietern von Kartengrundlagen für Navigationsdienste weiter gefestigt.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Prognosebericht (Fortsetzung)

Darüber hinaus betreut die ivm den regionalen Handwerkerparkausweis und steht hier vor allem bei Rückfragen durch die ausgebenden Stellen und die Nutzer zur Verfügung und organisiert den Beitritt weiterer Gebietskörperschaften. Mit der Ausweitung des Handwerkerparkausweises auf die Städte Mainz und Wiesbaden sowie den Rheingau-Taunus-Kreis, den Landkreis Bergstraße und den Odenwaldkreis hat sich weiterer Abstimmungsbedarf bzgl. des Verfahrens, der Erteilung der Ausnahmegenehmigung und der in der Kooperation vereinbarten Regelungen ergeben. Daher wird die ivm ab 2014 einen begleitenden Arbeitskreis für die zuständigen Straßenverkehrsbehörden zur weiteren Klärung und Abstimmung dieser Punkte einrichten.

Im Bereich des kommunalen Services werden die aktuellen Themen und Aufgabenfelder ebenfalls kontinuierlich weitergeführt. Die Beratungsangebote im Bereich des betrieblichen und schulischen Mobilitätsmanagement werden auf weitere Teile des Gesellschaftergebietes ausgeweitet und die laufenden Beratungsprogramme wie „südhessen effizient mobil“ seitens der ivm als regionale Koordinierungsstelle für das Mobilitätsmanagement kontinuierlich inhaltlich und methodisch weiterentwickelt sowie die lokalen Netzwerke aktiv in ihrer Umsetzung des Mobilitätsmanagements unterstützt.

Im Koalitionsvertrag des Landes Hessens ist eine explizite Ausweitung und Förderung des „Südhessen effizient mobil“ Ansatzes benannt. Des Weiteren gibt es konkrete Anknüpfungspunkte und Bestrebungen bei kommunalen Gesellschaftern, den Ansatz des Mobilitätsmanagements enger mit der Standortentwicklung zu verzahnen.

Mit dem seitens des BMVBS geförderten Projekt „Schülerradrouthenetz Frankfurt RheinMain“ wird in den nächsten beiden Jahren ein inhaltlicher Schwerpunkt im schulischen Mobilitätsmanagement vor allem auf der Radverkehrsförderung liegen.

Aufgrund der Vorreiterrolle, die die ivm GmbH mit ihren zahlreichen Angeboten im Mobilitätsmanagement für die Region Frankfurt Rhein-Main einnimmt, wird sich die ivm GmbH auch weiterhin aktiv im Rahmen nationaler Netzwerke zum Mobilitätsmanagement (insbesondere bei der Deutschen Plattform für das Mobilitätsmanagement (DEPOMM) und im Netzwerk Junge Menschen und Mobilität (JUMO e.V.) engagieren und so an der Etablierung von bundesweiten Standards mitwirken können.

Mit dem Ziel ein nachhaltiges und multimodales Mobilitätsangebot für die Region zu fördern, hat die ivm GmbH im Rahmen verschiedener regionaler Projekte wichtige planerische und konzeptionelle Grundlagen erarbeitet bzw. hiermit begonnen.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Prognosebericht (Fortsetzung)

Hierzu gehören unter anderem das regionale Park-und-Ride und Bike-und-Ride-Konzept, die Ergebnisse zum regionalen Carsharingkonzept, das regionale Leihfahrradkonzept und die Untersuchungen zur Mobilität im ländlichen Raum und der Masterplan Elektromobilität für die Region Frankfurt Rhein-Main sowie die zahlreichen Mobilitätsinformations- und Beratungsangebote. Hiermit hat die ivm GmbH lediglich einzelne Bausteine eines regionalen Mobilitätsangebotes in den Fokus gerückt, die selbstverständlich in einen konzeptionellen Rahmen für ein regionales Gesamtangebot einzubinden sind.

Mit dem Rahmenplan Multimodalität soll daher in Zusammenarbeit mit zentralen regionalen Akteuren ein solcher Rahmen definiert und geschaffen werden. Neben der planerisch sinnvollen und einer nachfragegerechten Ausgestaltung der Angebote rücken hier vor allem auch Fragen zur Finanzierung und zu möglichen Betreibermodellen multimodaler Angebote in den Fokus.

Mit Fertigstellung der Konzepte wird in den kommenden Jahren auch eine stärkere Umsetzungsbegleitung in den Fokus der Aktivitäten der ivm GmbH rücken. Die Unterstützung und aktive Begleitung der Gesellschafter bei der Erarbeitung integrierter Mobilitätskonzepte und deren Umsetzung gehört ebenfalls hierzu.

Im Sinne einer ganzheitlichen Radverkehrsförderung unterstützt die ivm GmbH auch weiterhin ihre Gesellschafter und Partner in der Region Frankfurt RheinMain. Ziel ist es, das Fahrrad als selbstverständlich nutzbaren Baustein zu etablieren und den Radverkehrsanteil in der Region zu erhöhen. Der Erfahrungsaustausch zwischen den Akteuren im Radverkehr soll weiter ausgebaut und hessenweit vernetzt werden. Ziel ist es eine gemeinsame Strategie zur Radverkehrsförderung in Hessen zu entwickeln und Impulse für Kommunen zu geben, die heute noch wenig im Radverkehr aktiv sind. In der Region Frankfurt RheinMain unterstützt die ivm kommunale Gesellschafter beim Aufbau und der Durchführung von Radverkehrsgremien vor Ort. Die ivm unterstützt damit auch die durch die Landesregierung formulierten Ziele eines Aufbaus einer Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität, in dem die Idee der Vernetzung im Radverkehr nun sukzessive um die Komponenten der Nahmobilität erweitert wird.

Der Bereich Klimaschutz, Luftreinhalteplanung und Mobilität wird in den Folgejahren aufgrund des immer noch hohen Handlungsdrucks in den Kommunen weiterhin als Themenschwerpunkt bei der ivm GmbH bearbeitet werden. Auch hier wird es zunehmend darum gehen, zum einen über regional abgestimmte Handlungsansätze möglichst breite Wirkungen zu erzielen, zum anderen aber auch mit der zielgerichteten Auswahl möglichst

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Prognosebericht (Fortsetzung)

wirksamer Maßnahmenbündel eine größtmögliche Wirkung bei möglichst geringem Ressourceneinsatz erzielen zu können.

Die Finanzierung von Mobilität und Verkehr ist ein relativ neues Themenfeld, welches in den letzten beiden Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Gemeinsam mit ihren Gesellschaftern und Partnern in der Region sowie dem Land Hessen wird die ivm in den Folgejahren die Aufgabe übernehmen, konkrete Fragestellungen zu identifizieren und die Erarbeitung und Erprobung von Konzepten zu unterstützen, neue Finanzierungsmodelle für Mobilitätsangebote systematisch aufarbeiten und hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit in der Region Frankfurt RheinMain und ihren Gesellschaftern überprüfen.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Branchenspezifische Risiken

Die ivm GmbH ist als regionale Gesellschaft dem öffentlichen Sektor angegliedert. Der Aufgabenschwerpunkt ist das Verkehrs- und Mobilitätsmanagement. Das fachliche Themenspektrum der ivm GmbH und die Aufgaben weisen eine breite fachliche Ausrichtung auf. Zudem gehört es zu den Kernaufgaben der ivm Strategien und Konzepte für die Region Frankfurt RheinMain zu erarbeiten, mit denen die Gesellschafter auf neue und sich verändernde Rahmenbedingungen in geeigneter Weise reagieren können. Daher sind keine branchenspezifischen Risiken erkennbar.

Ertragsorientierte Risiken

Mit dem Wirtschaftsprüfungsbericht für das Jahr 2011 wurde seitens der Wirtschaftsprüfer empfohlen, eine verbindliche Auskunft zur Feststellung der Umsatzsteuerpflicht beim Finanzamt Frankfurt am Main zu beantragen. Hintergrund ist, dass sich mit dem Beitritt der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH Anfang 2012 eine Veränderung in der Gesellschafterstruktur ergeben hat. Zum anderen lag eine verbindliche Auskunft bis zu diesem Zeitpunkt für die Gesellschaft nicht vor. Seitens des Finanzamtes wurde im Jahr 2013 eine Umsatzsteuerprüfung durchgeführt. Im November 2013 lag eine erste Stellungnahme seitens des Finanzamtes vor, in der das Finanzamt das Vorliegen eines direkten Leistungsaustauschs zwischen Gesellschaftern und der ivm GmbH begründet. Demzufolge wären die gesamten Erträge einschließlich der Gesellschafterumlagen umsatzsteuerbar.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Chancen- und Risikobericht (Fortsetzung)

Risikobericht (Fortsetzung)

Ertragsorientierte Risiken (Fortsetzung)

Eine Stellungnahme als Gegengutachten seitens der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Dr. Dornbach liegt im Entwurf vor. Dieses kommt zu dem gegenteiligen Schluss und zwar, dass aufgrund des Gesellschaftszweckes und der zu Grunde liegenden Zuwendungsbestimmungen es sich um echte, nicht umsatzsteuerbare Zuschüsse handelt. Für den 9. April 2014 ist ein weiterer Erörterungstermin mit dem Finanzamt Frankfurt am Main zur Klärung des Sachverhaltes angesetzt. Eine zweite Begutachtung durch das Beratungsunternehmen Barth Associates wurde auf Anraten des Landes Hessens veranlasst. Das Ergebnis liegt zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht vor.

Aus dem Sachverhalt ergibt sich für die Gesellschaft derzeit ein finanzielles Risiko in Höhe der nicht vorsteuerabzugsberechtigten Aufwendungen in Höhe von 19% der jeweiligen Personalaufwendungen der ivm GmbH. Für das Jahr 2014 wurden mit der Genehmigung des Wirtschaftsplanes in der Gesellschafterversammlung daher Mittel in Höhe von 150.000 Euro gesperrt. Dies entspricht rund 19% der geplanten Personalaufwendungen für das Jahr 2014.

Die Prüfung umfasst zum gegenwärtigen Zeitpunkt lediglich den Sachverhalt der Feststellung, ob umsatzsteuerbare Erträge und in welchem Umfang diese vorliegen. Aussagen zum Zeitpunkt, ab wann diese vorliegen, liegen derzeit nicht vor. Hieraus kann sich für die ivm GmbH ein zusätzlicher finanzieller Aufwand aus den rückwirkenden Jahren ergeben, der zum gegenwärtigen Zeitpunkt aufgrund der fehlenden verbindlichen Feststellung nicht genau bezifferbar ist. Je Haushaltsjahr wäre das maximale Risiko bei rund 19% der jeweiligen Personalaufwendungen der ivm.

Darüber hinaus sind keine Ertragsrisiken erkennbar.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation unseres Unternehmens sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

Risiken aus Währungs-, Termin- oder Derivatgeschäfte bestehen nicht. Liquiditätspläne werden permanent überwacht und angepasst.

Die Liquiditätsslage ist sehr zufriedenstellend; es sind keine Engpässe zu erwarten.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Chancen- und Risikobericht (Fortsetzung)

Chancenbericht

Die Projektarbeit wird auch in 2014 auf den bisher erfolgreichen Ansätzen, insbesondere im Verkehrs- und Mobilitätsmanagement aufbauen. Die Ausrichtung der Aktivitäten ist dabei vor allem durch aktuelle Entwicklungen geprägt, die das Thema der Intermodalität und der Multimodalen Verknüpfung und Angebote sowie einer Vernetzung in den Fokus rücken. Die Potenziale der Elektromobilität und die Finanzierung von Mobilität und Verkehr gewinnen dabei zunehmend an Bedeutung.

Die aktuellen Entwicklungen auf kommunaler Ebene, auf regionaler Ebene und auf Landesebene zeigen, dass die ivm GmbH mit Ihrem Themenspektrum auf die zentralen Herausforderungen im Bereich des Mobilitäts- und Verkehrsmanagements gut vorbereitet ist und die Gesellschafter auf eine breite Basis von konkreten Angeboten, Konzepten, Studien und nicht zuletzt einen breiten Erfahrungshintergrund bei der ivm zurückgreifen können. Für die Folgejahre wird daher ein wichtiger Handlungsschwerpunkt der ivm GmbH auch auf der Verbreitung und Nutzbarmachung der vorliegenden Grundlagen und Angebote zur Erreichung der verkehrs- und umweltpolitischen Zielstellungen der Gesellschafter liegen. Die Einbindung und Begleitung der Prozesse zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler und regionaler Strategien zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität auf kommunaler und regionaler Ebene wird in den Folgejahren daher weiter an Bedeutung gewinnen.

Alle Aktivitäten sind dabei weiterhin durch eine intensive Einbindung und Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern der ivm GmbH geprägt.

Darüber hinaus ist eine Intensivierung der Beantragung von Fördermitteln auch aus Bundesprogrammen geplant. Es liegen derzeit bereits Förderzusagen aus Bundesprogrammen in Höhe von 173.000 € für das Jahr 2014 und 65.000 € für das Jahr 2015 vor. Es hat sich gezeigt, dass diese eine zügige und effiziente Umsetzung des Mobilitäts- und Verkehrsmanagements durch die ivm und ihre Gesellschafter ermöglichen. Auf Grundlage ihrer Aufgabenvereinbarung hat die ivm den Aufbau und die Umsetzung eines integrierten Verkehrs- und Mobilitätsmanagement, sowie die Förderung der Zusammenarbeit der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz, der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain auf diesem Gebiet zum Ziel. Hierfür erhält sie eine Umlage ihrer Gesellschafter und in geringerem Umfang projektbezogene Leistungsentgelte durch Dritte.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Chancen- und Risikobericht (Fortsetzung)

Chancenbericht (Fortsetzung)

Aufgrund des gegebenen Budgetrahmens und den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages ergeben sich für die Gesellschaft keine nennenswerten wirtschaftlichen Entwicklungschancen, die über den gegebenen Budgetrahmen hinausgehen.

Der Abschluss von Verträgen erfolgt im jeweils bestehenden Budgetrahmen des jeweils gültigen Wirtschaftsplans. Sofern sich keine weiteren Veränderungen an der finanziellen Beteiligung der Gesellschafter an der ivm GmbH ergeben, ist hieraus auch kein Risiko für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft ersichtlich.

Gesamtaussage

Wir beurteilen die Lage der ivm GmbH aufgrund der aktuellen Entwicklungen und Planungen positiv. Auch in 2014 ist damit zu rechnen, dass sich die Grundlagen für die Arbeit der ivm GmbH nicht ändern werden.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen und Guthaben bei Kreditinstituten.

Forderungsausfälle gibt es nicht. Die Vereinnahmung der Forderungen wird überwacht und erfolgt planmäßig.

Die Gesellschaft finanziert sich im Wesentlichen über Zuschüsse und Umlagen der Gesellschafter, für einzelne Projekte stehen der ivm darüber hinaus Drittmittel aus Förderprogrammen oder finanzieller Beteiligung Dritter zur Verfügung.

Es besteht für jedes nennenswerte Geschäft ein Liquiditätsplan, der einen Überblick über die Geldaus- und -egänge vermittelt.

Bericht über Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen werden nicht betrieben.

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

L. Bilanz

	2013	2012	Verände-	2011
Aktiva	in €	in €	rung in €	in €
Immaterielle Vermögensgegenstände				
- EDV-Software	138.168	197.150	-58.982	204.771
- Geleistete Anzahlungen	64.510	25.251	39.259	32.986
Immaterielle Vermögensgegenstände	202.678	222.401	-19.724	237.757
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	48.038	53.084	-5.046	56.444
Sachanlagen	48.038	53.084	-5.046	56.444
	250.716	275.485	-24.770	294.201
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	127.596	5.020	122.575	229.053
- Sonstige Vermögensgegenstände	1.930	3.994	-2.064	2.575
Anlagevermögen	129.526	9.014	120.511	231.627
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	554.777	846.359	-291.582	697.043
Umlaufvermögen	684.302	855.373	-171.071	928.670
Rechnungsabgrenzungsposten	11.832	10.533	1.299	24.652
	946.850	1.141.391	-194.541	1.247.523
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	233.500	233.500	0	241.000
Eigenkapital	233.500	233.500	0	241.000
Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	250.716	275.485	-24.770	294.201
- Sonstige Rückstellungen	23.023	42.495	-19.472	29.311
Rückstellungen	23.023	42.495	-19.472	29.311
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	431.648	569.686	-138.037	650.182
- Erhaltene Anzahlungen aus Umlagen des RMV	0	8.300	-8.300	0
- Verbindlichkeiten gegenüber kommunalen Aufgabenträgern	177	16	161	0
- Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Hessen	0	6	-6	38
- Sonstige Verbindlichkeiten	7.786	11.904	-4.117	32.791
Verbindlichkeiten	439.611	589.911	-150.300	683.011
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	946.850	1.141.391	-194.541	1.247.523

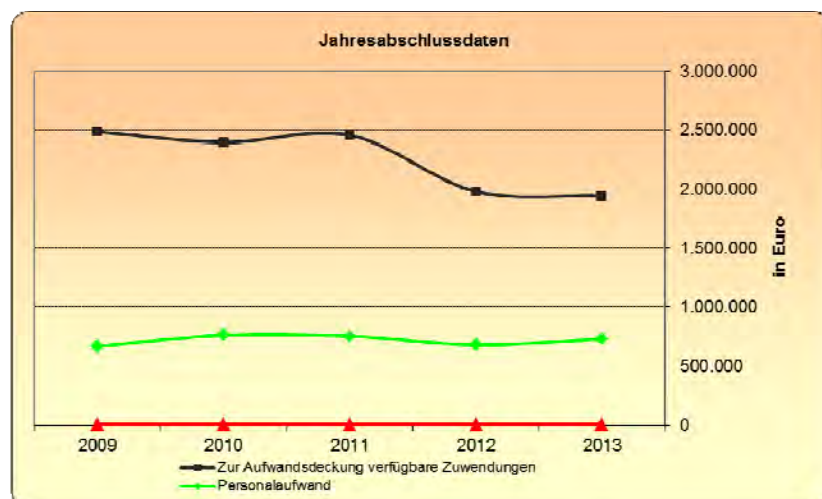
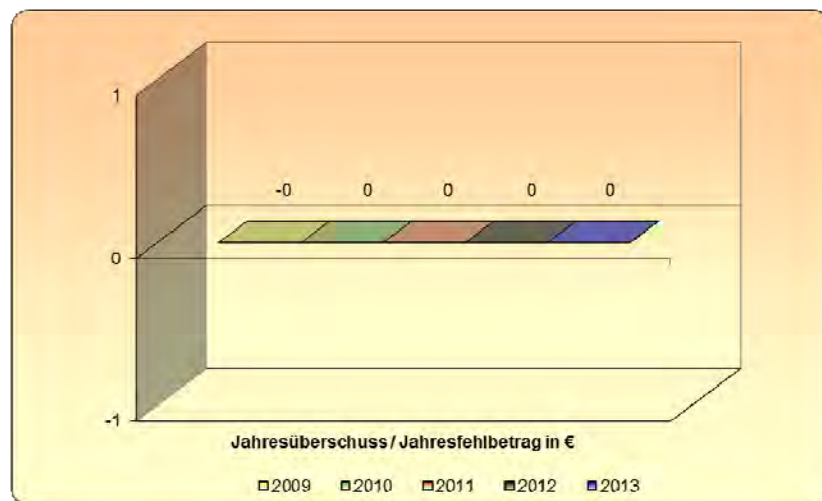
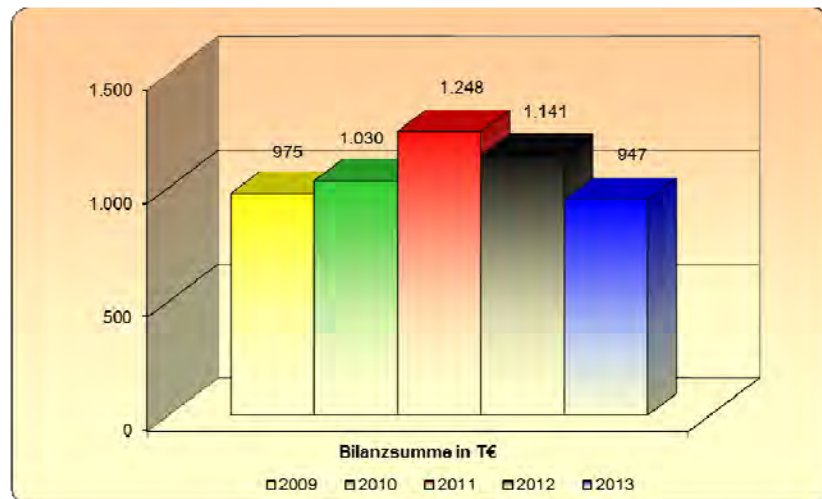
**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2013	2012	2011
	in €	in €	in €
Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	961.549	999.984	1.000.000
Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	439.949	375.994	439.981
Erträge aus Projektförderung	224.941	312.590	568.015
Erträge aus Kooperationsvereinbarungen	314.300	291.700	450.000
Zuwendungen	1.940.739	1.980.269	2.457.996
Sonstige betriebliche Erträge	11.254	9.554	11.952
Gesamtleistung	1.951.993	1.989.823	2.469.948
Aufwendungen für bezogene Leistungen	842.544	934.923	1.243.807
Rohergebnis	1.109.448	1.054.900	1.226.141
Personalaufwand			
- Gehälter	585.593	544.029	618.392
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	144.356	134.551	136.969
	729.949	678.580	755.361
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf Sachanlagen	143.447	143.204	172.233
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	143.447	143.204	172.233
Zuführung zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	118.678	124.488	201.124
Sonstige betriebliche Aufwendungen	262.079	257.149	274.587
Betriebsergebnis	-1.257	-5.316	-4.931
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.537	5.587	4.931
Finanzergebnis	1.537	5.587	4.931
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	280	271	0
Sonstige Steuern	280	271	0
Summe Steuern	280	271	0
Jahresüberschuss	0	0	0

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen

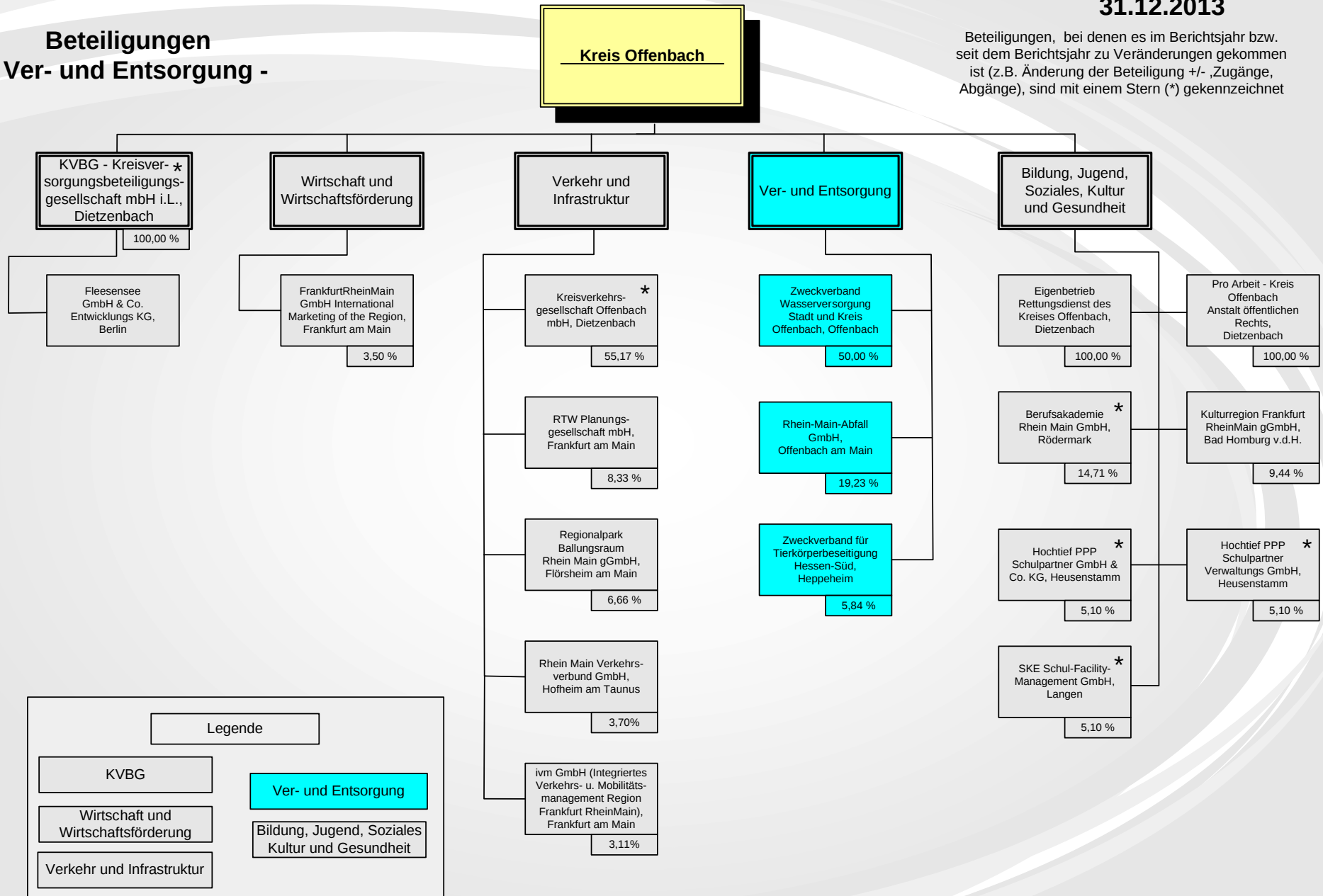


Ver – und Entsorgung

Beteiligungen - Ver- und Entsorgung -

Stand:
31.12.2013

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

Der gemeinsam von der Stadt und dem Kreis Offenbach im Jahr 1965 gegründete Zweckverband Wasserversorgung (ZWO) nahm am 01.01.1970 seine Tätigkeit auf und besteht somit seit mehr als 40 Jahren.

Die Bedeutung des Zweckverbandes für eine sichere und reibungslose Versorgung von mehr als 300.000 Einwohnern im Versorgungsgebiet mit Wasser war in der Vergangenheit vielen Einwohnerinnen und Einwohnern im Verborgenen geblieben. Erst in der jüngeren Vergangenheit hat sich die wichtige und komplexe Versorgungsaufgabe des Zweckverbandes in der Bevölkerung „herumgesprochen“, dies nicht zuletzt aufgrund einer starken Ausweitung der Präsenz in der Öffentlichkeit.

Zum Versorgungsgebiet des ZWO gehören die Stadt Offenbach sowie die meisten Städte und Gemeinden des Kreises Offenbach (bzw. die zuständigen Stadtwerke). Ferner werden die Stadtteile Steinheim und Klein-Auheim der Stadt Hanau und die Gemeinde Messel im Kreis Darmstadt-Dieburg mit Wasser beliefert. Aufgrund eigener Versorgungsanlagen der Städte Dreieich, Langen, Mühlheim und Neu-Isenburg werden diese bzw. deren Stadtwerke seitens des ZWO mit vertraglich vereinbarten Wasserliefermengen teilversorgt.

Die Verteilung des Wassers an Haushalte und Gewerbe in den Kommunen gehört hingegen nicht zu den Aufgaben des ZWO; dies obliegt den jeweiligen Städten und Gemeinden bzw. deren Versorgungsunternehmen.

Der weitaus größte Teil des geförderten und abgegebenen Wassers stammt aus eigenen Brunnen der insgesamt sechs Wasserwerke des ZWO in Seligenstadt, Rodgau und Heusenstamm.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

Anschrift	Am Wasserwerk 1, 63110 Rodgau
Telefon	06106/6995-0
Telefax	06106/6995-60
E-Mail	info@zwo-wasser.de
Internet	www.zwo-wasser.de

Die Angaben zum Zweckverband beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Zweckverbandes

Rechtsform	Zweckverband gem. § 9 KGG
Gründungsdatum	1965
Stammkapital	2.500.000,00 €
Verbandssatzung	Im Berichtsjahr galt die gemäß § 9 KGG erlassene Satzung des Zweckverbandes Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach vom 9. März 1977 in der Fassung der letzten Änderung vom 9. Dezember 2008.
Handelsregistereintrag	HRA 9671 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Verbandsaufgabe

Aufgabe des Verbandes ist die Beschaffung von Wasser, die Wassergewinnung, -aufbereitung und -verteilung einschließlich Errichtung und Betrieb von Wassergewinnungs- und -fortleitungsanlagen. Der Zweckverband kann Arbeiten an örtlichen Verteilernetzen sowie Betriebs- und Geschäftsführungsaufgaben jeweils gegen Entgelt übernehmen. Außerdem kann der Zweckverband weitere Aufgaben auf dem Gebiet der Wasserversorgung und der Abwasserversorgung durchführen, soweit ihm diese Aufgaben von einem Verbandsmitglied übertragen werden.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

C. Organe des Verbandes

Verbandsversammlung

Zusammensetzung der Verbandsversammlung 2013 (Stand: 31.12.2013)	
Vorsitzender	Herr Erich Strüb
Stellvertretender Vorsitzender	Herr Michael Rickert
Mitglied	Herr Frank Berg
-----„-----	Herr Hans-Peter Bicherl
-----„-----	Herr Edmund Flößer
-----„-----	Herr Christoph Hampe
-----„-----	Herr Tobias Männche
-----„-----	Herr Horst Schmittel
-----„-----	Herr Horst Schultheiß
-----„-----	Herr Rolf Wenzel

Der Vorsitz sowie stellvertretende Vorsitz der Verbandsversammlung wechselt jährlich.

Die Aufwandsentschädigung für die Verbandsversammlung betrug insgesamt € 10.145,10.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

C. Organe des Verbandes (Fortsetzung)

Verbandsvorstand

Zusammensetzung des Verbandsvorstandes 2013 (Stand: 31.12.2013)	
Vorsitzender	Herr Gerd Hibbeler
Stellvertretender Vorsitzender	Herr Wilfried Jungbluth
Mitglied	Frau Claudia Bicherl
-----„-----	Herr Stephan Färber
-----„-----	Herr Peter Freier
-----„-----	Herr Thorwald Ritter

Der Vorsitz sowie stellvertretende Vorsitz des Verbandsvorstandes wechselt jährlich.

Die Aufwandsentschädigung für den Vorstand betrug insgesamt € 10.871,55.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Bernd Petermann
------------------------	----------------------

Bei der Angabe der Gesamtbezüge des Geschäftsführers wird von der Möglichkeit der Nichtangabe nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

D. Mitglieder

Mitglieder	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	50,00	1.250.000,00
Stadt Offenbach	50,00	1.250.000,00
	100,00	2.500.000,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung des Zweckverbandes.

Gemäß § 39 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) haben die Gemeinden in ihrem Gebiet die Bevölkerung und die gewerblichen und sonstigen Einrichtungen ausreichend mit Trink- und Betriebswasser zu versorgen. Die Gemeinden können die Verpflichtung zur Wasserversorgung nach § 39 Abs. 1 HWG auf andere Körperschaften des öffentlichen Rechts oder auf private Dritte übertragen oder sich dieser bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bedienen; sie können dabei auch Wasser- und Bodenverbände oder Zweckverbände bilden und öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen.

Ein Zweckverband gemäß den Bestimmungen des Hessischen Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) ist keine wirtschaftliche Betätigung. Aufgrund dieses Sachverhaltes ist die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten des Zweckverbandes

in €	2013	2012	2011
Verbindlichkeiten	10.545.822	10.930.684	11.421.042

Berichtsjahr 2013	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	10.930.684
Zunahmen	0
Abnahmen	384.862
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	10.545.822

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Verbandsaufgabe

Aufgabe des Verbandes ist die Beschaffung von Wasser, die Wassergewinnung, -aufbereitung und -verteilung einschließlich Errichtung und Betrieb von Wassergewinnungs- und -fortleitungsanlagen. Der Zweckverband kann Arbeiten an örtlichen Verteilernetzen sowie Betriebs- und Geschäftsführungsaufgaben jeweils gegen Entgelt übernehmen. Außerdem kann der Zweckverband weitere Aufgaben auf dem Gebiet der Wasserversorgung und der Abwasserversorgung durchführen, soweit ihm diese Aufgaben von einem Verbandsmitglied übertragen werden.

Das vom Zweckverband geförderte oder bezogene Wasser wird an Verbandsmitglieder oder andere Träger der öffentlichen Wasserversorgung zu einem Preis abgegeben, in dem eine angemessene Eigenkapitalverzinsung (kalkulatorische Verzinsung des Eigenkapitales) angesetzt werden kann. Mit Zustimmung der Verbandsversammlung kann Wasser auch an Dritte zu gesondert festgelegten Bedingungen abgegeben werden. Zurzeit werden neben der Stadt Offenbach die meisten Städte und Gemeinden des Kreises (bzw. die zuständigen Stadtwerke) sowie die Gemeinde Messel im Kreis Darmstadt-Dieburg und die Stadtteile Steinheim und Klein-Auheim der Stadt Hanau beliefert. Von den Gemeinden des Kreises Offenbach werden nicht vom Verband versorgt die Stadt Rödermark und nur teilweise die Städte Rodgau, Mühlheim, Dreieich, Langen und Neu-Isenburg.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

2013 betrug der Wasserverkauf 18,352 Mio. m³. Er lag damit um rund 0,207 Mio. über dem Verbrauch des Vorjahres (18,145 Mio. m³). Für 2014 wird ein Wasserverkauf von 18,0 Mio. m³ prognostiziert. Der Wasserverkaufspreis für 2013 beträgt endgültig 49,00 Cent/ m³, im Vorjahr waren es 46,00 Cent/ m³ zuzüglich Mehrwertsteuer. Der vorläufige Wasserpreis für das Jahr 2014 ist auf 49,00 Cent/ m³ zuzüglich Mehrwertsteuer festgesetzt worden.

Das 2013 abgegebene Wasser stammt mit 17,351 Mio. m³ (94,5 %) aus eigenen Brunnen im Verbandsgebiet. Darüber hinaus wurden vom Zweckverband Gruppenwasserwerk Dieburg 1,001 Mio. m³ (5,5 %) bezogen. In den Jahren 2014 - 2016 wird bei normalen Witterungsbedingungen mit einem jährlichen Wasserverkauf von ca. 18,0 Mio. m³ gerechnet.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

Wichtige Vorgänge des Wirtschaftsjahres

Die Gemeinde Messel hat am 18.11.2013 beschlossen, dem Zweckverband Wasserwerk Dieburg (ZVG) beizutreten. Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes hat dem Beitritt am 06.12.2013 zugestimmt. Der ZVG ist damit Rechtsnachfolger des im Jahr 1974 zwischen der Gemeinde Messel und dem ZWO abgeschlossenen Vertrages über die Lieferung von Trink- und Brauchwasser.

Der Vertrag über die Lieferung von Trinkwasser mit dem ZVG wurde der aktuellen Vertragssituation angepasst.

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung

Risikofrüherkennung

Zur Früherkennung von Risiken wurde ein Risikohandbuch erarbeitet, das allen aktiv am Risikomanagement beteiligten Mitarbeitern den Prozess des implementierten Risikomanagements verdeutlicht. Ferner soll es den Mitarbeitern helfen, die mit der Prozesseinbindung verbundenen Aufgaben und Verantwortungen erfolgreich zu bewältigen. Das Risikohandbuch stellt einen internen Leitfaden für das Risikomanagement dar und dient im Einzelnen zur:

- Beschreibung der Bedeutung der frühzeitigen Erkennung von Risiken für das Unternehmen
- Definition von Risikofeldern
- Darstellung der Methodik für die Risikoidentifizierung und –bewertung
- Festlegung von Verantwortlichkeiten innerhalb des Risikomanagements
- Regelung der Risikoverfolgung und Risikoberichterstattung
- Darstellung der wesentlichen Kontrollmechanismen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nicht ereignet.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

Voraussichtliche Entwicklung

Der ZWO bleibt in seiner Verbandsstruktur bestehen und hat zum 01.01.2008 zur Modernisierung die Verbandssatzung geändert. Der ZWO hat die Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden intensiviert und kooperiert verstärkt mit dem ZVG Dieburg.

Der mit dem Land Hessen, vertreten durch das Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Darmstadt, geschlossene Vertrag über die Aufgabenübertragung der integrierten gewässerschutzorientierten Beratung zur Minimierung diffuser Einträge gemäß der Zielsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) im Maßnahmenraum Untermainebene wurde bis zum 31.12.2014 verlängert. Zudem wurde gemeinsam mit der Hochschule Geisenheim ein weiterer Vertrag mit der gleichen Zielsetzung für das Maßnahmegebiet "Main-Taunus" abgeschlossen.

Die Versorgung mit Trinkwasser durch den ZWO wurde durch die Erteilung neuer Wasserrechte mit entsprechend langen Laufzeiten für die Zukunft abgesichert. Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser als Aufgabe der Daseinsvorsorge kann damit auch künftig durch den ZWO zuverlässig durchgeführt werden.

Wasserlieferungs- und Wasserbezugsverträge

Mit dem Zweckverband Gruppenwasserwerk Dieburg besteht seit dem 01.01.2010 ein Vertrag über die jährliche Liefermenge von 1.000.000 m³ mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2014. Der Vertrag wurde zum 01.01.2014 an die aktuelle Versorgungssituation angepasst.

Die Liefermenge 2013 betrug:

Gruppenwasserwerk Dieburg	1.000.712	m ³
---------------------------	-----------	----------------

Die Kosten für den Wasserbezug beliefen sich auf	460.328	€.
--	---------	----

**Zweckverband Wasserversorgung
Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach**

L. Bilanz

	2013	2012	Verände-	2011
	in €	in €	run g in €	in €
Aktiva				
Immaterielle Vermögensgegenstände	266.035	264.740	1.295	325.922
Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	3.692.013	3.834.286	-142.273	4.005.529
Grundstücke mit Wohnbauten	31.468	31.468	0	32.047
Grundstücke ohne Bauten	325.316	287.892	37.424	287.892
Gewinnungs- und Bezugsanlagen	144.691	148.336	-3.645	151.981
Gewinnungs- und Bezugsanlagen	3.519.253	3.421.363	97.890	3.545.015
Verteilungsanlagen	4.142.664	3.792.036	350.628	4.123.906
Betriebs- und Geschäftsausstattung	617.217	663.685	-46.468	694.889
Anlagen im Bau	713.396	751.177	-37.781	535.838
Sachanlagen	13.186.018	12.930.243	255.775	13.377.097
Finanzanlagen	0	0	0	0
Anlagevermögen	13.452.053	13.194.983	257.070	13.703.019
Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	405.475	402.852	2.623	398.917
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.093.575	305.853	787.722	430.807
Sonstige Vermögensgegenstände	431.889	401.834	30.056	285.305
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.525.464	707.687	817.777	716.111
Guthaben bei Kreditinstituten	1.446.382	1.979.620	-533.237	1.702.631
Umlaufvermögen	3.377.321	3.090.158	287.163	2.817.659
Rechnungsabgrenzungsposten	1.710	1.196	514	2.177
	16.831.084	16.286.337	544.747	16.522.855

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2013	2012	Verände-	2011
	in €	in €	rung in €	in €
Passiva				
Stammkapital	2.500.000	2.500.000	0	2.500.000
Rücklagen	1.489.041	802.445	686.596	98.347
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	329.764	-329.764	704.098
Jahresgewinn/-verlust	424.178	356.832	67.346	329.764
Eigenkapital	4.413.219	3.989.041	424.178	3.632.209
Sonderposten für Investitionszuschüsse zu den Sachanlagen	643.909	458.692	185.217	510.527
Rückstellung für Pensionsverpflichtungen	471.336	480.894	-9.558	490.820
Steuerrückstellungen	36.475	46.846	-10.371	34.670
Sonstige Rückstellungen	717.473	380.179	337.294	433.587
Rückstellungen	1.225.284	907.919	317.365	959.077
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.786.049	10.299.445	-513.396	10.794.832
Verbindlichkeiten aus Lieferungen + Leistungen	673.762	581.492	92.271	592.568
Sonstige Verbindlichkeiten	86.010	49.748	36.262	33.641
Verbindlichkeiten	10.545.822	10.930.684	-384.863	11.421.042
Rechnungsabgrenzungsposten	2.850	0	2.850	0
	16.831.084	16.286.337	544.747	16.522.855

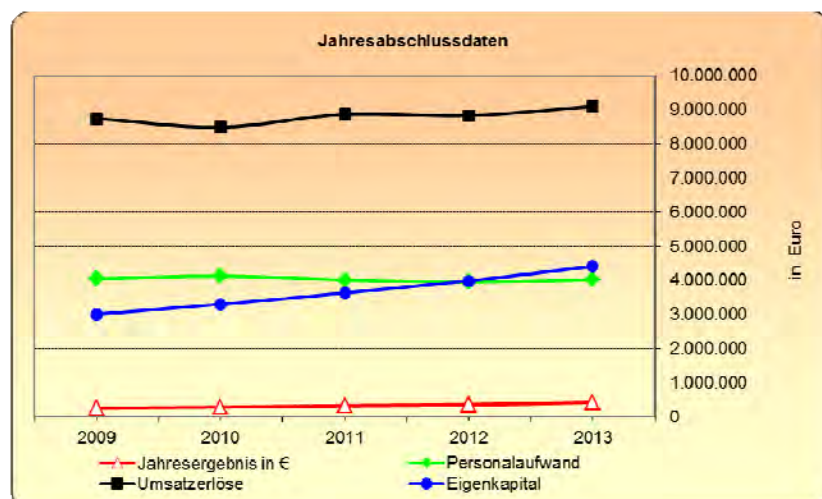
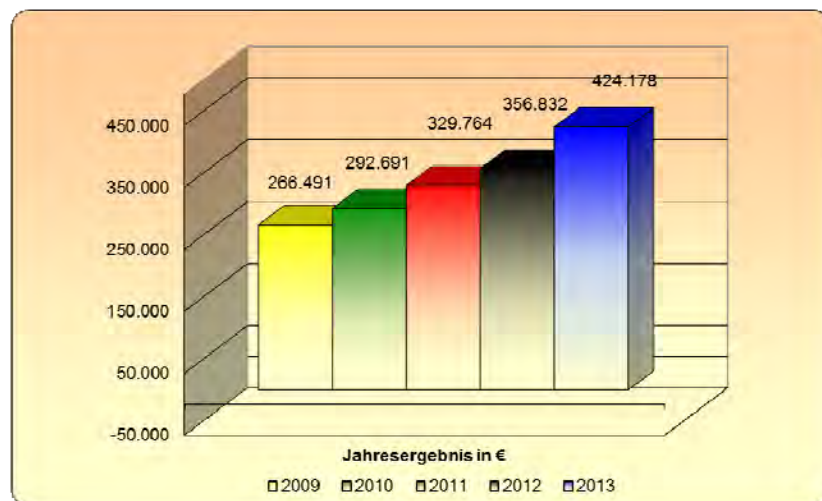
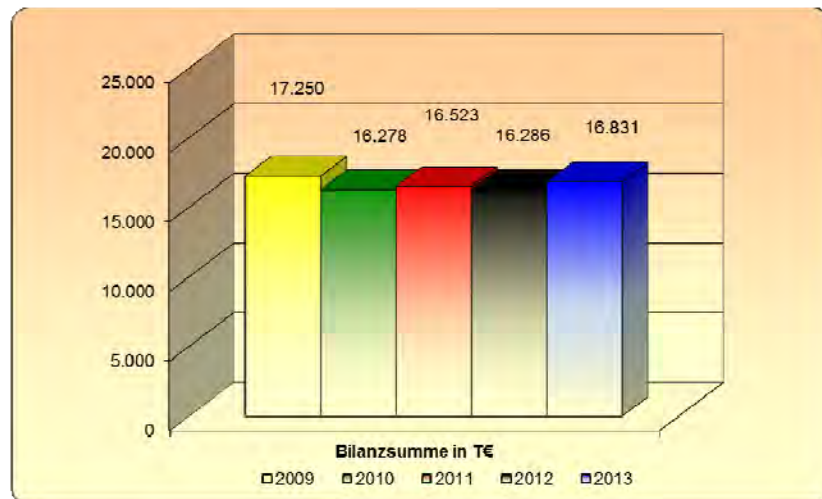
Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2013	2012	2011
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	9.101.239	8.830.682	8.866.249
Andere aktivierte Eigenleistungen	239.286	125.659	138.482
Sonstige betriebliche Erträge	317.005	299.221	378.714
	9.657.530	9.255.562	9.383.445
Materialaufwand			
- für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	897.362	869.887	875.145
- für bezogene Leistungen	1.988.851	1.797.191	1.716.502
	2.886.213	2.667.079	2.591.647
Personalaufwand			
für Löhne und Gehälter	3.097.216	3.028.004	3.071.641
für Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	928.550	922.189	943.423
	4.025.766	3.950.193	4.015.064
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	1.123.766	1.153.826	1.142.281
Sonstige betriebliche Aufwendungen	591.387	518.497	672.625
	8.627.132	8.289.593	8.421.617
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.029	7.943	11.275
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	416.972	439.269	457.207
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	615.455	534.643	515.895
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	160.758	159.595	171.916
Sonstige Steuern	30.519	18.216	14.216
Jahresüberschuss	424.178	356.832	329.764

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

Die RMA GmbH ist ein regionales Unternehmen der Abfallwirtschaft mit Sitz in Offenbach und wurde im Zuge der Neuordnung der Abfallwirtschaft im Rhein-Main-Gebiet am 21.12.1998 gegründet. Der Kreis Offenbach ist einer der Gründungsgesellschafter.

Die bis zum 31.12.1998 beim Umlandverband Frankfurt liegende öffentlich-rechtliche Entsorgungspflicht nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) wurde mit Wirkung vom 1.1.1999 allen Gesellschaftern der RMA rück übertragen. Die RMA ist die Dachorganisation, die als geeigneter Dritter im Sinne von § 16 des KrW-/AbfG für die Gesellschafter tätig wird und so die abfallwirtschaftlichen Maßnahmen steuert. Zur Abfallbeseitigung besitzt die RMA einen Generalentsorgungsauftrag. Die RMA betreibt selbst keine eigenen Entsorgungsanlagen; zur Entsorgung stehen ihr jedoch die Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt (Frankfurt), das Müllheizkraftwerk Offenbach, die Deponie Flörsheim Wicker und die Abfallumladeanlage im Frankfurter Osthafen zur Verfügung.

Im Zuständigkeitsgebiet der RMA wurden 2013 – ohne das Aufkommen der Landeshauptstadt Wiesbaden in Höhe von ca. 85.000 Mg - etwa 447.000 Mg entsorgt.

Zu den Hauptaufgaben der RMA gehören

- die Beschaffung und Sicherung von Entsorgungskapazitäten unter Nutzung vorhandener regionaler Abfallentsorgungseinrichtungen
- Abfallmengen- und Abfallwirtschaftsplanung
- Festlegung von Entsorgungsstandards und der Berechnung der Entgelte sowie der wesentlichen Inhalte der Abfallsatzungen

Die Gesellschafter der RMA haben sich verpflichtet

- alle Möglichkeiten der Abfallvermeidung auf regionaler Ebene zu nutzen
- bei der Abfallverwertung neue umweltschonende und wirtschaftliche Wege zu entwickeln und durchzusetzen
- die vorhandenen Abfallentsorgungsanlagen im Verbundgebiet auszulasten und dadurch die Wirtschaftlichkeit der Entsorgungstätigkeit sicherzustellen
- weitere Gebietskörperschaften als Kooperationspartner einzubeziehen, wenn und soweit dies für das Erreichen der Ziele förderlich erscheint

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

Anschrift	Ludwigstraße 44, 63067 Offenbach
Telefon	069/80052-0
Telefax	069/80052-299
E-Mail	info@rmaof.de
Internet	www.rmaof.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	21. Dezember 1998
Stammkapital	275.900,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 09. Oktober 2012
Handelsregistereintrag	HRB 11794 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der Planung und Organisation der Abfallentsorgung im Rhein-Main-Gebiet und deren Koordination unter den Gesellschaftern, insbesondere

- die Beschaffung und Sicherung von Entsorgungskapazitäten unter Ausnutzung vorhandener Abfallentsorgungseinrichtungen
- die Abfallwirtschaftsplanung
- die Abstimmung von sanierungsfondsrelevanter Investitionen in die Abfallentsorgungseinrichtungen
- die Abfallmengenplanung
- die Festlegung der Entsorgungsstandards einschließlich der Berechnung der Entgelte und des wesentlichen Inhalts der Abfallsatzungen, soweit dieser die Entsorgungspflicht im engeren Sinne (nicht die Einsammlung und Transport) betrifft.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2013 (Stand 31.12.2013)	
Vorsitzender	Herr Hans-Jürgen Hielscher
Stellv. Vorsitzende	Frau Claudia Jäger
Mitglied für den Kreis Offenbach	Herr Robert Müller
-----„-----	Herr Werner Müller
-----„-----	Herr Oliver Quilling
-----„-----	Herr Rolf Wenzel
für den Hochtaunuskreis	Herr Uwe Kraft
-----„-----	Herr Hermann Maier
-----„-----	Herr Dr. Wolfgang Müsse
-----„-----	Herr Aribert Oehm
-----„-----	Herr Gregor Sommer
für den Main-Taunus-Kreis	Herr Michael Cyriax
-----„-----	Herr Adolf Kannengiesser
-----„-----	Herr Albrecht Kündiger
-----„-----	Herr Dieter Wolf
für die Stadt Frankfurt	Herr Uwe Becker
-----„-----	Frau Angela Hanisch
-----„-----	Frau Rosemarie Heilig
-----„-----	Herr Robert Lange
-----„-----	Herr Roger Podstatny

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2013 (Stand 31.12.2013) (Fortsetzung)		
für die Stadt Offenbach	Frau Marianne Hermann	ab April 2013
-----,-----	Frau Brigitte Koenen	
-----,-----	Herr Peter Schneider	
-----,-----	Herr Dr. Felix Schwenke	bis April 2013
-----,-----	Herr Peter Walther	
-----,-----	Herr Michael Weiland	
für die Stadt Maintal	Herr Rolf Sachtleber	

Geschäftsführung

Geschäftsführerin	Frau Constanze Celten
-------------------	-----------------------

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen.

Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführerin werden gem. § 286 Abs. 4 HGB nicht angegeben.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betrugen im Jahre 2013 T€ 5.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Hochtaunuskreis	19,23	53.050,00
Kreis Offenbach	19,23	53.050,00
Main-Taunus-Kreis	19,23	53.050,00
Stadt Frankfurt	19,23	53.050,00
Stadt Maintal	3,85	10.650,00
Stadt Offenbach am Main	19,23	53.050,00
	100,00	275.900,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes (Fortsetzung)

Die gesetzliche Verpflichtung der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Bildung von Zusammenschlüssen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ergibt sich aus dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG). Gesetzliche Aufgabe ist unter anderem die Abfallverwertung und -beseitigung, Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von Abfallverwertungs- und Abfallbeseitigungsanlagen, § 1 Abs. 1 Nr. 1 BallrG.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entbehrlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Ergebnishaushalt

Produkt Abfallwirtschaft 67.02.01

in €	2014	2013	2012
Widerspruchsverfahren Buchungsstelle 67.02.01.51000150	50	50	0
Ordnungswidrigkeitsverfahren Buchungsstelle 67.02.01.51500040	50	50	0
Abfallgebühren RMA GmbH Buchungsstelle 67.02.01.53020030	16.168.500	16.168.500	16.590.097
Entsorgungsleistungen RMA GmbH Buchungsstelle 67.02.01.61710020	16.042.520	16.042.520	16.426.810
Sachaufwand Abfallwirtschaft Buchungsstelle 67.02.01.61790040	54.500	4.500	2.021
Arbeitnehmervergütungen Buchungsstelle 67.02.01.62000010	14.230	14.230	21.321
Beamtenbezüge Buchungsstelle 67.02.01.63000010	24.000	22.270	23.615

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Ergebnishaushalt

Produkt Abfallwirtschaft 67.02.01 (Fortsetzung)

in €	2014	2013	2012
Beiträge zur gesetzl. Sozialvers. Buchungsstelle 67.02.01.64000010	2.340	2.840	4.068
Beiträge zur Berufsgenossenschaft und Unfallversicherungskasse Buchungsstelle 67.02.01.64200010	50	50	60
Beamtenversorgung Buchungsstelle 67.02.01.64500010	3.950	3.920	4.895
Zuführung z. Pensionsrückst. Beamte Buchungsstelle 67.02.01.64600010	6.570	6.460	3.577
Zuführung zu Beihilferückstellungen Buchungsstelle 67.02.01.64610000	100	940	810
Arbeitnehmerversorgung ZVK Buchungsstelle 67.02.01.64700010	1.160	1.120	1.851
Reisekosten EDV+fachb. Fortbildung Buchungsstelle 67.02.01.68500010	0	10	0
Dienstreisen Buchungsstelle 67.02.01.68500030	300	300	166
Fort- und Weiterbildung Buchungsstelle 67.02.01.68800010	0	10	0
Altlastenfinanzierungsumlage Buchungsstelle 67.02.01.73549010	58.000	58.000	55.828

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2013 und 2014 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2012 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2013	2012	2011
Verbindlichkeiten	17.450.997	18.299.934	21.162.338

Berichtsjahr 2013	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	18.299.934
Zunahmen	0
Abnahmen	848.937
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	17.450.997

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013

A. Rahmenbedingungen

Die RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main (im Folgenden: RMA GmbH") wurde in 1998 als Nachfolgerin des Umlandverbandes Frankfurt gegründet. Durch das Gesetz zur Aufgabenänderung des Umlandverbandes Frankfurt (UVF) vom 17. Dezember 1998 wurde die Abfallentsorgung im Verbandsgebiet des UVF wieder auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen. Die entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften hielten auch nach dieser Rückübertragung eine regionale Kooperation für notwendig. Durch das Vertragswerk vom 21. Dezember 1998 schlossen die Gebietskörperschaften Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Kreis Offenbach, Stadt Frankfurt am Main, Stadt Offenbach am Main und Stadt Maintal eine Grundlagenvereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abfallentsorgung und gründeten die RMA Rhein-Main Abfall GmbH. Die Stadt Bad Vilbel wurde im Juli 2000 als weiterer Gesellschafter aufgenommen. Im Jahr 2005 machte die Stadt Bad Vilbel von Ihrem Kündigungsrecht Gebrauch. Die Gesellschafter erteilten der RMA GmbH einen Generalentsorgungsauftrag, wonach diese als "beauftragter Dritter" gemäß § 22 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) handelt. Im Oktober 2012 ist die Veränderung der Laufzeit der Grundlagenvereinbarung notariell beglaubigt worden. Dies sichert der Gesellschaft bis mindestens 31.12.2023 den Fortbestand ihrer Beauftragung. Der Sitz der Gesellschaft ist Offenbach am Main.

Zweck der Gesellschaft ist die Planung und Organisation der Abfallentsorgung im Rhein-Main Gebiet und deren Koordination unter den Gesellschaftern sowie die Finanzierung der Deponienachsorge, die Beschaffung und Sicherung der Entsorgungskapazitäten unter Ausnutzung vorhandener Abfallentsorgungseinrichtungen, die Abfallwirtschaftsplanung, die Abfallmengenplanung sowie die Festlegung der Entsorgungsstandards. Die Gesellschaft nimmt hierbei Steuerungs- und Kontrollfunktionen wahr. Sie ist dazu ermächtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere ihr ähnliche Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Übertragung weiterer abfallwirtschaftlicher Aufgaben an die RMA GmbH ist möglich. So ist für die Organisation der Schadstoffsammlung im Hochtaunuskreis, im Main-Taunus-Kreis, im Kreis Offenbach, in der Stadt Offenbach und Stadt Maintal die RMA zuständig. Die RMA ist zudem durch den Kreis Offenbach beauftragt, das Elektro- und Elektronikgerätegesetz umzusetzen.

Das Hauptziel der RMA GmbH ist die wirtschaftliche und sichere Entsorgung der regional anfallenden Siedlungsabfälle. Die Entgeltstabilität sowie die Auslastung vorhandener Müllheizkraftwerke und anderer Entsorgungsanlagen sind die Ziele der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften Stadt Frankfurt, Stadt Offenbach, Stadt Maintal und den Landkreisen Kreis Offenbach, Main-Taunus-Kreis und Hochtaunuskreis.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

A. Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Diese beiden Ziele sind nachhaltig sozial (Entgeltstabilität) und ökonomisch (Wirtschaftlichkeit der Entsorgungstätigkeit) sinnvoll zu erreichen. Die Auslastung der auf kurzen Wegen erreichbaren regionalen Abfallverbrennungsanlagen, die auf dem neuesten Stand der Technik sind und deren Energieeffizienzkoeffizient den aktuellen Anforderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes entspricht, ist anerkanntermaßen auch ökologisch vertretbar. Die transparente Berechnung einheitlicher Entgelte an die sechs Gebietskörperschaften, die alle Aufwendungen der Abfallentsorgung und Deponienachsorge decken, ist eine weitere wesentliche Aufgabe der RMA GmbH.

B. Geschäftsentwicklung

1. Entsorgungssicherheit

Die Entwicklung der Abfallwirtschaft war in den vergangenen 17 Jahren durch die Zielkonzepte des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) bestimmt: Vermeiden, Verwerten, Beseitigen. Das nachfolgende Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) ist am 01. Juni 2012 in Kraft getreten und erweitert die bisherige 3-stufige Abfallhierarchie um zwei weitere Stufen. Die Betonung der neuen Stufen auf die Wiederverwertung, Recycling und die sonstige Verwertung, einschließlich energetischer Verwertung dient der "ressourcenschützorientierten Fortentwicklung des deutschen Abfallrechts". Für die Gesellschaft bedeutsam ist auch die Beibehaltung der kommunalen Überlassungspflichten für Haushaltsabfälle. So bleiben die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger nach § 20 I KrWG verantwortlich für die Entsorgung aller Abfälle aus privaten Haushaltungen sowie der Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen. Die Gesellschafter der RMA GmbH sind diese Entsorgungsträger, die sich für die Erfüllung dieser Pflicht unter anderem der RMA GmbH bedienen. Eine wesentliche Neuerung im Gesetz ist die Rechtspflicht zur Getrenntsammlung von Bioabfällen, die einer Überlassungspflicht unterliegen, spätestens ab dem 01. Januar 2015. Die Verwertung dieser Abfälle obliegt dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger. Diese Pflicht haben der Hochtaunuskreis und der Main-Taunus-Kreis bereits auf der Grundlage des alten Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes auf eine gemeinsame Gesellschaft übertragen, die auch eine Bioabfallbehandlungsanlage betreibt. In den Kommunen der beiden Landkreise wird die Biotonne zunehmend flächendeckend eingeführt. Die Stadt Frankfurt und Maintal haben eine jahrelang etablierte Bioabfallsammlung mit erprobten Verwertungswegen. Der Landkreis Offenbach und die Stadt Offenbach sind auf den Stichtag 01. Januar 2015 vorbereitet. Die RMA GmbH ist mit der Bioabfallverwertung nicht beauftragt. Die Entwicklung der Restmüllmengen hat eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung der Erlöse der Gesellschaft.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

1. Entsorgungssicherheit (Fortsetzung)

Die flächendeckende Getrenntsammlung von Bioabfällen im RMA-Gebiet wird die Verringerung der zu beseitigenden Hausmüllmengen zur Folge haben. Die RMA hat diese Entwicklung im Rahmen ihrer mittelfristigen Ergebnisplanung berücksichtigt. Die Mengenabschätzung ist mit großer Sorgfalt vorgenommen worden, dennoch ist die Planung für die nächsten drei Geschäftsjahre von erheblichen Unsicherheiten belastet.

Die Finanzierung der Deponienachsorge bis 2017 ist ein weiteres Handlungsfeld der RMA GmbH. Die Deponierung unbehandelter Abfälle wurde durch die Technische Anleitung Siedlungsabfall (TASI) bis längstens zum 31.05.2005 befristet. Da sich diese Entwicklung bereits seit 1999 abzeichnete, wurde auf den ursprünglich geplanten Ausbau der Deponie Flörsheim-Wicker zur „TASI-Deponie der Klasse 11“ verzichtet. Dadurch konnten Investitionen im dreistelligen Millionenbereich eingespart werden. Die Vorhaltung von Deponieverfüllkapazität für deponiefähige Abfälle zur Beseitigung wurde aber im Jahr 1999 weiter für notwendig erachtet und die RMA GmbH hat im Jahr 2000 einen Kooperationsvertrag mit der Landeshauptstadt Wiesbaden geschlossen. Für das RMA-Gebiet mit einer ständig zunehmenden Bevölkerungsentwicklung wird derzeit ein Deponievolumen von 100.000 Mg/a vorgehalten. Das sind durchschnittlich 60 Kilogramm pro Einwohner und Jahr u.a. an Baustellenabfällen, Bauschutt, Erdaushub, asbesthaltige Abfälle sowie künstlichen Mineralfasern, die auf der Deponie abgelagert werden können. Die Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger ist die Sicherung von Ablagerungskapazitäten im Rahmen der Daseinsvorsorge. Im RMA-Gebiet haben sich andere Entsorgungswege entwickelt, so dass die RMA im Jahr 2011 beschlossen hat, die Vorhaltung von Deponieraum sukzessive zu reduzieren. Für das Geschäftsjahr 2014 wird der vorgehaltene Deponieraum auf 88.000 Mg/a reduziert.

Die Bereitstellungskapazitäten in den Müllheizkraftwerken (Im Folgenden: MHKW) Frankfurt und Offenbach sind in Einzelentsorgungsverträgen mit 350.000 Mg/a in Frankfurt und 140.000 Mg/a in Offenbach gesichert. Durch eine Ergänzungsvereinbarung ist eine Kapazitätssenkung in den Jahren 2010 bis 2013 festgelegt worden, die die Gebührenstabilität sichert sowie Überkapazitäten abbaut. Im Berichtsjahr sind 462.074 Mg/a Siedlungsabfälle in den Müllheizkraftwerken Frankfurt und Offenbach beseitigt worden. Die Bereitstellungskapazität in den beiden Entsorgungsanlagen ist ab 2014 bis 2018 auf 400.000 Mg/a abgesenkt. Im Bedarfsfall können weitere 20.000 Mg/a durch die RMA GmbH genutzt werden.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

2. Ausfallverbund

Die Gründungsmitglieder sind die RMA Rhein-Main Abfall GmbH, der Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS), die Müllverwertungsanlage Bonn GmbH, die Müllheizkraftwerk Kassel GmbH, die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) sowie die RMD Rhein-Main Deponie GmbH. Der Rhein-Main Ausfallverbund ermöglicht durch einen am 1. April 2008 beginnenden und auf unbestimmte Zeit abgeschlossenen Kooperationsvertrag, die wirtschaftliche und sichere Entsorgung von Abfällen, die aufgrund von Betriebseinschränkungen bis hin zu geplanten, wie auch ungeplanten, Stillständen in den Müllverbrennungsanlagen nicht unmittelbar verbrannt werden können. Die derzeit beteiligten Verbundpartner entsorgen insgesamt rund 920.000 Mg/a Abfall. Die RMA GmbH übernimmt für den Ausfallverbund auch die Aufgabe einer gemeinsamen Geschäftsstelle.

3. Mengenentwicklung und Entsorgungsentgelte

Das Hausmüllaufkommen aus den beteiligten Gebietskörperschaften betrug im Geschäftsjahr 346.025 Mg/a. Im Vergleich zum Vorjahr (342.795 Mg) wurden 3.230 Mg mehr angedient. Diese Steigerung zum Vorjahr ist mit der Beendigung der Hausmüllsortierung in der Stadt Offenbach und den drei Kommunen aus dem Kreis Offenbach im Jahr 2012 erwartungsgemäß. Dies kompensierte die erwartete Mengenabnahme aus der getrennten Bioabfallsammlung. Im Berichtsjahr sind 43.909 Mg/a (Vorjahr: 42.650 Mg/a) Bioabfälle aus der getrennten Sammlung verwertet worden. Aus der Landeshauptstadt Wiesbaden sind vertragsgemäß 85.034 Mg gemischte Siedlungsabfälle der RMA geliefert worden. Die Sperrmüllmengen in Höhe von 22.639 Mg verzeichneten im Berichtszeitraum einen marginalen Rückgang um 0,5 % (Vorjahr 22.748 Mg). Der angediente Gewerbeabfall ging auf 631 Mg (Vorjahr 843 Mg) zurück.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

3. Mengenentwicklung und Entsorgungsentgelte (Fortsetzung)

Auf der Deponie Dykerhoffbruch wurden im Geschäftsjahr 69.720 Mg abgelagert. Die sonstigen Abfallarten summieren sich auf 7.828 Mg, die durch die RMA entsorgt wurden.

Im Berichtsjahr wurden von der RMA GmbH insgesamt 446.843 Mg (423.793 Mg in 2012) zuzüglich 85.034 Mg aus der Landeshauptstadt Wiesbaden entsorgt.

Die RMA GmbH hat seit ihrer Gründung im Jahr 1998 die Entgelte im ersten Jahr ihres Bestehens gesenkt und erstmalig nach sieben Jahren Stabilität eine Anpassung ihrer Entgelte zum 01.01.2007 vornehmen müssen. Mit Wirkung zum 01.01.2009 musste eine weitere Entgelterhöhung beschlossen werden. Das Entsorgungsentgelt für Hausmüll wurde mit 237,50 € inkl. MwSt./Mg, für hausmüllähnliche Gewerbeabfälle sowie für Sperrmüll festgesetzt. Die Entgelte für deponiefähige Abfälle wurden auf 35,70 € inkl. MwSt./Mg gesenkt. Die Notwendigkeit der Entgelterhöhung für brennbare Abfälle resultierte im Wesentlichen aus dem abgeschlossenen Vorhaben "Sanierung des MHKW-Frankfurt" und der rückläufigen Entwicklung der einnahmerelevanten beseitigungspflichtigen kommunalen Abfälle. Die Entgelte sind seit fünf Jahren stabil.

4. Deponienachsorge

Die RMA GmbH hat sich im Entsorgungsvertrag vom 21.12.1998 verpflichtet, die Kosten für Sicherungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen für die Deponien Brandholz, Wicker und die Schlackedeponie Offenbach zu erstatten. Die Deponie Brandholz und die Schlackedeponie sind bereits stillgelegt und die Deponie Wicker steht seit dem Inkrafttreten der TASI ab dem 01.06.2005 nicht mehr zur Verfügung und die Phase der Stilllegung und Nachsorge ist eingetreten. Die Leistungsverpflichtung der RMA GmbH besteht in der Finanzierung der Stilllegungs- und Nachsorgemaßnahmen, die durch die Deponiebetreiberin, die RMD Rhein-Main Deponie GmbH, Offenbach am Main (im Folgenden: RMD), im Fall Wicker, bis 2046 durchzuführen sind. Die Ermittlung der Aufwendungen für die Deponienachsorge war wegen der langen Laufzeit der Nachsorge, den nur sehr allgemeinen rechtlichen Vorgaben und mangelnden technischen Erfahrungswerten außerordentlich schwierig. Die Grundlagen für die Berechnung der Nachsorgerückstellungen wurden bereits vor einigen Jahren in einem umfangreichen Gutachten, das die RMA GmbH in Auftrag gegeben hat, ermittelt. Daraufhin wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe von RMD und RMA GmbH gebildet, die Investitionen und Betriebskosten für die Nachsorge der drei RMD-Deponien berechnet hat. Nach mehrjähriger Arbeit konnten Anfang 2005 die Kosten der Deponienachsorge in Höhe von ca. 178,2 Mio. € festgestellt werden.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

4. Deponienachsorge (Fortsetzung)

Aufgrund einer Neuregelung zur steuerlichen Behandlung von Rückstellungen für die Deponiestilllegung und -achsorge sowie der Differenzierung zwischen Deponieinhaberin (RMD) und Zahlungsverpflichteter (RMA GmbH) wurde im Geschäftsjahr 2007 ein 2. Nachtrag zum Entsorgungsvertrag zwischen der RMA GmbH und der RMD notwendig. Der 2. Nachtrag regelt die Übertragung der bis 2006 gebildeten Rückstellungen auf die RMD als Sachleistungsverpflichtete sowie die unterjährige Zahllast der RMA GmbH. Der zweite Nachtrag wurde nach Einholung einer verbindlichen Auskunft bei den zuständigen Finanzämtern nachträglich zum 11.02.2008 unterzeichnet. Die Bildung von Rückstellungen obliegt gemäß der steuerlichen Betrachtungsweise der Deponiebetreiberin RMD GmbH. Die RMA GmbH bleibt aber weiterhin verpflichtet, die RMD in der Weise finanziell auszustatten, dass sie jederzeit dazu in der Lage ist, die finanziellen Verpflichtungen für die Deponiestilllegung und -achsorge zu erfüllen. Zur Vermeidung bilanzieller Risiken hat die RMA GmbH ihre Ansprüche aus der Patronatserklärung der Gebietskörperschaften an die RMD abgetreten. Die Regelungen des Hessischen Abfallrechtes fordern die ausreichende Bildung der Rückstellungen für die Deponienachsorge und deren Einrechnung in die Abfallgebühren bis zum Jahr 2017, unabhängig von dem wesentlich länger andauernden Zeitraum der tatsächlichen Nachsorge. Daraus ergibt sich, dass in diesem Zeitraum für die Nachsorgeaufwendungen, die im Fall der Deponie Wicker bis in das Jahr 2046 reichen, genügend Rückstellungen gebildet sein müssen. Der aufzuwendende Betrag von 178,2 Mio. € ist durch die Zuführungen zum Sanierungsfonds und der Erfüllung der Zahlungsverpflichtung seit 2005 zum 31.12.2006 auf 142,8 Mio. € gesunken. Gemäß den Bestimmungen des Hess. Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (§ 5 HAKrWG) sind die Aufwendungen über die Entsorgungsentgelte und Zinserträge zu erwirtschaften. Die Zinserträge werden durch die RMD erwirtschaftet und sind entsprechend den Bestimmungen des HAKrWG berechnet. Diese grundsätzliche Verpflichtung besteht über die gesamte Laufzeit der Patronats- und Verpflichtungserklärung. Aus Sicht der Gebietskörperschaften ist diese Verpflichtung aber analog der Tilgung eines Darlehens um die bereits geleisteten und von der RMA GmbH vereinnahmten Beträge zu mindern. Zum 31.12.2013 wird unter Beachtung der geleisteten Zahlungen grundsätzlich der verbleibende Betrag von 53,6 Mio. € zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer von den Gebietskörperschaften geschuldet. Dieser Betrag wird durch die Anrechnung der zu erwirtschaftenden Zinsen gemindert. Somit besteht zum 31. Dezember 2013 eine kalkulierte Zahlungsverpflichtung der Gebietskörperschaften in Höhe von 21,17 Mio. € zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer, die über einheitliche Entsorgungsentgelte der RMA GmbH bis einschließlich 2017 erwirtschaftet werden. Nach den vertraglichen Bestimmungen des 2. Nachtrages wird die RMA GmbH die notwendigen Beträge in jährlichen Teilbeträgen an die RMD zahlen.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

5. Zusammenfassende Beurteilung der Geschäftsentwicklung im Berichtsjahr 2013

Der Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr ist positiv zu beurteilen. Die Ziele der RMA GmbH, die verlässliche Entsorgungssicherheit im RMA-Gebiet zu gewährleisten sowie die Auslastung der Verbrennungsanlagen, sind bei stabilen Entgelten erreicht worden. Mit einem Jahresüberschuss von rd. 333,4 T€ liegt das Ergebnis um 52,4 T€ unter dem Vorjahresniveau (385,8 T €) und deutlich über dem im Wirtschaftsplan 2013 ausgewiesenen Ergebnis (100,3 T€).

C. Darstellung der Lage im Geschäftsjahr 2013

1. Bilanz

Die Bilanzsumme verringerte sich gegenüber dem Vorjahr (21,1 Mio. €) um 0,9 Mio. € auf 20,2 Mio. €. Auf der Passivseite reduzieren sich die Verbindlichkeiten insgesamt um 0,8 Mio. € auf 17,5 Mio. € (Vorjahr 18,3 Mio. €). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um 1,0 Mio. € gesunken. Die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern sind leicht gestiegen, weil zum Stichtag Forderungen des Kreises Offenbach aus der Nachkalkulation der Beauftragung zur Elektronikgeräteentsorgung noch nicht abgeschlossen werden konnten. Die sonstigen Verbindlichkeiten haben sich um 0,01 Mio. € erhöht. Die Rückstellungen haben sich um - 0,4 Mio. € zum Vorjahr verändert. Die sonstigen Rückstellungen sind um 0,3 Mio. € auf 1,0 Mio. € (Vorjahr 1,3 Mio. €) reduziert. Die Änderungen auf der Aktivseite betreffen das Anlagevermögen, das Umlaufvermögen, den Rechnungsabgrenzungsposten sowie die aktiven latenten Steuern. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 1,3 Mio. € (Vorjahr 1,6 Mio. €) sind um 0,3 Mio. € gesunken. Die Forderungen gegen Gesellschafter 7,9 Mio. € haben sich gegenüber dem Vorjahr (7,6 Mio. €) um 0,3 Mio. € erhöht. Der Kassenbestand 4,3 Mio. € (Vorjahr 4,1 Mio. €) hat sich um 0,2 Mio. € erhöht. Der Rechnungsabgrenzungsposten von 6,1 Mio. € (Vorjahr 7,3 Mio. €) ist um 1,2 Mio. € gesunken.

Das Eigenkapital beträgt 1.414,1 T€ (Vorjahr 1.080,7 T€). Die Eigenkapitalquote beträgt 7,02% (Vorjahr 5,13%). Es ergibt sich eine Eigenkapitalrentabilität von 23,6 % (Vorjahr 35,7%). Das Anlagevermögen ist vollständig durch das Eigenkapital gedeckt. Die Investitionen betrugen 43,1 T€ und sind damit gegenüber dem Vorjahr (53,1 T€) um 10,0 T€ gesunken.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

C. Darstellung der Lage im Geschäftsjahr 2013 (Fortsetzung)

2. Ertragslage

Die Ertragslage hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht verschlechtert. Das Jahresergebnis ist um 52,35 T€ (-13,57 %) gesunken. Der Rohertrag hat sich gegenüber dem Vorjahr um 275,96 T€ verbessert. Das Betriebsergebnis 2013 hat sich um 105,98 T€ reduziert. Die Umsatzerlöse (87,9 Mio. €) haben sich gegenüber dem Vorjahr (87,6 Mio. €) um 0,3 Mio. € (= 0,35 %) erhöht. Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Die Personalaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht (+0,07 Mio. €). Weiterhin ist eine Erhöhung um 0,3 Mio. € bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu verzeichnen. Die Erhöhung resultiert aus Vorhaben zur Optimierung des Controllings und den vorbereitenden Arbeiten für die Erstellung der Abfallwirtschaftskonzeption für die Jahre 2014 bis 2020 sowie aus dem erhöhten Aufwand für die Erstellung von betriebswirtschaftlichen Gutachten und rechtsanwaltlichen Beratungskosten.

3. Finanzlage

Die Liquidität war vor dem Hintergrund der getroffenen vertraglichen Vereinbarungen sowie der Verpflichtungs- und Patronatserklärungen der Gebietskörperschaften immer gesichert.

4. Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Geschäftsjahres 2013 sind keine weiteren Ereignisse eingetreten, die für die Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Lage führen könnten.

D. Voraussichtliche Entwicklung

Der Wirtschaftsplan für 2014 ist aufgestellt, beschlossen und weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Wir erwarten Umsatzerlöse in Höhe von 85,03 Mio. €, diese werden im Vergleich zum Vorjahr um 1,33% geringer ausfallen. Gleichzeitig erwartet die RMA für das Wirtschaftsjahr 2014 geringere Aufwendungen 84,99 Mio. € (-3,15 % gegenüber dem Vorjahr). Aufgrund der geplanten Ertrags- und Aufwandsentwicklung erwartet die Geschäftsleitung ein Jahresergebnis von 57 T€. Für das Geschäftsjahr 2015 wird aufgrund der mittelfristigen Aufwands- und Ertragsplanung ein ausgeglichenes Jahresergebnis erwartet.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

E. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die zukünftige Entwicklung der entgeltrelevanten und überlassenen Abfallmengen aus den Gebietskörperschaften und die Entwicklung der Entsorgungsstrukturen im RMA-Gebiet sind die bestimmenden Größen der künftigen Erlössituation der RMA GmbH. Das gültige und das in Erstellung befindliche Abfallwirtschaftskonzept der RMA GmbH und die fortlaufend aktualisierten Mengenprognosen der RMA GmbH erwarten einen Mengenrückgang mit der flächendeckenden Einführung der Getrenntsammlung der Bioabfälle ab dem 01.01.2015. Die Auswirkungen der Wertstoffeffassung sind zu beobachten.

Die Reduzierung der vorgehaltenen Bereitstellungskapazitäten in den Müllheizkraftwerken entspricht der zu erwartenden Reduzierung der Beseitigungsabfälle. Die Entsorgungssicherheit ist durch weitere Vorhaltekapazitäten jederzeit gewährleistet.

Die Fortführung der interkommunalen Kooperation zwischen den Gesellschaftern der RMA GmbH sichert auch den Generalentsorgungsauftrag für die RMA GmbH bis mindestens 2023.

Die Stabilität der Entgelte ist durch operationalisierte Zielsetzungen der RMA für das kommende Geschäftsjahr gesichert. Die Dynamik der Einführung der getrennten Bioabfallsammlung in den Landkreisen des RMA-Gebietes ist für die mittelfristige Entgeltstabilität bestimmend.

Die Aufwendungen für die Deponienachsorge sind durch Patronatserklärungen gesichert. Der Zahlungsplan wird erfüllt.

Eine wirksame interne Steuerung und Kontrolle wird durch eine permanente Überwachung und aktive Beeinflussung der Mengenströme im Stoffstrommanagement durchgeführt. Die Erlössituation und die Entwicklung des Materialaufwands werden kontinuierlich überwacht. Die Instrumente des Controllings sind erprobt und werden aktuell mit dem Ziel der besseren Auswertbarkeit überprüft. Als wichtige Instrumente der Risikoerkennung und der daraus folgenden etwaigen Notwendigkeit zu Reaktion dienen Wochen-, Monats- und Quartalsanalysen. Ein Risikofrüherkennungssystem wird permanent überwacht.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

L. Bilanz

	2013	2012	Verän-	2011
			derung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
- Immaterielle Vermögensgegenstände	7.198	11.010	-3.812	22.680
- Sachanlagen	238.130	251.879	-13.749	274.080
Anlagevermögen	245.328	262.889	-17.561	296.760
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.258.647	1.576.915	-318.268	2.137.925
- Forderungen gegen Gesellschafter	7.897.764	7.613.818	283.947	7.385.242
- Sonstige Vermögensgegenstände	310.231	175.853	134.378	184.762
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.466.642	9.366.586	100.056	9.707.929
- Guthaben bei Kreditinstituten	4.321.148	4.115.152	205.995	5.254.337
Umlaufvermögen	13.787.790	13.481.738	306.052	14.962.266
Rechnungsabgrenzungsposten	6.056.558	7.265.910	-1.209.352	8.495.762
Aktive latente Steuern	63.135	44.603	18.532	55.442
	20.152.810	21.055.140	-902.329	23.810.230
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	275.900	275.900	0	275.900
- Kapitalrücklage	172	172	0	172
- Verlust(-)/Gewinnvortrag(+)	804.627	418.850	385.777	362.404
- Jahresverlust(-)/-überschuss(+)	333.427	385.777	-52.350	56.446
Eigenkapital	1.414.126	1.080.698	333.427	694.921
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	194.178	208.716	-14.537	202.155
- Steuerrückstellungen	69.372	126.877	-57.505	0
- Sonstige Rückstellungen	1.024.137	1.338.914	-314.777	1.750.816
Rückstellungen	1.287.687	1.674.507	-386.819	1.952.971
- Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	16.641.235	17.645.097	-1.003.862	20.670.367
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	588.784	444.874	143.909	306.691
- Sonstige Verbindlichkeiten	220.978	209.963	11.015	185.280
Verbindlichkeiten	17.450.997	18.299.934	-848.937	21.162.338
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	20.152.810	21.055.140	-902.329	23.810.230

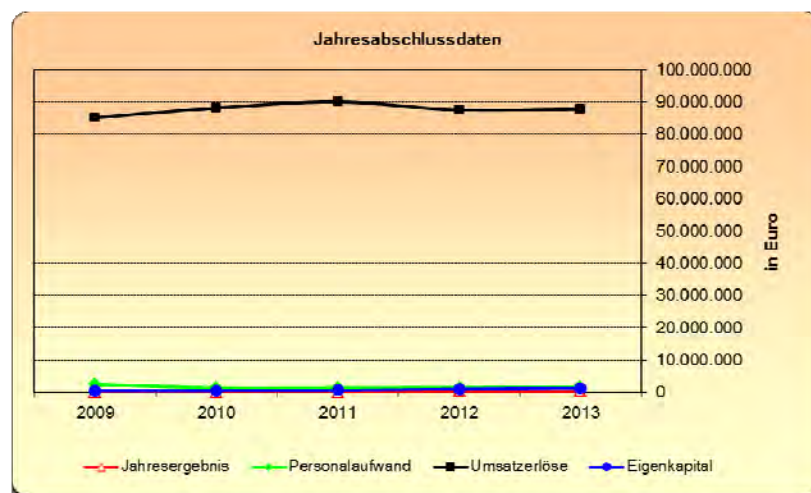
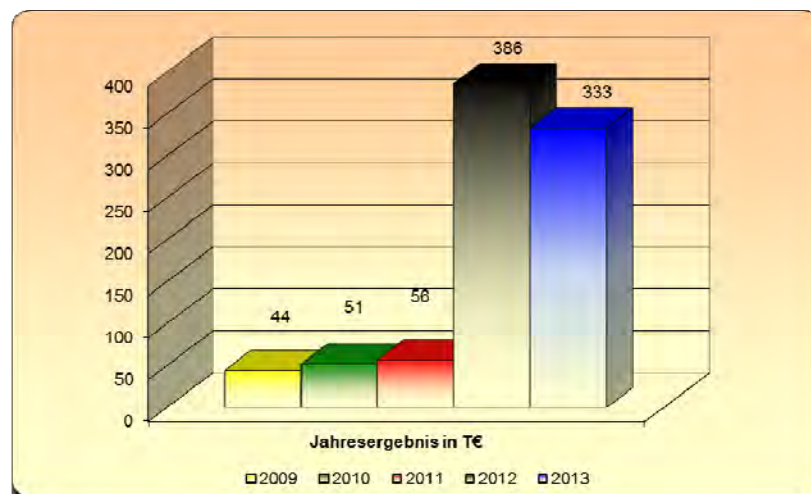
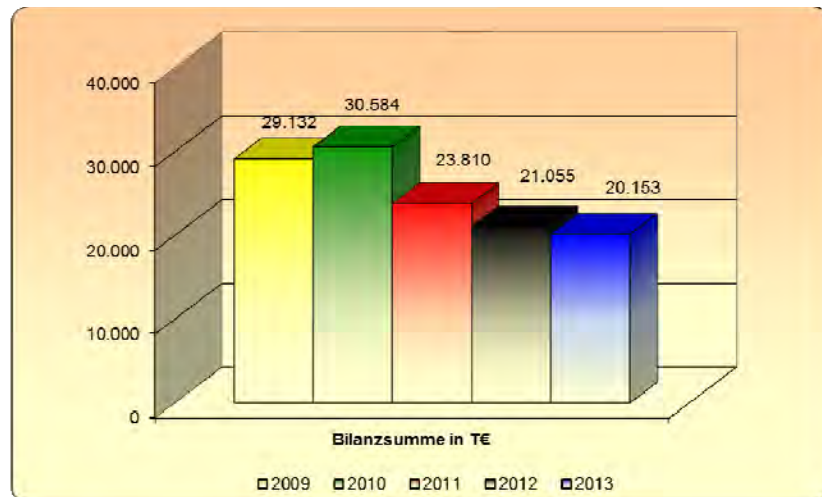
Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2013	2012	2011
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	87.933.500	87.624.943	90.132.893
Sonstige betriebliche Erträge	72.102	37.864	80.276
	88.005.603	87.662.807	90.213.169
Materialaufwand			
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	84.414.564	84.381.963	87.713.196
	84.414.564	84.381.963	87.713.196
Personalaufwand			
- Löhne und Gehälter	1.321.088	1.318.952	1.251.041
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	447.247	374.700	347.146
	1.768.335	1.693.652	1.598.187
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	60.673	78.323	69.169
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.259.064	934.174	711.468
Betriebsergebnis	502.967	574.695	121.148
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	86.832	61.324	90.922
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	94.694	53.726	108.702
Finanzergebnis	-7.862	7.599	-17.780
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	495.105	582.294	103.368
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-161.082	-195.844	-46.333
Sonstige Steuern	-596	-673	-590
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	333.427	385.777	56.446

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Dem Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd gehören neben hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten mit dem Landkreis Aschaffenburg und der kreisfreien Stadt Aschaffenburg zwei bayerische kommunale Gebietskörperschaften sowie mit dem Rhein-Neckar-Kreis und der kreisfreien Stadt Mannheim zwei Kommunalbehörden des Bundeslandes Baden-Württemberg an.

Die bei der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben Bundesland übergreifende Zusammenarbeit kommunaler Behörden im Falle des Zweckverbandes basiert auf entsprechenden Staatsverträgen, die zwischen dem Land Hessen und dem jeweiligen benachbarten Bundesland Baden-Württemberg und Bayern bestehen.

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Anschrift	Am Brunnengewännchen 5, 68623 Lampertheim-Hüttenfeld
Telefon	06256/851-164
Telefax	06256/851-9731
E-Mail	tva@zakb.de

Die Angaben zum Zweckverband beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Zweckverbandes

Rechtsform	Zweckverband gemäß § 9 KGG
Gründungsdatum	1994
Satzung des Verbandes	Im Berichtsjahr galt die erlassene Satzung des Verbandes in der Fassung vom 25.05./09.06.1994, geändert durch die Satzung in der Fassung vom 09.05.2001, durch Satzung vom 08.12.2006, durch Satzung vom 16.03.2011 und durch Satzung vom 26.06.2013.

B. Verbandszweck

Der Zweckverband übernimmt für die beteiligten Landkreise und kreisfreien Städte die Aufgabe der unschädlichen Beseitigung tierischer Nebenprodukte gemäß den Bestimmungen des TiernebG in der jeweils geltenden Fassung und den dazu ergangenen Vorschriften. Zur Erfüllung dieser Aufgabe bedient sich der Zweckverband eines privaten Unternehmens. Sofern die zuständige Behörde gem. § 3 Abs. 2 des TiernebG die Beseitigungspflicht auf den Inhaber einer Tierkörperbeseitigungsanstalt überträgt, wird der Zweckverband als Interessenvertretung aufrecht erhalten, um im Falle der Beendigung der Beleihung wieder die Aufgaben nach Abs. 1 zu übernehmen.

Ab dem 01. April 2011 wurde die Beseitigungspflicht auf die Firma A. Fischer und Söhne GmbH & Co. KG (Betriebs- und Besitzgesellschaft der Tierkörperbeseitigungsanstalt, Lampertheim-Hüttenfeld) übertragen.

Die Übertragung ist zunächst auf acht Jahre befristet und für diese Dauer ist der Zweckverband von seinen Verpflichtungen entbunden. Während dieser Zeit wird der Zweckverband als ruhender Verband aufrechterhalten. Hierdurch ist gewährleistet, dass bei einer Beendigung der Übertragung der Aufgaben auf die beiden genannten Privatfirmen die Aufgaben nicht auf die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte zurück fallen.

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

C. Organe des Zweckverbandes

Verbandsversammlung

Zusammensetzung der Verbandsversammlung im Berichtsjahr 2013 (Stand 31.12.2013)	
Vorsitzender	Herr Gerhard Weber
Stellv. Vorsitzender	Herr Rudolf Guthmann
Mitglied für den Kreis Offenbach	Herr Michael Rickert

Verbandsvorstand

Zusammensetzung des Verbandsvorstandes im Berichtsjahr 2013 (Stand 31.12.2013)	
Vorsitzender	Herr Matthias Wilkes
Stellv. Vorsitzende	Frau Rosemarie Lück
Mitglied	Herr Oliver Grobeis

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Hilbert Bocksnick
------------------------	------------------------

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

D. Mitglieder des Zweckverbandes

Mitglieder des Zweckverbandes	Anteil in % *
Kreis Offenbach	4,89 % *
Kreis Bergstraße	13,48 % *
Stadt Mannheim	12,91 % *
Main-Kinzig-Kreis	12,28 % *
Wetteraukreis	12,10 % *
Landkreis Darmstadt-Dieburg	11,20 % *
Rhein-Neckar-Kreis	7,07 % *
Landkreis Aschaffenburg	5,49 % *
Odenwaldkreis	5,03 % *
Landkreis Groß-Gerau	3,91 % *
Stadt Frankfurt	2,84 % *
Stadt Aschaffenburg	2,77 % *
Hochtaunuskreis	2,15 % *
Stadt Wiesbaden	1,55 % *
Main-Taunus-Kreis	1,30 % *
Stadt Darmstadt	0,58 % *
Stadt Offenbach am Main	0,45 % *
	100,00 % *

* = Das „Beteiligungsverhältnis“ wird aufgrund statistischer Zahlen zu Einwohnern, Viehbestand sowie der Zahl gewerblicher Schlachtungen ermittelt und gewichtet. Als Berechnungsgrundlage dienen die jeweils aktuellsten, verfügbaren Daten der statistischen Landesämter Hessens, Bayerns und Baden-Württembergs.

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung des Zweckverbandes.

Gemäß § 2 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz sind die Landkreise und kreisfreien Städte zuständige Körperschaften im Sinne des § 3 des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes. Sie haben den gesetzlichen Auftrag, die in ihrem Gebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile und Erzeugnisse zu beseitigen (Beseitigungspflichtige). Sie nehmen diese Aufgabe in Selbstverwaltung wahr. Die Beseitigungspflichtigen können Tierkörperbeseitigungsanstalten und Sammelstellen selbst errichten, erwerben und betreiben oder durch vertraglich verpflichtete Unternehmer (Dritte) errichten oder betreiben lassen.

Eine Prüfung der Erfüllung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt, da die Mitgliedschaft in einem Zweckverband keine wirtschaftliche Betätigung im Sinne der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) ist.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten des Zweckverbandes

keine

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

K. Bilanz

	2013	2012	Veränderung	2011
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Anlagevermögen	0	0	0	0
Flüssige Mittel	109.890	128.141	-18.251	146.523
Umlaufvermögen	109.890	128.141	-18.251	146.523
Rechnungsabgrenzungsposten	0	942	-942	0
	109.890	129.084	-19.193	146.523
Passiva				
Nettoposition	191.222	191.222	0	191.222
Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag (-)	-17.991	-18.642	651	124.927
Eigenkapital	109.890	127.881	-17.991	146.523
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten	0	1.202	-1.202	0
	109.890	129.084	-19.193	146.523

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

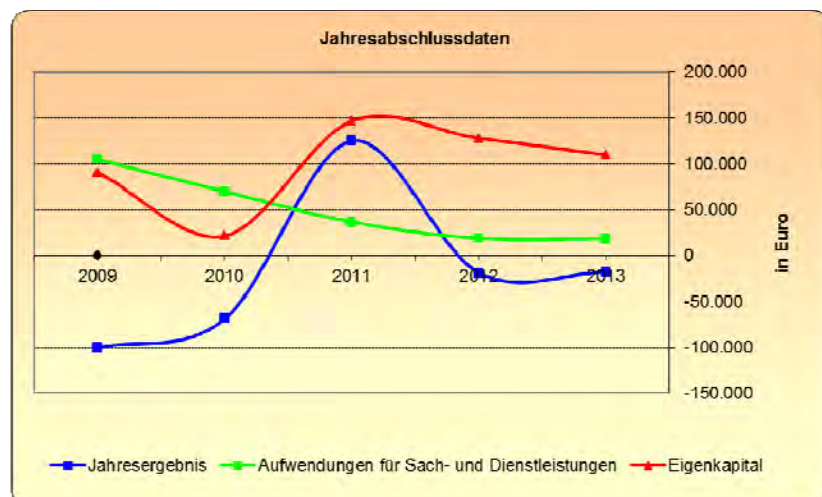
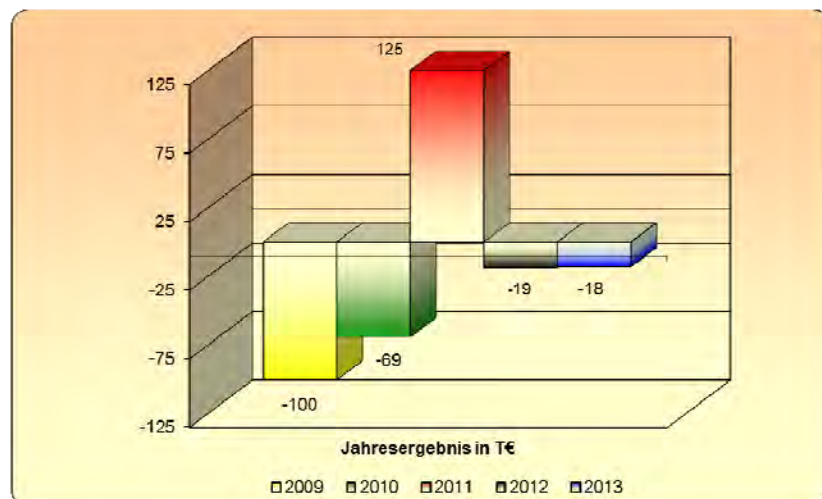
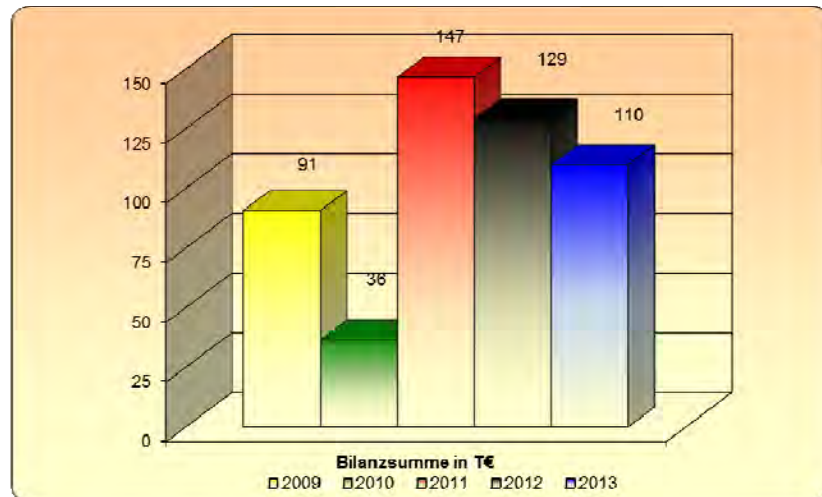
L. Gesamtergebnisrechnung

	2013	2012	2011
	in €	in €	in €
Sonstige ordentliche Erträge	0	0	161.138
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18.238	18.988	36.566
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	247	346	332
Ordentliches Ergebnis	-17.991	-18.642	124.904
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Jahresergebnis	-17.991	-18.642	124.904

In den ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 18,2 T € sind Aufwendungen für bezogene Leistungen von rd. 12,9 T € enthalten. Weiterhin enthalten sind Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergleichen in Höhe von rd. 2,5 T €. Die restlichen rd. 2,8 T € betreffen Versicherungen, Prüfungen, Bekanntmachungen und die Kosten des Geldverkehrs. Aufgrund der Finanzerträge in Höhe von 247 € ergibt sich ein negatives Jahresergebnis von rd. 18,0 T €.

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

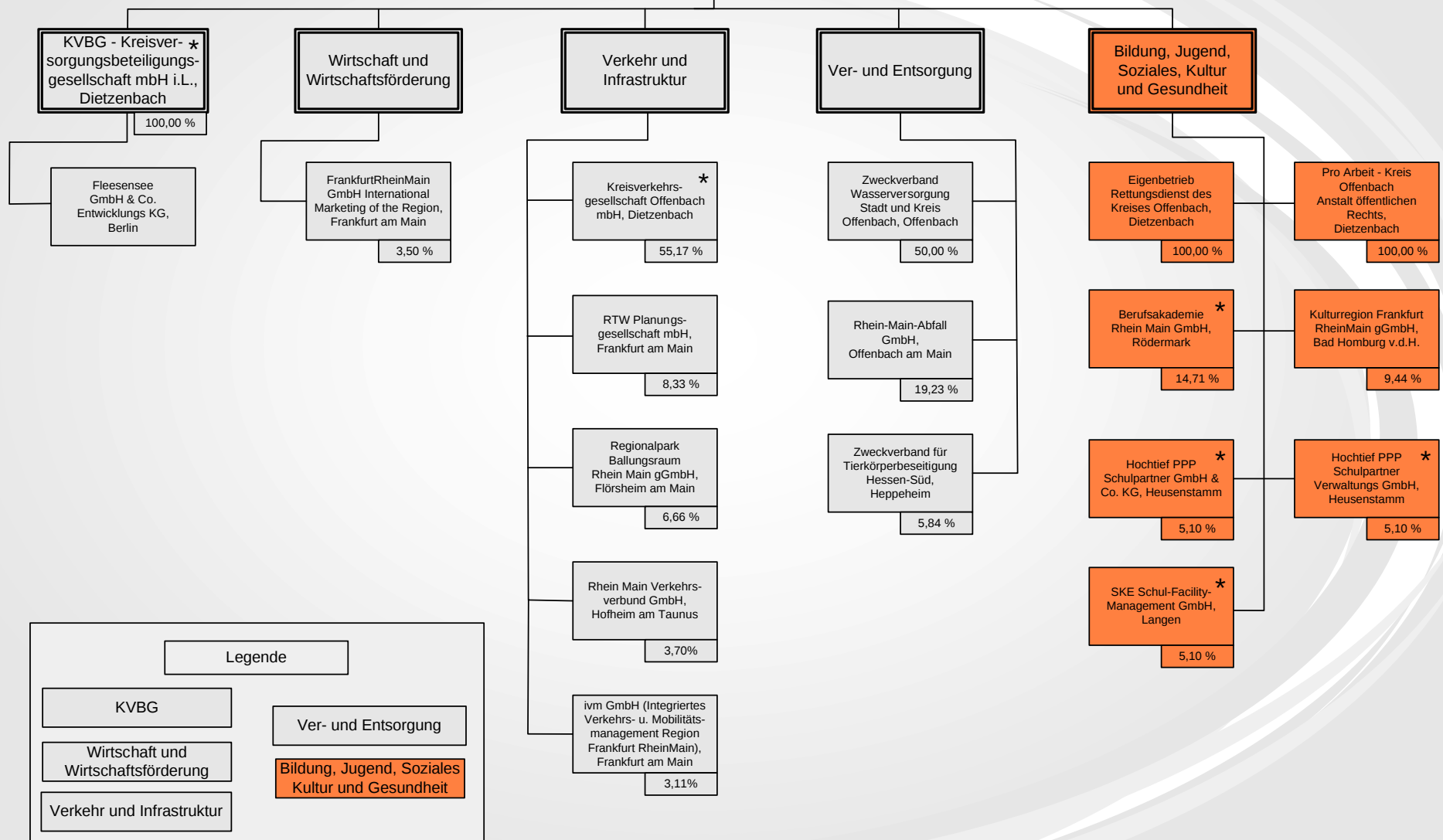
M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Gesundheit

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

Kreis Offenbach



Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

Gemäß den Bestimmungen des Hessischen Rettungsdienstgesetzes von 1998 sind die Landkreise und kreisfreien Städte Träger der bodengebundenen Notfallversorgung einschließlich der Berg-, Luft- und Wasserrettung. Als Leistungserbringer bedient sich der Kreis Offenbach dem Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach.

Die Gründung des Eigenbetriebes hat der Kreistag des Kreises Offenbach am 14.12.1999 beschlossen; seine Tätigkeit nahm der Eigenbetrieb am 01. Juli 2000 auf.

Dem Eigenbetrieb obliegt die Überwachung der bedarfsgerechten und flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes. Ergänzt wird dieser Sicherstellungsauftrag durch den Betrieb der Zentralen Leitstelle des Kreises Offenbach. Die Zentrale Leitstelle hat alle Hilfeersuchen entgegenzunehmen und die notwendigen Einsatzmaßnahmen zu veranlassen, zu lenken und zu koordinieren.

Die Finanzierung des Eigenbetriebes erfolgt zum einen durch Personalkostenerstattungen des Landes Hessen und weiterhin über die Erhebung einer sog. Rettungsdienstgebühr. Die von den Leistungserbringern erhobene Rettungsdienstgebühr beträgt seit dem 01. Juli 2013 € 36,40 je Rettungsdiensteinsatz.

Die interne Kostenstruktur des Eigenbetriebes ist aufgrund der hohen Personalintensität in starkem Maße von Personalkosten geprägt, die feste Kosten sind und somit unabhängig von der Zahl der koordinierten Rettungseinsätze als Aufwendungen des Eigenbetriebes entstehen.

Aufgrund dieser in starkem Maße von Personalaufwendungen geprägten Kostenstruktur besteht ein finanzielles Risiko für den Eigenbetrieb darin, dass - bedingt durch mögliche rückläufige Zahlen der abgewickelten Rettungsdiensteinsätze - Einnahmeausfälle entstehen könnten, die einem positiven bzw. ausgeglichenen Betriebsergebnis entgegenstehen.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

Anschrift	Gottlieb-Daimler-Straße 10, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/37107-83
Telefax	06074/37107-89
E-Mail	leitstelle@leitstelle-kreis-of.de

Die Angaben zum Eigenbetrieb beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Eigenbetriebes

Rechtsform	Eigenbetrieb
Gründungsdatum	14.12.1999
Stammkapital	51.129,19 €
Eigenbetriebssatzung	Betriebssatzung vom 14. Dezember 1999, zuletzt geändert am 05. September 2001.

B. Gegenstand des Eigenbetriebes

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Sicherstellung des Rettungsdienstes im Kreis Offenbach. Der Betrieb kann alle den Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührende Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Der Satzungszweck wird verwirklicht durch die Unterstützung bei der Aufgabenbewältigung des Rettungsdienstes im Kreis Offenbach, der die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bürger des Kreises mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes überwacht.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

C. Organe des Eigenbetriebes

Kreistag des Kreises Offenbach

Kreisausschuss des Kreises Offenbach

Betriebskommission

Zusammensetzung der Betriebskommission im Berichtsjahr 2013 (Stand: 31.12.2013)	
Vorsitzender	Herr Oliver Quilling
Mitglied für den Kreisausschuss	Herr Gerd Hibbeler
-----„-----	Frau Margot Süß
Mitglied für den Kreistag	Frau Diana Ackermann
-----„-----	Frau Maria Becht
-----„-----	Herr Dieter Zimmer
Mitglied für den Personalrat	Herr Karsten Arendt
-----„-----	Frau Karin Sackbrook
Sachkundige Einwohner/innen	Herr Hans-Joachim Junker
-----„-----	Herr Mike Tetzner

Für die Betriebskommission sind für das Wirtschaftsjahr 2013 Sitzungsgelder in Höhe von € 699,00 (Vorjahr: € 579,40) angefallen.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

C. Organe des Eigenbetriebes (Fortsetzung)

Betriebsleitung

Betriebsleiter	Herr Ralf Ackermann
Stellv. Betriebsleiter	Herr Joachim Kügler

Der Betriebsleitung wurden im Geschäftsjahr 2013 Vergütungen in Höhe von € 108.968 gezahlt.

D. Träger des Eigenbetriebes

Träger	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	100,00	51.129,19

E. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck des Eigenbetriebes bzw. dessen Aufgabenstellung.

Gemäß den Bestimmungen des Hessischen Rettungsdienstgesetzes (§ 4) sind die Landkreise und kreisfreien Städte Träger der bodengebundenen Notfallversorgung einschließlich der Berg- und Wasserrettung. Für den Kreis Offenbach erbringt der Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach diese Leistung.

Da es sich bei einem Eigenbetrieb nicht um eine wirtschaftliche Betätigung handelt, ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

F. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Produkt Genehmigung und Aufsicht

Buchungsstelle 37.03.01.50030010 (anteilig, den Eigenbetrieb Rettungsdienst betreffend)

in €	2014	2013	2012
Mieten und Pachten	35.000	35.083	33.766

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Produkt Genehmigung und Aufsicht

in €	2014	2013	2012
Kostenersatz des EB Rettungsdienst Buchungsstelle 37.03.01.54850010	36.000	58.834	31.560

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besonderer Finanzaufwendungen

Produkt Gefahrenabwehr

Buchungsstelle 37.02.01.71250010

in €	2014	2013	2012
Anteil des Trägers EB Rettungsdienst	165.000	168.086	138.322

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für das Jahr 2014 jeweils auf die Haushaltsansätze, für das Jahr 2013 auf die tatsächlich erfolgten Zahlungen und für das Jahr 2012 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

G. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

H. Verbindlichkeiten des Eigenbetriebes

in €	2013	2012	2011
Verbindlichkeiten	204.018	174.872	219.354

Berichtsjahr 2013	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	174.872
Zunahmen	29.146
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	204.018

I. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2013

1. Allgemeines

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat am 14.12.1999 beschlossen, den „Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach“ ab 01. Juli 2000 als ein organisatorisch und wirtschaftlich eigenständiger Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit im Sinne des Eigenbetriebsgesetzes zu schaffen.

Der Kreistag des Kreises Offenbach entscheidet nach § 5 der Betriebssatzung über die Grundsätze, nach denen der Betrieb des Eigenbetriebes Rettungsdienst gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Nach § 6 der Betriebssatzung beruft der Kreisausschuss eine Betriebskommission. Sie überwacht nach § 7 der Betriebssatzung die Betriebsleitung, bereitet die Beschlüsse des Kreistages vor und ist zuständig für die Geschäfte, die über die laufende Betriebsführung hinausgehen.

Als Rettungsdienststräger obliegt dem Kreis Offenbach nach dem Hessischen Rettungsdienstgesetz die Sicherstellung des Rettungsdienstes unter Wahrung der medizinischen Erfordernisse zu sozial tragbaren Benutzungsentgelten. Diese Aufgabe wird vom Eigenbetrieb Rettungsdienst wahrgenommen. Er überwacht die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes. Der Sicherstellungsauftrag umfasst in erster Linie den bodengebundenen Rettungsdienst, der insbesondere durch die Luftrettung ergänzt wird, den Betrieb der integrierten zentralen Leitstelle für den Kreis Offenbach sowie den Betrieb von Notarzteinsatzfahrzeugen in eigener Regie.

Zum Überblick an dieser Stelle eine Übersicht über die Einsätze in den vergangenen Jahren, aus der sich die Einsatzsituation - und somit ein Hauptposten der Einnahmesituation für die Leitstelle und in weiten Teilen die gesamte Ertragslage bis zum Jahr 2013 – entwickelt hat:

	2013	2012
Notfalleinsätze (Rettungsdiensteinsätze)	31.513	31.157
Qualifizierte Krankentransporte	3.071	3.329
Notarzteinsätze (alle Systeme)	6.603	6.655
Feuerwehralarmierungen	3.583	3.428

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

1. Allgemeines (Fortsetzung)

Somit gab es insgesamt 41.187 (41.141) abrechnungsfähige Einsätze. Im Wirtschaftsplan 2013 waren 40.000 Einsätze die Planungsgrundlage. Zusätzlich waren noch 60.000 (Vorjahr 43.834) Beratungen / Telefonkontakte / Vermittlung in der Zentralen Leitstelle zu bearbeiten.

Das Jahresbudget der Kassen für das Jahr 2013 beträgt für die NEF Systeme insgesamt € 1.912.000,00. Eine Deckung des Mehrbedarfs bei den Aufwendungen erfolgt über Rückstellungen aus dem Budgetausgleich.

2. Ertragslage und Geschäftsverlauf

Mit Wirkung zum 1. Juli 2013 wurde die Leitstellengebühr von € 22,33 auf € 36,40 angehoben. Die Notarzteinsatzgebühren (Rettungsdienstgebühren) betreffen die Vergütung für die Einsätze der in eigener Regie betriebenen Notarzt-Einsatzfahrzeuge (€ 293,55 pro Einsatz). Der Einsatz des Medikamentes Lyse wird separat vergütet. Soweit die Einnahmen über (unter) dem mit den Kostenträgern vereinbarten Budgets liegen, erfolgt eine Einstellung in die (Inanspruchnahme der) Rückstellung für Budgetausgleiche und Budgetrisiken.

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen im Wesentlichen Erträge aus dem Betrieb der Rettungsdienstschule, Mieteinnahmen sowie Versicherungserstattungen.

Bei dem Materialaufwand handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen für die Besetzung der Notarzteinsatzfahrzeuge mit Notärzten und daneben um auf Honorarbasis tätige Lehrkräfte in der Rettungsdienstschule sowie um Medikamente und medizinisches Verbrauchsmaterial, das im Zusammenhang mit dem Betrieb der Notarzteinsatzfahrzeuge angefallen ist.

Der Personalaufwand beinhaltet neben Löhnen und Gehältern und sozialen Abgaben auch Aufwandsentschädigungen. Im Geschäftsjahr beschäftigte der Eigenbetrieb durchschnittlich 34,55 (Vorjahr: 31,70) Mitarbeiter, die sich wie folgt aufteilen lassen:

	2013	2012
Betriebsleitung	1,30	1,20
Ärztlicher Leiter Rettungsdienst	0,50	0,50
Einsatzsachbearbeiter Leitstelle	15,25	13,50
Fahrer Notarzteinsatzfahrzeug	14,00	14,00
<u>Sachbearbeitung</u>	<u>3,50</u>	<u>2,50</u>
Gesamt	34,55	31,70

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

2. Ertragslage und Geschäftsverlauf (Fortsetzung)

Insgesamt konnte im Wirtschaftsjahr 2013 für den gesamten Eigenbetrieb ein Überschuss von € 4.324,75 erwirtschaftet werden. Die Zielsetzung eines über einen längeren Betrachtungszeitraum ausgeglichenen Ergebnisses bei kostendeckenden Gebühren kann als erreicht angesehen werden.

Die Umstellung und der Einsatz des Digitalfunks erfolgen derzeit - dieser ist nun im einsatztaktischen Wirkbetrieb im Kreis Offenbach. Bedingt durch die noch fehlende Umsetzung beim Land Hessen für die Leitstellentechnik ist auch die ergänzende Technik im Bereich der EDV - Leitstellensoftware - noch nicht umgesetzt. Im Rahmen dieser Umstellung wurde ein Servicepoint als Ansprechpartner für alle Feuerwehren und Hilfsorganisationen im Kreis Offenbach eingerichtet. Für alle Digitalfunkgeräte werden hier die BOS-Sicherheitskarten beantragt, ausgegeben und verwaltet. Bisher wurden 1.423 Sicherheitskarten durch die Anwender abgerufen. Ebenso werden alle Anfragen und Störungsmeldungen der Nutzer hier gesammelt und dann an die Landesbetriebsstelle weitergeleitet.

Die rettungsdienstliche Versorgung im Kreis Offenbach erfüllt die gesetzlichen Vorgaben. Nach der Auswertung der Hilfsfristen wurde im Jahr 2013 ein durchschnittlicher Hilfsfristerreichungsgrad im Kreis Offenbach von 90,8 % nach 10 Minuten, von 95,3 % nach 12 Minuten sowie von 97,3 % nach 15 Minuten ermittelt. Die Vorgaben des Landes Hessen werden damit eingehalten. Es finden regelmäßig Überprüfungen statt.

3. Finanzlage

Die im Geschäftsjahr eingetretenen Zahlungsströme gehen aus der folgenden zusammengefassten Kapitalflussrechnung hervor:

	2013 in T€	2012 in T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	+123	+62
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-89	-67
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-40	-38
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-6	-43
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	+231	+274
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	+225	+231

Die Liquidität war im Geschäftsjahr 2013 jederzeit sichergestellt.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

4. Vermögenslage

Zum Bilanzstichtag weist der Eigenbetrieb gegenüber dem Vorjahr eine um T€ 31 bzw. 2,7 % höhere Bilanzsumme von T€ 1.163 auf. Auf der Aktivseite haben sich die Forderungen um T€ 65 erhöht, wohingegen das Anlagevermögen abschreibungsbedingt um T€ 31 abgenommen hat. Auf der Passivseite haben sich insbesondere die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um T€ 68 erhöht, wohingegen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch planmäßige Darlehenstilgungen zurückgeführt wurden.

5. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Das Hessische Rettungsdienstgesetz wurde im Dezember 2010 vom Hessischen Landtag beschlossen und trat am 1. Januar 2011 in Kraft. Für den wirtschaftlichen Bereich fand die größte Änderung im Bereich der Finanzen statt.

Der § 8 Kosten sagt zum laufenden Betrieb aus, dass diese Kosten die Träger des Rettungsdienstes (= Kreis Offenbach) tragen. Allerdings erstattet das Land Hessen jährlich nur noch die Kosten in Höhe von 0,20 € pro Einwohner. Seit 2011 beläuft sich der Zuschuss des Landes Hessen damit nur noch auf ca. € 67.000 nach zuvor € 108.000. Zur Kostendeckung wurde vom Kreistag eine Anpassung der Rettungsdienstgebühr auf 36,40 € ab 1. Juli 2013 (bisher € 22,33) beschlossen.

Der Digitalfunk ist seit dem Jahr 2012 im Kreis Offenbach in der Einführung - hier werden entsprechende Umstellungen der Systeme notwendig werden, die einen erheblichen Aufwand für die Zentrale Leitstelle bedeuten und das bisherige analoge System ablösen. Die Ausschreibung der Technik erfolgt vom Land - mit einer Installation ist frühestens 2015 zu rechnen.

Der Auftrag über die Erweiterung der Leitstellen-Software ISE über € 100.000,00 – veranschlagt im Wirtschaftsplan mit Genehmigung des Landes Hessen einschließlich der Rückerstattung vom Land - wurde erteilt.

Vom Betriebsteil Notarztstandorte gibt es wenig zu berichten. Die eingespielten Strukturen laufen und die wirtschaftliche Lage ist stabil. Im Jahr 2013 wurde für den letzten Standort ein neues Beatmungsgerät angeschafft, von dem das moderne Beatmungsmuster beherrscht und das Behandlungsspektrum erweitert wird.

Bei der - staatlich anerkannten - Rettungsdienstschule wurde im Berichtsjahr ein Rettungsassistenten- und ein Rettungssanitäter-Kurs abgeschlossen, zusätzlich auch ein Stauffenbergkurs (Rettungssanitäter für die Schule) erfolgreich beendet.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

5. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Am 25. April 2014 positionierte sich die Rettungsdienstschule landesweit durch die Veranstaltung der 1. hessenweiten Expertenrunde zum Thema Ausbildung Notfallsanitäter. Unter den Teilnehmern waren Vertreter des Regierungspräsidiums, des Sozialministeriums, sämtliche hessischen Schulleiter und ärztlichen Leiter. In der Folge beteiligte sich das Leitungsteam der Schule an der weiteren Ausarbeitung der Ausbildungs- und Prüfungsleitlinien durch Teilnahme an unzähligen Arbeitsgruppen und weiteren Expertenrunden. Vorerst der Höhepunkt in dieser Reihe war die erste hessische Notfallsanitäterprüfung in Frankfurt, bei der ein Großteil der Prüfungskommission durch unsere Schule besetzt wurde. Dies dürfte wohl die erste rechtmäßige Prüfung bundesweit gewesen sein.

Parallel machte sich die Schule auch einen Namen bei der Ausbildung von Lehrkräften. Derzeit läuft der zweite Pädagogen-Lehrgang mit Teilnehmern aus ganz Hessen, der im Jahr 2014 abgeschlossen wird.

In 2014 liegt der Schwerpunkt auf der Ausbildung von Notfallsanitätern. Die Schule wird sämtliche Ausbildungs- und Ergänzungsformate zu diesem Thema anbieten und an anderen Schulen in der Prüfungskommission mitwirken. Hierzu sind umfangreiche Kooperationen nötig, seien es Kliniken für die Praktika, Leistungserbringer zur Kundenbindung oder Lehrrettungswachen.

Aufgrund der Änderung des Bereichsplanes erfolgte die Übertragung der neuen Aufgabe im Rettungswachenbereich Obertshausen zum 1. Januar 2014. Hierfür erfolgten die Vorbereitungen und Umsetzungen im Bereich des Ausstattung und Ausrüstung. Mit den Kostenträgern (Krankenkassen) wurde hierfür einvernehmlich ein Budget für 2014 verhandelt.

Beim Thema Ärztlicher Bereitschaftsdienst wurde die vom Hessischen Landkreistag vorgesehene Kooperation von Seiten der Kassenärztlichen Vereinigung abgelehnt. Derzeitiger Sachstand ist, dass die KV eigenständige Zentralen aufgebaut hat bzw. noch aufbauen will, aber damit leider die notwendige Synergie mit dem Rettungsdienst fehlt. Leider ist dies nicht bürger- bzw. patientenorientiert und die notwendige Vernetzung ist somit nicht vorhanden. Dieses Thema wird derzeit noch auf Ebene des Landkreistages behandelt.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

5. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Im zweiten Halbjahr 2014 und ersten Quartal 2015 sollen in mehreren Veranstaltungen alle Rettungsassistenten des öffentlichen Rettungsdienstes im Kreis Offenbach in zweitägigen intensiven Workshops unter professioneller Moderation zum Thema "Interkulturelle Kompetenz im Rettungsdienst" fortgebildet werden. Die Veranstaltungen werden inhaltlich zusammen mit dem Fachdienst Integration des Kreises Offenbach koordiniert und finden in den Räumen der Rettungsdienstschule statt. Ziel soll es sein, wertfrei Informationen zu verschiedenen herkunftsbedingten und der deutschen Kultur mitunter fremden Sichtweisen, Wertvorstellungen, etc. zu vermitteln, um z.B. Missverständnisse, unnötiges Entstehen von Aggression an der Einsatzstelle, etc. im Sinne einer verbesserten Patientenversorgung zu vermitteln.

6. Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Sonstige wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, über die zu berichten wäre, haben sich nicht ereignet.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

K. Bilanz

	2013	2012	Veränderung	2011
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen	19.332	24.728	-5.396	20.304
Immaterielle Vermögensgegenstände	19.332	24.728	-5.396	20.304
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	162.972	186.478	-23.506	209.987
Maschinen und maschinelle Ausstattung	69.368	78.854	-9.486	112.279
Betriebs- und Geschäftsausstattung	84.691	76.778	7.913	104.066
Sachanlagevermögen	317.031	342.110	-25.079	426.332
Anlagevermögen	336.363	366.838	-30.475	446.636
Vorräte	7.937	7.937	0	13.228
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	522.708	524.923	-2.214	385.653
Forderungen gegen den Träger	66.559	0	66.559	50.913
Sonstige Vermögensgegenstände	4.625	1.740	2.885	1.740
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	601.829	534.599	67.230	451.534
Kassenbestand + Guthaben bei Kreditinstituten	225.333	230.857	-5.524	273.939
Umlaufvermögen	827.162	765.456	61.706	725.473
	1.163.525	1.132.294	31.231	1.172.109

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

K. Bilanz (Fortsetzung)

	2013	2012	Veränderung	2011
	in €	in €	in €	in €
Passiva				
Stammkapital	51.129	51.129	0	51.129
Allgemeine Rücklage	73.000	73.000	0	73.000
Zweckgebundene Rücklage	127.600	127.600	0	127.600
Rücklagen	200.600	200.600	0	200.600
Gewinn-/Verlustvortrag	61.804	61.643	161	55.453
Verwendung für Einstellung in Rücklagen	0	0	0	0
	61.804	61.643	161	55.453
Jahresgewinn/-fehlbetrag	4.325	161	4.164	6.190
Gewinn	66.129	61.804	4.325	61.643
Eigenkapital	317.858	313.534	4.325	313.373
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	25.497	46.573	-21.076	67.649
Sonstige Rückstellungen	595.194	597.316	-2.122	571.734
Rückstellungen	595.194	597.316	-2.122	571.734
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	55.653	95.328	-39.674	133.208
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	144.962	77.219	67.743	83.283
Sonstige Verbindlichkeiten	3.402	2.325	1.078	2.863
Verbindlichkeiten	204.018	174.872	29.146	219.354
Rechnungsabgrenzungsposten	20.958	0	20.958	0
	1.163.525	1.132.294	31.231	1.172.109

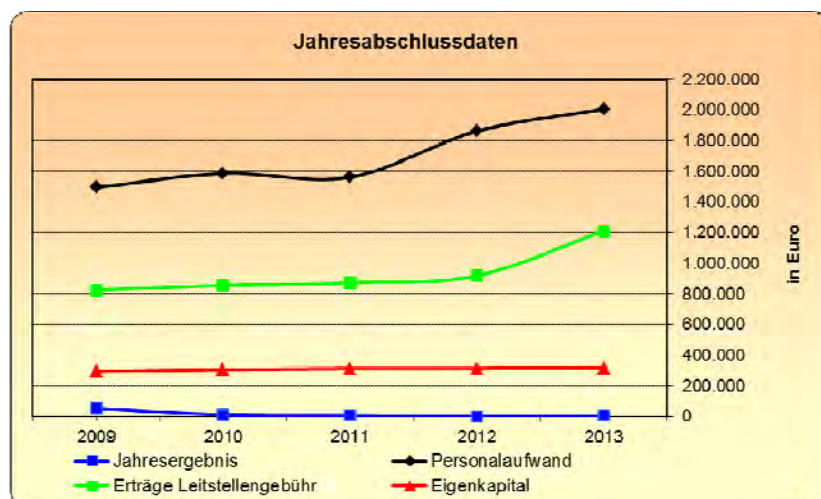
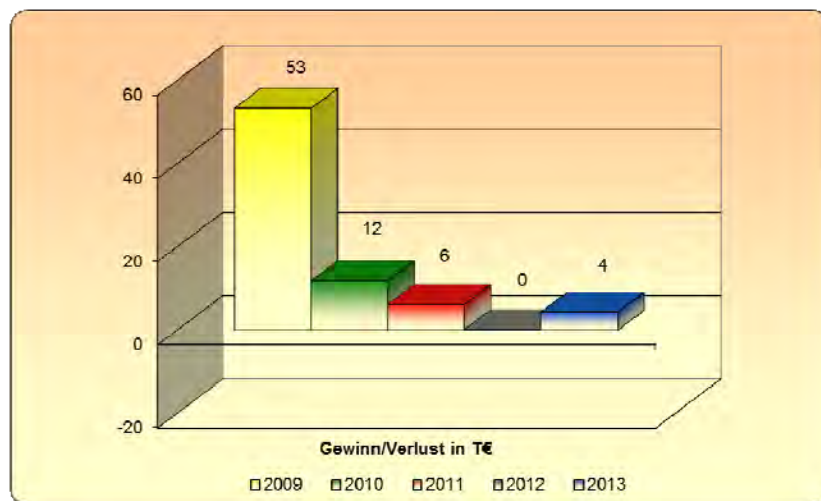
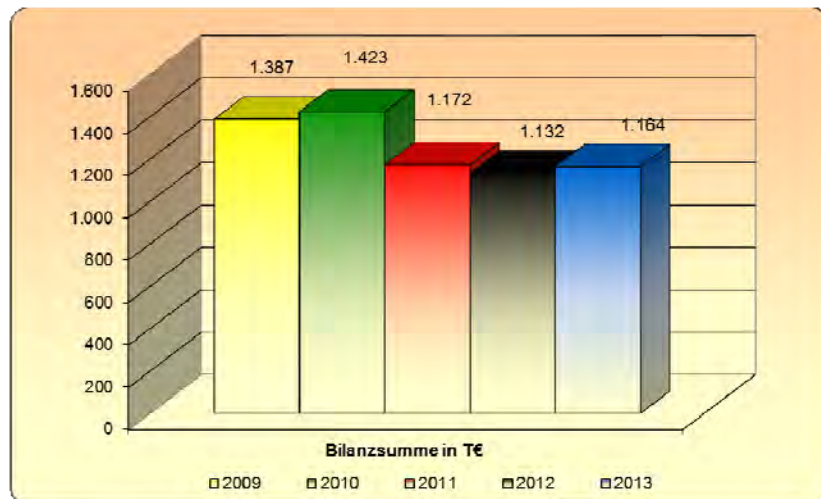
Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

L. Gewinn- und Verlustrechnung

	2013	2012	2011
	in €	in €	in €
Erträge Leitstellengebühren	1.212.252	919.951	873.438
Erträge Notarzteinsatzgebühren	2.087.471	1.880.040	1.512.035
Eigenanteil Kreis Offenbach	216.057	184.140	167.106
Zuschüsse Personalkostenanteil Land Hessen	67.427	67.427	67.427
Sonstige betriebliche Erträge	117.081	214.102	343.860
Umsatzerlöse	3.700.288	3.265.661	2.963.866
Materialaufwand			
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	124.580	66.785	84.139
Aufwendungen für bezogene Leistungen	757.728	733.073	739.096
	882.307	799.858	823.235
Personalaufwand			
Gehälter	1.602.164	1.503.942	1.226.697
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	405.457	359.208	335.242
	2.007.622	1.863.150	1.561.939
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	119.370	147.190	148.823
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	21.076	21.076	21.077
	98.294	126.114	127.746
Sonstige betriebliche Aufwendungen	704.075	472.017	441.729
Zinsen und ähnliche Erträge	300	1.399	4.444
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.386	5.179	6.892
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.905	741	6.770
Sonstige Steuern	580	580	580
Jahresgewinn/-fehlbetrag	4.325	161	6.190

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

Anschrift	Werner-Hilpert-Straße 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/8180-1240, -1241
Telefax	06074/8180-8910
E-Mail	servicecenter@proarbeit-kreis-of.de
Internet	www.proarbeit-kreis-of.de

Die Angaben zur Anstalt öffentlichen Rechts beziehen sich grundsätzlich auf das Jahr 2013 mit Ausnahme der Angaben zu „G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises“ (= 2014)

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	Anstalt öffentlichen Rechts
Gründungsdatum	12. Dezember 2007
Satzung	Die Satzung datiert vom 12. Dezember 2007 und ist gültig in der vom Verwaltungsrat am 12. Dezember 2013 beschlossenen Fassung.

B. Zweck der Anstalt öffentlichen Rechts

Mit der Gründung der Anstalt verfolgt der Kreis vorrangig die Ziele:

- auf kommunaler Ebene die Aufgaben als Optionskommune nach dem SGB II effektiv, wirtschaftlich und zügig umzusetzen;
- die im Feld der Beschäftigungsförderung bestehenden Finanzbeziehungen transparent darzustellen und damit den Mitteleinsatz zielgenau zu steuern und zu optimieren;
- die Personalhoheit im Bereich der Aufgabenerfüllung nach dem SGB II weitgehend in die Anstalt zu verlagern und damit eine effiziente, an den Erfordernissen der Beschäftigungsförderung ausgerichtete Personalpolitik mit der Möglichkeit der schnellen und flexiblen personalwirtschaftlichen Entscheidungsdurchsetzung zu ermöglichen.

Der Kreis überträgt der Anstalt „Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) die ihm im Rahmen des Gesetzes obliegenden Aufgaben und Zuständigkeiten als Optionskommune nach dem SGB II. Dies betrifft auch hoheitliche Aufgaben. Insoweit kann die Anstalt selbständig Verwaltungsakte erlassen. Die Führung der sozialgerichtlichen Verfahren verbleibt beim Kreis.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

B. Zweck der Anstalt öffentlichen Rechts (Fortsetzung)

Insbesondere obliegen der Anstalt folgende Aufgaben:

- Bewilligung von Leistungen nach dem SGB II;
- Beantragung, Durchführung und Abrechnung von Maßnahmen, die der Beschäftigungsförderung, Sozialen Betreuung, Aus- und Weiterbildung sowie der Ein- und Wiedereingliederung in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt dienen. Zu den Maßnahmen zählen auch: Beratungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote für Jugendliche; Angebote der betriebsübergreifenden Erstausbildung; Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose; unterstützende Angebote für die Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit;
- Organisation und Durchführung von europäischen, Bundes- und Landes-Projekten, die dem Zwecke der Anstalt dienen.

C. Organe der Anstalt öffentlichen Rechts

Verwaltungsrat

Zusammensetzung des Verwaltungsrates (Stand: 31.12.2013)	
Vorsitzender	Herr Carsten Müller
Stellv. Vorsitzender	Herr Oliver Quilling
Mitglied	Frau Maria Becht
-----,----	Herr Reimund Butz
-----,----	Frau Tina Hobusch
-----,----	Herr Stefan Jaud
-----,----	Frau Hildegard Ripper
-----,----	Herr Michael Schüßler
-----,----	Herr Dieter Zimmer

Im Wirtschaftsjahr 2013 beliefen sich die Verwaltungsratsvergütungen auf € 1.610,00 (2012: € 2.771,00).

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

C. Organe der Anstalt öffentlichen Rechts (Fortsetzung)

Vorstand

Vorstand (Stand: 31.12.2013)	
Vorstand	Herr Boris Alexander Berner

Die Gesamtbezüge des Vorstands im Wirtschaftsjahr 2013 beliefen sich auf € 117.336.

D. Träger

Träger	Anteil in %
Kreis Offenbach	100,00

E. Beteiligungen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Anstalt öffentlichen Rechts bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Trägerschaft des Kreises Offenbach an der Anstalt öffentlichen Rechts handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung.

Die rechtliche Grundlage für die Gründung der Anstalt öffentlichen Rechts ist das Hessische Offensiv-Gesetz in der Fassung vom 14.12.2006 (GVBl. I S. 666) §§ 2b ff.

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Teilergebnishaushalt

Produkt Personalverwaltung 11.01.02

Kostenersatzleistungen und –erstattungen

(alle Beträge in €)

Buchungsstelle	2014	2013	2012
Verwaltungskostenerstattung SGB II - Overheadkosten Buchungsstelle 11.01.02.54800020	190.000	190.000	190.000

Produkt Drittmittel 50.10.01

Kostenersatzleistungen und –erstattungen

(alle Beträge in €)

Buchungsstellen	2014	2013	2012
Erstattung vom Bund Personal- und Sachkosten SGB II Buchungsstelle 50.10.01.54800050	20.647	22.666	18.889
Kostenerstattung Frauenhaus Buchungsstelle 50.10.01.54840040	100.000	80.000	202.464

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

(alle Beträge in €)

Buchungsstelle	2014	2013	2012
Sonstiger Sachaufwand SGB II Buchungsstelle 50.10.01.69930110	24.348	26.729	4.303

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

(alle Beträge in €)

Buchungsstelle	2014	2013	2012
Zuweisung Pro Arbeit - für Leistungen als kostenerstattungspflichtiger Träger Frauenhaus Buchungsstelle 50.10.01.71710010	0	120.000	200.474

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Drittmittel 50.10.01 (Fortsetzung)

Transferaufwendungen

(alle Beträge in €)

Buchungsstellen	2014	2013	2012
Zuweisung Pro Arbeit - für psychosoziale Betreuung Frauenhaus Buchungsstelle 50.10.01.72710000	240.000	260.000	268.654
Zuweisung Pro Arbeit – Arbeitsmarktbudget für psychosoziale Betreuung Frauenhaus Buchungsstelle 50.10.01.72710010	85.000	100.000	118.268

Produkt Arbeitsmarktintegration nach SGB II (aktive Leistungen) 50.20.01 (alle Beträge in €)

Summenzeilen	2014	2013	2012
Summe der ordentlichen Erträge	23.922.014	24.637.382	25.250.649
Summe der ordentlichen Aufwendungen	24.030.578	23.338.712	24.998.871
Jahresergebnis vor internen Leistungsverrechnungen	-108.564	1.298.670	251.778
Jahresergebnis nach internen Leistungsverrechnungen	-110.950	1.298.670	251.778

**Produkt Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II (passive Leistungen) 50.20.02
(alle Beträge in €)**

Summenzeilen	2014	2013	2012
Summe der ordentlichen Erträge	64.000.000	65.000.000	60.400.000
Summe der ordentlichen Aufwendungen	64.014.830	65.000.000	60.400.000
Jahresergebnis vor internen Leistungsverrechnungen	-14.830	0	0
Jahresergebnis nach internen Leistungsverrechnungen	-15.787	0	0

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Originäre Kreisleistungen nach dem SGB II 50.20.03 (alle Beträge in €)

Summenzeilen	2014	2013	2012
Summe der ordentlichen Erträge	24.942.351	27.790.726	27.746.820
Summe der ordentlichen Aufwendungen	63.232.109	66.591.839	63.499.452
Jahresergebnis vor internen Leistungsverrechnungen	-38.289.758	-38.801.113	-35.752.632
Jahresergebnis nach internen Leistungsverrechnungen	-39.271.365	-39.709.087	-35.752.632

Produkt Wirtschaftliche Jugendhilfen nach dem KJHG 51.10.01

Transferaufwendungen

(alle Beträge in €)

Buchungsstelle	2014	2013	2012
Kosten der Betreuung von Tagespflegekindern § 16a SGB II - Buchungsstelle 51.10.01.72500200	0	20.000	19.000

Produkt Berufswegebegleitung 51.40.04

Transferaufwendungen

(alle Beträge in €)

Buchungsstelle	2014	2013	2012
Zuweisung des Landes - Ausbildungsbudget Buchungsstelle 51.40.04.72100100	590.200	720.800	456.782

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung 65.03.01

Kostenersatzleistung und –erstattungen

(alle Beträge in €)

Buchungsstelle	2014	2013	2012
Verwaltungskostenerstattung SGB II – Arbeitsplatzkosten - Buchungsstelle 65.03.01.54850020	955.866	1.108.804	1.073.431

Produkt Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung 65.03.01

Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen

(alle Beträge in €)

Buchungsstelle	2014	2013	2012
Zuweisung Bund für Projekt Ü 50 Buchungsstelle 65.03.01.54200050	0	50.000	115.466

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2013 und 2014 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2012 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2013	2012	2011
Verbindlichkeiten	470.644	446.101	426.696

Berichtsjahr 2013	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	446.101
Zunahmen	24.543
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	470.644

keine

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013

1. Einleitung

Seit dem 1. Januar 2008 ist im Kreis Offenbach die Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) als Kommunales Jobcenter für die Grundsicherung für Arbeitsuchende im Bereich des SGB II verantwortlich. Um regelmäßig über den Stand der Umsetzung des SGB II zu berichten, werden relevante Daten kontinuierlich erhoben, ausgewertet und veröffentlicht.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

2. Entwicklung der Fallzahlen

Am 31. Dezember 2013 betreute die Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) insgesamt 10.348 Bedarfsgemeinschaften (BG). Waren es im Vorjahr 10.206, so kamen 142 Bedarfsgemeinschaften (1,4%) neu hinzu. Die Anzahl und Zusammensetzung der Personen in den Bedarfsgemeinschaften sind nahezu gleichgeblieben. Nach wie vor stellen die Single-Haushalte mit rund 47% die größte Gruppe dar. In rund 43% aller Bedarfsgemeinschaften leben Kinder.

Am 31. Dezember 2013 leben insgesamt 14.809 erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Vorjahr 14.669) in den Bedarfsgemeinschaften. 2.802 Jugendliche und junge Erwachsene gehören zur Altersgruppe 15 bis 24 Jahre (Vorjahr 2.827); ihr Anteil beträgt knapp ein Fünftel. 3.417 Personen sind über 50 Jahre alt und älter (Vorjahr 3.420); das sind knapp ein Viertel aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Den größten Anteil mit 8.590 Personen mit rund 58% stellt das mittlere Alterssegment von 25 bis 49 Jahren dar.

Die Bundesagentur für Arbeit weist für den Kreis Offenbach im Rechtskreis des SGB II im Dezember 2013 insgesamt 5.273 Arbeitslose aus (Vorjahr 5.469). Von diesen sind 415 (7,9%) jünger als 25 Jahre und 1.659 Personen (31,5%) 50 Jahre und älter.

Im Vorjahr am 31. Dezember 2012 waren 5.469 Personen arbeitslos (SGB II) gemeldet. Die Anzahl der Arbeitslosen hat sich innerhalb eines Jahres um 196 auf 5.273 Personen reduziert. Das Ergebnis zeigt, dass der Bestand an Arbeitslosen rückläufig ist (-3,6%).

3. Integration in den Arbeitsmarkt

Im Jahr 2013 wurden 6.618 erwerbsfähige Leistungsberechtigte in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt. Durchschnittlich monatlich waren das 552 Vermittlungen. Im Vergleich zum Vorjahr (6.856) ergab sich ein Minus von 238 Vermittlungen (-3,5%). Weitere 488 erwerbsfähige Leistungsberechtigte begannen eine Ausbildung. 7.106 Personen wurden insgesamt in den ersten Arbeitsmarkt integriert.

Durch die Förderung der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) konnten 1.441 Personen vermittelt werden, die jünger als 25 Jahre waren. Davon wurden 401 junge Erwachsene erfolgreich in ein Ausbildungs- und 1.040 in ein Beschäftigungsverhältnis vermittelt.

In der Zielgruppe älter als 25 Jahre wurden 5.665 Vermittlungen erreicht, wobei diese nach Integrationen in Arbeit und Ausbildung getrennt dargestellt sind.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

Im Mai 2011 veröffentlichte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) Kennzahlen gemäß § 48a SGB II zur Beurteilung der Vermittlungserfolge. Einerseits dienen die verschiedenen Kennziffern und ihre Ergänzungsgrößen zur Überprüfung der Zielerreichung und andererseits sollen die Leistungen miteinander vergleichbar sein. Die dafür erforderlichen Daten werden von der Bundesagentur für Arbeit (BA) monatlich im Internet veröffentlicht.

In der Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist dokumentiert, für welche Arbeitsmarktpolitischen Instrumente (API) und in welchem Umfang Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II bei der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) verwendet wurden. Die zu Grunde liegenden Personen- und Förderungsdaten werden im Rahmen der Maßnahmen erhoben. Eine Förderung liegt vor, wenn für eine Person bzw. innerhalb der Teilnahme an einer Maßnahme der aktiven Arbeitsförderung eine Zahlung geleistet wird. Gemäß den Vorgaben der BA werden nur Teilnahmen gezählt, keine individuellen Personen. Eine einzelne Person, die zeitgleich mehrere Förderleistungen erhalten hat, ist in der vorliegenden Statistik mehrfach gezählt worden.

Trotz gravierender Budgetkürzungen um rund 30% seit 2010 wurden insgesamt 34.221 Teilnahmen im Jahr 2013 gezählt. Im Vergleich zum Vorjahr mit 36.007 Teilnahmen ergab sich angesichts der Kürzungen ein Minus (-5,0%). Grundsätzlich sind die arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu Förderarten (vgl. Abb. 8) zusammengefasst. Zwei Fünftel der Maßnahmen wurden als sonstige Förderung (Bundes- und Landesprogramme, BAMF sowie Europäischer Sozialfonds (ESF)) fremdfinanziert. Mehr als ein Drittel aller Maßnahmen ist direkt auf die Verbesserung der Aktivierungs- und Integrationschancen in den ersten Arbeitsmarkt gerichtet. 10% der Förderungen betrafen die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, wobei sich 2% auf die Berufsauswahl und Ausbildung bezogen. Die Lösungsansätze unterscheiden sich in ihren Zielen: so haben z.B. mit Eingliederungszuschüssen geförderte Arbeitnehmer, d.h. als Beschäftigung begleitende Maßnahme, einen ersten Erfolg zum Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt bereits erzielt.

Für die unter 25-Jährigen wurden 5.793 Teilnahmen in Maßnahmen gefördert. Im Vergleich zum Vorjahr (5.994) waren dies rund 3% Teilnahmen weniger. Rund ein Drittel aller Förderungen (37,3%) war auf Aktivierung und Eingliederung ausgerichtet. Die Berufsauswahl und Berufsausbildung betrafen rund 13% der Förderungen. Die sonstige Förderungsart betrug weniger als die Hälfte aller Förderungen (45,0%).

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

Insgesamt wurden 584 Praktikumsabschlüsse (Vorjahr 735) als Vermittlungen in den zweiten Arbeitsmarkt erzielt. Durchschnittlich monatlich waren dies rund 49 erwerbsfähige Leistungsberechtigte.

3.1 Abteilung Jobcoaching U25 und 25PLUS

Die Abteilung Jobcoaching ist organisatorisch nach Zielgruppen gegliedert. Erstens gehört dazu die Gruppe der unter 25-Jährigen (U25), für die in zwei Sachgebieten zwei Leitungskräfte und rund 23 Beschäftigte arbeiten. Für die zweite Zielgruppe der über 25-Jährigen (25PLUS) sind drei Sachgebiete mit den Sachgebietsleitungen sowie rund 55 Beschäftigte zuständig.

Im Jahr 2013 war es noch wichtiger als in der Vergangenheit, dass die Führungs- und Fachkräfte im Jobcoaching gemeinsam die Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zielgruppen- und fachspezifisch konzipieren. Schwerpunktmäßig erfolgte dies mit Eingliederungsinstrumenten nach § 45 SGB III, d. h. Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, sowie mithilfe des Bildungsgutscheines nach § 81 SGB III. Aufgrund des reduzierten Budgets für Eingliederungsleistungen waren die vorhandenen Mittel vollständig auszugeben und Leerkosten zu vermeiden. Dank enger Planung und Abstimmung mit dem Maßnahmencontrolling (API) konnte die Zielsetzung erreicht werden, das abteilungsbezogene Budget komplett auszuschöpfen.

Für die Zielgruppe der unter 25-Jährigen (U25) steht der Übergang in Ausbildung und Arbeit im Vordergrund. Mit den Schülern im letzten Schuljahr waren ihre schulische Weiterentwicklung bzw. der Übergang in Ausbildung zu klären. Der Arbeitgeberservice (AGS) hat hier die Aufgabe, die Vermittlung in Ausbildung möglichst effizient und erfolgreich zu unterstützen. Insgesamt wurden 401 Jugendliche bzw. junge Erwachsene in eine Ausbildung vermittelt, 539 nahmen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf und 459 bekamen einen Minijob.

Interne Gruppenveranstaltungen im Jobcoaching gewinnen immer mehr an Bedeutung. Einerseits sollen Kunden durch Beschäftigte aus dem Jobcoaching in Gruppenveranstaltungen aktiviert werden, ohne dass auf Unterstützung externer Firmen zugegriffen und zusätzliche Kosten verursacht werden. Angesichts der eklatanten Budgetkürzungen sollen Kunden andererseits unter der Anleitung der Jobcoaches im sozialen Kontext angeregt werden, ihre Erfahrungen untereinander auszutauschen und selbstständig Bewerbungsprozesse zu initiieren.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.1 Abteilung Jobcoaching U25 und 25PLUS (Fortsetzung)

Derzeit richten sich die Gruppenveranstaltungen an Direktvermittlungskunden und solche, die sich aktiv im Bewerbungsprozess befinden. Jeder fünfte Teilnehmende wurde erfolgreich vermittelt.

Die Jobmesse Zeitarbeit fand im Frühjahr 2013 zum siebten Mal statt, um dem großen Anteil an Zeitarbeitsstellen am Arbeitsmarkt Rechnung zu tragen. Von rund 1000 zugewiesenen Leistungsberechtigten aus dem Jobcoaching nahmen ca. 500 Personen daran teil und stellten sich den 16 teilnehmenden Firmen vor. Insgesamt wurden 822 Personen in Zeitarbeit vermittelt, das sind rund 16% vom Gesamtanteil der Vermittlungen. Rund 270 Einstellungen erfolgten im Jahr 2013 durch Firmen der Zeitarbeit, die an der Messe teilgenommen hatten. Auch noch nach drei Monaten waren rund 100 erwerbsfähige Leistungsberechtigte in den Arbeitsmarkt vermittelt. Dieser Wert entspricht den Vermittlungserfolgen, die in der Vergangenheit erzielt worden sind.

Fünf Kompetenzteams wurden 2011 gegründet, um die Integrationszahlen zu steigern. Jedes Kompetenzteam befasst sich thematisch mit einer Gruppe von Leistungsberechtigten im SGB II-Bezug mit vergleichbaren Eigenschaften. Dazu gehören die „Migranten“, „Alleinerziehende“, Frauen, „Kinderbetreuung“, „Schwerbehinderte“, „Geringfügig Beschäftigte“ und „Langzeitleistungsbezieher“. In jedem Kompetenzteam arbeiten je eine Sachgebietsleitung und Beschäftigte mit Unterstützung der „Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt“ (BCA) zusammen.

Im Kreis Offenbach lebt ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Diese haben spezifische Problemlagen wie bspw. mit der Sprache, Qualifikation oder Familie. Das Kompetenzteam „Migranten“ hat daher eine detaillierte Informationsbroschüre „Migranten im Leistungsbezug des SGB-II“ erstellt, die anlässlich des „Tages der Jobcenter 2013 in Berlin“ präsentiert wurde. Vom Controlling wurden regelmäßig Statistiken und Auswertungen zur Verfügung gestellt. Ein Handlungsleitfaden ist vor dem Hintergrund des am 1. April 2012 in Kraft getretenen Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (BQFG) zur Anerkennung von ausländischen Berufs- und Bildungsabschlüssen überarbeitet worden. Von 414 vorbereiteten Anerkennungsverfahren wurden 41 abgeschlossen: 17 erreichten die Anerkennung bzw. 24 die Nichtanerkennung der Abschlüsse. Im Bereich der Maßnahmen wurden die „Berufsbezogene Sprachförderung“ und „Alpha-Kurse“ in Verbindung mit dem ESF-BAMF-Programm ausgearbeitet. Mit dem Integrationsbüro des Kreises Offenbach sowie den Beschäftigten der Migrantenberatung des Bildungshauses Dietzenbach bestand reger Austausch.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.1 Abteilung Jobcoaching U25 und 25PLUS (Fortsetzung)

Für die Aktivierung und Vermittlung von Frauen und Alleinerziehenden in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung setzt sich das Kompetenzteam „Alleinerziehende, Frauen, Kinderbetreuung“ ein. Ihr Fokus richtete sich auf der Durchführung qualitativ hochwertiger Maßnahmen mit integrierter Kinderbetreuung in Teilzeit („Job und Kind“), Qualifizierungsangebote zur nachhaltigen Vermittlung sowie Verbesserung der Kinderbetreuung.

Die Aktivitäten und Angebote für Frauen und Alleinerziehende im SGB II-Bezug wurden insgesamt verstärkt. Ein Flyer für Alleinerziehende wurde entwickelt, um über das Leistungsangebot zu informieren. Die neu eingeführte Sprechstunde für Alleinerziehende fand rege Nachfrage: Überwiegend wurden Fragen zu Trennung und Scheidung bzw. zu Kinderbetreuung und deren Kostenübernahme gestellt. Zur Aktivierung von Müttern und Vätern in der Elternzeit wurden Gruppeninformationen durchgeführt und eine ESF-Maßnahme geplant. Die Jobcoachs bekamen eine Checkliste, um die Beratungsgespräche nach den Gruppeninformationen besser durchführen zu können. Des Weiteren wurde eine Broschüre entworfen, die über Maßnahmen, Beratungsstellen und Aktivitäten informiert. Die Vernetzung mit den Frauenbeauftragten der einzelnen Kommunen im Kreis Offenbach sowie dem Bildungshaus in Dietzenbach wurde gefestigt, das für Frauen berufliche und familiäre Förderung anbietet.

Das dritte Kompetenzteam ist Ansprechpartner für die Beschäftigten zum Thema „Schwerbehinderte“, das sie zu den verschiedenen Fördermöglichkeiten (SGB III, 4. Hessisches Schwerbehindertengesetz, Initiative Inklusion) informierte. Wesentliche Veränderung war die neu benannte Schwerbehindertenbeauftragte, die z. T. eine zeitliche Freistellung hat. Die Aufgaben des Kompetenzteams wurden ihr größtenteils übertragen, was zu einer zentraleren, optimierten Abarbeitung der bereits im Vorjahr dargestellten Aufgabenstellungen führte. Die Schwerbehindertenbeauftragte nahm als Vertreterin der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) – Kommunales Jobcenter auch an externen Veranstaltungen zum Thema Schwerbehinderung teil. Für eine abteilungsübergreifende Betreuung der schwerbehinderten Leistungsempfänger wurde eine Arbeitsgruppe gegründet. Neben der Schwerbehindertenbeauftragten gehören dazu die Vertreter aus den Abteilungen Jobcoaching, 50PLUS, Arbeitsmarktpolitische Instrumente (API) und Arbeitgeberservice (AGS). Die Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit der Konzeption von Hilfsangeboten sowie einer Marketingstrategie, die den Fokus potentieller Arbeitgeber auf die Zielgruppe lenkt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.1 Abteilung Jobcoaching U25 und 25PLUS (Fortsetzung)

Zielsetzung des Kompetenzteams „Geringfügig Beschäftigte“ ist es, Leistungsberechtigte mit einer geringfügigen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu integrieren, um den SGB II-Bezug zu beenden. Mit Unterstützung des Arbeitgeberservice (AGS) wurde der jeweilige Beschäftigungsumfang einzelner Kunden bei Arbeitgebern in der Vergangenheit erfragt. Angaben der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten wie z. B. Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund, Förderziel, Dauer der Arbeitslosigkeit, aktuelle DKZ etc. und zu ihrem Beschäftigungsumfang sowie Arbeitgebern wurden erfasst. Gemeinsam mit den Kunden wird als nächster Schritt überlegt, wie sie selbstständig durch eigenverantwortliches Handeln eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bekommen können. Möglich wäre auch, dass sie die derzeit geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit mindestens 20 Stunden erhöhen bzw. ein weiteres geringfügiges Beschäftigungsverhältnis aufnehmen.

Zum Thema „Langzeitleistungsbezieher“ begann das Kompetenzteam in comp.ASS seinerzeit die Betreffenden zu identifizieren. Für rund 20% der Langzeitleistungsbezieher bestand z. B. durch Elternzeit keine Integrationsmöglichkeit. Bei weiteren 80% zeigten sich Faktoren, welche die Integrationschancen direkt beeinflussen: Rund die Hälfte (40%) hat gesundheitliche Einschränkungen. Einem Viertel (26%) fehlt es an Motivation. Die „Langzeitleistungsbezieher“ bilden in sich keine homogene Zielgruppe ab, sondern sind eng mit anderen Zielgruppen verbunden.

Durch individuelle Beratung und passgenaue Förderung fühlen sich nicht nur Langleistungsbezieher z.T. motiviert. Neben aktivierenden Dialogen und partnerschaftlicher Erarbeitung eines gemeinsamen Ziels wirkt eine höhere Kontaktdichte durch Terminierungen, E-Mails oder Anrufe generell vorteilhaft. Im Jobcoaching üben zwischenmenschliche Beziehungsaspekte als auch die Kontaktdichte und Prozesseinbindung großen Einfluss auf den Integrationsverlauf aus. In Bezug auf Aktivierung und Integration ist die Konzeption weiterführender Handlungsstrategien insbesondere im Rahmen der Kompetenzteams im Jobcoaching unbedingt fortzuführen. Generell konnten auch im Jahr 2013 die Vermittlungszahlen in den ersten Arbeitsmarkt relativ stabil gehalten werden.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.2 Arbeitgeberservice

Der Arbeitgeberservice (AGS) der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) hat im Jahr 2013 insgesamt 318 Personen in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt: 269 in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und 49 Personen in Ausbildung. Im Vergleich zum Vorjahr (663) erzielte der AGS 52% weniger Integrationen.

Für die strategische Neuausrichtung des AGS wurde im April 2013 das „bewerberorientierte Vermittlungskonzept“ (BWO) implementiert. Als neue Arbeitsweise erfordert diese einen erheblich höheren Beratungs- und Vermittlungsaufwand, das wirkte sich auf die Vermittlungszahlen aus und führte erwartungsgemäß zu einem deutlichen Rückgang der Integrationen. Vorgesehen ist, dass das Jobcoaching diesen mithilfe der stellenorientierten Vermittlung ausgleicht.

Für jeden der 257 Vermittlungsplätze gelten verbindliche Zusteuerungskriterien: 207 Plätze sind für die Integration in Arbeit und 50 Plätze für die Integration in Ausbildung vorgesehen. Die individuelle Verweildauer beträgt sechs Monate. Im Gegensatz zur klassisch stellenorientierten Vermittlung zielt diese auf die „Direktvermittlungskunden mit erhöhtem Unterstützungsbedarf“, die eine intensive Betreuung benötigen. Für die in 2013 betreuten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten wurde eine 35%-Vermittlungsquote erreicht. Daher hat sich das Konzept der bewerberorientierten Vermittlung bereits in den ersten Monaten nach seiner Einführung bewährt.

Von den Arbeitgebern angebotene Arbeits- und Ausbildungsplätze werden weiterhin vom AGS erfasst und den Jobcoaches zeitnah zur Verfügung gestellt. Die Besetzung offener Arbeits- und Ausbildungsplätze gestaltet sich aufgrund der vielfältigen Problemlagen der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zunehmend schwieriger.

In den Branchen Dienstleistung, Handel, Gebäudereinigung, Lager und Logistik besteht nach wie vor eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften, so dass der AGS in Kooperation mit den Unternehmen regelmäßige Personalauswahlverfahren durchführt. Aufgrund des ebenfalls hohen Arbeitskräftebedarfs am Flughafen Rhein-Main haben der AGS der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) – Kommunales Jobcenter und die Jobcenter der Stadt Offenbach, des Landkreises Darmstadt-Dieburg, der Stadt Wiesbaden und des Landkreises Groß-Gerau gemeinsam eine Jobmesse im Flughafen geplant. 16 Unternehmen präsentierten sich direkt auf der HOLM-Fläche im Frankfurt Airport Center-Gebäude. Zur Jobmesse kamen insgesamt 611 der ca. 1.000 eingeladenen Bewerberinnen und Bewerber.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.2 Arbeitgeberservice (Fortsetzung)

Die Jobcoaches wurden über die im Flughafen spezifischen Anforderungen und Tätigkeitsprofile informiert. Zielsetzung war u. a., dass diese mit Beschäftigten aus anderen Jobcentern und Vertretern der verschiedenen Unternehmen direkt ins Gespräch kommen, um Erfahrungen miteinander auszutauschen und Netzwerke vor Ort zu knüpfen.

Für die beteiligten Arbeitgeberservices der hessischen kommunalen Jobcenter und der Agentur für Arbeit in Offenbach ist die gute Zusammenarbeit in Bezug auf Stellenangebote sehr wichtig. Die Kooperation hat sich im Laufe der Zeit deutlich verbessert. Durch gemeinsame Fachveranstaltungen wollen sie weiterhin Erfahrungen austauschen, von Best Practice-Beispielen lernen und Ideen bündeln sowie sich den Unternehmen als zuverlässige Ansprechpartner präsentieren.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit gab es zusätzliche Marketingaktionen, die sowohl konzeptionell als auch organisatorisch durch den AGS im Verein mit den Abteilungen der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) – Kommunales Jobcenter durchgeführt wurden: dazu gehören bspw. die seit 2007 jährlich durchgeführte Jobmesse Zeitarbeit, die Nachvermittlungsbörse für Jugendliche sowie der Businessstag mit der Wirtschaftsförderung des Kreises Offenbach.

3.3 Abteilung 50PLUS

Als konsequente Weiterentwicklung der bisherigen Erfahrungen und um sich den Herausforderungen einer immer schwerer zu vermittelnden Kundengruppe weiterhin stellen zu können, wurden im Jahr 2013 in der Abteilung 50PLUS die bewerberorientierte Jobvermittlung und ein eigener „Arbeitgeberservice“ eingeführt. Erfahrungen mit der Zielgruppe 50PLUS zeigten, dass die im Projekt betreuten Kunden scheinbar oft direkt vermittelbar wären, allerdings einen hohen Unterstützungsbedarf benötigen. Dabei ist die stellenorientierte Vermittlung häufig kein adäquates Instrument, da oftmals jüngere Bewerbende vorgezogen werden. In der bewerberorientierten Vermittlung jedoch können die Kunden quasi „an die Hand genommen“ werden.

Die Mitarbeiter aus 50PLUS übernehmen für die zu übermittelnden Kunden die Fallhoheit. Besonderheit ist, dass sie gleichzeitig auch Ansprechpartner für die Unternehmen sind. Da sie oft als Türöffner bei Unternehmen tätig sind, erhalten Kunden durch sie häufig die Möglichkeit, sich persönlich vorzustellen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.3 Abteilung 50PLUS (Fortsetzung)

Weiterer Vorteil ist, dass die Beschäftigten bei 50PLUS die Stärken ihrer Kunden sehr gut kennen und dem Arbeitgeber eine intensive Begleitung während und nach der Vermittlungsphase bieten können. Die drei dafür eingesetzten Jobcoaches arbeiten mit einem Fallschlüssel von 1:40. In der Regel dauert diese Begleitung ein halbes Jahr, in Einzelfällen auch bis zu neun Monate. 500 Arbeitgeber im Kreis Offenbach wurden über die bewerberorientierte Jobvermittlung informiert, zunächst per E-Mail und anschließend per Telefon. Von insgesamt 209 waren 68 Kunden bis Ende 2013 vermittelt: Die Vermittlungsquote beträgt 32,5%.

Die Zielvorgaben im Bundesprogramm Perspektive 50plus wurden wieder übererfüllt. Der Zielerreichungsgrad im Finanzierungsmodell B des Kreises Offenbach betrug 105%, der des Gesamtpaktes ProArbeit 50PLUS 92% und des Bundesprogramms 84%. Die Ergebnisse des Finanzierungsmodells C „Impuls“ waren sehr erfolgreich: der Kreis Offenbach erreichte 144%, der Gesamtpakt ProArbeit 50PLUS 112% und das Bundesprogramm Perspektive 50plus 73%.

Für die seit Jahren anhaltend guten Vermittlungserfolge ist der niedrige Betreuungsschlüssel entscheidend. Die Jobcoaches können sich intensiv mit den Belangen der Zielgruppe 50PLUS befassen und umfangreiche Beratung leisten. Der Betreuungsschlüssel lag zum Jahresende 2013 bei 1:85 durchschnittlich, inklusive der passiven Kunden betrug dieser 1:166.

Das „Konzept zum begleitenden Jobcoaching für Langzeitleistungsbezieher“, welches 2011 in Impuls entwickelt wurde, und das „Konzept für Gruppenveranstaltung zur Stärkung der Mitwirkungskompetenz“ erhielten vom Bundesprogramm Perspektive 50plus sehr viel Anerkennung. Das Thema „Mitwirkungsbereitschaft und -kompetenz stärken! – Motivation versus Sanktion“ wurde Jahresschwerpunkt. Veranstaltet wurde auch eine themenbezogene Fachtagung, die unter Beteiligung der Paktpartner am 4. September 2013 in Dietzenbach stattfand. Bundesweit kamen rund 200 Teilnehmende. Hauptsächlich waren dies Beschäftigte aus der operativen Umsetzung, aber auch Paktkoordinatoren aus dem Bundesprogramm der Perspektive 50plus, um sich u. a. über das Konzept der ProArbeit 50PLUS zu informieren. Zum Thema Mitwirkungskompetenz wurde sich im Podium sowie in Vorträgen, Workshops und Präsentationen ausgetauscht.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.3 Abteilung 50PLUS (Fortsetzung)

Große Anerkennung fand neben dem Veranstaltungskonzept auch der erarbeitete Praxisleitfaden. Um einen ganzheitlichen Beratungsansatz zu fördern, wurden verschiedene Methoden aus Sicht der Jobcoaches im Projekt „Impuls 50PLUS“ vorgestellt. Für jede Methode wurden u. a. die Zielsetzung, Zielgruppe, benötigten Ressourcen und Nachhaltigkeit beschrieben.

Das mit Abstand beherrschende Thema bei der Zielgruppe 50PLUS sind gesundheitliche Probleme, die eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt deutlich erschweren. Daher wurde das Konzept für Kunden mit gesundheitlichen Einschränkungen weiterentwickelt. Die Effekte sind positiv: Waren im Vorjahr noch ca. 60% der Kunden gesundheitlich eingeschränkt, so galt dies ein Jahr später für rund die Hälfte aller Kunden. Dank verschiedener, ausgearbeiteter Verfahren gelingt es den Jobcoaches im Umgang mit diesen Kunden immer besser, sie den verschiedenen Förderzielen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend richtig zuzuordnen. Zu den Handlungsstrategien gehören u. a. die beratenden Ärzte für die Jobcoaches sowie intensive Schulungen bezüglich der Verhaltensoptionen im Umgang mit der Kundengruppe sowie regelmäßige Qualitätszirkel etc. Die beratenden Ärzte bearbeiteten insgesamt 1.746 Fälle im Jahr 2013, davon waren 349 Fälle Wiedervorlagen. Die zu überprüfenden Fälle betrafen überwiegend die Altersgruppen der über 25- und über 50-Jährigen.

In 1.381 Fällen wurde die Leistungsfähigkeit geprüft, während für 365 Fälle Gutachten nach Aktenlage erstellt wurden.

3.4 Existenzgründer und Selbstständige

Im August 2013 wurde die neue Organisationseinheit für die Zielgruppe der Existenzgründer und Selbstständigen gegründet. Zunächst lagen die Aufgabenschwerpunkte auf der Zusammenführung der Professionen und Schnittstellenoptimierung im Rahmen der Einheitssachbearbeitung für Selbstständige im Haupterwerb.

Anfang 2013 hat das Sachgebiet S eine Veranstaltung zum Thema „Selbstständige im ALG II-Leistungsbezug“ im Kreishaus Dietzenbach ausgerichtet, um sich im Netzwerk mit rund 20 Beschäftigten benachbarter hessischer Optionskommunen über das Verfahren bezüglich der passiven und aktiven Leistungen auszutauschen. Dazu gehörten die Kreisagentur für Beschäftigung des Landkreises Darmstadt-Dieburg, des Kreisjobcenters Marburg-Biedenkopf, des Jobcenters des Amtes für Soziale Arbeit der Landeshauptstadt

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.4 Existenzgründer und Selbstständige (Fortsetzung)

Wiesbaden, der MainArbeit Stadt Offenbach sowie des Kommunalen Jobcenters Kreis Groß-Gerau. Darüber hinaus wurden Statistiken, Typologien und Handlungsempfehlungen des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vorgestellt sowie Strategien zur Beendigung der Hilfebedürftigkeit für die Zielgruppe erörtert.

Im September 2013 hat auch das Sachgebiet S neue Räumlichkeiten im Forum bezogen. Gleichzeitig gab es weitere Reorganisationen: Das Prinzip der Einheitssachbearbeitung, d. h. ein persönlicher Ansprechpartner für den Kunden bzw. für die Bedarfsgemeinschaft durch Aufgabenerledigung in Personalunion, wurde durch Ausbau des Fallbestandes und der Zuständigkeiten durchgeführt. Dabei wurde das Jobcoaching für Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft bei hauptberuflichen Selbstständigen sowie für die selbstständigen Personen im Nebenerwerb weitestgehend übernommen. Generell gilt: Liegen Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit vor, so ist die Zuständigkeit für die Bedarfsgemeinschaft grundsicherungsseitig immer gegeben. Dies war verbunden mit einer Aufstockung des Teams von sechs auf acht Beschäftigte und einer Qualifizierung im Bereich Jobcoaching. Insgesamt sind drei Professionen bei allen Beschäftigten im Team des Sachgebietes vereint, das sich interdisziplinär zusammensetzt:

- Grundsicherung,
- Selbstständigen- und Existenzgründungsberatung sowie
- Jobcoaching.

Mithilfe dieser Interdisziplinarität soll das Sachgebiet S die folgenden Zielsetzungen erreichen:

- Gewährleistung einer Grundsicherung des Lebensunterhaltes,
- Unternehmensgründungen und -optimierungen,
- Vermittlungen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sowie
- Beendigung oder Reduzierung von Hilfebedürftigkeit.

In Qualitätszirkeln haben sich die Beschäftigten mit dem Beratungskonzept engagiert auseinander gesetzt, wobei die Planung der strategischen Neuausrichtung als Klausurtagung Anfang Dezember 2013 beendet wurde. Schließlich wurden Kundensegmente, Handlungsstrategien sowie zielgruppenspezifische Förderphasen zum fa:z Modell hinzugefügt. Eine Gründerjury wurde konzipiert, die in der Vorprüfung eines Existenzgründungsvorhabens tätig wird.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.4 Existenzgründer und Selbstständige (Fortsetzung)

Auch zukünftig soll die Integrationsarbeit der Einzelberatung vorbehalten bleiben, zugleich sind auch im Sachgebiet S Gruppenveranstaltungen im Rahmen passiver Leistungen zur Informationsvermittlung wie bspw. zur korrekten Einkommensangabe aus selbstständiger Tätigkeit geplant.

Für das Jahr 2014 ist die Umsetzung der inhaltlichen Fortentwicklung geplant. Auf diesem Wege werden die strukturellen Voraussetzungen für die Zielsetzungen im Sinne einer Erfolgskontrolle geschaffen. Bei Bedarf bietet diese die Grundlage für eine Neuausrichtung der individuellen Eingliederungsstrategie mit Transparenz gegenüber dem Kunden.

4. Förderprogramm

Die Arbeitsmarktpolitischen Instrumente im Rahmen des Förderprogramms sollen die Aktivierung und Integration erwerbsfähiger Leistungsberechtigter stärken. Deshalb sind alle Maßnahmen auf Aktivierung und Vermittlung in den Arbeitsmarkt ausgelegt. Unabhängig davon, ob es sich um Einzel- und Gruppenleistungen handelt. Die gesetzlichen Grundlagen des SGB II und SGB III sowie die Bedarfe der Kunden, die Eingliederungsmittel und Anforderungen des Arbeitsmarktes sind grundlegende Voraussetzung.

4.1 Rechts- und Vergabestelle

Die Rechts- und Vergabestelle hat im Laufe des Jahres 2013 mehr als 40 Vergabeverfahren bearbeitet. Bestandteil der Vergabeverfahren waren überwiegend Arbeitsmarktdienstleistungen; in Einzelfällen wurden auch Beratungsleistungen und weitere Dienstleistungen beschafft. Die jeweiligen Vergabeverfahren wurden regelhaft als öffentliche Ausschreibung, im Übrigen als freihändiges Verfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb durchgeführt.

Sämtliche Vergabeverfahren wurden von der Rechts- und Vergabestelle begleitet – diese Begleitung beinhaltete u. a. die Zusammenstellung, rechtliche Prüfung und Bekanntmachung der Vergabeunterlagen, die Teilnahme an Auswahl- und Bewertungsgesprächen sowie die Dokumentation der Verfahren und die Ausarbeitung der entsprechenden Vergabevermerke. Im Anschluss an die Zuschlagserteilung über Arbeitsmarktdienstleistungen war die Rechts- und Vergabestelle ferner in die weiteren internen Prozesse eingebunden, um die Daten zur jeweiligen Maßnahme statistisch

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

4. Förderprogramm (Fortsetzung)

4.1 Rechts- und Vergabestelle (Fortsetzung)

zutreffend zu erheben, zu verarbeiten und abschließend an die Bundesagentur für Arbeit (BA) zu übermitteln (§ 51b SGB II).

Die Rechts- und Vergabestelle hat – in Zusammenarbeit mit den Abteilungs- und Sachgebietsleitungen – die rechtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen bei der Gewährung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes sowie bei der Gewährung von Leistungen zur Eingliederung in Arbeit geprüft. Soweit Sachverhalte mit übergreifender Bedeutung festgestellt wurden, erfolgte die Entwicklung und Ausarbeitung entsprechender Vertragsbedingungen, Handlungsanweisungen, Förderrichtlinien, Formulare und Muster.

Neben der Beantwortung telefonischer und schriftlicher Kurzanfragen hat die Rechts- und Vergabestelle verschiedene Schulungen der Beschäftigten der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) – Kommunales Jobcenter zu aktiven und passiven Leistungen durchgeführt wie u.a. die jeweils zweitägigen Rechtsschulungen und weitere anlassbezogene Schulungsveranstaltungen. Zudem wurden zahlreiche Einzelbescheide über Eingliederungsleistungen ausgearbeitet, um eine einheitliche Vorgehensweise und eine rechtlich vertretbare Umsetzung zu gewährleisten.

Darüber hinaus hat die Rechts- und Vergabestelle im Auftrag des Vorstands an der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft „Rechtsvereinfachung im SGB II“ mit Vertretern des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), der Länder und der kommunalen Spitzenverbände teilgenommen und Änderungsvorschläge hinsichtlich der Kommunalträger-Abrechnungsverwaltungsvorschrift (KoA-VV) erarbeitet.

4.2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente

Für das Jahr 2013 wurde der Eingliederungstitel um ca. 900.000 Euro gegenüber dem Vorjahr 2012 gekürzt. Aufgrund der erneuten Kürzung gestaltete sich die Maßnahmenplanung (Arbeitsmarktprogramm) im Jahr 2013 erheblich aufwändiger und schwieriger als in der Vergangenheit. Vor dem Hintergrund der annähernd gleichen Anzahl von ca. 15.000 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten wie im Jahr 2010, aber angesichts einer Budgetreduzierung um ca. 30%, mussten die Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen angemessen geplant werden. Die Auswirkungen der Budgetkürzungen waren gravierend, denn sie betrafen sowohl den Umfang wie auch die Anzahl der Plätze und Teilnehmenden insgesamt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

4. Förderprogramm (Fortsetzung)

4.2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente (Fortsetzung)

Neben der Bedarfserhebung (Bottom-Up-Prozess) und Budgetverteilung (Top-Down-Prozess) nach Zielgruppen wurde die Mittelallokation im Hinblick auf die strategische Zielsetzung mit den Abteilungen Jobcoaching und 50PLUS festgelegt. Angesichts der verfügbaren Mittel wurde deutlich, dass ein für alle Zielgruppen bedarfsgerechtes Maßnahmenangebot quantitativ nicht mehr zu realisieren war. Vorhandene Instrumentarien zur Mittelüberwachung und -steuerung mussten angepasst werden, um eine möglichst effektive und effiziente Mittelverwendung zu erreichen. Zugleich wurde ein (Finanz-) Kennzahlensystem benötigt, das erfolgreich entwickelt wurde.

Im Bereich „Maßnahmenmanagement“ wurde eine zweitägige Inhouseschulung zum Vergabe- und Zuwendungsrecht von den zuständigen Beschäftigten durchgeführt, um die Arbeitsmarktpolitischen Instrumente auch zukünftig rechtssicher beschaffen und nutzen zu können.

Die Analyse und Optimierung zahlreicher Kern- und Teilprozesse im Bereich „Eingliederungsleistungen“ (EGL) wurde intensiv fortgeführt, um das Qualitätsmanagement von Arbeitsmarktdienstleistungen entscheidend zu verbessern. Parallel zur Geschäftsprozessoptimierung (GPO) wurde in Zusammenarbeit mit der „Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt“ (BCA) ein „Prüfkonzept zur Qualitätssicherung von Arbeitsmarktdienstleistungen bei Trägern“ inklusive der Prüfkriterien im Bereich EGL erarbeitet. Zur Qualitätssicherung der Prüfungen selbst wurde mit der Entwicklung eines standardisierten EDV-gestützten Prüfbogens begonnen, der im Laufe des Jahres 2014 eingeführt wird.

Um die Verwaltungsaufwände der teilnehmerbezogenen Anwesenheitsdaten, Zu- und Rücksteuerung sowie Abrechnungen im Bereich von Gruppenmaßnahmen zu verringern, wurde 2013 das webbasierte „SAM-Trägertool“ implementiert. Die Software zur elektronischen Erfassung von Anwesenheitsdaten trägt zur Verbesserung der Datenqualität und des maßnahmenbezogenen Berichtswesens bei. Die direkte Datenübertragung über das Webportal vom Maßnahmenträger zum Jobcenter bietet großes Potential insbesondere im Rahmen der Evaluation von Maßnahmen. Die stetige Weiterentwicklung des „SAM-Trägertools“ ist daher auch zukünftig vorgesehen.

Wegen vieler Rückmeldungen von Maßnahmenträgern sowie der im Herbst 2013 veröffentlichten PIAAC-Studie („Programme for the International Assessment of Adult Competencies“ der OECD 2012) gründete der Bereich EGL ein Kompetenzteam zum

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

4. Förderprogramm (Fortsetzung)

4.2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente (Fortsetzung)

Thema „Grundkompetenzen“. Zunächst wurde der Bedarf an Grundbildung als Zugangsvoraussetzung für die Integration in Arbeit und Ausbildung bei den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten bei der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) – Kommunales Jobcenter erhoben, um danach – bei aller gegebenen Komplexität der Strukturen und Zuständigkeiten – geeignete Hilfen zu ermitteln. Da mangelnde Grundbildung u. a. entscheidend für den Langzeitleistungsbezug ist, wird es zukünftig weitere Überlegungen zum Thema geben.

Um die Qualitätssicherung weiter zu verbessern, werden die noch ausstehenden Abläufe und Verfahren im Rahmen einer Geschäftsprozessoptimierung (GPO) analysiert. Die bereits entwickelten Instrumente im Maßnahmencontrolling werden zur Qualitätssicherung der Einzelmaßnahmen dahingehend verfeinert, dass das Jobcoaching ein kontinuierlich aussagekräftiges Berichtstool erhält. Zielsetzung des Bereiches EGL wird sein, die Wirksamkeit durch umfassendes Maßnahmenmanagement und -controlling so zu entwickeln, dass die Qualitätssicherung von der Beschaffung bis zur Evaluation stetig verbessert wird.

Die Qualifizierungsmaßnahmen für die unter 25-Jährigen hatten insgesamt ein Volumen von 1.057.671 Euro, wobei sich die Ausgaben in den einzelnen Förderzielen unterscheiden. Die Maßnahmenkosten wurden inklusive der Fahrtkosten und gegebenenfalls der Mehraufwandsentschädigung (MAE) abgerechnet.

Im Vergleich beliefen sich die Ausgaben für die Qualifizierungsmaßnahmen der über 25-Jährigen auf 3.345.527 Euro. Die gesamten Ausgaben lagen fast ein Zehntel über den Kosten des Vorjahres (3.069.439 Euro).

Für die Qualifizierungsmaßnahmen, welche sich an die Zielgruppe der über 50-Jährigen richteten, sind 1.500.684,55 Euro aufgewendet worden.

In den vertraglich vereinbarten Qualifizierungsmaßnahmen betrug die Anzahl der tatsächlich besetzten Teilnehmerplätze 4.427 in Gruppenmaßnahmen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte ab 25 Jahren sowie 1.297 in besonderen Qualifizierungsmaßnahmen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 25 Jahren. Für die Zielgruppe der über 50-Jährigen ergaben sich im Ergebnis 1.547 tatsächlich besetzte Teilnehmerplätze.

Im Jahr 2013 erreichten die Leistungen für Eingliederung in Arbeit nach §§ 16ff. SGB II eine Summe von 7.044.376,68 Euro.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung

Die Grundsicherung der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) ist in drei regionale Bereiche geteilt: West, Mitte und Ost. Die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten werden von ihren zuständigen Ansprechpartnern kompetent betreut. Im Vordergrund stehen die Sicherung des Lebensunterhaltes und Unterstützung bei der Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit.

5.1 Servicecenter

Im Servicecenter wurden 4.558 Neuanträge (vgl. Abb. 10) eingereicht. Im Vergleich zum Vorjahr (4.354) ist die Anzahl um 204 (4,7%) gestiegen. 343 Anträge (-12,9%) wurden zurückgezogen. Die Grundsicherung bearbeitete 3.853 Erstanträge. 2.692 Anträge wurden bewilligt.

Im Servicecenter war 2013 das Jahr der Konsolidierung, dies zeigte sich u. a. in der schnellen Bearbeitung der Anliegen, intensiven Beratung sowie direkten Weiterleitung der Anfragen und Unterlagen der Bürgerinnen und Bürger. Mithilfe einer z. T. auch schnelleren Beratung in leistungsrechtlichen Fragen wurde eine weitere Entlastung der Grundsicherung erzielt. Zugleich wurde die hausinterne Hotline insgesamt sehr viel stärker in Anspruch genommen. Durch die telefonische Auskunft und Beratung im Vorfeld der Antragstellung konnten die Wartezeiten infolge hoher Kundenaufkommen im Servicecenter insgesamt weiterhin verkürzt werden.

Die Einsteuerkriterien in die Aktivierungswerkstatt, die in jetziger Form seit 2012 besteht, wurden hinsichtlich ihrer Passgenauigkeit weiter verbessert. Als wichtiger Beitrag zur Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte und Pflichten wurde dazu eine Broschüre erstellt, die ihnen im ersten Beratungstermin nach Antragstellung ausgehändigt wird. Zudem sind Vertreter des Servicecenters regelmäßig alle 14 Tage in der Aktivierungswerkstatt vor Ort, um über die Rechte und Pflichten zu informieren. Diese unterweisende Informationsvermittlung schließt sich an die Veranstaltung „Rechtskreiswechsel“ an, die einmal monatlich bei der Bundesagentur für Arbeit in Langen, Rodgau und Seligenstadt stattfindet sowie von den Beschäftigten des Servicecenters und der Grundsicherung ausgerichtet wird.

Über das Jahr 2013 blieb die Anzahl der Beschäftigten im Servicecenter konstant. Allerdings wechselten drei von vier neuen Beschäftigten vom Servicecenter anschließend in die Grundsicherung oder das Jobcoaching. Die hohe Fluktuationsrate von rund 75% führte wie auch in der Vergangenheit zu aufwändigen Personalwechseln und Einarbeitungsprozessen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.2 Aktivierungswerkstatt

Bei der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) als kommunalem Jobcenter gilt prinzipiell, alle Neukundinnen und -kunden werden direkt nach Antragstellung und Bewilligung des Leistungsanspruchs regelhaft in die Aktivierungswerkstatt zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung in eine versicherungspflichtige Beschäftigung (§ 16 SGB II i. V. m. § 46 SGB III) eingesteuert.

Mit wenigen Ausnahmen werden alle leistungsberechtigten Neuantragsteller i. S. d. § 7 SGB II zugewiesen: arbeitslose Frauen und Männer mit und ohne Berufsausbildung, die im laufenden Bewerbungsverfahren unterstützt werden sollen bzw. für die der Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt oder insbesondere in eine betriebliche Ausbildung unter Einbeziehung aller persönlichen Voraussetzungen, beruflichen Fähigkeiten und Qualifikationen, durch besondere Hilfen ermöglicht werden soll. Der Werkakademie-Ansatz wurde mittels interner Workshops auf die Rahmenbedingungen der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) – Kommunales Jobcenter übertragen und durch einen Träger mit 206 Maßnahmenplätzen erfolgreich umgesetzt. Die regelhafte Teilnahme dauert acht Wochen. Für das Erreichen der Zielvorgaben und die Kundensteuerung stellt die strategische Ausrichtung der Aktivierungswerkstatt ein unverzichtbares Angebot dar.

Der Integrationsprozess soll zielgerichtet sein, daher sind u. a. eine passgenaue Aktivierung und Beratung erforderlich. In Anlehnung an die holländische „Werkakademie“ steht das eigenverantwortliche Handeln im Mittelpunkt. Das Motto lautet: „Ihr Job ist es, einen Job (Ausbildung) zu finden“. Die Aktivierungswerkstatt bietet die Rahmenbedingungen und Hilfestellung für selbstständiges Arbeiten an. Die Teilnehmenden sollen Eigenverantwortung und Selbstorganisation als eigene Stärken entwickeln lernen. Die Aktivierungswerkstatt ist ein sozialer Kontext, in dem Erfahrungen ausgetauscht und miteinander Lösungsstrategien erarbeitet werden können, die auf individueller Anleitung und gegenseitiger Hilfestellung basieren, um idealerweise die intrinsische Motivation für selbstgesteuerte Lernprozesse zu fördern.

5.3 Regionen West, Mitte und Ost

Die Grundsicherung der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) ist in die drei Sachgebiete „Ost“, „Mitte“, „West“ regional aufgeteilt. In der Grundsicherung wurden insgesamt 3.853 Erstanträge auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II zur weiteren Bearbeitung in die zuständigen Regionen geleitet.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.3 Regionen West, Mitte und Ost (Fortsetzung)

70% aller neu gestellten Anträge wurden bewilligt. Weitere 18% der Neuanträge wurden versagt und 9% abgelehnt, während 2% vom Antragsteller zurückgenommen wurden. Die jeweilige Anzahl der Neuanträge je nach Bescheidungsart variiert in den Regionen.

Für insgesamt 1.161 Kinder und Jugendliche, die Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen, konnten ebenfalls Bildungs- und Teilhabeleistungen bewilligt werden. Die hohe Quote ist ebenfalls der Hinwirkung des Grundsicherungsträgers geschuldet.

Im Ergebnis wurden insgesamt 11.276 Anträge auf Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem SGB II bewilligt, die jeweils unterschiedliche Leistungsarten berücksichtigten.

Fortgeführt wurde auch die monatliche Veranstaltung „Rechtskreiswechsel“ in Kooperation mit den Arbeitsagenturen Frankfurt am Main, Rodgau und Seligenstadt.

5.4 Grundsatzangelegenheiten

Im Jahr 2013 hat sich die in 2011 – im Rahmen eines umfangreichen Reformpakets - in Kraft getretene Rechtslage im SGB II im Bereich der passiven Leistungen weiter verstetigt. Gesetzliche Anpassungen im SGB II selbst gab es nur in geringem Umfang wie z. B. Vereinfachungen im Bereich der Bildungs- und Teilhabeleistungen. Um das Leistungsrecht zu vereinfachen, wurde 2013 eine bundesweit und prominent besetzte Arbeitsgruppe gebildet. Die zahlreichen Veränderungsvorschläge sind derzeit, auch unter Berücksichtigung der neuen politischen Verhältnisse nach der Bundestagswahl im September 2013, im Gesetzgebungsverfahren.

Das Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, wurde im Herbst eingeführt. Als vorrangige Leistung wird es auf den Hilfebedarf nach dem SGB II angerechnet. Zur Einführung wurden diejenigen Eltern ins Kreishaus eingeladen und in Gruppenveranstaltungen informiert. Zum ersten Januar 2013 wurde die Verdienstgrenze für die Minijob-Regelung von 400 auf 450 Euro im Monat vom Gesetzgeber (Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung) angehoben. Ein an Bedeutung gewinnendes Thema war auch der Zugang von Einwanderern insbesondere aus dem EU-Raum aber auch aus Drittstaaten wie z. B. Flüchtlinge aus Syrien.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.4 Grundsatzangelegenheiten (Fortsetzung)

778 Widersprüche befanden sich zum Jahresende 2012 noch in Bearbeitung. Im Jahr 2013 gingen in der Grundsicherung insgesamt weitere 1.624 Widersprüche ein, davon wurden 1.345 Widersprüche abschließend bearbeitet. Damit hat sich die Anzahl der Widerspruchsverfahren im Vergleich zum Vorjahr um ca. vier Prozent erhöht.

Die Abhilfequote bei den beschiedenen Fällen ist mit 36% geringfügig angestiegen, die Teilabhilfe- und Zurückweisungsquote ist mit 56% konstant geblieben. Parallel ist die Anzahl der zurückgenommenen Widersprüche auf fünf Prozent gesunken.

In Bezug auf die Kosten der Unterkunft (KdU) ist weiterhin ein Rückgang der Widerspruchsverfahren um zwei Prozentpunkte auf 15 Prozent zu verzeichnen. Diese Entwicklung dürfte auf die Anwendung des 2011 eingeführten grundsicherungsrelevanten Mietspiegels und der damit verbundenen Gerichtsfestigkeit der Angemessenheitswerte zurückzuführen sein.

Bemerkenswert im Vorjahresvergleich ist die Zunahme der zu bearbeitenden Widersprüche im Bereich der Eingliederungsleistungen, hier insbesondere bei den Sanktionen von 19% auf 21%. Zugleich konnte die Bearbeitungsdauer der Widerspruchsverfahren in 2013 nahezu konstant gehalten werden. Mit dem Ergebnis wurden die vorgegebenen Zielsetzungen erreicht.

Der Bereich „Unterhalt und Drittanprüche“ befasste sich auch im Jahr 2013 mit der Bearbeitung der kraft Gesetzes übergegangenen Ansprüche der Leistungsempfänger gegen Dritte, die nicht Sozialleistungsträger sind. In der Hauptsache waren hiervon Fälle von zivilrechtlichem Unterhalt nach dem BGB umfasst. Zunehmend wurden jedoch auch Fälle mit arbeitsrechtlichem Hintergrund wie z. B. Kündigungsstreitigkeiten bzw. „sittenwidrige“ Löhne bearbeitet.

Die Hauptaufgabe lag in der außergerichtlichen und gerichtlichen Bearbeitung der übergegangenen Fälle. Der Gesamtbetrag der erfolgten Sollstellungen aus geltend gemachten Forderungen übertraf die 400.000 EURO-Marke, d. h. das gute Ergebnis des Vorjahres wurde nochmals übertroffen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.5 Frauenhaus

Für Frauen und ihre Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, bietet der Verein „Frauen helfen Frauen“ Kreis Offenbach e.V. als einziger Träger im Kreis Schutz und Beratung an. Zum Angebot gehören ein Frauenhaus sowie eine Frauenberatungsstelle.

Im Jahr 2013 nahmen 58 Frauen mit 54 Kindern das Angebot des Frauenhauses in Anspruch. Die durchschnittliche Verweildauer pro Frau betrug rund 37 Tage.

Alle Frauen, die im Frauenhaus untergebracht waren, erhielten Leistungen nach dem SGB II. Die Gesamtsumme aller Ausgaben für das Jahr 2013 betrug 182.722,40 Euro für alle Personen außer SGB XII. Hiervon waren 25.811,52 Euro nur Kosten der Unterkunft für die Frauen, allerdings sind ihre Kinder darin nicht mitgerechnet.

5.6 Beschwerdemanagement

Das Beschwerdemanagement hat 673 Beschwerden im Jahr 2013 bearbeitet. Die Mitarbeiterinnen der Beschwerdestelle haben sich als Ansprechpartnerinnen für die Anliegen und Beschwerden der Kunden verstanden und für eine angemessene Bearbeitung Sorge getragen.

Bei der grundsätzlichen Bearbeitung und Ursachenanalyse der Beschwerde hat das Beschwerdemanagement kontinuierlich die internen Abläufe weiter entwickelt, um eine schnellere und effektivere Beteiligung aller Organisationseinheiten ggf. mit fachlicher Stellungnahme sowie eine einwandfreie Abarbeitung des Anliegens des jeweiligen Kunden zu erreichen.

Im Bereich der Grundsicherung wurden 537 Beschwerden bearbeitet. Das Beschwerdemanagement wurde häufig tätig, um eine sachgerechte und zeitnahe Leistungsgewährung zu veranlassen. Bei der Abwicklung der Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket ergab sich in einer Gesamtfallzahl von 124 besonderer Beschwerde- bzw. Nachbesserungsbedarf.

Aus dem Bereich Jobcoaching wurden 136 Beschwerden bearbeitet. Hier wurde die Beschwerdestelle zumeist tätig, um bei den Mitarbeitern im Jobcoaching auf eine zielorientierte Ausübung des Ermessens bei der Gewährung von Eingliederungsleistungen und bei der Anwendung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente hinzuwirken. Letztlich galt es auch, die individuelle Ermessensentscheidung des Jobcoachings verständlich an den Beschwerdeführer zu übermitteln.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.6 Beschwerdemanagement (Fortsetzung)

Das Beschwerdemanagement beteiligte sich zudem in enger Zusammenarbeit mit den Sachgebietsleitungen, der Widerspruchs- und Grundsatzstelle an der Schaffung einheitlicher Standards und Strukturen, um eine einheitliche Rechtsanwendung bzw. einheitliche Lösungen zur Ausübung des Ermessens zu entwickeln.

5.7 Ermittlungsdienst und Bußgeldstelle SGB II

Wesentliche Aufgaben des Ermittlungsdienstes bestehen darin, Verdachtsfälle auf Leistungsmissbrauch zu erkennen, den Bedarf bei beantragter Wohnungserstausstattung festzustellen sowie Ordnungswidrigkeiten im Sinne der Bußgeldvorschriften nach § 63 SGB II zu verfolgen und zu ahnden. Das gesamte Bußgeldverfahren – von der Einleitung des Ermittlungsverfahrens über die Aufklärung des Sachverhaltes bis zum Erlass einer Verwarnungs- oder Bußgeldentscheidung – obliegt dem Ermittlungsdienst.

Beim Ermittlungsdienst gingen insgesamt 1.148 Vorgänge ein, davon 760 gemeldete Verdachtsfälle auf Leistungsmissbrauch sowie 388 Anträge auf Bedarfsüberprüfung der Wohnungserstausstattung.

624 Verdachtsfälle auf Leistungsmissbrauch wurden abgeschlossen. In 183 Fällen hat sich der Verdacht bestätigt. Leistungen in Höhe von 166.294,74 Euro wurden zu Unrecht bezogen. Insgesamt wurden 367 Fälle von beantragter Wohnungserstausstattung überprüft und abgeschlossen, davon ergaben 171 Fälle keinen oder nur teilweisen Anspruch, so dass eine Ersparnis in Höhe von 76.252,80 Euro erzielt wurde.

193 Anzeigen zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten wurden abschließend bearbeitet. Bußgelder und Verwarnungen wurden in einer Gesamthöhe von 19.651,25 Euro ausgesprochen. In 40 Fällen wurde Strafanzeige wegen des Verdachts auf Sozialleistungsbetrug erstellt und an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet.

Das Projekt „Begleitung bei Bedarfsüberprüfungen“ bietet den Beschäftigten die Möglichkeit einmal jährlich seit 2007 den Ermittlungsdienst bei Bedarfsüberprüfungen ganztags zu begleiten. So wird der Ermittlungsdienst personell entlastet. Zudem werden neue Eindrücke gewonnen und die innerorganisationale Zusammenarbeit gefördert. Durch das insgesamt positive Feedback der Beschäftigten werden sie auch zukünftig bei Bedarfsüberprüfungen mitgehen dürfen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

6. Bereich Personal

Die im Vorjahr begonnene Personalkostenkonsolidierungsphase wurde auch im Jahr 2013 fortgesetzt. Die zum 1. Januar 2012 übernommenen 17 Stellen im Umfang von Vollzeitäquivalenten (VZÄ) aus der Beendigung der Projekte „Start.Zeit“ und „M-AUT“ konnten im Jahr 2013 auf neun VZÄ-Stellen reduziert werden.

Zum Jahresende 2013 beauftragte der Verwaltungsrat den Vorstand, den Bereich Finanzen um vier VZÄ-Stellen im Jahr 2014 befristet bis zum 31.12.2015 zu erhöhen, da das Forderungsmanagement in den Jahren 2010 und 2011 im Aufbau begriffen war und es zu einem Bearbeitungsrückstau von ca. 30.000 offenen Posten gekommen sei. Es ist davon auszugehen, dass auch der Kreis Offenbach durch den möglichen Rückfluss von zu viel gezahlten Kosten der Unterkunft (KdU) profitieren wird.

Zu den besonderen Aufgaben im Jahr 2013 gehörte u.a. die Nachbesetzung der Abteilungsleitung Finanzen, da der Abteilungsleiter Finanzen Herr Nagel zum 31.03.2013 ausschied. Nachdem die Leitung des Bereichs Controlling Frau Jähniß vertretungsweise schon im Jahr 2012 den Jahresabschluss 2011 für die Wirtschaftsprüfung vorbereitet hatte, wurde ihr diese Position übertragen, nach dem Herr Nagel den Ruhestand angetreten ist.

Hinsichtlich der Abberufung und Bestellung eines Vertreters für den Vorstand zeigte sich, dass die Stelle des stellvertretenden Vorstandes trotz wiederholter Ausschreibung durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrates im Herbst 2012 und im Februar 2013 nicht besetzt werden konnte. Wie bereits mit Herrn Nagel praktiziert, beschloss der Verwaltungsrat eine Vertretungslösung für den stellvertretenden Vorstand. So fungiert die Personalleitung Frau Bitsch als Vertretung des Vorstandes und unterzeichnet mit dem Zusatz „In Vertretung“. Diese Vertretungsposition ist auf das so genannte „Innenverhältnis“ beschränkt; die Kernkompetenzen des Vorstandes nach Maßgabe des § 6 der Satzung bleiben unberührt.

Die Position der Abteilungsleitung Jobcoaching war seit der Reorganisation der Pro Arbeit im Jahr 2010 kommissarisch mit Herrn Zmuda besetzt. Zum ersten Juni 2013 wurde diese Stelle, unter Wahrung der Mitbestimmung nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz (HPVG) und Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGlG) sowie der Zustimmung des Verwaltungsrates, Herrn Zmuda auf Dauer übertragen.

Im Juli 2013 wurde zwischen dem Vorstand und Personalrat beschlossen, die im Tarifvertrag für die Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit (TV-BA) vorgenommene Tarifsteigerung der Gehälter ab dem ersten August 2013 auch auf die Beschäftigten der Pro Arbeit zu übertragen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

6. Bereich Personal (Fortsetzung)

Auf Wunsch des Personalrates wurden ab September 2013 mit der Personalleitung Verhandlungen zum Abschluss einer Dienstvereinbarung zur Durchführung von internen Stellenausschreibungen geführt. Die Dienstvereinbarung wurde Mitte Dezember 2013 vom Vorstand und der Personalvertretung unterzeichnet.

Zum Jahresende 2013 wurde mit dem Personalrat eine Dienstvereinbarung zur Zahlung der tarifvertraglich vorgesehenen Leistungskomponente geschlossen.

Die Lohnsteueraußenprüfung in der Zeit vom 2. September bis 13. Dezember 2013 des Finanzamtes Langen blieb ohne Beanstandungen.

Zur Planung, Steuerung und Kontrolle personalwirtschaftlicher Aktivitäten wurde im Herbst des Jahres 2013 ein Personalcontrolling installiert, das den Vorstand in seiner Arbeit effektiver und effizienter unterstützen soll.

Die Pro Arbeit bot im Jahr 2013 erstmalig zwei Ausbildungsplätze in Teilzeit im Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellte an, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Zum ersten August 2013 wurden zwei Auszubildende in Teilzeit zur Ausbildung eingestellt.

Das Ausbildungsangebot der Pro Arbeit wurde im Jahr 2012 um den dualen Studiengang zum Bachelor of Arts „Soziale Sicherung, Inklusion, Verwaltung“ (BASS) in Kooperation mit der Hochschule Fulda erweitert. Seit Herbst 2012 war eine Studentin im praktischen Einsatz in der Verwaltung der Pro Arbeit. Im Jahr 2013 konnten weitere drei Studierende für diesen Studiengang gewonnen werden. Dies ist u. a. auch dem Marketing in Form von Informationsveranstaltungen an Schulen im gesamten Rhein-Main-Gebiet zu verdanken. Ergänzend begannen 2012 und 2013 jeweils zwei Beschäftigte der Pro Arbeit diesen Studiengang berufsbegleitend.

Zum Thema Gesundheitsmanagement wurde im Sommer 2012 das „Betriebliche Eingliederungsmanagement“ (BEM) eingeführt. Nach dem ersten vollen Jahr der Durchführung ist festzustellen, dass von gehäufte Kurz- bzw. Langzeitarbeitsunfähigkeit betroffenen Beschäftigten durch Gespräche, Änderungen des Arbeitsumfeldes und/oder -bedingungen geholfen werden konnte, ihre Arbeit trotz gesundheitlicher Einschränkungen zu bewältigen.

Im Rahmen des betrieblichen Gesundheits- und Eingliederungsmanagements konnten die Beschäftigten an Gesundheitskursen und -seminaren teilnehmen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

6. Bereich Personal (Fortsetzung)

34 Beschäftigte beteiligten sich bspw. an der Präventiven Rückenschule und 113 Beschäftigte am zweitägigen Seminar zum Thema „Stress- und Zeitmanagement“. 22 Führungskräfte und deren Stellvertreter wurden zur Thematik „Gesund führen“ geschult sowie weitere Beschäftigte, die das Gesundheitsmanagement bzw. das BEM innerhalb der Organisation etablieren, fachlich gecoacht.

In Kooperation mit der Fachkraft für Arbeitssicherheit und dem Betriebsarzt begann die Pro Arbeit zudem mit der Ausarbeitung von Gefährdungsbeurteilungen, insbesondere unter Berücksichtigung der psychischen Belastung am Arbeitsplatz, zur Verbesserung des Arbeitsschutzes.

Zur Verringerung der krankheitsbedingten Arbeitsausfälle und der einhergehenden Kosten bei gleichzeitiger Erhöhung von Wohlbefinden wurde im November 2013 eine Externe Mitarbeiterberatung, das so genannte „Employee Assistance Programme“ (EAP), eingeführt. Das EAP bietet allen Beschäftigten Beratung, Information, Soforthilfe sowie aktive Unterstützung in beruflichen und persönlichen Problemsituationen. Alle Beratungen sind zu 100% vertraulich. Der Anbieter und Kooperationspartner „INSITE-Interventions“ hat langjährige Erfahrung in der Beratung von Beschäftigten in allen Lebenslagen.

Für den 12. März 2014 hat die Pro Arbeit einen Gesundheitstag geplant: Zahlreiche Vorträge, Aktivprogramme und Messestände wollen die Beschäftigten zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung ihrer Gesundheit anregen. Die Vorbereitungen begannen im Herbst 2013, zunächst wurde ein Konzept erstellt und Kooperationspartner aus dem Gesundheitssektor akquiriert.

Ergänzend zu den Angeboten im Gesundheitsmanagement wurden zahlreiche Fortbildungen durchgeführt. Dazu gehörten u. a. Vertriebsschulungen für den Arbeitgeberservice, Qualifizierungen zur Einführung der Doppik, Zuwendungs- und Vergaberecht bis hin zu Deeskalationstrainings sowie Gender in Bezug auf den Frauenförderplan. Weitere Schwerpunkte betrafen u. a. die Vermittlung gesetzlicher Neuerungen sowie in Bezug auf die Beratungstätigkeiten den funktionalen Analphabetismus und Integrationskurse.

In Gruppensupervisionen konnten 131 Beschäftigte ihren Arbeitsalltag anhand z. B. folgender Fragen „Wo stehe ich? Was möchte ich? Was ist mir wichtig?“ besprechen. Zum Schulungsinhalt gehörte u. a. der Umgang mit (non-)verbaler Kommunikation. Dies war auch ein notwendiger Schritt, um im Jahr 2013 mit der Entwicklung eines Leitbildkonzeptes beginnen zu können.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

6. Bereich Personal (Fortsetzung)

14 Führungskräfte, die Frauenbeauftragte und deren Vertreterin sowie die Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt nahmen zur Umsetzung des Frauenförderplans an einem eintägigen Gendertraining teil. Befunde aus der Geschlechterforschung wurden u. a. bearbeitet, Genderrelevanz in der Führungsarbeit diskutiert und Methoden der Genderanalyse behandelt.

Die Beschäftigten wurden im Rahmen der Arbeitssicherheit verpflichtet, an den Deeskalations- und Eigensicherungstrainings teilzunehmen. In zweitägigen Grundlagen- und eintägigen Aufbauschulungen wurden u. a. die verbale und non-verbale Kommunikation mit Kunden, der Umgang mit Bedrohung und Nötigung sowie Selbstverteidigungstechniken behandelt.

Die Beschäftigten der Pro Arbeit erhielten im Berichtsjahr insgesamt 2.834 Schulungstage. Die Fortbildungsdichte betrug ca. 7,29 Schulungstage pro Beschäftigtem. Ein detailliertes Personalcontrolling für das Kalenderjahr 2013 kann bei der Personalabteilung eingesehen werden. Ein ausführlicher Personalbericht für das Jahr 2013 wird im Intranet erscheinen.

7. Bereich Finanzen

Die Finanzbuchhaltung der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) hat allgemein die Aufgabe, das gesamte Geschäftsgeschehen im Zusammenhang mit Leistungen nach dem SGB II zahlenmäßig zu erfassen, zu überwachen und auszuwerten. Im Jahr 2013 waren durchschnittlich neun Beschäftigte im Bereich Finanzen tätig.

Im Wirtschaftsjahr 2013 wurde der erste Nachtrag Wirtschaftsplan 2013 sowie der Haushaltsplan 2014 erstellt und vom Verwaltungsrat beschlossen.

Insgesamt entsteht der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) im Wirtschaftsjahr 2013 ein Gewinn von 20.791,12 Euro, welcher unter anderem aus der Abrechnung BTP kommunal resultiert.

8. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Oberste Zielsetzung des Kommunalen Jobcenters Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) ist die berufliche Eingliederung in Ausbildung oder Arbeit. Im Jahr 2013 wurden insgesamt 6.618 erwerbsfähige Leistungsberechtigte in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und 488 in Ausbildung vermittelt. Im Vergleich zum Vorjahr 2012, in dem 6.856 Vermittlungen erreicht wurden, ergab sich ein Minus von 238 Integrationen (-3,5%).

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

8. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Die Effekte massiver Kürzung sind allgegenwärtig zu spüren, die auf die Reduzierung des Eingliederungsbudgets zurückzuführen sind. Weitere Kürzungen des Eingliederungstitels gestalteten die Maßnahmenplanung erheblich aufwändiger. Bei annähernd gleicher Anzahl an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten wie im Jahr 2010, jedoch mit einem um ca. 30% geringeren Budget, musste nicht nur die Planung angepasst, sondern auch die maximale Ausschöpfung erreicht werden. Eine kontinuierliche Plan-Ist-Analyse ist nötig, um Leerkosten zu vermeiden. Das sinkende Budget begrenzt die Optionen, erforderliche Veränderungen durch geeignete Fördermaßnahmen initiieren zu können. Für die neue Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF), die sich von 2014 bis 2020 erstreckt, sind die Voraussetzungen eingehend zu prüfen.

Die Ergebnisse der Geschäftsprozessoptimierung sowie der Weiterentwicklung des Maßnahmencontrollings haben sich positiv auf die Qualität und Leistungsfähigkeit des Bereichs Eingliederungsleistungen und der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) ausgewirkt. Die vollständige Ausschöpfung des Eingliederungstitels und die erzielten Ergebnisse wie bspw. die Integrationsquote und die Senkung des Langzeitleistungsbezugs bestätigen dies. Die zunehmende Qualitätssicherung in der Umsetzung von Maßnahmen bei Trägern zeigt zudem positive Wirkungen.

Wesentlichen Beitrag leistet hier auch die steuerungsrelevante, bedarfsorientierte Konzeption der Aktivierungswerkstatt. Zum Erreichen der Zielvorgaben stellt ihre strategische Ausrichtung für die Kundensteuerung ein unverzichtbares Angebot dar.

Hohe Erwartungen sind nach wie vor an die Neuausrichtung des Arbeitgeberservices geknüpft, besonders an das bewerberorientierte Vermittlungskonzept. Künftig werden höhere Vermittlungszahlen trotz steigender Beratungsaufwände erwartet.

Im Mai 2011 hatte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die Kennzahlensystematik nach § 48a SGB II eingeführt. Intention der Kennzahlen ist es, die Leistungskriterien aller Grundsicherungsträger des SGB II zu vereinheitlichen und mithilfe der Kennziffern systematisch zu gestalten. Eine korrekte Datenerfassung ist grundlegend erforderlich, um die Kennzahlen zu generieren, die zur Überprüfung des gegenwärtigen Umsetzungserfolges und zur Festlegung von künftigen Zielvorgaben herangezogen werden. Im Jahr 2013 bildeten die Kennzahlen eine gute Werteentwicklung ab, dies betraf sowohl die Integrationsquote wie auch die stetige Bestandsreduzierung bspw. im Bereich des Langzeitleistungsbezuges.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

8. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Das Controlling des Fallbestandes ist wichtiger denn je, besonders um die Ergebnisse gegenwärtiger Ist-Analysen in Bezug auf Aktivierung und Integration mit den strategischen Erfordernissen zum Erreichen der Sollvorgaben abzugleichen. Seit Juni 2012 haben die Führungs- und Fachkräfte das Dashboard, um ihre Fallbestände selbstständig auszuwerten. Das Dashboard ist ein wichtiges Steuerungselement, das nicht nur Auswertungen der Fallbestände auf verschiedenen Hierarchie- und Handlungsebenen ermöglicht, sondern auch das Erreichen der Zielvorgaben direkt überprüfbar macht.

Konsistente Aktualisierungen der Datenverarbeitungs-Fachverfahren wie bspw. comp.ASS sind erforderlich, um die systematische Bearbeitung der Fallbestände und gleichmäßige Ergebnisse zu gewährleisten. Diese Anpassungen betreffen die Planung, Umsetzung sowie Optimierung der fachlichen Vorgaben. Wichtiges Profiling-Instrument ist die Potenzialanalyse, um Kundenprofile und Förderziele gemäß der gegebenen Ressourcen zu bestimmen.

Die Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) befindet sich in stetiger Organisationsentwicklung, um erforderliche Anpassungen zu realisieren. Für alle Führungs- und Fachkräfte gilt, dass die Strukturen, Prozesse, Schnittstellen und Aufgaben aufwändiger und komplexer geworden sind.

Um die Beschäftigungsfähigkeit der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in den Zielgruppen der unter 25-Jährigen, über 25-Jährigen und über 50-Jährigen zukünftig zu fördern, sind vor allem ressourcenstärkende, d. h. passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen zum Erreichen der Zielvorgaben erforderlich. Insgesamt wurden 34.221 Teilnahmen (Vorjahr 36.007) im Jahr 2013 im Rahmen der Förderstatistik an die Bundesagentur für Arbeit gemeldet.

Die beschäftigungsorientierte Beratung ist sehr anspruchsvoll, soll sie die vorausschauende Ressourcenbestimmung angesichts massiver Kürzungen des Eingliederungsbudgets realisieren, um weiterhin erfolgreiche Aktivierungs- und Integrationszahlen zu erreichen. Für die Selbstvornahme geförderter Maßnahmen nach AZAV (Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung) ist eine Zertifizierung erforderlich. Gruppenveranstaltungen gewinnen u. a. angesichts der Budgetkürzungen immer mehr an Bedeutung. Die Vorteile sind vielfältig:

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

8. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

- großräumige Informationsveranstaltungen können durchgeführt,
- gemeinschaftlich können Erfahrungen ausgetauscht,
- Lernprozesse können im sozialen Kontext gefördert,
- präventive Interventionen wie bspw. Lernförderung durch das Bildungs- und Teilhabepaket (BTP) können initiiert sowie
- moralische Appelle können zielgruppengerecht adressiert werden etc.

Im Jobcoaching erfordern die Zielgruppen der unter 25-Jährigen, über 25-Jährigen und über 50-Jährigen auch eine enge Prozess-Einbindung und Terminierung, um erfolgreiche Integrationsleistungen zu erreichen. Die Fortsetzung zielgruppenorientierter Kompetenzteams sowie hierarchieübergreifender Rückkopplungen und Feedbackschleifen sind wichtig. Zugleich weist die Kundenstruktur zunehmend multiple Vermittlungshemmnisse, gesundheitliche Einschränkungen und situatives Beharrungsvermögen im SG II-Bezug auf. Obwohl diese Kunden stärkeren Unterstützungsbedarf haben, setzen die finanziellen Restriktionen klare Grenzen.

Die Zielsetzung der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) wird es auch zukünftig sein, nach Möglichkeit alle erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Ausbildung oder sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu vermitteln. Angesichts der Prinzipien „Fördern und Fordern“ stehen Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Motivation als nachhaltige Bestandteile der Arbeitsmarktpolitik im Mittelpunkt. Ressourcenstärkende, d. h. passgenaue Fördermaßnahmen sind nötig, um die erforderliche Beschäftigungsfähigkeit wiederherzustellen und nachhaltige Integrationserfolge in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

9. Wichtige Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Eine wesentliche Herausforderung besteht in den Vorbereitungen zur Einführung der DOPPIK. Neben umfangreichen Umstellungsarbeiten werden dazu Schulungen erforderlich sein, die neben den theoretischen Grundlagen der DOPPIK die praktische Umsetzung im Rahmen der Buchhaltung vermitteln werden.

Weiterhin ist eine Neuausschreibung der Leistungsgewährungssoftware notwendig. Mit dieser systemischen Veränderung sind umfassende Anpassungsprozesse verbunden, die auf der organisatorischen Ebene strategische Überlegungen und komplexe Vorarbeiten voraussetzen.

Ansonsten haben wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag nicht stattgefunden.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

L. Bilanz

	2013	2012	Verände-	2011
			rung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
- EDV-Software	119.506	147.866	-28.360	23.267
Immaterielle Vermögensgegenstände	119.506	147.866	-28.360	23.267
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	479.795	422.615	57.180	301.842
Sachanlagen	479.795	422.615	57.180	301.842
Anlagevermögen	599.301	570.481	28.820	325.109
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.027.527	5.569.729	-542.203	4.856.778
- Forderungen gegen den Träger Kreis Offenbach	2.212.125	1.117.983	1.094.142	1.222.286
- Sonstige Vermögensgegenstände	7.892	82.996	-75.105	288.917
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.247.544	6.770.709	476.835	6.367.981
- Guthaben bei Kreditinstituten	569.732	758.484	-188.752	611.898
Umlaufvermögen	7.817.275	7.529.192	288.083	6.979.880
Rechnungsabgrenzungsposten	7.292.895	7.369.405	-76.510	7.035.730
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	23.666	44.457	-20.791	108.565
	15.733.136	15.513.535	219.601	14.449.284
Passiva				
- Verlustvortrag	-44.457	-108.565	64.109	-108.565
- Jahresüberschuss /-fehlbetrag	20.791	64.109	-43.318	0
- Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	23.666	44.457	-20.791	108.565
Eigenkapital	0	0	0	0
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.890.613	1.760.015	130.598	1.680.832
- Sonstige Rückstellungen	5.476.880	6.181.419	-704.539	5.555.755
Rückstellungen	7.367.493	7.941.434	-573.941	7.236.587
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	77.648	88.741	-11.093	78.412
- Sonstige Verbindlichkeiten	392.996	357.360	35.636	348.285
Verbindlichkeiten	470.644	446.101	24.543	426.696
Rechnungsabgrenzungsposten	7.895.000	7.126.000	769.000	6.786.000
	15.733.136	15.513.535	219.601	14.449.284

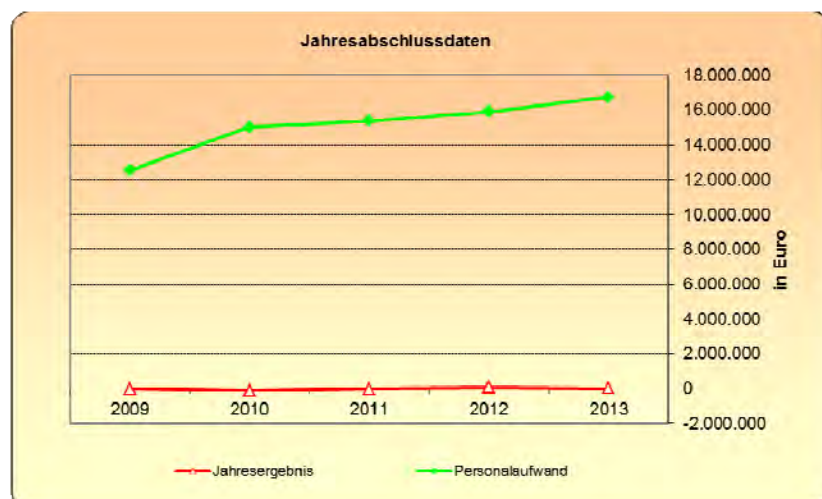
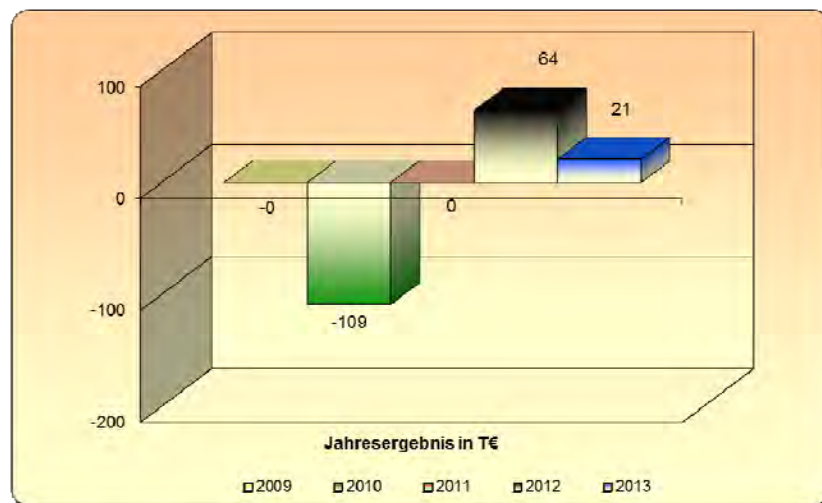
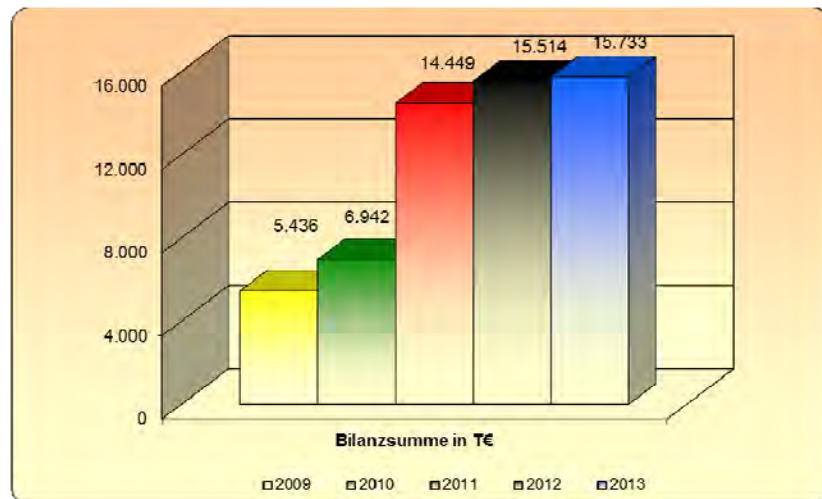
Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2013	2012	2011
	in €	in €	in €
Kostenerstattungen für die Aufgabenerfüllung nach SGB II	151.587.481	149.038.327	148.329.168
Sonstige betriebliche Erträge	1.416.507	697.054	896.865
Materialaufwand			
a) Aufwendungen für die Gewährung passiver Leistungen nach SGB II	124.264.741	122.126.385	121.142.408
b) Aufwendungen zur Eingliederung in Arbeit nach § 16 SGB II	7.714.714	8.211.152	9.195.888
	131.979.455	130.337.537	130.338.295
Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	12.984.861	12.286.832	12.027.756
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung: € 1.005.429,33	3.754.029	3.623.910	3.344.083
	16.738.890	15.910.742	15.371.839
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	389.379	204.783	136.211
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.882.672	3.217.238	3.299.001
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	96.575	87.044	21.138
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	88.928	87.551	101.485
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	21.239	64.574	340
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Sonstige Steuern	448	465	340
Jahresfehlbetrag	20.791	64.109	0

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

Die Berufsakademie Rhein-Main GmbH wurde mit Wirkung zum 27. Oktober 2008 gegründet. Sie ging aus der Verschmelzung der beiden Gesellschaften Berufsakademie Rhein-Main GmbH & Co. KG und der Berufsakademie Rhein-Main Verwaltungs GmbH hervor.

Gesellschafter der Berufsakademie Rhein Main GmbH sind die Stadt Rödermark und die Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH (KVBG). Das gezeichnete Kapital beträgt € 35.000,--. Daran sind die Stadt Rödermark mit € 29.850,-- (85,29%) und die KVBG bzw. ab dem 16.04.2013 der Kreis Offenbach mit € 5.150,-- (14,71%) beteiligt.

Die entsprechenden Gremienbeschlüsse seitens der Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH wurden von der Gesellschafterversammlung am 28. Juli 2008 bzw. vom Kreistag des Kreises Offenbach am 01. Oktober 2008 gefasst.

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 20. März 2013 im Rahmen der Beschlüsse zur strategischen und finanziellen Entwicklung der KVBG mbH einstimmig die Abtretung der Gesellschaftsanteile der KVBG mbH an der Berufsakademie Rhein Main GmbH an den Kreis Offenbach beschlossen.

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

Anschrift	Am Schwimmbad 3, 63322 Rödermark
Telefon	06074/3101120
Telefax	06074/3101121
E-Mail	info@ba-rm.de
Internet	www.ba-rm.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013.

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	27. Oktober 2008
Stammkapital	35.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 28.01.2014.
Handelsregister	HRB 43780 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Gegenstand der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Berufsbildung gem. § 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 der Abgabenordnung. Dieser Zweck wird verwirklicht durch die Entwicklung sowie den Betrieb einer Berufsakademie in der Stadt Rödermark und in Städten des Kreises Offenbach.

Die Gesellschaft ist berechtigt, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vorzunehmen, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes dienlich sind oder das

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

B. Gegenstand der Gesellschaft (Fortsetzung)

Unternehmen zu fördern geeignet erscheinen, insbesondere sich unmittelbar oder mittelbar an anderen Unternehmen zu beteiligen, die ebenfalls ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2013 (Stand: 31.12.2013)		
Vorsitzender	Herr Alexander Sturm	bis 30.06.2013
-----,,-----	Herr Jörg Rotter	ab 01.07.2013
Mitglied	Herr Gerd Hibbeler	
-----,,-----	Herr Werner Popp	
-----,,-----	Frau Margot Süß	
-----,,-----	Herr Sven Sulzmann	
-----,,-----	Herr Michael Uhe-Wilhelm	bis 30.06.2013
-----,,-----	Frau Karin von der Lüche	ab 01.07.2013

Der Aufsichtsrat erhielt im Jahr 2013 Vergütungen von insgesamt € 390.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Bernd Albrecht
------------------------	---------------------

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Geschäftsführung verzichtet unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB auf die Angabe der Bezüge.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Rödermark	85,29	29.850,00
bis 15.04.2013: KVBG Kreisversorgungsbe- teiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach; ab 16.04.2013: Kreis Offenbach	14,71	5.150,00

E. Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO gelten als wirtschaftliche Betätigung nicht Tätigkeiten, auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2013	2012	2011
Verbindlichkeiten	2.916.027	2.772.132	3.003.488

Berichtsjahr 2013	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	2.772.132
Zunahmen	143.895
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	2.916.027

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Geschäft

Die Berufsakademie Rhein-Main GmbH wurde mit Wirkung zum 27. Oktober 2008 gegründet. Sie ging aus der Verschmelzung der beiden Gesellschaften Berufsakademie Rhein-Main GmbH & Co. KG und der Berufsakademie Rhein-Main Verwaltungs GmbH hervor.

Gegenstand der Berufsakademie Rhein-Main GmbH ist der Betrieb einer Berufsakademie in der Stadt Rödermark.

Gesellschafter sind die Stadt Rödermark und seit 16. April 2013 der Kreis Offenbach (bis 15. April 2013 die KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH). Das gezeichnete Kapital beträgt EUR 35.000,00. Daran sind die Stadt Rödermark mit € 29.850,00 (85,29 %) und der Kreis Offenbach mit €R 5.150,00 (14,71 %) beteiligt.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden folgende Studiengänge, jeweils mit der Regelstudiendauer von sechs Semestern, angeboten:

- Studiengang Wirtschaft, mit den Spezialisierungen Handel und Dienstleistungen, Banking & Finance, Spedition & Logistik, Hotel- und Gastronomiemanagement, Industrie
- Studiengang Wirtschaftsinformatik (B.Sc.)
- Studiengang Internationale Betriebswirtschaftslehre und Außenwirtschaft (B.A.)

Mit 105 Studierenden konnte wieder eine sehr erfreulich hohe Anzahl neuer Studierenden immatrikuliert werden. Festzustellen ist die sehr große Nachfrage von Studieninteressenten nach betriebswirtschaftlichen Studiengängen und die eher zögerliche Rekrutierungspolitik der Unternehmen, während sich in informationsspezifischen Studiengängen eine umgekehrte Situation darstellt.

Rahmenbedingungen

Generell sind die Rahmenbedingungen für duale Studiengänge positiv. Die klassische duale Ausbildung verzeichnet eine rückläufige Tendenz zu Gunsten dualer Studiengänge. Immer mehr Hochschulen bieten duale Studiengänge an. Das Wettrennen der Anbieter um die Gunst von Studieninteressenten und Unternehmen hat sich verschärft.

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Geschäfts- und Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Die Landesregierung forciert den Aufbau dualer Studiengänge in Hessen. Die Kampagne duales Studium des HMWK und HMWVL führte zu einem größeren Bekanntheitsgrad des dualen Studiums und zu einem stärkeren Hochschulangebot. Der Wissenschaftsrat entwickelte ein Positionspapier zum dualen Studium, in dem u.a. die Kriterien und Qualitätsmerkmale dualer Studiengänge hervorgehoben werden. Diese Aktivitäten verdeutlichen die wachsende Bedeutung des dualen Studiums. Obwohl nur ca. 5% aller Studierenden in dualen Studiengängen eingeschrieben ist (ca. 64.000 Studierende), ist die Marktbedeutung dualer Studiengänge groß.

Für die BA ist weiterhin der fehlende Zugang zum Bafög und zum KfW Kredit hinderlich. Hier versucht die BA über den Bundesverband der privaten Berufsakademien, bei dem sie den Vorsitz hat sowie auf politischer Ebene Einfluss zu nehmen.

Geschäftsergebnis

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Betriebsergebnis von T€ 286 ab. Das Jahresergebnis betrug T€ 160. Das Ergebnis ist sehr erfreulich. Es entspricht den Planzahlen für den Studienbetrieb. Die Erlöse betreffen im Wesentlichen Studiengebühren in Höhe von T€ 1.072 und öffentliche Zuschüsse in Höhe von T€ 308.

Personal

Im Geschäftsjahr waren der Geschäftsführer und zwölf Mitarbeiter in der Gesellschaft beschäftigt.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Vermögensstruktur

Insgesamt hat sich die Bilanzsumme um TEUR 322 gegenüber dem Vorjahr erhöht..

Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte zum 31. Dezember 2013 über liquide Mittel in Höhe von TEUR 2.248 (Vorjahr TEUR 1.866).

Die Zahlungsfähigkeit war stets gegeben.

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Ertragslage

Im Studienbetrieb waren im Jahre 2013 durchschnittlich 297 Studierende immatrikuliert. Das Jahresergebnis beträgt T€ 160 und entspricht damit den Planzahlen des Studienbetriebes. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen eine staatliche Zuwendung gemäß Berufsakademiegesetz in Höhe von T€ 308. Die Voraussetzungen für die Zuwendungen wurden mit der Akkreditierung und der Anerkennung als gemeinnützige Einrichtung im Jahre 2008 gelegt.

Die Umsatzrentabilität beträgt 14,2 %,

Aus Sicht der Geschäftsführung ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens insgesamt als positiv zu betrachten.

Zukünftige Entwicklung

Die Planbarkeit der Studierendenzahlen ist weiterhin schwierig. Die konjunkturelle Situation der jeweiligen Branche wirkt sich in der Regel kurzfristig auf die betreffenden Studierendenzahlen aus. Das neue Gebäude sowie neue Studienangebote verleihen der BA mehr Attraktivität und eine ansprechende Studienatmosphäre.

Hochschulen sind hierbei weiterhin ernst zu nehmende Konkurrenten. Sie verstehen unter einem dualen Studienangebot vielfach die Eingliederung der Studenten in Vollzeitstudiengänge, nur mit dem Unterschied, dass die Semesterferien von den dual Studierenden obligatorisch als Praktika zu belegen sind. Das erleichtert die Organisation um ein Vielfaches und verschafft den Hochschulen die Möglichkeit, mit überschaubarem Aufwand sehr schnell am Markt agieren zu können. Auch kleine Studiengruppen sind wirtschaftlich vertretbar, da durch die Integration in den Vollzeitbetrieb keine Zusatzkosten entstehen.

Die BA wird alle Anstrengungen unternehmen, die Planzahlen für 2014 zu erreichen. Eine zuverlässige Aussage zu den Studierendenzahlen für das Wintersemester 2014 ist zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der Planungsunsicherheit und der späten Anmeldungen durch die Unternehmen, nicht möglich. In der Wirtschaftsinformatik fällt es den Unternehmen weiterhin sehr schwer, qualifizierte Abiturienten zu rekrutieren. Die Unternehmen müssen folglich stärker in das Personalmarketing investieren. Betriebswirtschaftliche Studiengänge verzeichnen einen Nachfrageüberhang an Studieninteressenten. Die BA unterstützt die Partnerunternehmen im Rahmen der Rekrutierung.

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Zukünftige Entwicklung (Fortsetzung)

Werbespots im Rundfunk, Anzeigen, Messeauftritte, Schulpräsentationen und Online-Stellenanzeigen werden u.a. von der BA initiiert. Die Präsenz der BA auf Messen und Schulveranstaltungen ist weiterhin sehr hoch, Besonders erfolgreich sind die neu initiierten Speed Dating Veranstaltungen.

Generell - so lässt sich die Situation weiter einschätzen - erhöht sich die Marktattraktivität mit dem Status einer Hochschule.

Die Wirtschaftspläne 2014 und 2015 weisen Jahresüberschüsse von T€ 266 bzw. T€ 332 inklusive der staatlichen Zuschüsse von jährlich T€ 300 aus.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Erfolg der Berufsakademie Rhein-Main hängt auch weiterhin im Wesentlichen von folgenden zentralen Faktoren ab

- wirtschaftliche Entwicklung
- Konkurrenzsituation
- Politische Rahmenbedingungen

Das kostenlose und zum Teil identische Studienangebot der öffentlich-rechtlichen Hochschulen sowie die Konkurrenz durch andere Berufsakademien, erschweren auch weiterhin das Geschäft. Das fehlende Angebot von Masterstudiengängen sowie der fehlende Hochschulstatus erschwert teilweise die Neukundenakquise.

Weitere Kostenverpflichtungen können sich möglicherweise aus dem EU-Beihilferecht ergeben. So könnte die Patronatserklärung ein zusätzliches Risiko darstellen. Es muss von Seiten der BA sichergestellt werden, dass die Landeszuschüsse ausschließlich dem Zweckbetrieb "Studienbetrieb" zufließen. Ein ggf. notwendiger Nachweis kann in Form einer Trennungsrechnung erfolgen.

Eine hohe Qualität des Studiums, Flexibilität und Kundennähe werden sich jedoch auch weiterhin positiv auf unsere Akademie auswirken.

Die Performance und die Studentenzahlen der Berufsakademien, die Stärke der Hochschullobby (Land und Bund) und die Bildungspolitik der jeweiligen Landesregierungen werden über die langfristige politische Verankerung der Berufsakademien im tertiären Sektor entscheiden.

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Tendenziell ist jedoch davon auszugehen, dass Berufsakademien in Hessen weiterhin gern gesehen und gefördert werden.

Die Geschäftsführung und die Mitarbeiter der Berufsakademie werden auch weiterhin alle Kraft in die Weiterentwicklung der Berufsakademie lenken. Eine weiterhin kostenbewusste, kundenorientierte und bedarfsgerechte strategische Vorgehensweise, unter dem Blickwinkel des Wachstums und der Profitabilität, wird auch weiterhin die Maxime sein.

Der Risikofrüherkennung wird durch eine ständige Markt- und Konkurrenzbeobachtung Rechnung getragen. Unsere Controlling-Instrumentarien ermöglichen eine systematische und zeitnahe Kostenkontrolle und Kostenabweichungsanalyse.

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

L. Bilanz

	2013	2012	Verände-	2011
	in €	in €	rung in €	in €
Aktiva				
Immaterielle Vermögensgegenstände	4	4	0	4
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.930.866	2.897.350	33.516	17.012
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	76.410	81.944	-5.534	13.469
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0	0	2.766.688
Sachanlagen	3.007.276	2.979.294	27.982	2.797.169
Finanzanlagen / Sonstige Ausleihungen	100	100	0	0
Anlagevermögen	3.007.380	2.979.398	27.982	2.797.173
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.032	16.341	-11.309	14.205
Sonstige Vermögensgegenstände	16.150	95.594	-79.444	96.819
	21.182	111.935	-90.753	111.024
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.248.048	1.865.770	382.278	2.060.294
Umlaufvermögen	2.269.230	1.977.705	291.525	2.171.318
Rechnungsabgrenzungsposten	3.028	660	2.368	751
	5.279.638	4.957.763	321.875	4.969.242

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2013	2012	Verände-	2011
	in €	in €	rung in €	in €
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	35.000	35.000	0	35.000
Kapitalrücklage	247.868	247.868	0	247.868
Gewinnrücklage	1.802.188	1.642.376	159.812	1.427.671
Jahresüberschuss	0	0	0	0
Eigenkapital	2.085.056	1.925.244	159.812	1.710.539
Sonstige Rückstellungen	46.055	35.387	10.668	31.714
Rückstellungen	46.055	35.387	10.668	31.714
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.800.000	2.580.000	220.000	2.580.000
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	2.700	-2.700	27.900
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	82.905	167.820	-84.915	367.235
Sonstige Verbindlichkeiten	33.122	21.612	11.510	28.353
Verbindlichkeiten	2.916.027	2.772.132	143.895	3.003.488
Rechnungsabgrenzungsposten	232.500	225.000	7.500	223.500
	5.279.638	4.957.763	321.875	4.969.242

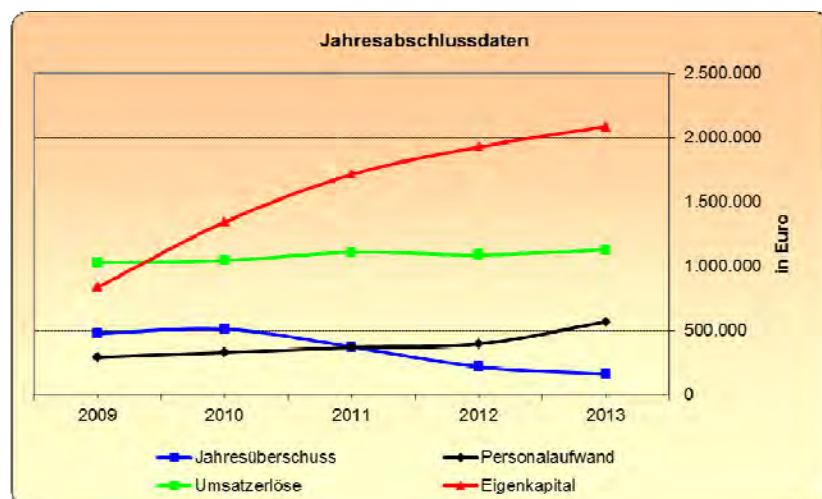
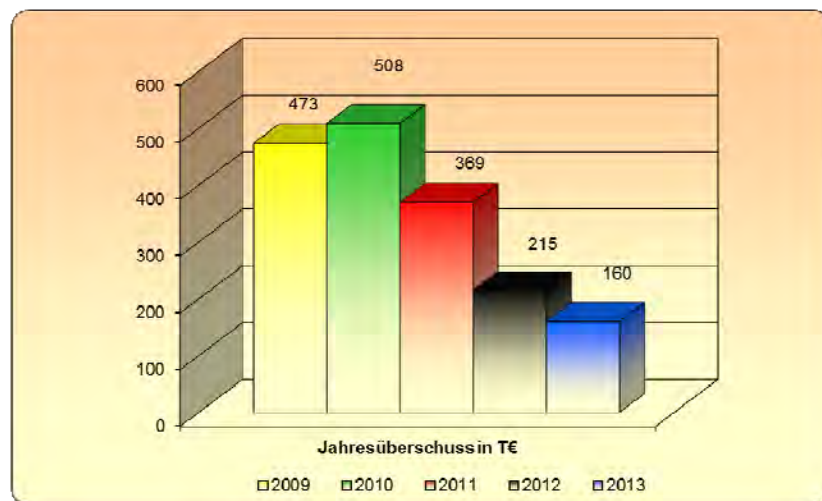
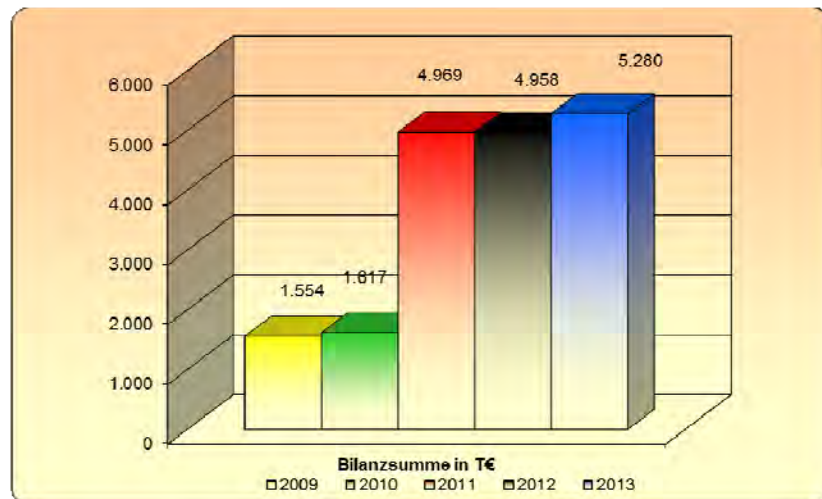
**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2013	2012	2011
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	1.123.790	1.086.006	1.105.131
Sonstige betriebliche Erträge	329.449	313.058	284.202
Löhne und Gehälter	482.910	335.197	313.542
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	80.942	56.270	51.308
Personalaufwand	563.852	391.467	364.850
Abschreibungen auf Sachanlagen	83.725	91.296	8.056
Sonstige betriebliche Aufwendungen	518.865	581.065	595.665
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.615	9.086	11.549
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	130.600	129.618	63.029
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	159.812	214.704	369.281
Jahresüberschuss	159.812	214.704	369.281
Gewinnvortrag	0	0	0
Entnahmen Rücklagen	0	800.000	0
Einstellungen Rücklagen	159.812	1.014.704	369.281
Bilanzgewinn	0	0	0

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

Anschrift	Rathausplatz 1, 61343 Bad Homburg v.d. Höhe Geschäftsstelle: Poststrasse 16, 60329 Frankfurt
Telefon	069/2577-1700
Telefax	069/2577-1750
E-Mail	geschaeftsfuehrung@krfrm.de
Internet	www.krfrm.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	gGmbH
Gründungsdatum	21. Dezember 2005
Stammkapital	29.650,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag vom 21.12.2005 mit Änderung vom 11.04.2012.
Handelsregistereintrag	HRB 10260 beim Amtsgericht Bad Homburg v. d. Höhe

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Kultur durch die Schaffung und Durchführung regional, überregional und international bedeutsamer Kulturprojekte und Veranstaltungen. Diese haben den Zweck, das kulturelle Profil der Gesellschafter und der Region Frankfurt Rhein-Main zu schärfen und herauszuheben.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch

- die Fortführung und Durchführung bisher beispielhaft veranstalteter und begonnener Projekte wie die Route der Industriekultur, Garten Rhein-Main, Freiheit des Geistes – Geist der Freiheit und weiterer, bisher noch nicht begonnener Kulturprojekte und Veranstaltungen,
- die Pflege der interkommunalen Zusammenarbeit in Form von Vernetzung, Austausch, Bündelung und Präsentation kultureller Projekte innerhalb der Kulturregion Frankfurt Rhein-Main mit dem Ziel, das Interesse an den vielfältigen Kulturangeboten der Rhein-Main Region zu fördern,
- die Unterstützung regional und überregional bedeutsamer kultureller Projekte gemeinnütziger Träger und Veranstalter, wobei die Grenze hierfür bei maximal 50% der Eigenmittel der Gesellschaft liegt,
- eine übergreifende Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung der lokalen kulturbezogenen Öffentlichkeitsarbeit,
- die überregionale und internationale Präsentation der Kulturregion.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2013 (Stand: 31.12.2013)

Vorsitzender	Herr Prof. Dr. Felix Semmelroth
Zweiter Vorsitzender	Herr Thomas Will
Mitglieder	Herr Walter Dreßbach
-----,,-----	Herr Burkard Fleckenstein

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

**Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2013
(Stand: 31.12.2013) (Fortsetzung)**

Mitglieder	Frau Beate Fleige
-----,,-----	Herr Dennis Grieser
-----,,-----	Herr Claus Kaminsky
-----,,-----	Herr Wolfgang Kollmeier
-----,,-----	Herr Ulrich Krebs
-----,,-----	Herr Michael Keller
-----,,-----	Frau Antje Köster
-----,,-----	Herr Joachim Kolbe
-----,,-----	Herr Jochen Partsch
-----,,-----	Frau Cornelia-Katrin von Plottnitz
-----,,-----	Herr Oliver Quilling
-----,,-----	Herr Horst Schneider
-----,,-----	Herr Dr. Thomas Stöhr
-----,,-----	Herr Ludger Stüve

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführerin

Frau Sabine von Bebenburg

Die Schutzklausel gem. § 286 Abs. 4 HGB wurde in Anspruch genommen.

D. Gesellschafter

Gesellschafter (Stand:31.12.2013)	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	9,44 %	2.800,00
Hochtaunuskreis	5,40 %	1.600,00
Landkreis Groß-Gerau	5,73 %	1.700,00
Main-Kinzig-Kreis	9,78 %	2.900,00
Main-Taunus-Kreis	5,73 %	1.700,00
Stadt Alzenau	0,68 %	200,00
Stadt Aschaffenburg	2,02 %	600,00
Stadt Babenhausen	0,51 %	150,00
Stadt Bad Homburg vor der Höhe	1,69 %	500,00
Stadt Bad Vilbel	1,01 %	300,00
Stadt Bischofsheim	0,51 %	150,00
Stadt Bingen	0,84 %	250,00
Stadt Darmstadt	4,38 %	1.300,00
Stadt Dieburg	0,51 %	150,00
Stadt Dreieich	1,35 %	400,00
Stadt Eltville	0,51 %	150,00

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Gesellschafter (Stand:31.12.2013)	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Eschborn	0,68 %	200,00
Stadt Frankfurt am Main	20,24 %	6.000,00
Stadt Friedberg (Hessen)	0,84 %	250,00
Stadt Friedrichsdorf Taunus	0,84 %	250,00
Markt Groß-Ostheim	0,51 %	150,00
Stadt Ginsheim-Gustavsburg	0,51 %	150,00
Stadt Hanau	2,70 %	800,00
Stadt Hattersheim	0,68 %	200,00
Stadt Kelsterbach	0,51 %	150,00
Stadt Langen	1,01 %	300,00
Stadt Miltenberg	0,34 %	100,00
Stadt Offenbach am Main	3,71 %	1.100,00
Stadt Rüsselsheim	1,86 %	550,00
Stadt Seligenstadt	0,68 %	200,00
Gemeinde Niederdorfelden	0,34 %	100,00
Gemeinde Wölfersheim	0,34 %	100,00
Regionalverband FrankfurtRheinMain	3,37 %	1.000,00
Eigene Anteile	10,79 %	3.200,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Die gesetzliche Verpflichtung der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Bildung von Zusammenschlüssen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ergibt sich aus dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG). Gesetzliche Aufgabe ist unter anderem die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von kulturellen Einrichtungen von überörtlicher Bedeutung, § 1 Abs. 1 Nr. 5 BallrG.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entbehrlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Produkt Förderung des Ehrenamtes, Sport und Kultur 10.60.01.69100010

Buchungsstelle 10.60.01.69100010, anteilig bezogen auf die Gesellschaft

in €	2014	2013	2012
Mitgliedsbeitrag Kulturregion Frankfurt Rhein-Main gGmbH	24.100	24.100	24.100

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2013 und 2014 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2012 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2013	2012	2011
Verbindlichkeiten	35.162	19.597	16.029

Berichtsjahr 2013	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	19.597
Zunahmen	15.565
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	35.162

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013

Grundlagen des Unternehmens

I. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Geschäftsverlauf war geprägt durch die Intensivierung der Projektarbeit, gepaart mit einer ebenso intensiven Suche nach Kooperationspartnern und Drittmiteleinwerbung. Bei den Projekten "Starke Stücke" und "Geist der Freiheit" wurden durch eine Kooperation mit dem Kulturfonds neue attraktive Veranstaltungsangebote ermöglicht. Ergänzende Veranstaltungsformate wie Vortragsreihen wurden sehr gut angenommen und verhelfen der KulturRegion mit ihren Projekten und Orten zu einem noch höheren Bekanntheitsgrad.

Die Vernetzung und der Austausch der regionalen Akteure führt zu einer dauerhaften Qualitätssteigerung der Kulturarbeit vor Ort, was den Gesellschaftern ebenso unmittelbar nutzt wie die Impulse, die durch die Geschäftsstelle in die Facharbeitskreise gegeben werden.

- Bei der hochwertigen Museumsbroschüre, einem im Januar erscheinenden Jahresprogramm mit einer Auflage von 55.000, machten 60 Museen aus der ganzen Region mit (2012: 59). Durch Druckkostenbeteiligungen und Anzeigen wird das Veranstaltungsprogramm weitgehend refinanziert.
- Zum fünften Mal fand das etablierte Internationale Kindertheaterfestival "Starke Stücke" vom 26.2. - 8.3.2013 unter dem Dach der KulturRegion statt: 15 nationale und internationale Theaterproduktionen aus 6 Ländern wurden in 82 Vorstellungen an 26 Spielorten gezeigt, ergänzt durch 60 theaterpädagogische Workshops in Schulen, Kindergärten und Theatern, durch Lehrerfortbildungen und mithilfe des Kulturfonds, einem internationalen Symposium sowie mit Unterstützung der Stadt Eschborn erstmalig einer eigenen Festivalproduktion.
- Das rund 800 Veranstaltungen umfassende Jahresprogramm GartenRheinMain (GRM) erschien im März 2013 wieder in einer Auflage von 45.000, Jahresthema war 2013 "Neue Lust am Grün", das ergänzt wurde durch eine Vortragsreihe im Palmengarten zum Thema "Urban Gardening". An einem Buchprojekt in Kooperation mit dem Institut für Stadtgeschichte, das Anfang 2014 erscheint, wurde gearbeitet.
- Eine Dokumentation der "Via Brentano" in Kooperation mit dem Kulturfonds und dem ADAC wurde im Mai der Öffentlichkeit präsentiert.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Grundlagen des Unternehmens (Fortsetzung)

I. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

- Das Programm zum Projekt "Burgen, Schlösser und Paläste" hatte als Leitmotiv 2013 "Märchenschlösser und verwunschene Burgen - Orte der Romantik" und umfasste rund 80 Veranstaltungen an 35 Orten, die Auflage betrug 20.000.
- Auch 2013 wurde die Festspielbroschüre wieder von der KulturRegion herausgegeben, in einer Auflage von 20.000.
- Beim Projekt "Geist der Freiheit" ging es 2013 um "Freies im Gesang - Gesang im Freien". In Kooperation mit dem Kulturfonds und mithilfe lokaler Veranstalter konnte ein abwechslungsreiches musikalisches Programm mit Aufführungsorten in der ganzen Region entwickelt werden. Den Auftakt bildete das Pfingst-Chortreffen in Darmstadt mit über 1.000 Sängern und 30 Chören zum Thema Freiheit. Wie 2012 fanden Veranstaltungen mit Schülern zum Blog "myBuechner.de" statt.
- Bei der renommierten Route der Industriekultur (RDIK) standen die 11. Tage der Industriekultur Rhein-Main unter dem Motto "Arbeitswelten Arbeits- und Unternehmenskultur". Vom 13. - 18. August nahmen rund 24.000 Menschen an über 300 Veranstaltungen teil. Im Herbst wurde in Kooperation mit verschiedenen Partnern eine ergänzende Vortragsreihe konzipiert und durchgeführt, die sich großer Beliebtheit erfreut.

Alle Projekte führten mit ihren Partnern wieder öffentlichkeitswirksame und attraktive Veranstaltungen durch. Ergänzend zu den Veranstaltungsprogrammen GRM und RDIK produzierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung jeweils Sonderbeilagen.

Im Geschäftsjahr wurden verstärkt Außen- und Repräsentationstermine bei aktuellen und potenziellen Gesellschaftern sowie bei anderen kulturellen Institutionen und Netzwerken wahrgenommen, regional, national und international.

Der Main-Kinzig-Kreis kündigte seine Mitgliedschaft zum 31.12.2013. Im Dezember wurde die Aufnahme von sechs neuen Kommunen als Gesellschafter beschlossen (Brachtal, Büdingen, Geisenheim, Ingelheim, Kronberg, Raunheim). Die Stadt Nidda wird ab 2014 assoziiertes Mitglied.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Grundlagen des Unternehmens (Fortsetzung)

I. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

2. Geschäftsverlauf

Die Erträge aus Mitgliedsbeiträgen und Zuschüssen sind um TEUR 5,7 von TEUR 533,7 im Vorjahr auf TEUR 539,4 gestiegen. Hierbei stehen den infolge des Austritts der Gesellschafter Mainz und Wetteraukreis um TEUR 33,7 gesunkenen Mitgliedsbeiträgen um TEUR 40,4 gestiegene Zuschüsse gegenüber, wobei sich die Zuschüsse des Kulturfonds Frankfurt RheinMain gegenüber dem Vorjahr um TEUR 28 erhöht haben. Der Anstieg der Umsatzerlöse um TEUR 4,8 von TEUR 77,1 auf TEUR 81,9 begründet sich in erhöhten Kostenweiterbelastungen für projektbezogene Arbeiten. Der Personalaufwand ist mit TEUR 170,0 gegenüber im Vorjahr TEUR 170,7 konstant geblieben, während die Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 29,2 von TEUR 68,8 im Vorjahr auf TEUR 39,6 gesunken sind.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind nur von TEUR 381,0 auf TEUR 394,6 gestiegen, wobei dem Anstieg der veranstaltungsabhängigen Kosten um TEUR 60,1 Reduzierungen insbesondere bei den Kosten für Druck und Gestaltung (TEUR 16,0), den Medienkosten (TEUR 8,2) sowie den Kosten aus nicht abziehbarer Vorsteuer (TEUR 9,0) gegenüberstehen. Insgesamt ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverbesserung um TEUR 31,6.

3. Lage

a. Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich erstmals positiv dar. Bei einer Ergebnisverbesserung um TEUR 31,6 wurde ein Jahresüberschuss von TEUR 15,2 erzielt (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von TEUR 16,4). Die Ergebnisverbesserung setzt sich zusammen aus einem um TEUR 57,7 von TEUR 441,5 auf TEUR 383,8 gesunkenen Verlust im Bereich sonstige Zweckbetriebe, welchem insbesondere ein um TEUR 20,2 von TEUR 396,0 auf TEUR 375,8 gesunkener Gewinn im ideellen Bereich sowie ein um TEUR 5,2 von TEUR 27,5 auf TEUR 22,3 gesunkener Gewinn im Bereich sonstige Geschäftsbetriebe gegenübersteht. Die Ergebnisverbesserung im Bereich sonstige Zweckbetriebe um TEUR 57,7 resultiert ganz überwiegend aus den um TEUR 35,9 gestiegenen Umsatzerlösen und Zuschüssen sowie aus den um TEUR 29,2 gesunkenen Kosten für bezogene Leistungen.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

Grundlagen des Unternehmens (Fortsetzung)

I. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

3. Lage (Fortsetzung)

b. Finanzlage

Die Finanzlage hat sich gegenüber dem Vorjahr positiv verändert. Es ergab sich erstmals ein positiver Cash Flow (Jahresüberschuss zuzüglich Abschreibungen) in Höhe von TEUR 18. Der Finanzmittelbestand ist um TEUR 34,3 auf TEUR 224,3 gestiegen. Gelder werden kurzfristig zu bestmöglichen Marktkonditionen bei den örtlichen Sparkassen angelegt.

c. Vermögenslage

Die Vermögenslage zum Bilanzstichtag war gekennzeichnet durch einen gemessen an der Bilanzsumme von TEUR 225,9 sehr hohen Finanzmittelbestand von TEUR 224,3 im Umlaufvermögen, der sich überwiegend in einem um TEUR 12,0 gestiegenen Eigenkapitalbestand von TEUR 167,2 widerspiegelt.

Das Stammkapital in Höhe von TEUR 29,6 blieb im Geschäftsjahr unverändert, wobei die Gesellschaft infolge des Austritts der Gesellschafter Mainz und Wetteraukreis bei Neuaufnahme von Eltville, Großostheim und Wölfersheim zum Stichtag 31.12.2013 über eigene Anteile in Höhe von TEUR 3,2 verfügt.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Das Zinsergebnis beläuft sich im Geschäftsjahr auf TEUR 0,9 (Vorjahr 1,6).

Die Eigenkapitalrentabilität, die Umsatzrendite und der Return on Investment sind erstmals positiv. Die Gesellschaft ist infolge ihrer Gemeinnützigkeit jedoch nicht auf die Erzielung von Gewinnen angelegt.

Die Liquidität ersten Grades beläuft sich bei liquiden Mitteln von TEUR 224,3 (Vorjahr: TEUR 190,0) und kurzfristigen Verbindlichkeiten von TEUR 13,9 (Vorjahr: TEUR 12,4) auf 16,1 (Vorjahr: 15,3).

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

II. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

III. Chancen- und Risikobericht sowie Prognosebericht

1. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die bestehenden Projekte und Publikationen dienen unmittelbar dem Gesellschaftszweck. Sie weiter zu etablieren bzw. auszubauen kann in Kooperation mit finanzkräftigen Partnern wie dem Kulturfonds gelingen. Hierfür ist Planungssicherheit in Form von Kooperationsbudgets notwendig. Zukünftige Schwerpunkte liegen insbesondere im Bereich kulturelle Bildung, Regionalentwicklung und Marketing/touristische Angebote.

Wichtig sind auch Serviceleistungen in Form von Beratungsangeboten seitens der Geschäftsstelle für Gesellschafter. Konkrete Projektarbeit z.B. bei der Erweiterung der Route der Industriekultur bietet den Anlass, potenzielle neue Gesellschafter für einen Beitritt in die KulturRegion zu gewinnen. Eine stärkere Einbindung des Landes Hessen und der beteiligten Bundesländer Rheinland-Pfalz und Bayern wird angestrebt. Ein wichtiges Themenfeld bleibt die Bestandspflege und der Austausch mit bestehenden Gesellschaftern, um auch in Zukunft breit und bundesländerübergreifend aufgestellt zu sein. Die Konsolidierung der Gesellschaft, Bestandspflege der Mitglieder und Gewinnen neuer Gesellschafter sowie von Drittmitteln bleibt eine permanente Herausforderung in Zeiten knapper öffentlicher Mittel.

2. Risikobericht

Wegen der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft in Verbindung mit fehlender Gewinnerzielungsabsicht und vollständiger Abkopplung vom Marktgeschehen bleibt die Abhängigkeit von Zuschüssen und Mitgliedsbeiträgen der Gesellschafter.

3. Prognosebericht

Bei Erstellung von vorsichtig bemessenen Wirtschaftsplänen und der Einhaltung der projektbezogenen Budgets sollte, unter Einbezug und Kontrolle der jeweiligen Projektverantwortlichen, künftig ein annähernd ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden können. Die Vielzahl der Gesellschafter und die daraus resultierende breite Streuung der Mitgliedsbeiträge bieten hierfür, zusammen mit den Zuschüssen des Landes Hessen und des Regionalverbandes FrankfurtRhein-Main, eine verlässliche Berechnungsgrundlage.

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

L. Bilanz

	2013	2012	Verän-	2011
			derung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände				
- Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen	1.304	1.451	-147	1.846
Sachanlagen				
- andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7	2.557	-2.550	11.554
	1.311	4.008	-2.697	13.400
Umlaufvermögen				
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	88	2.970	-2.882	4.459
- Sonstige Vermögensgegenstände	222	2.237	-2.015	44
	311	5.208	-4.897	4.503
Flüssige Mittel				
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	224.302	190.048	34.254	183.434
	224.613	195.255	29.357	187.937
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	225.924	199.263	26.660	201.337

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2013	2012	Verän-	2011
			derung	
Passiva	in €	in €	in €	in €
Eigenkapital				
- Gezeichnetes Kapital	29.650	29.650	0	29.650
- Eigene Anteile	-3.200	0	-3.200	0
- Kapitalrücklagen	125.517	141.958	-16.442	154.979
- Ergebnismrücklagen	0	0	0	41.915
- Jahresüberschuss/-fehlbetrag	15.196	-16.442	31.637	-54.936
	167.162	155.167	11.996	171.608
Rückstellungen				
- Sonstige Rückstellungen	23.600	24.500	-900	13.700
	23.600	24.500	-900	13.700
Verbindlichkeiten				
- Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	11.300	5.000	6.300	0
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.923	8.187	-1.264	10.574
- Sonstige Verbindlichkeiten	16.938	6.409	10.529	5.455
	35.162	19.597	15.565	16.029
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	225.924	199.263	26.660	201.337

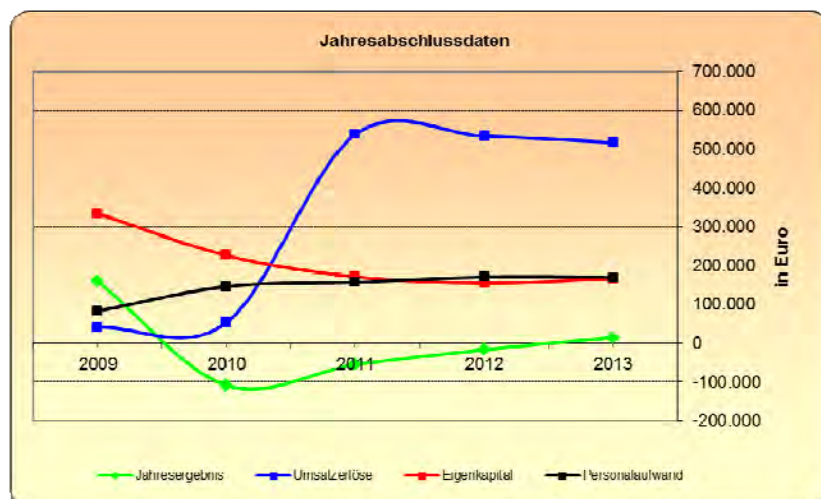
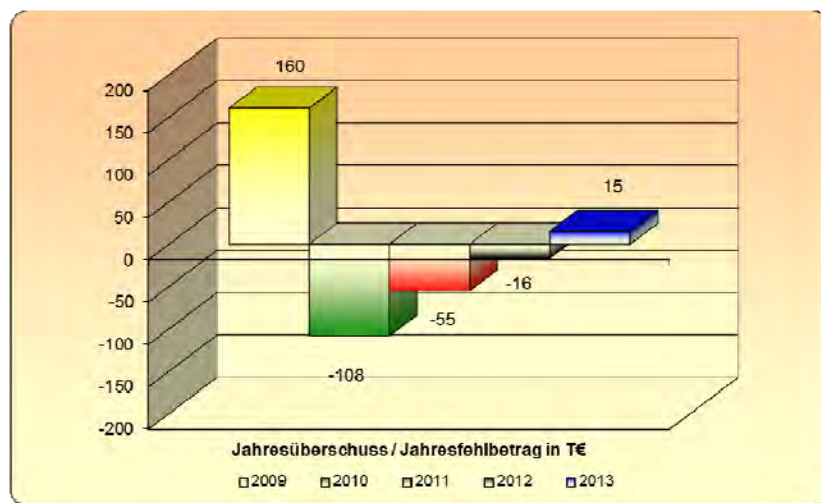
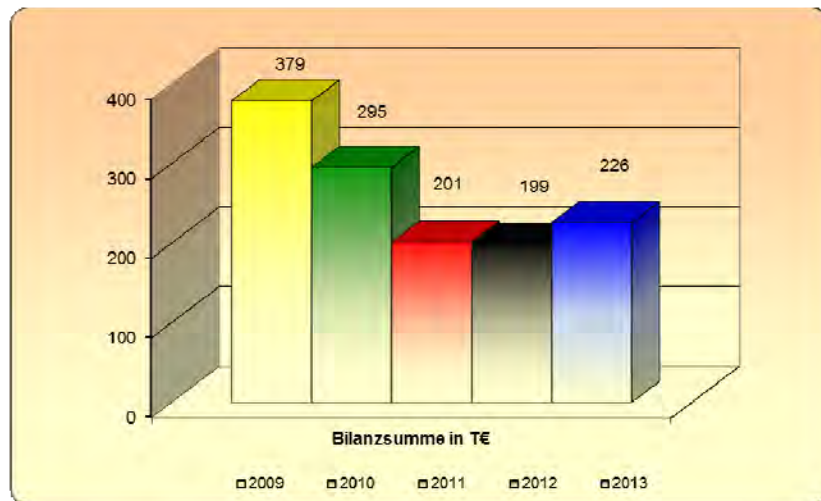
Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2013	2012	2011
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	516.880	533.680	537.551
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	-4.858
Sonstige betriebliche Erträge	104.382	78.363	31.500
Gesamtleistung	621.262	612.043	564.193
Materialaufwand			
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	39.602	68.842	75.920
Rohergebnis	581.660	543.201	488.273
Löhne und Gehälter	138.706	135.489	128.738
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	31.282	35.282	28.666
Personalaufwand	169.988	170.770	157.405
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.697	9.392	18.364
Sonstige betriebliche Aufwendungen	394.637	381.044	369.463
Betriebsergebnis	14.339	-18.005	-56.959
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	856	1.564	2.024
Finanzergebnis	856	1.564	2.024
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15.196	-16.442	-54.936
Jahresfehlbetrag	15.196	-16.442	-54.936

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

Anschrift	Rembrücker Straße 15, 63150 Heusenstamm
Telefon	06104/6488-0
Telefax	06104/6488-19
E-Mail	schulpartner@hochtief.de
Internet	www.hochtief-schulpartner.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH & Co. KG
Gründungsdatum	13. Oktober 2004
Stammkapital	100.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der zuletzt geänderten Fassung vom 18.08.2009.
Handelsregistereintrag	HRA 41335 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility Management Aufgaben, Verwaltungsleistungen, etc. unter Beachtung des Grundsatzes des unbedingten Vorrangs des ordnungsgemäßen Schulbetriebes. Ausgenommen sind der Unterrichtsbetrieb in diesen Schulen und die Trägerschaft der Schulen.

Die Gesellschaft kann ferner Betriebs- und Instandhaltungsleistungen für öffentliche Gebäude aller Art im Rhein-Main-Gebiet erbringen.

Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm zu dienen geeignet sind und die seine Erfüllung nicht gefährden.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

B. Gegenstand des Unternehmens (Fortsetzung)

Die Gesellschaft darf insbesondere Dritte mit der Betreuung und Durchführung der baulichen Instandhaltung und Instandsetzung sowie der Bewirtschaftung der Schulimmobilien beauftragen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2013 (Stand: 31.12.2013)		
Vorsitzender	Herr Peter Coenen	ab 22.11.2013
-----„-----	Herr Wilfried Rammner	bis 22.11.2013
Stellv. Vorsitzender	Herr Oliver Quilling	
Mitglied	Frau Sandra Arendt	
-----„-----	Herr Peter Buchta	
-----„-----	Herr Bernd Holtwick	ab 21.11.2013
-----„-----	Frau Claudia Jäger	
-----„-----	Herr Dr. Roland Mörmel	

Im Berichtsjahr wurden Aufsichtsratsvergütungen in Höhe von € 800,-- geleistet.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Raik Kratz
------------------------	-----------------

Auf die Angaben der Gesamtbezüge der gesetzlichen Vertreter ist in zulässiger Anwendung von § 286 Abs. 4 HGB verzichtet worden.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

D. Gesellschafter

Gesellschafter (Stand: 31.12.13)	Anteil in %	Anteil in €
Hochtief PPP Solutions GmbH, Essen	94,90	94.900,--
Kreis Offenbach; vorher KVBG Kreisversorgungs- beteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach	5,10	5.100,--

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 20. März 2013 im Rahmen der Beschlüsse zur strategischen und finanziellen Entwicklung der KVBG mbH einstimmig die Abtretung der Gesellschaftsanteile der KVBG mbH an der Hochtief PPP – Schulpartner GmbH & Co. KG an den Kreis Offenbach beschlossen.

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Entsprechend des § 138 Hessisches Schulgesetz (HSchG) sind die kreisfreien Städte und Landkreise Träger der Schulen, soweit in § 138 nichts anderes bestimmt ist. Die Trägerschaft des Kreises Offenbach bleibt durch die Beauftragung der Hochtief-PPP Schulpartner GmbH für die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility Management Aufgaben, Verwaltungsleistungen, etc. unberührt.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Teilergebnishaushalt

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Produkt Schulbezogene Dienstleistungen

in €	2014	2013	2012
Kostenerstattung PPP-Projekt Schulen - Buchungsstelle 40.01.11.54870010	56.640	54.990	61.216

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

in €	2014	2013	2012
Leistungsentgelt Facility-Management - Buchungsstelle 65.01.01.61670050	29.000.000	29.000.000	27.964.885

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2013 und 2014 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2012 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2013	2012	2011
Verbindlichkeiten	2.799.596	2.986.269	2.946.990

Berichtsjahr 2013	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres	2.986.269
Zunahmen	0
Abnahmen	186.673
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	2.799.596

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2013

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Allgemeine Vorbemerkungen

Die Firma HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, nachfolgend HTSP genannt, wurde gemäß Gesellschaftsvertrag vom 13. Oktober 2004 gegründet. Mit Umwandlungsbeschluss vom 14. August 2009 hat die Gesellschafterversammlung die Umwandlung der Gesellschaft von einer GmbH in eine GmbH & Co. KG gemäß § 190 ff. UmwG beschlossen. Die Umwandlung wurde mit Eintragung in das Handelsregister am 29. September 2009 wirksam. Gesellschafter sind mit Stichtag 31. Dezember 2013 HOCHTIEF PPP Schulpartner Verwaltungs-GmbH (Kapitaleinlage: EUR 0) als Komplementärin sowie HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, (Kapital- bzw. Kommanditanteil: EUR 94.900,--, 94,90 %) und Kreis Offenbach, Dietzenbach (Kapital- bzw. Kommanditanteil: E. UR 5.100,--, 5,10 %) als Kommanditisten.

Mit Schreiben vom 15. Oktober 2012 teilte die Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach, nachfolgend KVBG genannt, mit, dass sie beabsichtigt, ihre Gesellschaftsanteile an den Kreis Offenbach zu übertragen. In der Gesellschafterversammlung vom 21. November 2012 teilte der Kreis Offenbach mit, dass er kurzfristig beabsichtigt, sämtliche Beteiligungen der KVBG direkt auf sich zu übertragen und final die KVBG aufzulösen. Bezüglich der Übertragung der KVBG-Anteile an der HTSP liegt gemäß Gesellschaftersatzung kein weiteres Zustimmungserfordernis vor. Bezüglich der Übertragung der KVBG-Anteile an der HTSP VG erklärte die Gesellschafterin HTPPPS ihre schriftliche Zustimmung. Mit Schreiben vom 25. September 2013 wurde mitgeteilt, dass die Übertragung der KVBG-Anteile an den Kreis Offenbach vollzogen ist.

Gegenstand des Unternehmens ist nach aktueller Fassung die Bewirtschaftung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeister-services, Facility-Management-Aufgaben und Verwaltungsleistungen etc. sowie des Weiteren die Planung, der Bau und der Betrieb von Gebäuden einschließlich Schulen im Rhein Main Gebiet. Grundlage dafür bildet ein PPP-Vertrag mit dem Kreis Offenbach, Fachdienst Gebäudewirtschaft, Dietzenbach (nachfolgend: Kreis Offenbach) über eine Laufzeit von 15 Jahren.

Das Geschäftsfeld der HTSP fällt in den Bereich der Public Private Partnership und unterliegt aufgrund des Pilotprojektcharakters und seiner Größe einer besonderen öffentlichen Wahrnehmung.'

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

2. Entwicklung der Branche

Öffentliche Infrastrukturprojekte auf privatwirtschaftlich finanzierter Basis - Public Private Partnership (PPP) - zu realisieren, schont die öffentlichen Haushalte. Ohne privates Engagement würden viele wichtige Projekte im Straßen- wie im Hochbau mangels Finanzierbarkeit überhaupt nicht realisiert. Studien weisen Effizienzgewinne von über 15 % nach, wenn öffentliche Infrastrukturprojekte privatwirtschaftlich realisiert werden. Diese Effizienzsteigerungen resultieren vornehmlich aus geringeren Investitionskosten, weil Private die Lebenszykluskosten eines Projektes gesamtheitlich optimieren. Hinzu kommen verkürzte Planungs- und Bauzeiten sowie ein besserer Betrieb und Unterhalt der Projekte.

Der steigende Kostendruck in den öffentlichen Haushalten und die zunehmende Bewertung von Straßen und Immobilien als Kostenfaktor sowie als wertvolle Ressource sind wichtige Treiber dieser Entwicklung. Dem entgegenstehen allerdings der zunehmend wachsende Druck hochverschuldeter öffentlicher Haushalte und eine parallel vorherrschende politische Meinung mit dem Fokus auf Rekommunalisierung und Antiprивatisierung. Mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme und den Folgen der Finanzmarktkrise brachen die neubegonnenen PPP-Vorhaben deutschlandweit ein und haben sich seitdem von diesem niedrigen Niveau lediglich schwachsteigend entwickelt. Auch für den weiteren Ausblick kann hier keine schnellere Rückkehr auf das Volumen vergangener Jahre erkannt werden.

3. Entwicklung der Gesellschaft

Zum 01. Januar 2005 begannen sämtliche Leistungserbringungen der Sanierungs-, Instandhaltungs- und Betreibungsleistungen an den Schulen im Kreis Offenbach.

Im Hinblick auf eine effektive und effiziente Leistungsausführung hat HTSP grundlegende Auftragsinhalte wie die Modernisierungs- und Sanierungsleistungen sowie die laufenden baulichen Instandhaltungsmaßnahmen an die HOCHTIEF Solutions AG (früher Hochtief Construction AG) vergeben. Die Facility-Management Dienstleistungen werden vornehmlich mit eigenen Mitarbeitern sowie Rahmenvertragspartnern ausgeführt.

Alle bisher geschuldeten vertraglichen Leistungen wurden termingerecht bzw. vorzeitig erfüllt.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

3. Entwicklung der Gesellschaft (Fortsetzung)

Der Kreis. Offenbach zahlt für Sanierungsleistungen und für Facility-Management Leistungen jeweils monatlich eine feste Pauschale zzgl. der auf umsatzsteuerpflichtige Leistungen entfallenden Umsatzsteuer in der jeweiligen gesetzlichen Höhe. Über eine Wertsicherungsklausel werden Änderungen bestimmter Indizes berücksichtigt. Die Vergütungsanpassung hat aufgrund von zehn Erfüllungstatbeständen stattgefunden. Diese gliedern sich in zwei Anpassungen im Jahr 2005, eine im Jahr 2007, zwei in 2008, eine in 2009, eine in 2010 und zwei im Jahr 2011 sowie eine in 2012. Bezüglich der Anwendung der Wertsicherungsklausel auf die beiden Leistungsverträge sowie einer eventuellen Änderung bzw. Fortschreibung der Wertsicherungsklausel besteht weiterhin Dissens zwischen den Parteien. Details dieser Sachverhalte, der bisherigen Entwicklungen sowie des weiteren Vorgehens werden in Kapitel III ausgeführt.

Für die operative Abarbeitung des Auftrages wurde vor Ort eine auftrags- und vertragsorientierte Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb der HTSP implementiert, welche durch ein implementiertes und zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem (QMS) überwacht wird. Mit Ende der Sanierungsaufgaben trat mit Wirkung zum 1. Januar 2010 eine Neuorganisation in der Aufbauorganisation der HTSP in Kraft, welche der ausschließlichen FM-Fokussierung Rechnung trägt. Auch diese Organisation ist Bestandteil des QMS der Gesellschaft.

Die Gesellschaft ist weiterhin über die HOCHTIEF Solutions AG im Finanz- und Rechnungswesen der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH eingebunden. Für die Bereiche Personal, Steuern, Recht sowie Finanzen wird über Verträge mit HOCHTIEF Solutions AG auf Ressourcen von Zentralabteilungen der HOCHTIEF AG bzw. der HOCHTIEF Solutions AG zugegriffen.

Durch das Controllingsystem, basierend auf der Auftragszergliederung der Urkalkulation (Financial Model), werden Planabweichungen erfasst und die Ergebnisentwicklung sowie die Zielerreichung fortlaufend analysiert (Bestandsmodell).

Das in 2005 eingerichtete Qualitätsmanagementsystem wurde Ende 2006 mittels externem Audit durch die DQS GmbH (Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen) zertifiziert und 2009 sowie zuletzt 2012 für drei Jahre verlängert. Eine erneute Auditierung der DQS erfolgte in der Zeit vom 4. bis 5. November 2013 ohne jegliche Beanstandung.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

4. Umsatz- und Auftragsentwicklung

HTSP erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Umsatz von TEUR 23.333. Die sonstigen betrieblichen Erträge im Geschäftsjahr 2013 in Höhe von TEUR 1.107 beruhen im Wesentlichen auf dem sonstigen Zusatzgeschäft.

Der Auftragsbestand (i.S.v. vertraglich besicherten zukünftigen Umsatzerlösen bis zum 31. Dezember 2019 ohne Berücksichtigung zukünftiger Wertsicherungsklauseln, Vertragsanpassungen oder ähnlichem) beläuft sich zum 31. Dezember 2013 auf TEUR 125.717 (Vorjahr: TEUR 150.782).

5. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt zum 31. Dezember 2012 71 Mitarbeiter (Vorjahr 74), diese gliedern sich in 68 Mitarbeiter mit HTSP-Verträgen, einen Kreis-Beigestellten und einen kreisdienstüberlassenen Mitarbeiter.

II. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Das Umlaufvermögen (TEUR 10.848) stellt 98,8 % (Vorjahr: 99,0 %) der gesamten Bilanzsumme dar und resultiert im Wesentlichen aus Forderungen gegen Gesellschafter (TEUR 10.011), die maßgeblich die Cash-Pool-Forderungen gegen die HOCHTIEF PPP Solutions GmbH (TEUR 9.973) beinhalten.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen im Wesentlichen den Kunden Kreis Offenbach.

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen von TEUR 55 (Vorjahr: TEUR 45) entfallen vollständig auf Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betreffen im Wesentlichen Nachlaufkoten in Höhe von TEUR 659 (Vorjahr: TEUR 1.064). Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen nahezu vollständig gegenüber der HOCHTIEF Solutions AG. Sämtliche Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

II. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

1. Vermögenslage (Fortsetzung)

Das Eigenkapital ist um insgesamt TEUR 452 gesunken, wodurch sich die Eigenkapitalquote auf 67,1 % (Vorjahr: 68,1 %) verringerte. Der Rückgang des Eigenkapitals beruht nahezu vollständig auf dem Rückgang des Jahresüberschusses um TEUR 467. Gegenläufig erhöhten sich die Rücklagen um TEUR 15 aufgrund der Gewinnverwendung 2012.

2. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird durch die laufenden monatlichen Zahlungen des Auftraggebers sichergestellt. Diese Feststellung wird durch das vertraglich vereinbarte Financial Model sowie durch die Liquiditätsplanung unterlegt. Des Weiteren ist HTSP über den Cash-Pool der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, in das Cash-Pooling-System der HOCHTIEF AG, Essen, eingebunden.

Die Stichtagsliquidität der HTSP weist zum 31. Dezember 2013 ein Guthaben-im Cash-Pooling der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, von TEUR 9.973 (Vorjahr: TEUR 11.303) aus, darüber hinaus besitzt die Gesellschaft einen Kreditrahmenvertrag mit der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH in Höhe Mio. EUR 20, welcher jedoch nicht in Anspruch genommen wurde.

3. Ertragslage

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2013 ein Ergebnis. vor Steuern (EBT) in Höhe von TEUR 7.087 (Vorjahr: TEUR 7.671) aus.

Die Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 23.333 setzen sich aus Facility-Management-Leistungen (TEUR 18.625) und baulichen Instandhaltungen (TEUR 4.708) zusammen.

Die langfristig abgeschlossenen Kunden- und Lieferantenverträge führen im Zeitablauf zu konstanten positiven Rohgewinnmargen, die stichtagsbedingt variieren können.

Die Umsatzrendite (Jahresergebnis vor Steuern/Umsatz) ist um 2,2 % auf 30,4 % im Geschäftsjahr gesunken. Hauptverantwortlich dafür zeigen sich zum einen die variierenden, stichtagsbezogenen Abgrenzungen langlaufender Kunden- bzw. Lieferantenbeziehungen und zum anderen die im Berichtsjahr notwendigen Sonderaufwendungen im Personalbereich. Diese beinhalten u.a. Abgrenzungen für die überlassenen Kreismitarbeiter und Mehrkosten für (ungewolltes) Outsourcing infolge des hohen Krankenstandes.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

II. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

3. Ertragslage (Fortsetzung)

Unter Berücksichtigung des Aufwands für Personalsonderzahlungen bewegt sich der Personalaufwand pro rata auf Höhe des Vorjahres.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HTSP bewegte sich in 2013 mit nur geringen Abweichungen auf dem Niveau der Vorjahre und entspricht den Erwartungen und Vorhersagen der Geschäftsführung in vollem Umfang. Auch für die Folgejahre wird seitens der Geschäftsführung eine Fortschreibung dieser Performance erwartet.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Im Zentrum sämtlicher Aktivitäten steht nach wie vor die Stabilisierung des neuen PPP-Geschäftes im Projekt Schulen Offenbach. Dabei genießen die beiden Unternehmensziele Vertragserfüllung und Kundenzufriedenheit oberste Priorität.

Im Bereich Betrieb steht die Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Schulbetriebes durch Vorhaltung von funktionalen Schulbauten im Vordergrund. Kerninhalte sind hier die bauliche Instandhaltung, die technische Wartung, das infrastrukturelle Gebäudemanagement sowie die Ver- und Entsorgung. Des Weiteren wird ein Schwerpunkt auf das Energiemanagement und die Senkung der Vandalismusschäden an den Schulen gelegt.

Die HTSP hat mit dem Kreis Offenbach Verträge mit einer Laufzeit von 15 Jahren abgeschlossen. Für die Gesellschaft bedeutet dies eine langfristig gesicherte Geschäftsgrundlage. Das Risiko, dass sich Leistungen und entsprechende Vergütungen bei langfristigen Verträgen ändern, ist grundsätzlich gegeben. Jedoch wurden zur Kompensation dieses Risikos zum einen ausführliche Regelungen zur Leistungs- und Vergütungsanpassung in die Verträge aufgenommen und zum anderen ist eine Wertsicherungsklausel Vertragsbestandteil.

Zum Thema Abrechnung der Wertsicherung nach Sanierungsende besteht wie bereits berichtet zwischen den Vertragsparteien Unstimmigkeit. Sowohl die Anwendung der gemeinsamen Wertsicherungsklausel auf beide Leistungsverträge (FM- und Sanierung), als auch die Änderung der gemeinsamen Wertsicherungsklausel zu einer eigenständigen FM-Klausel sind strittig. Diesbezüglich lassen sich die Parteien seit Mitte 2011 juristisch unterstützen. Eine einvernehmliche Einigung auf dem Weg einer vertraglichen oder gesetzlichen Schlichtung konnte weder im Kalenderjahr 2011 noch im Kalenderjahr 2012 erzielt werden. Alle Schlichtungsversuche waren erfolglos.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Im Ergebnis der Gesellschafterversammlung vom 21. November 2012 erklärten beide Gesellschafter das Bestreiten des Klageweges als letztes verbleibendes Mittel. Unter dem Datum vom 11. Dezember 2012 hat HTSP beim Landgericht Darmstadt Klage eingereicht. Am 23. Oktober 2013 fand eine mündliche Verhandlung vor dem Landgericht Darmstadt statt. In diesem Termin setzte das Gericht abschließend einen Termin zur Verkündung einer Entscheidung auf den 13. November 2013 fest. Am 13. November 2013 ging ein Hinweisbeschluss des Landgerichtes ein, in dem die Kammer den Klageantrag zu 1 für unbegründet hält. Am 9. Dezember 2013 hat HTSP über Ihre Anwälte zu dem Hinweisbeschluss Stellung genommen. Es wird erwartet, dass es im neuen Jahr zu einem erneuten Anhörungstermin kommt.

Neben diesen somit bestehenden allgemeinen Prozess- und Vergütungsrisiken liegen grundsätzlich Risiken in der zeitgerechten Realisierung der vertraglich vereinbarten Leistungen. Nach Abschluss der Sanierungen beschränken sich diese Leistungen jedoch ausschließlich auf das Facility-Management, d.h. Betriebsführung, Inspektion, Wartung, Instandsetzung etc. HTSP strebt im Projekt generell eine hohe Eigenleistungsquote an. Mit Ausnahme der auch in diesem Bericht benannten langlaufenden Verträge (vorrangig mit Konzernunternehmen) erbringt HTSP Leistungen des technischen/infrastrukturellen und kaufmännischen Gebäudemanagements mit eigenem Personal. Bereits in den zurückliegenden Jahren war hier ein im Vergleich zu anderen Konzerngesellschaften höherer Krankenstand der operativen Belegschaft zu verzeichnen. Wesentliche Gründe hierfür sind im Altersdurchschnitt der Gesellschaft, dem hohen Anteil an schwerbeschädigter/gleichgestellter Belegschaft und der Herkunft des Großteils der Belegschaft aus Arbeitsverhältnissen der öffentlichen Hand zu vermuten. Im Berichtsjahr 2013 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt. In Folge der bestehenden engen Kooperationen und der geschlossenen Verträge mit HOCHTIEF-Gesellschaften und Dritten konnte aber sichergestellt werden, dass die vereinbarten Leistungen in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen zeitgerecht erbracht wurden. Die mit diesem (ungewollten) Outsourcing von ehemals eigenerbrachten Leistungen verbundene Kostensteigerung ist in der Ergebnisentwicklung in gedämpftem Maß ablesbar. Die Ergebnisminderung beläuft sich im Berichtsjahr auf TEUR 360 und wird die Folgejahre mit ca. TEUR 250 belasten.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Durch die Einführung eines aktiven Energiemanagements im Jahr 2005 und die konsequente Fortsetzung dieser Maßnahmen ist es HTSP auch zukünftig möglich, energetische Veränderungen an den Gebäuden zu erkennen und hierauf kurzfristig zu reagieren.

Im Hinblick auf die erfolgreiche Abwicklung des Auftragsbestandes ist ein für die Belange der Gesellschaft geeignetes Überwachungs- und Steuerungssystem installiert worden. Darüber hinaus ist die Gesellschaft in das Risikomanagementsystem des Konzerns eingebunden.

Die Reinigungsleistungen sind seit April 2005 an das Frankfurter Unternehmen ELITE Facility Services GmbH & Co. KG, aktuell ein Unternehmen der Hectas-Gruppe, beauftragt. Seit 2012 und in Einzelpunkten bereits seit 2010 bestehen erhebliche Defizite in der Leistungserbringung und grundsätzlichen Vertragseinhaltung. Dies betrifft alle Bereiche der vertraglichen Leistungspflichten (Unterhaltsreinigung, Grund- und Glasreinigung) sowie ebenfalls Teile der vertraglichen Nebenpflichten (hier insbesondere vertragliche Berichtspflichten und Nachweise arbeits- und sozialrechtlicher Belange). Aus diesen Gründen erfolgten in 2013 mehrere Abmahnungen und Nachfristsetzungen sowie seit dem 17. Dezember 2013 in Teilen die Ersatzvornahme. Durch die Nichteinhaltung der gesetzten Nachfristen sowie das Weiterbestehen der grundsätzlichen Leistungsprobleme und Nichterfüllung der vertraglichen Nebenpflichten wurde zum 24. Januar 2014 die fristlose Kündigung ausgesprochen. Seit dem 27. Januar 2014 wurden für die Interimsreinigung der Schulen drei neue regionale Dienstleister zunächst bis zum 31. März 2014 beauftragt. Des Weiteren wurde die Erstellung und Durchführung einer begrenzten regionalen Ausschreibung in drei Losen für die Reinigung der 50 Schulen im Los Ost auf den Weg gebracht. Ziel ist hier eine Vergabe zum 1. April 2014. Aktuell wird erwartet, dass ggfs. entstehende Mehrkosten aus der Vergabe als Schadenersatzforderung beim bisherigen Dienstleister Elite geltend gemacht werden können. Eine negative Ergebnisauswirkung wird insofern nicht erwartet.

Für den Prüfungszeitraum 2004 bis 2007 hat in den Jahren 2009 bis 2011 eine Betriebsprüfung durch das Finanzamt für Groß- und Konzernprüfung Essen stattgefunden. Der Betriebsprüfungsbericht wurde am 28. April 2011 durch das Finanzamt versendet. Die Steuerbescheide aufgrund der Betriebsprüfung sind Mitte 2011 ergangen und die offenen Beträge wurden zur Zahlung angewiesen.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Gegen die Bescheide wurde beim Finanzamt Einspruch eingelegt, welcher in 2013 seitens HOCHTIEF zurückgenommen wurde.

Für den Prüfungszeitraum 2008 bis 2010 hat in den Jahren 2012 bis 2013 eine Betriebsprüfung durch das Finanzamt für Groß- und Konzernprüfung Essen stattgefunden. Der Betriebsprüfungsbericht für die GmbH wurde am 23. Mai 2013 und für die GmbH & Co KG am 19. September 2013 durch das Finanzamt versendet. Die Steuerbescheide aufgrund der Betriebsprüfung sind bis Ende 2013 ergangen und wurden bezahlt bzw. erstattet. Damit sind nunmehr alle Steuerfestsetzungen bis 2010 endgültig.

IV. Sonstige Angaben

Bezüglich des bestehenden Nachunternehmervertrages zur Instandhaltung der Außenanlagen sowie der Entsorgung mit der HT Solutions AG wurden in 2012 verschiedene Gespräche geführt mit dem Ziel der einvernehmlichen Vertragsaufhebung und der zukünftigen Eigenerbringung dieser Leistungen durch HTSP. Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. April 2013 wurde mit der HT Solutions AG (vormals: HTFM) endgültig am 27. August 2013 eine Vertragsaufhebung unterzeichnet. Die Zustimmung der Gesellschafter erfolgte am 22. November 2013.

Gemäß bestehendem Vertrag mit dem alleinigen Geschäftsführer der HTSP VG war bis September 2013 über eine Verlängerung bzw. Neubestellung zu entscheiden. Der aktuelle Geschäftsführungsvertrag lief in seiner aktuellen Fassung längstens bis September 2014. In 2013 wurde der Geschäftsführungsvertrag bis zum 31. Dezember 2017 verlängert.

V. Prognosebericht

Für das Jahr 2014 rechnet die Geschäftsführung gemäß genehmigtem Wirtschaftsplan 2014 (Auszug der Jahresscheibe aus dem Financial Model) aus der Gesellschafterversammlung vom 22. November 2013 mit einem geplanten Vorsteuerergebnis i.H.v. TEUR 4.376 und geplanten Umsatzerlösen i.H.v. TEUR 20.549 (vor jährlicher nachträglicher Vergütungsanpassung). Für die Folgejahre wird seitens der Geschäftsführung eine Fortschreibung dieser Performance erwartet.

VI. Nachtragsbericht

Darüber hinausgehende Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, sind uns nicht bekannt.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

L. Bilanz

	2013	2012	Verände- rung	2011
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	133.509	116.993	16.516	107.288
Anlagevermögen	133.509	116.993	16.516	107.288
Forderungen aus Lieferung und Leistung	71.429	25.498	45.931	17.984
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	10.011.487	11.305.554	-1.294.067	11.385.881
Sonstige Vermögensgegenstände	761.763	36.675	725.089	93.225
	10.844.680	11.367.727	-523.047	11.497.090
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.078	2.562	516	1.253
Umlaufvermögen	10.847.757	11.370.289	-522.532	11.498.342
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	10.981.266	11.487.282	-506.015	11.605.630

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2013	2012	Veränderung	2011
	in €	in €	in €	in €
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	0	100.000
Rücklagen	1.075.001	1.060.563	14.438	1.426.146
Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	6.190.159	6.656.782	-466.623	5.560.376
Eigenkapital	7.365.159	7.817.345	-452.185	7.086.521
Rückstellungen für Pensionen	97.495	77.229	20.266	73.487
Steuerrückstellungen	242.493	0	242.493	797.743
Sonstige Rückstellungen	476.523	606.439	-129.916	700.889
Rückstellungen	816.511	683.668	132.843	1.572.119
Erhaltene Anzahlungen	59.453	47.934	11.519	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	729.096	1.087.511	-358.415	1.294.276
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	567.772	333.257	234.516	306.571
Sonstige Verbindlichkeiten	1.443.274	1.517.568	-74.293	1.346.143
Verbindlichkeiten	2.799.596	2.986.269	-186.673	2.946.990
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	10.981.266	11.487.282	-506.015	11.605.630

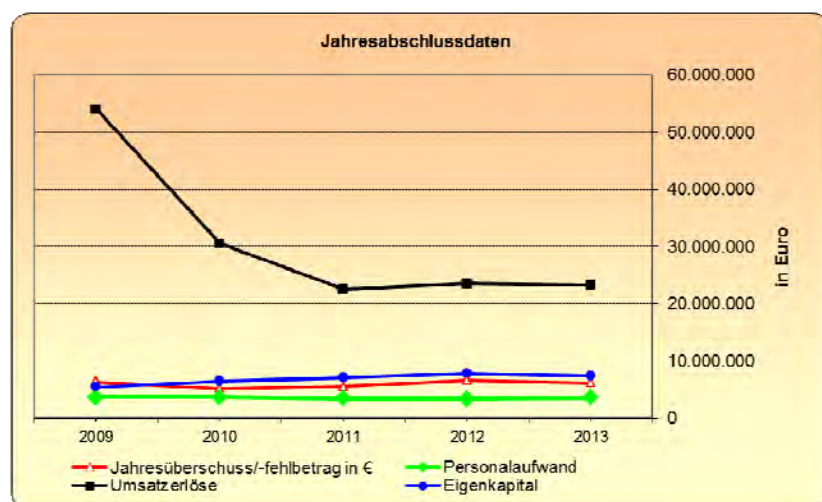
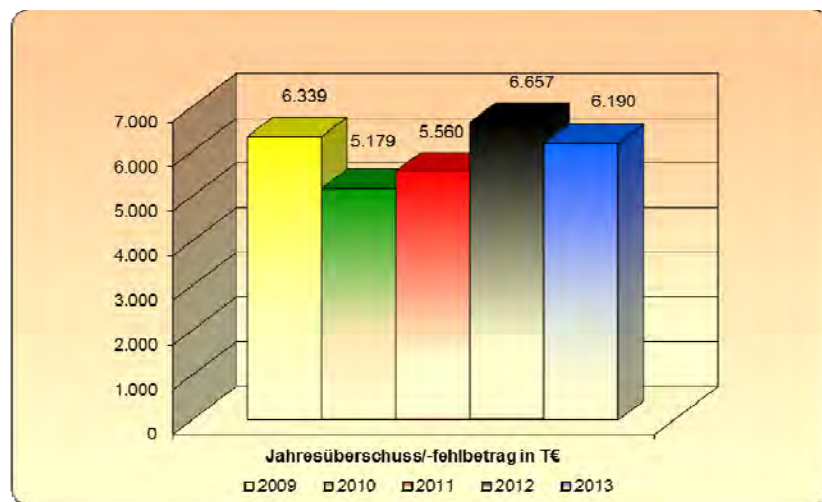
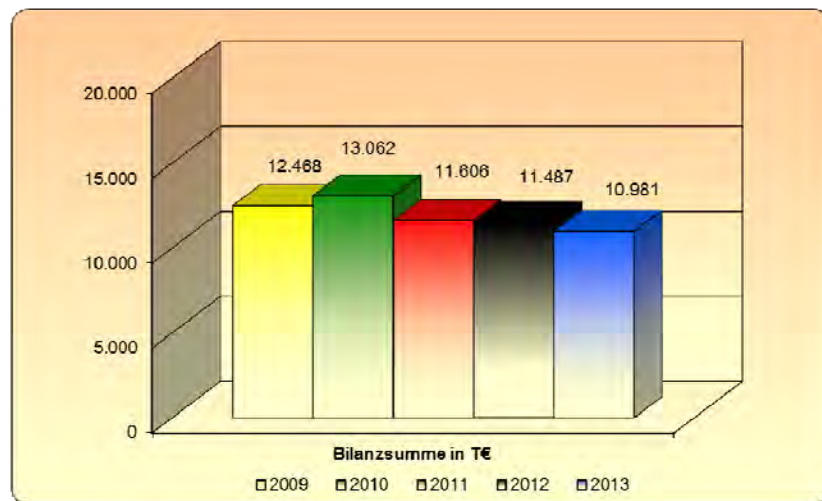
**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2013	2012	2011
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	23.332.494	23.500.011	22.488.534
Verminderung/Erhöhung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	1.107.304	1.065.692	1.920.672
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.799.226	2.736.130	2.883.234
Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.362.931	9.309.598	8.763.112
Materialaufwand	12.162.157	12.045.728	11.646.346
Löhne und Gehälter	2.844.348	2.635.901	2.664.308
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	767.979	746.151	747.924
Personalaufwand	3.612.327	3.382.053	3.412.232
Abschreibungen	36.120	37.034	33.443
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.198.715	1.114.435	1.161.051
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	272.788	368.835	471.797
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	615.776	684.220	959.759
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.087.492	7.671.068	7.668.172
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	897.333	1.014.286	2.107.796
Jahresüberschuss	6.190.159	6.656.782	5.560.376

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

Anschrift	Rembrücker Straße 15, 63150 Heusenstamm
Telefon	06104/6488-0
Telefax	06104/6488-19
E-Mail	schulpartner@hochtief.de
Internet	www.hochtief-schulpartner.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	14. August 2009
Stammkapital	25.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der zuletzt geänderten Fassung vom 01.09.2009.
Handelsregistereintrag	HRB 44319 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm, die die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach zum Gegenstand hat.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Geschäftsführer

Herr Raik Kratz

D. Gesellschafter

Gesellschafter (Stand 31.12.13)	Anteil in %	Anteil in €
Hochtief PPP Solutions GmbH, Essen	94,90	23.725,--
Kreis Offenbach; vorher KVBG Kreisversorgungs- beteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach	5,10	1.275,--

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 20. März 2013 im Rahmen der Beschlüsse zur strategischen und finanziellen Entwicklung der KVBG mbH einstimmig die Abtretung der Gesellschaftsanteile der KVBG mbH an der Hochtief PPP – Schulpartner VerwaltungsGmbH an den Kreis Offenbach beschlossen.

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Entsprechend des § 138 Hessisches Schulgesetz (HSchG) sind die kreisfreien Städte und Landkreise Träger der Schulen, soweit in § 138 nichts anderes bestimmt ist. Die Trägerschaft des Kreises Offenbach bleibt durch die Beauftragung der Hochtief-PPP Schulpartner GmbH für die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility Management Aufgaben, Verwaltungsleistungen, etc. unberührt.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH,
Heusenstamm**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2013	2012	2011
Verbindlichkeiten	1.670	1.222	8.121

Berichtsjahr 2013	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres	1.222
Zunahmen	448
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	1.655

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2013

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Allgemeine Vorbemerkungen

Die Firma HOCHTIEF PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm, (HTSP VG) existiert seit dem Umwandlungsbeschluss vom 14. August 2009 der HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH, Heusenstamm, zur HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG (HTSP KG) als Komplementärin dieser KG.

Gegenstand der HTSP VG ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der HTSP.

Gegenstand dieser KG ist nach neuester Fassung die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility-Management-Aufgaben und Verwaltungsleistungen etc. sowie des Weiteren die Planung, der Bau und der Betrieb von Gebäuden einschließlich Schulen im Rhein-Main-Gebiet. Grundlage dafür bildet ein PPP-Vertrag mit dem Kreis Offenbach, Fachdienst Gebäudewirtschaft, Dietzenbach (nachfolgend: Kreis Offenbach) über eine Laufzeit von 15 Jahren.

Gesellschafter der HTSP KG sind mit Stichtag 31. Dezember 2013 HTSP VG, (Kapitaleinlage: € 0) als Komplementärin sowie HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 94.900,--, 94,90%) und Kreis Offenbach, Dietzenbach (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 5.100,--, 5,10 %) als Kommanditisten.

Gesellschafter der HTSP VG sind mit Stichtag 31. Dezember 2013 HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, (Kapitalanteil: € 23.725,--, 94,90%) und Kreis Offenbach, Dietzenbach, (Kapitalanteil € 1.275,--, 5,10%).

Mit Schreiben vom 15. Oktober 2012 teilte die KVBG mit, dass sie beabsichtigt, ihre Gesellschaftsanteile an den Kreis Offenbach zu übertragen. In der Gesellschafterversammlung vom 21. November 2012 teilte der Kreis Offenbach mit, dass er kurzfristig beabsichtigt, sämtliche Beteiligungen der KVBG direkt auf sich zu übertragen und final die KVBG aufzulösen. Bezüglich der Übertragung der KVBG-Anteile an der HTSP liegt gemäß Gesellschaftersatzung kein weiteres Zustimmungserfordernis vor. Bezüglich der Übertragung der KVBG-Anteile an der HTSP-VG erklärte die Gesellschafterin HTPPS ihre schriftliche Zustimmung. Mit Schreiben vom 25. September 2013 wurde mitgeteilt, dass die Übertragung der KVBG-Anteile an den Kreis Offenbach vollzogen ist.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

1. Allgemeine Vorbemerkungen (Fortsetzung)

Bedingt durch die Bedeutung dieses Projektes und der Historie der Gesellschaft – zunächst geführt über eine GmbH und später durch Umwandlungsbeschluss zur KG und einer Komplementär-GmbH – gelten für beide Gesellschaften gemäß Gesellschaftsvertrag die Regeln für große Kapitalgesellschaften und die Prüfungserfordernisse nach § 53 HGrG. Die Aufgaben und der Gesellschaftszweck der Komplementär-GmbH würden dies bei isolierter Betrachtung mit Sicherheit nicht erfordern. Maßgeblich bleibt aber der Gesellschaftsvertrag. In ihrer Sitzung vom 18. November 2010 haben die Gesellschafter beschlossen, einen Antrag über den Kreis Offenbach an das Regierungspräsidium Darmstadt zu stellen, mit dem Ziel, die Prüfungserfordernisse für die HTSP VG zu reduzieren. Der Antrag wurde seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt abgelehnt.

2. Entwicklung der Branche

Öffentliche Infrastrukturprojekte auf privatwirtschaftlich finanzierter Basis - Public Private Partnership (PPP) - zu realisieren, schont die öffentlichen Haushalte. Ohne privates Engagement würden viele wichtige Projekte im Straßen- wie Hochbau mangels Finanzierbarkeit überhaupt nicht realisiert. Studien weisen Effizienzgewinne von über 15% nach, wenn öffentliche Infrastrukturprojekte privatwirtschaftlich realisiert werden. Diese Effizienzsteigerungen resultieren vornehmlich aus geringeren Investitionskosten, weil Private die Lebenszyklenkosten eines Projektes gesamtheitlich optimieren. Hinzu kommen verkürzte Planungs- und Bauzeiten sowie ein besserer Betrieb und Unterhalt der Projekte.

Der steigende Kostendruck in den öffentlichen Haushalten und die zunehmende Bewertung von Straßen und Immobilien als Kostenfaktor sowie als wertvolle Ressource sind wichtige Treiber dieser Entwicklung. Dem entgegen stehen allerdings der zunehmend wachsende Druck hochverschuldeter öffentlicher Haushalte und eine parallel vorherrschende politische Meinung mit dem Fokus auf Rekommunalisierung und Antiprivatisierung. Mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme und dem Anhalten einer weiterhin prekären Finanzmarktsituation erklärt sich die sehr geringe Anzahl an neuen PPP-Projekten. Auch für den kurzfristigen Ausblick kann hier keine schnellere Rückkehr auf das Volumen vergangener Jahre erkannt werden.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

3. Entwicklung der Gesellschaft

Zum 01. Januar 2005 begannen sämtliche Leistungserbringungen der Sanierungs-, Instandhaltungs- und Betreibungsleistungen an den Schulen im Kreis Offenbach. Seit dem Umwandlungsbeschluss vom 14. August 2009 wird die operative Projektführung vollständig durch die HTSP KG wahrgenommen. Als Geschäftsführerin und als persönlich haftende Gesellschafterin dieser KG tritt die HTSP VG auf. Gemäß bestehendem Vertrag mit dem alleinigen Geschäftsführer war bis September 2013 über eine Verlängerung bzw. Neubestellung zu entscheiden. Der aktuelle Geschäftsführungsvertrag lief in seiner aktuellen Fassung längstens bis September 2014. Im Jahr 2013 wurde der Geschäftsführervertrag bis zum 31. Dezember 2017 verlängert.

4. Umsatz- und Auftragsentwicklung

HTSP VG erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr planmäßig keinen relevanten Umsatz.

Sämtliche operativen Verträge für die Umsetzung des Projektes und zur Leistungserbringung werden durch die HTSP KG abgeschlossen. Als Ausnahme gelten hier die folgenden:

- Abschluss von Geschäfts- und Dienstleistungsverträgen mit den Corporate Services der HOCHTIEF AG, HOCHTIEF Solutions AG bzw. der HOCHTIEF Concessions AG in den Bereichen Rechnungswesen, Controlling, Personal, Steuern, Recht und Financial Services durch die HTSP VG.
- Abschluss des Geschäftsführervertrages mit dem Geschäftsführer Raik Kratz durch die HTSP VG, legitimiert durch beide Gesellschafter.

5. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt zum 31.12.2013 keine Mitarbeiter.

II. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen bestehen ausschließlich gegen die HAT PPP Solutions mit € 11.442,21. Diese betreffen ausschließlich Forderungen aus dem Cash-Pooling (€ 11.442,21).

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

II. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

1. Vermögenslage (Fortsetzung)

Die liquiden Mittel bestehen aus dem Guthaben auf dem Girokonto der Commerzbank AG und betragen zum 31. Dezember 2013 € 25.000,00.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (€ 1.654,94) betreffen in voller Höhe UST-VA-Verbindlichkeiten gegenüber der HOCHTIEF AG aus steuerlicher Organschaft.

Die Eigenkapitalquote beträgt 80,9 % (Vorjahr 82,1 %).

2. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird durch die laufenden Aufwandserstattungen der HTSP KG sichergestellt. Die HTSP VG ist seit September 2010 über den Cash-Pool der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, in das Cash-Pooling-System der HOCHTIEF AG, Essen, eingebunden.

3. Ertragslage

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2013 einen Jahresüberschuss in Höhe von € 412,48 (Vorjahr: 9.727,01) aus.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Im Zentrum sämtlicher Aktivitäten steht nach wie vor die Stabilisierung des neuen PPP-Geschäftes im Projekt Schulen Offenbach. Dabei genießen die beiden Unternehmensziele Vertragserfüllung und Kundenzufriedenheit oberste Priorität.

Im Bereich Betrieb steht die Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Schulbetriebes durch Vorhaltung von funktionalen Schulbauten im Vordergrund. Kerninhalte sind hier die bauliche Instandhaltung, die technische Wartung, das infrastrukturelle Gebäudemanagement sowie die Ver- und Entsorgung. Des Weiteren wird ein Schwerpunkt auf das Energiemanagement und die Senkung der Vandalismusschäden an den Schulen gelegt.

Die HTSP KG hat mit dem Kreis Offenbach Verträge mit einer Laufzeit von 15 Jahren abgeschlossen. Für die Gesellschaft bedeutet dies eine langfristig gesicherte Geschäftsgrundlage. Das Risiko, dass sich Leistungen und entsprechende Vergütungen bei langfristigen Verträgen ändern, ist grundsätzlich gegeben.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Jedoch wurden zur Kompensation dieses Risikos zum einen ausführliche Regelungen zur Leistungs- und Vergütungsanpassung in die Verträge aufgenommen und zum anderen ist eine Wertsicherungsklausel Vertragsbestandteil.

Zum Thema Abrechnung der Wertsicherung nach Sanierungsende besteht zwischen den Vertragsparteien Unstimmigkeit. Sowohl die Anwendung der gemeinsamen Wertsicherungsklausel auf beide Leistungsverträge (FM- und Sanierung) als auch die Änderung der gemeinsamen Wertsicherungsklausel zu einer eigenständigen FM-Klausel sind strittig. Diesbezüglich lassen sich die Parteien seit Mitte 2011 juristisch unterstützen. Eine einvernehmliche Einigung auf dem Weg einer vertraglichen oder gesetzlichen Schlichtung konnte weder im Kalenderjahr 2011 noch im Kalenderjahr 2012 erzielt werden. Alle Schlichtungsversuche waren erfolglos. Im Ergebnis der Gesellschafterversammlung vom 21. November 2012 erklärten beide Gesellschafter das Bestreiten des Klageweges als letztes verbleibendes Mittel. Unter dem Datum vom 11. Dezember 2012 hat HTSP KG beim Landgericht Darmstadt Klage eingereicht. Am 23. Oktober 2013 fand eine mündliche Verhandlung vor dem Landgericht Darmstadt statt. In diesem Termin setzte das Gericht abschließend einen Termin zur Verkündung einer Entscheidung auf den 13. November 2013 fest. Am 13. November 2013 ging ein Hinweisbeschluss des Landgerichts ein, in dem die Kammer den Klageantrag für unbegründet hält. Am 9. Dezember 2013 hat HTSP KG über ihre Anwälte zu dem Hinweisbeschluss Stellung genommen. Es wird erwartet, dass es im neuen Jahr zu einem erneuten Anhörungstermin kommt.

Neben diesen somit bestehenden allgemeinen Prozess -und Vergütungsrisiken liegen grundsätzlich Risiken in der zeitgerechten Realisierung der vertraglich vereinbarten Leistungen. Nach Abschluss der Sanierungen beschränken sich diese Leistungen jedoch ausschließlich auf das Facility Management, d.h. Betriebsführung, Inspektion, Wartung, Instandsetzung, etc. Die HTSP KG strebt im Projekt generell eine hohe Eigenleistungsquote an. Mit Ausnahme der langlaufenden Verträge (vorrangig mit Konzernunternehmen) erbringt die HTSP KG Leistungen des technischen/infrastrukturellen und kaufmännischen Gebäudemanagements mit eigenem Personal. Bereits in den zurückliegenden Jahren war hier ein im Vergleich zu anderen Konzerngesellschaften höherer Krankenstand der operativen Belegschaft zu verzeichnen. Wesentliche Gründe hierfür sind im Altersdurchschnitt der Gesellschaft zu vermuten. Im Berichtsjahr 2013 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt. In Folge der bestehenden engen Kooperationen und der geschlossenen Verträge mit HOCHTIEF-Gesellschaften konnte aber sichergestellt werden, dass die vereinbarten Leistungen in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen zeitgerecht erbracht wurden.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Die mit diesem (ungewollten) Outsourcing von ehemals eigenerbrachten Leistungen verbundene Kostensteigerung ist in der Ergebnisentwicklung in gedämpftem Maß ablesbar. Durch die Einführung eines aktiven Energiemanagements im Jahr 2005 und die konsequente Fortsetzung dieser Maßnahmen ist es der HTSP KG auch zukünftig möglich, energetische Veränderungen an den Gebäuden zu erkennen und hierauf kurzfristig zu reagieren.

Im Hinblick auf die erfolgreiche Abwicklung des Auftragsbestandes ist ein für die Belange der Gesellschaft geeignetes Überwachungs- und Steuerungssystem installiert worden. Darüber hinaus ist die Gesellschaft in das Risikomanagementsystem des Konzerns eingebunden.

Für den Prüfungszeitraum 2004 bis 2007 hat in den Jahren 2009 bis 2011 eine Betriebsprüfung durch das Finanzamt für Groß- und Konzernprüfung Essen stattgefunden. Der Betriebsprüfungsbericht wurde am 28. April 2011 durch das Finanzamt versendet. Die Steuerbescheide aufgrund der Betriebsprüfung sind Mitte 2011 ergangen und die offenen Beträge wurden zur Zahlung angewiesen. Gegen die Bescheide wurde beim Finanzamt Einspruch eingelegt, die in 2013 zurückgenommen wurden.

Für den Prüfungszeitraum 2008 bis 2010 hat seit 2012 bis 2013 eine Betriebsprüfung durch das Finanzamt für Groß- und Konzernprüfung Essen stattgefunden. Der Betriebsprüfungsbericht für die GmbH wurde am 23. Mai 2013 und für die GmbH & Co. KG am 19. September 2013 durch das Finanzamt versendet. Die Steuerbescheide aufgrund der Betriebsprüfung sind bis Ende 2013 ergangen und wurden bezahlt bzw. erstattet.

Damit sind nunmehr alle Steuerfestsetzungen bis 2010 endgültig.

Für die HTSP VG ist somit festzuhalten, dass bedingt durch die hohe Sicherheit des Geschäftes der KG keine signifikanten Risiken zu erkennen sind. Sämtliche Verpflichtungen sind vertraglich abgedeckt und die Finanzausstattung (bedingt durch die Kostenüberwälzung auf die HTSP KG) sichergestellt.

IV. Ausblick

Wir erwarten für das nächste Geschäftsjahr eine vergleichbare Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Es wird mit einem Jahresüberschuss von TEUR 1 gerechnet.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

L. Bilanz

	2013	2012	Veränderung	2011
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	11.442	10.384	1.058	7.557
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	25.000	25.000	0	25.000
Umlaufvermögen	36.442	35.384	1.058	32.557
	36.442	35.384	1.058	32.557
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	0	25.000
Verlustvortrag	4.063	-5.665	9.727	-4.400
Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag (-)	412	9.727	-9.315	-1.265
Eigenkapital	29.475	29.063	412	19.336
Steuerrückstellungen	197	0	197	0
Sonstige Rückstellungen	5.100	5.100	0	5.100
Rückstellungen	5.297	5.100	197	5.100
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15	15	0	15
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.655	1.207	448	8.106
Verbindlichkeiten	1.670	1.222	448	8.121
	36.442	35.384	1.058	32.557

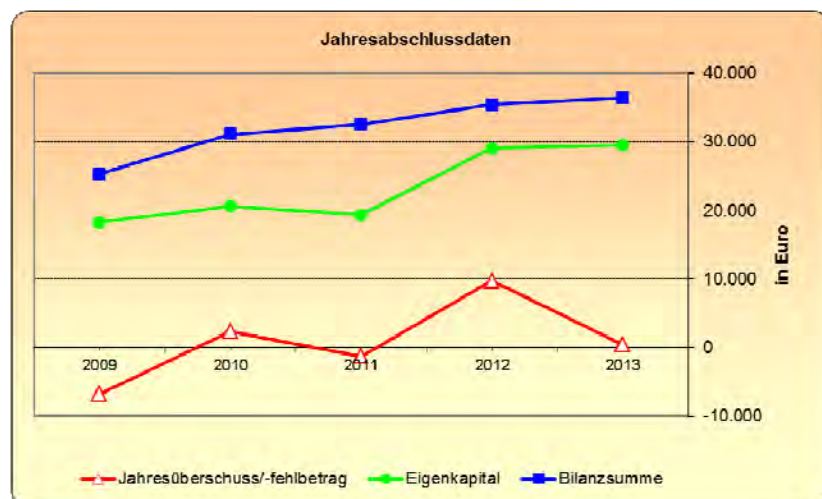
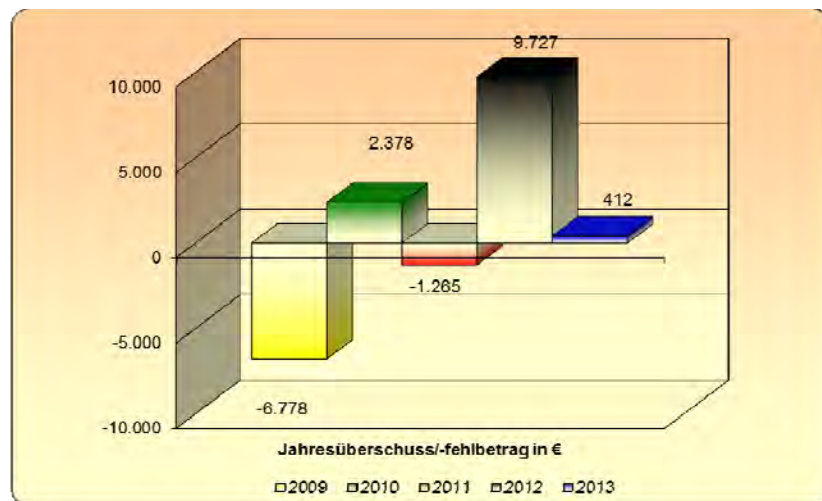
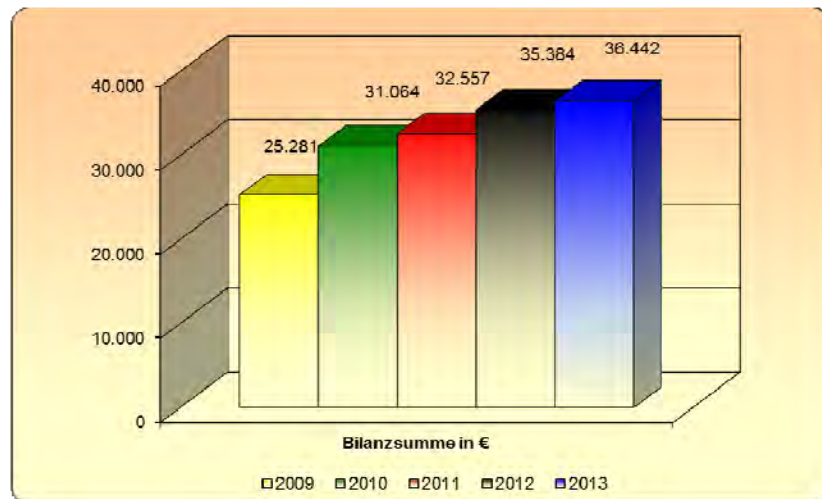
Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2013	2012	2011
	in €	in €	in €
Sonstige betriebliche Erträge	8.710	17.373	6.350
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.467	7.460	7.539
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9	14	72
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	199	148
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.252	9.727	-1.265
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	840	0	0
Jahresüberschuss	412	9.727	-1.265

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

Anschrift	Paul-Ehrlich-Straße 9 -13, 63225 Langen
Telefon	06103/83320-100
Telefax	06103/83320-111
E-Mail	ske@sfm-online.de
Internet	www.sfm-online.de/ppp/offenbach/ske_ppp_projekt.php

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	Am 10. Oktober 2003 wurde der Gesellschaftsvertrag der Granat 41. V V GmbH, Berlin, geschlossen und am 28. Oktober 2003 beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Nr. HRB 90604 eingetragen. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 12. Dezember 2003 ist die Firma von Granat 41. V V GmbH in SKE Schul-Facility-Management GmbH geändert und das Stammkapital von € 25.000,-- um € 75.000,-- auf € 100.000,-- erhöht worden.
Stammkapital	100.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 02. Juni 2004
Handelsregistereintrag	HRB 41313 beim Amtsgericht Langen

B. Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen des Kreises Offenbach und alle damit zusammengehörenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen aller Art durch Nachunternehmer, Hausmeisterdienstleistungen, kleinere Instandhaltungsarbeiten und alle hiermit in Zusammenhang stehenden Verwaltungsleistungen.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Gemäß § 10 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrages hat die Gesellschaft einen aus sechs natürlichen Personen bestehenden Aufsichtsrat. Zwei Mitglieder des Aufsichtsrates werden vom Gesellschafter KVBG entsandt.

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2013 (Stand 31.12.2013)

Vorsitzender	Herr Joachim Nolden
Stellv. Vorsitzende	Frau Claudia Jäger
Mitglied	Herr Rainer Beisel
-----„-----	Herr Jochen Hauptmann
-----„-----	Herr Martin Kothe
-----„-----	Herr Oliver Quilling

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dipl.-Ing. Johannes Huismann
------------------------	-----------------------------------

Der Geschäftsführer erhält keine Bezüge von der Gesellschaft.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
SKE Service GmbH, Mannheim	94,90	94.900,--
Kreis Offenbach; vorher KVBG Kreisversorgungs- beteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach	5,10	5.100,--

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 20. März 2013 im Rahmen der Beschlüsse zur strategischen und finanziellen Entwicklung der KVBG mbH einstimmig die Abtretung der Gesellschaftsanteile der KVBG mbH an der SKE Schul-Facility Management GmbH an den Kreis Offenbach beschlossen.

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes (Fortsetzung)

Entsprechend des § 138 Hessisches Schulgesetz (HSchG) sind die kreisfreien Städte und Landkreise Träger der Schulen, soweit in § 138 nichts anderes bestimmt ist. Die Trägerschaft des Kreises Offenbach bleibt durch die Beauftragung der SKE Schul-Facility Management GmbH für die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen des Kreises Offenbach und alle damit zusammengehörenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen aller Art durch Nachunternehmer, Hausmeisterdienstleistungen, kleinere Instandhaltungsarbeiten und alle hiermit in Zusammenhang stehenden Verwaltungsleistungen unberührt.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Teilergebnishaushalt

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

in €	2014	2013	2012
Leistungsentgelt Facility-Management Los West - Buchungsstelle 65.01.01.61670040	24.600.000	24.600.000	23.640.024

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2013 und 2014 jeweils auf die Haushaltsansätze und für das Jahr 2012 auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2013	2012	2011
Verbindlichkeiten	2.219.293	2.518.864	1.677.534

Berichtsjahr 2013	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	2.518.864
Zunahmen	0
Abnahmen	299.571
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	2.219.293

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Bewirtschaftung sowie die Instandsetzung und Instandhaltung von Schulgebäuden des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten. Zu den Tätigkeiten gehören neben der Ausführung von Bau- und Baudienstleistungen zum Beispiel auch die Durchführung von Hausmeister-Serviceleistungen sowie andere allgemeine auftragsbezogene Verwaltungsleistungen.

Der Sitz der Gesellschaft ist Langen.

2. Tätigkeitsbeschreibung

Mit dem Kreis Offenbach (Auftraggeber und über eine Beteiligungsgesellschaft Minderheitsgesellschafter) wurde am 02.06.2004 ein Vertrag geschlossen, die kreiseigenen Schulen im „Los West“ (die Städte Dietzenbach, Neu-Isenburg, Dreieich und Langen sowie die Gemeinde Egelsbach) für 15 Jahre bis zum 30.09.2019 zu bewirtschaften. Der Vertrag ist in einen Sanierungs- und einen Bewirtschaftungsvertrag aufgeteilt:

- Über den Sanierungsvertrag sind alle beauftragten Bauleistungen innerhalb der ersten fünf Jahre erbracht worden. Die einzelnen Teilleistungen waren festgelegt und mit Preisen versehen. Vertraglich geschuldet war im Zeitraum vom 01.10.2004 bis 30.09.2009 die Herstellung eines definierten Sollzustandes für alle Schulen des „Los West“.
- Über den Bewirtschaftungsvertrag werden alle Dienstleistungen definiert, die mit der Bewirtschaftung der Liegenschaft anfallen. Zu nennen sind beispielsweise Energielieferungen, Müllentsorgung, Unterhaltsreinigung, jede Art von Reparaturen innerhalb und außerhalb der Gebäude, Pflege der Außenanlagen, ein Wartungsprogramm für alle wartungsfähigen Einbauten sowie Übernahme von kreiseigenem Personal. Die Leistungen werden durch ein pauschales monatliches Entgelt vergütet.

Die SKE-SFM versteht sich als Projektgesellschaft, da sich die betriebliche Tätigkeit ausschließlich auf die Abwicklung der vom Kreis Offenbach beauftragten Leistungen beschränkt.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

2. Tätigkeitsbeschreibung (Fortsetzung)

Mit Vertrag vom 17./20. November 2006 ist die SKE Facility-Management GmbH, Mannheim (kurz „SKE FMG“), mit Wirkung zum 01.01.2007 an Stelle der Bauunternehmung Ehrenfels GmbH (kurz „Ehrenfels“) in den zwischen der SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen (kurz „SKE-SFM“), und der Ehrenfels geschlossenen Generalunternehmervertrag vom 30.09.2004/18.02.2005 zur Erbringung von Bau- und Sanierungsleistungen eingetreten.

3. Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Auf Grund des Generalunternehmervertrages zwischen der SKE-SFM und der SKE FMG ist ein annähernd gleichbleibendes Betriebsergebnis zu erwarten. Die Gesellschaft führt ein Jahresergebnis von T€ 516 (im Vj. T€ 496) an die SKE Facility Management GmbH ab.

4. Personalbestand

Der Personalbestand zum Bilanzstichtag 2013 hat sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um zwei Personen von 31 auf 29 Angestellte reduziert.

Durch die Zertifizierung der gesamten SKE-Gruppe nach der Qualitätsmanagementnorm ISO EN 9000 (Grundlagen und Begriffe) sowie die aktive Einbeziehung der zuständigen Behörden (Gewerbeaufsicht, Berufsgenossenschaft, Bauaufsicht u.a.), Nutzer (Schulgemeinden) und Kunden ist der zentrale Leitgedanke unseres Handelns, die Erreichung einer hohen Kundenzufriedenheit erneut in die betrieblichen Prozesse eingebunden worden. Die der Zertifizierung zu Grunde liegende Qualitätssicherung wird flankiert durch die aktive Förderung und Investition in die kontinuierliche Weiterbildung unserer gesamten Belegschaft. Jeweils zum Jahresanfang werden in einem Schulungsplan die Fortbildungsmaßnahmen festgelegt.

5. Auftragsbestand

01.01.2013	Auftragszugang	Leistung	31.12.2013
151,3	5,5	-23,3	133,5

Über den Auftragsbestand für das Projekt „Los West“ inkl. des Nachtrags „Haus des lebenslangen Lernens“ (kurz HLL) ist die Beschäftigung bis 2019 gesichert.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

5. Auftragsbestand (Fortsetzung)

Die Reduzierung des Auftragseingangs im Vergleich zum Vorjahr ist zum einen auf die Teilkündigung des „HLL“ zurückzuführen. Gegenläufig ist der Auftragseingang aus Indexierung und Flächenanpassung.

6. Vermögens- und Kapitalstruktur/Finanzierung/Liquidität

Durch die Erhöhung des Gesamtkapitals um T€ 296 auf T€ 2.401 ist die langfristige Eigenkapitalquote (im „wirtschaftlichen Sinne“) um 5,9 % auf 54,1 % gestiegen.

Die laufende Finanzierung der Gesellschaft wird aus eigenen Mitteln sowie über die Muttergesellschaft SKE Service GmbH gesichert.

II. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Kundenzufriedenheit

Im Rahmen des internen PPP-Controllingmodul Qualitätsmanagement wurde eine Nutzerbefragung bei den Schulleitern durchgeführt. Ziel der Befragung war es, die Zufriedenheit der Nutzer, bestehende Service - Level und Zustand der Gebäude und Außenanlagen u. a. zu ermitteln und dadurch Verbesserungspotenziale abzuleiten. Dazu wurden alle Schulleitungen im Kreis Offenbach angeschrieben und zur Teilnahme aufgefordert. Insgesamt wurde eine Beteiligungsquote von 79,5 % erreicht.

Das Ergebnis der Befragung zeigt, dass die Nutzer mit den Leistungen überwiegend zufrieden sind. Die Bewertungsskala orientiert sich an der Schulnotenskala von Note 1 (sehr gut) bis Note 6 (ungenügend). Bei dieser Befragung konnten wir eine Durchschnittsquote von 1,97 erreichen. Weiterhin sind knapp 80 % der Schulleiterinnen und Schulleitern mit den Dienstleistungen unserer Gesellschaft zufrieden.

Unser Ziel ist diese Zufriedenheit zu halten.

Personal

Eine wichtige Komponente, um auch weiterhin die im ersten Punkt genannte Kundenzufriedenheit zu erreichen, ist ein hohes Level an qualifizierten und leistungsbereiten Mitarbeitern zu haben. Daher sollen sich die Mitarbeiter mit ihrem Unternehmen identifizieren und vermittelt bekommen, dass man an einer langfristigen Zusammenarbeit interessiert ist.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren (Fortsetzung)

Personal (Fortsetzung)

Die SKE Schul-Facility Management GmbH legt daher einen großen Wert auf die Fortbildung und Schulung ihrer Mitarbeiter. Anhand der gleichbleibenden Mitarbeiterzahlen von aktuell 29 Personen ist erkennbar, dass die Mitarbeiter mit den Arbeitsumständen zufrieden sind.

Ziel soll sein, die Zufriedenheit zu halten und weiter auszubauen.

Rentabilität des eingesetzten Kapitals

Unter wirtschaftlichen Aspekten betrachtet, soll unser Unternehmen langfristig am Markt bleiben, was voraussetzt, dass die getätigten Geschäfte rentabel sind. Eine Analyse der Eigenkapitalrentabilität (Betriebsergebnis / Eigenkapital) ergibt eine Rentabilität von 5,92 %. Bei einer Betrachtung der allgemeinen Marktlage und unter Berücksichtigung, dass sich die Zinsentwicklung im europäischen Raum im Moment wesentlich unter dieser Kennzahl befindet, sind wir mit der Entwicklung zufrieden, Unser Ziel ist es daher, diese Zahl zu halten und natürlich darauf hin zu arbeiten sie zu verbessern, falls es die Geschäfts- und Marktlage möglich macht.

Rentabilität des Umsatzes

Die Rentabilität unseres Umsatzes ($\text{Gewinn vor Steuern} \cdot 100 / \text{Umsatzerlöse}$) ergibt für 2013 2,21 %, was nach unserer Sicht positiv zu werten ist.

Wir erwarten für das Folgejahr eine gleichbleibende bis leicht steigende Umsatzrentabilität.

Chancen und Risiken

Der Vertrag mit dem Landkreis Offenbach sah für die ersten drei Jahre der Vertragslaufzeit einen Leistungsstand von 60 % der beauftragten Sanierungsarbeiten vor. Dies entspricht bei einem Vertragsvolumen von rund EUR 83,6 Mio. einem geforderten Leistungsfortschritt von EUR 50,2 Mio. Dieser Leistungsfortschritt war zum 31. Dezember 2006 erreicht. In den Folgejahren wurden die Sanierungsarbeiten kontinuierlich fortgeführt und im Jahre 2009 der vereinbarte Endfertigstellungstermin zum 30. September 2009 vertragskonform eingehalten.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2013 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren (Fortsetzung)

Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Aus dem Facility-Management-Vertrag mit dem Kreis Offenbach, der noch eine Laufzeit bis 30. September 2019 hat, ist die SKE-SFM zur Erbringung von Leistungen verpflichtet, die gemäß Generalunternehmervertrag seit dem 1. Januar 2007 von der SKE FMG zu erbringen sind.

Durch den Generalunternehmervertrag mit der SKE Facility-Management GmbH und die damit nach Preis und Qualität garantierten Fremdleistungen sind die wesentlichen Chancen und Risiken auf den Vertragspartner übergegangen. Insofern bestehen keine Risiken der künftigen Entwicklung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Ertrags und Finanzlage haben könnten. Insbesondere bestehen keine entwicklungsbeeinträchtigenden oder bestandsgefährdenden Risiken.

Am Ende der Vertragslaufzeit hat der Kreis Offenbach die Option, die Gesellschaft selbst oder über eine andere, ihm gehörende Gesellschaft zu übernehmen; er kann sie aber auch im Beteiligungsbesitz der SKE Facility-Management GmbH belassen und mit einem Folgeauftrag ausstatten. Für die Projektgesellschaft fallen aus heutiger Sicht keine Schließungskosten an, die im Rahmen der Bilanzierung zu berücksichtigen wären.

Das Risikomanagementsystem ist in Bezug auf die Komplexität der Gesellschaft angemessen. Die Gesellschaft hat ein Risikomanagementhandbuch erstellt, das die Grundlagen des Risikomanagements festlegt. In 2006 wurde eine Risikoinventur durchgeführt und die Mitarbeiter geschult. An der Aktualisierung wird kontinuierlich gearbeitet.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft erwartet für das folgende Geschäftsjahr ein gleichbleibendes Jahresergebnis auf der Basis von 2013.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

L. Bilanz

	2013	2012	Verände-	2011
	in €	in €	rung in €	in €
Aktiva				
Anlagevermögen	0	0	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	587.848	-587.848	129
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.400.935	2.102.676	298.260	1.865.995
Sonstige Vermögensgegenstände	0	6.500	-6.500	5.121
	2.400.935	2.697.024	-296.088	1.871.246
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	0	0	0	169
Umlaufvermögen	2.400.935	2.697.024	-296.088	1.871.415
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	2.400.935	2.697.024	-296.088	1.871.415
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	0	100.000
Jahresüberschuss	0	0	0	0
Eigenkapital	100.000	100.000	0	100.000
Sonstige Rückstellungen	81.643	78.160	3.483	93.881
Rückstellungen	81.643	78.160	3.483	93.881
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.365	255	4.110	255
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.686.847	2.002.136	-315.289	1.200.000
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	516.282	495.814	20.468	454.841
Sonstige Verbindlichkeiten	11.799	20.659	-8.860	22.438
Verbindlichkeiten	2.219.293	2.518.864	-299.571	1.677.534
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	2.400.935	2.697.024	-296.088	1.871.415

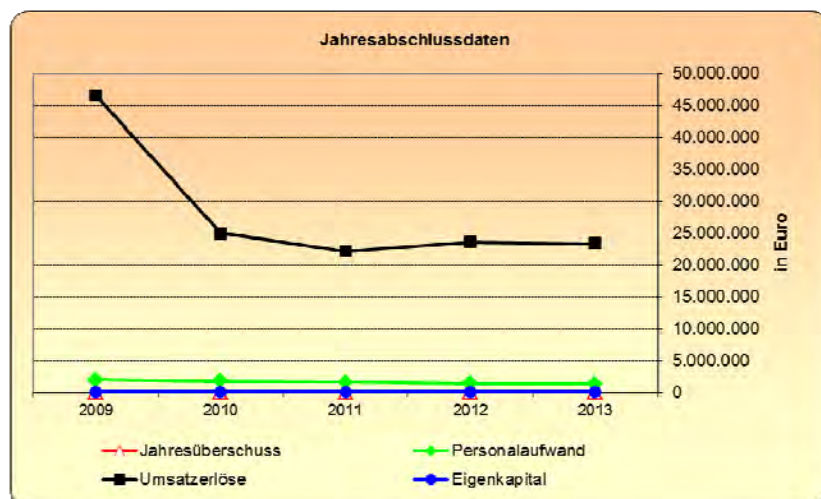
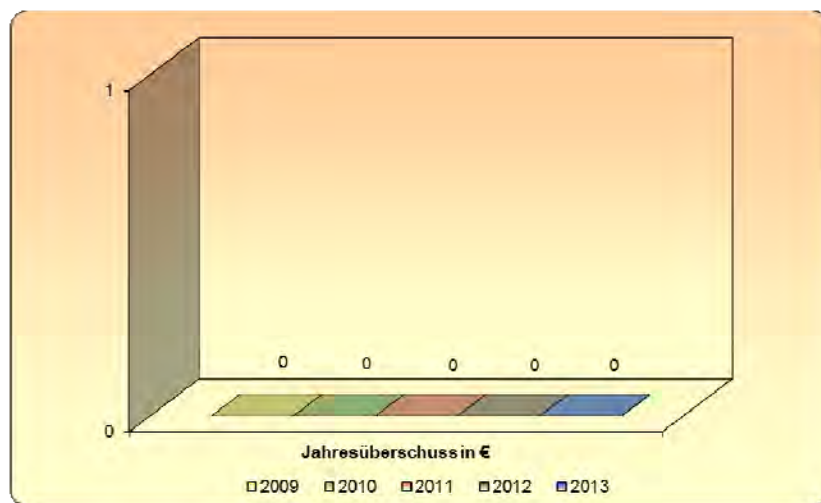
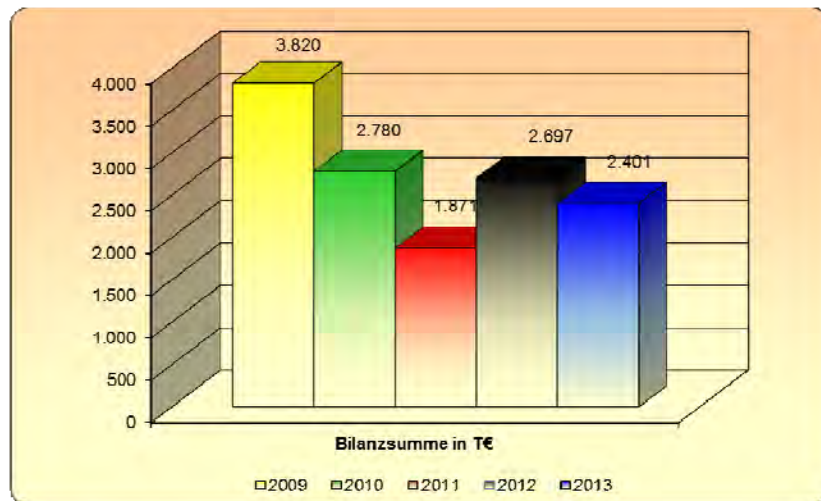
SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2013	2012	2011
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	23.327.436	23.609.884	22.220.617
Sonstige betriebliche Erträge	1.383.984	1.412.079	1.687.285
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0
Aufwendungen für bezogene Leistungen	22.629.081	22.904.805	21.553.908
Materialaufwand	22.629.081	22.904.805	21.553.908
Löhne und Gehälter	1.023.031	1.045.419	1.255.281
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	328.880	353.455	389.553
Personalaufwand	1.351.911	1.398.874	1.644.834
Sonstige betriebliche Aufwendungen	137.764	144.866	164.972
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.004	562	14.743
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	78.386	78.166	104.000
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	516.282	495.814	454.931
Steuern vom Einkommen	0	0	90
	516.282	495.814	454.841
Gewinnabführung	516.282	495.814	454.841
Jahresüberschuss	0	0	0

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen



Mitgliedschaften

Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (agah)
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter
Arbeitskreis Tourismus der Regionalkonferenz
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Frankfurt
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht, Heidelberg
Deutsches Jugendherbergswerk
Deutsches Volksheimstättenwerk
Europa-Union Deutschland Kreisverband Offenbach - Stadt und Kreis e.V.
Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.
Förderverein des MRE-Netzwerkes Rhein-Main (Multiresistente Erreger)
Förderverein Fritz-Bauer-Institut
Freundschaftsverein Hessen-Wisconsin e.V.
Gesicht zeigen - Aktion weltoffenes Deutschland e.V.
Hess. Verwaltungsschulverband Frankfurt, Frankfurt
Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung (HAGE)
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände
Hessischer Landkreistag
Hessischer Museumsverband (für Dreieich-M. + Landschaftsm. Seligenstadt)
Hessischer Volkshochschulverband
Kommunale Arbeitsgemeinschaft "Flughafenausbau Frankfurt/Main"
Kommunale Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Fremdenverkehrs in Stadt und Kreis Offenbach
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGST), Köln
Kreisarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben
Kultursommer Südhessen e.V.
Landesarbeitsgemeinschaft Hessischer Frauenbüros
Landesfilmdienst e.V., Frankfurt
Landesverkehrswacht Hessen e.V.
Migrationsrecht.net
Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Unfallkasse Hessen
Verein Behindertenhilfe für Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach
West-+ Süddt. Verband für Altertumsforschung Reiss-Engelhorn Museum
Wirtschaftsförderung Region Frankfurt/Rhein-Main e.V.

